Nr. 102. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Was die Gewerbeinspektoren erzählen.

I.

Die Berichte der preußischen Gewerbeinspektoren sind Kulturdokumente! Sie könnten es in viel hervorragenderem Maße sein. Daß sie es nicht sind, verdanken wir der Regierung, die den Gewerbeinspektoren einen Maulkorb anlegte. Ihre Berichterstattung soll das Unternehmertum nicht allzusehr vom Polster der Behaglichkeit aufstören. Deshalb befahl die Regierung den Inspektoren, sich auf nackte, einen bescheidenen Kreis nicht überschreitende Mitteilungen von Tatsachen zu beschränken. Beschreibungen und Erläuterungen, die der Dinge soziale Bedeutung verständlich machen, die Schäden und Schattenseiten mancher Verhältnisse erst in das rechte Licht rücken, müssen die Gewerbebeamten sich schenken. So gebot der geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Gesellschaft!

Die Unterdrückung der Meinungen, Ansichten und sozialpolitischen Vorschläge der Gewerbeinspektoren hat den Wert ihrer Publikationen zweifellos sehr vermindert. Sie enthalten aber doch so viele und wichtige Angaben zur Beurteilung und Beleuchtung der Zustände, daß sie immerhin noch zu den wertvollsten Materialquellen gehören. Hin und wieder schlüpft zudem auch noch ein soziales Urteil mit durch, wirft eine Milieuschilderung ein Schlaglicht auf unhaltbare Zustände.

Was zunächst die Gesamttätigkeit anlangt, so ist zu konstatieren, daß immer noch ein großer Teil der Betriebe unrevidiert geblieben ist. Nur 51,9 Proz. der 163 370 revisionspflichtigen Anlagen, in denen 3 415 556 Personen beschäftigt waren, sind einer Revision unterzogen worden. Gegen das Vorjahr hat sich das Verhältnis etwas verbessert; damals machten die revidierten Betriebe 50,4 Proz. der Gesamtzahl aus. Die von der Revision erfaßten Personen stellten im vorletzten Jahre 83,7 Proz. aller Beschäftigten, im Jahre 1911 etwas mehr, nämlich 85,3 Proz. Eine große Zahl der Personen, und beinahe **die Hälfte** der Betriebe, blieben demnach bei der Revision vollständig unberücksichtigt. Dabei ist noch folgendes zu berücksichtigen: der Zahl von 84 861 revidierten Betrieben standen nur 169 290 Revisionen gegenüber. Es kamen somit auf je einen Betrieb zwei Revisionen. Da manche Betriebe aber tausende Arbeiter, ja tausende Maschinen, Kessel usw. zählen, so kann auch hier von einer vollständig erschöpfenden und gründlichen Untersuchung der Verhältnisse keine Rede sein. Ueberdies waren die Beamten auch noch durch 26 950 Unfalluntersuchungen — 25 736 im Vorjahre — in Anspruch genommen.

Zu den am wenigsten revidierten gehören die Anlagen der Industrie der Steine und Erden, die Fabriken der Metallverarbeitung, die Textilfabriken, die Anlagen der forstwirtschaftlichen Nebenproduktion, die Lederfabriken, die Betriebe des Holzgewerbes, der Nahrungsmittelindustrie sowie des Bekleidungsgewerbes.

Muß schon die allgemeine Revision der Betriebe als unzureichend bezeichnet werden, so gilt das im besonderen von den Anlagen, für welche der Bundesrat laut § 120e der Gewerbeordnung besondere Vorschriften erlassen hat. Solche Vorschriften hatten doch zur Voraussetzung hervorragende gesundheitsschädliche Verhältnisse, die spezialisierte Schutzbestimmungen für die Arbeiter notwendig erscheinen ließen. Sie müßten demnach auch vorzugsweise der Revision unterworfen werden. Das geschah aber nicht! Von 74 174 solcher Betriebe mit 171 354 Arbeitern sind nur 10 601 mit 22 920 Arbeitern eines Revisionsbesuches teilhaftig geworden. **85 Proz.** der Betriebe und **87 Proz.** der Arbeiter wurden bei der Revision überhaupt nicht berücksichtigt!

Günstiger, soweit die Revisionshäufigkeit in Frage kommt, liegen die Verhältnisse im Bergbau. Von den revisionspflichtigen Anlagen wurden 1989, gleich 93,7 Proz., inspiziert; im Jahre vorher waren es 95,3 Proz. Die Zahl der von den Revisionen erfaßten Arbeiter betrug in beiden Jahren 99,9 Proz. der Gesamtbelegschaft.

Die mangelhafte Revision ist sicher kein besonderer Ansporn für das Unternehmertum, die Arbeiterschutzbestimmungen zu beachten. Ein weiterer Anreiz zu Uebertretungen liegt in der milden Beurteilung — fast könnte man sagen: Prämiierung — der Verstöße gegen die Schutzbestimmungen sowie in der Bereitwilligkeit, Ausnahmen in bezug auf die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen sowie Sonntagsarbeit zu gewähren.

Im vergangenen Jahre ist für 158 632 Arbeiterinnen in 2183 Betrieben an Wochentagen Ueberarbeit, und zwar insgesamt 2 321 284 Stunden, gestattet worden, davon 57 157 Stunden an Sonnabenden über die gesetzliche Normalgrenze hinaus. Im Vergleich mit dem Vorjahre macht sich eine geringfügige Verminderung der Ausnahmebewilligungen bemerkbar. Spießer, Junker und Großkapitalisten in trauter Gemeinschaft ergötzen sich an der Phrase: die Frau gehört ins Haus! Dabei macht man die größten Anstrengungen, sie möglichst lange in der Fabrik festzuhalten, damit die schlechtbezahlte Frauenarbeit die Profitrate steigere.

Ein nettes Licht auf den christlichen Staat wirft das Kapitel der Sonntagsarbeit. Die Bewilligungen von Sonntagsarbeit haben stark zugenommen. Im Jahre 1910 ergaben die Bewilligungen von Sonntagsarbeit für 1203 Betriebe 665 225 Stunden, im Jahre 1911 für 1459 Betriebe jedoch 1019808 Stunden. Auf jeden der in Betracht kommenden Arbeiter entfallen 14 Sonntagsarbeitsstunden!

Fast scheint es also, als ob der Respekt vor den Schutzbestimmungen bei den Unternehmern etwas gewachsen sei. Im Jahre 1910 waren in 4759 Anlagen Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen betreffend Beschäftigung von Arbeiterinnen festgestellt worden, in diesem Jahre „nur" in 4067 Anlagen. Die Zahl der wegen ermittelter Uebertretung von Schutzbestimmungen bestraften Personen ist in der gleichen Zeit von 578 auf 649 gestiegen; außerdem wurden noch in Verfahren aus dem Vorjahre 232 Personen bestraft. Gegen die Bestimmungen zum Schutze jugendlicher Arbeiter haben im letzten Jahre nachweislich die Inhaber von 6527 Betrieben verstoßen, im Jahre vorher waren es 6692. Auch hier ist eine Zunahme der Bestrafungen zu konstatieren, von 760 auf 1242, wozu noch 182 Bestrafungen aus den im Jahre vorher anhängig gemachten Verfahren kommen.

Das ist eine ganz erhebliche Anzahl Sünder! Sie können nicht den mildernden Umstand bitterer Not für sich reklamieren; Gewinnsucht war im allgemeinen die Triebkraft ihres Tuns, wobei manchmal Leben und Gesundheit der Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen aufs Spiel gesetzt wurde. Die wegen solcher Vergehen verhängten Strafen stehen meistens mit den schmutzigen Motiven und der unverantwortlichen Handlungsweise in schreiendem Widerspruch. Doch ehe wir uns mit den Einzelberichten beschäftigen, noch kurz ein paar Bemerkungen zu einigen anderen Gesamtresultaten.

Die Inspektoren berichten auch wieder über die Ergebnisse der Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908, betreffend die Ueberzeitarbeit in den Hütten- und Walzwerksbetrieben. Vorweg sei bemerkt, daß die normale tägliche Arbeitszeit in den Feuerbetrieben fast ausnahmslos 12 Stunden beträgt. Mit solcher Ausnutzung der Arbeitskraft nicht zufrieden, verlangt das Unternehmertum auch noch die Leistung von Ueberstunden. Das Ueberzeitunwesen bildet eine besondere Spezies der großindustriellen Wohlfahrtseinrichtungen. In den Bezirken Düsseldorf, Arnsberg, Trier und Oppeln waren im Berichtsjahre in den in Betracht kommenden Betrieben 180 098 Arbeiter beschäftigt. Von diesen leisteten 87 315, gleich **48,5** Prozent, zusammen **19½ Millionen** Ueberstunden. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der geleisteten Ueberstunden um **2½ Millionen** zugenommen. Und weit über ein Drittel der Ueberzeitarbeit, nämlich die Summe von 8½ Millionen Stunden, entfällt auf die Sonntage. Am ausschweifendsten wird dem Ueberstundenwesen im Ruhrrevier gehuldigt. In den Werken des Regierungsbezirks Düsseldorf mußten **53,29** Prozent aller Arbeiter über die normale — zwölfstündige — Arbeitsschicht hinaus dem Kapital dienstbar sein. In manchen Betrieben geht die Prozentziffer erheblich über den Durchschnitt hinaus. In den Reparaturwerkstätten der gemischten Betriebe stellen die Ueberarbeiter sogar **81,84** Proz. der Gesamtarbeiterzahl. Würden die Verzeichnisse genau geführt, dann käme jedenfalls noch eine erklecklich höhere Gesamtsumme Ueberzeitarbeit heraus. Das ist wahrlich ein nettes Kulturbildchen aus dem Staate, in dem man den Fortbildungsschülern noch mehr Religion einpauken möchte, anstatt ihnen Unterricht über Arbeiterschutz und Hygiene zu erteilen. Wahrscheinlich, damit sie gegen die herrlichen kapitalistischen Zustände später nicht opponieren.

Unter anderem haben die Gewerbeinspektoren diesmal eingehender über die Gesundheitsverhältnisse in den Zementfabriken berichtet. Nach den statistischen Zusammenstellungen ist, im Vergleich mit dem Jahre 1909, auf 100 Krankenkassenmitglieder berechnet, bei den Ringofenarbeitern die Zahl der Krankheitsfälle von 50 auf 50,6, die der Krankentage von 580 auf 658 gestiegen. Bei den übrigen Ofensystemen ergeben sich jedoch Senkungen der Krankenziffern, bei den Schacht- oder Etagenöfen von 45 auf 43 Fälle und von 677 auf 602 Krankentage, bei den Drehöfen von 40,1 auf 34,6 Fälle und von 672 auf 601 Krankentage, bei den gemischten Systemen endlich von 28,5 auf 24,3 Fälle und von 512 auf 393 Krankentage. Danach könnte man annehmen, daß sich, mit einer Ausnahme, die Gesundheitsverhältnisse sehr gebessert hätten. Eine solche Schlußfolgerung ist aber nicht ohne weiteres zulässig. Daß die Erkrankungsgefahr an den verschiedenen Ofensystemen stark differenziert, das mag schon sein. Ein wirkliches Urteil ist aber erst dann möglich, wenn nicht die Zahl der beschäftigt gewesenen Arbeiter, sondern die Summe der geleisteten Schichten als Maßstab der Berechnung gewählt wird. Ein starker Arbeiterwechsel, wie ihn verschiedene Unternehmer systematisch herbeiführten, um die kranken Arbeiter abzuschieben und durch eine hohe Zahl der Beschäftigten eine niedrige Morbiditätsziffer vorzutäuschen, kann ein total falsches Bild liefern. Daß der Arbeiterwechsel außerordentlich groß ist, hebt übrigens der Bericht aus Oppeln stark hervor: die Zementarbeiter könnten ja überall „gleich hoch bezahlte Arbeit finden". Diese Konstatierung läßt ahnen, wie es mit den Lohnverhältnissen in den Zementfabriken bestellt ist. Sie sorgen für eine ununterbrochene Fluktuation. Ohne genaue Unterlagen über den Arbeiterwechsel haben die von den Gewerbeinspektoren gelieferten Materialien wenig Wert.

Verschiedene Einzelangaben und Urteile aus den Berichten der Beamten mögen das bereits aus den allgemeinen Darstellungen gewonnene Bild noch etwas kolorieren und belichten. Mehrere Beamte berichten, daß die Geschäftslage sich im großen und ganzen gebessert habe; für manche Betriebe wird sie als glänzend charakterisiert. Nicht so schön ist die andere Seite der Medaille! Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat keine Besserung erfahren. Die Einnahmen, als Resultat vermehrter Arbeit und höherer Löhne, glichen die Steigerung der Lebensmittelpreise nicht oder nur knapp aus. So schreibt der Beamte von Potsdam: „Die Lebensverhältnisse der Arbeiter wurden im Berichtsjahre durch die Verteuerung fast aller Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände ungünstig beeinflußt; die auf Lohnerhöhung gerichteten Arbeiterbewegungen kamen daher nicht zur Ruhe. Im allgemeinen sind die Löhne etwas gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße, daß dadurch die Verteuerung der Lebensmittel voll ausgeglichen wäre!" Der Beamte von Posen berichtet: „Von einer wesentlichen Erhöhung der Löhne im Berichtsjahre ist nichts bekannt geworden, so daß infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise die Lage der Arbeiter ungünstiger war als im Vorjahre." Aus dem Breslauer Bezirk wird berichtet, daß „weite Kreise" der Arbeiter „beträchtlich" unter der Teuerung litten. Nur aus dem Polizeibezirk Berlin wird gemeldet, daß die eingetretenen Lohnerhöhungen wohl Ersparungen für spätere schlechtere Zeiten ermöglicht hätten. Dem Beamten hat wahrscheinlich eine gut frisierte Lohntabelle vorgelegen.

Banditismus und Anarchismus.

(Von unserem Spezialberichterstatter.)

V.

Der Anarchismus der Anpassung.

Ueberblicken wir noch einmal rasch die wichtigsten Tatsachen, die wir bei unserer Betrachtung der neuesten Phase des „individualistischen Anarchismus" wahrgenommen haben.

Denn es handelt sich in der Tat um eine neue Phase. Zwanzig Jahre lang hat der „libertäre" Propaganda in Frankreich eine bescheidene Existenz im Halbdunkel geführt. In den losen Gruppen, die sie sammelte, trieben sich neben unreifen Hitzköpfen aus der kleingewerblichen Arbeiterschaft von Literateneitelkeit befallene Großstadtpflanzen und allerhand verdächtige Gestalten aus der Welt der Deklassierten herum. Geredet wurde sehr viel, geschrieben und gedruckt auch sehr reichlich, getan so gut wie nichts. Die „illegale" Aktion beschränkte sich so ziemlich auf etliche kleine Falschmünzerbetriebe, die aber immer so stark nach Spitzelei rochen, daß auch die bürgerliche Presse darüber schnell hinwegglitt. Ab und zu las man von einer Haussuchung bei diesem oder jenem anarchistischen Blättchen, bei der die Polizei irgend etwas Gefährliches „fand". Es gab „Libertäres", die man bei jeder Manifestation auftauchen sah, in Konflikte mit der Polizei geraten und — sich schließlich doch ohne Schaden aus der Affäre ziehen sah, während die armen Teufel, die etwa zur Unterstützung der anscheinend Bedrohten herbeigeeilt waren und sich in den Tumult hatten hineinreißen lassen, schwere Strafen davontrugen. Diese fragwürdige Krakeelleidenschaft der Libertäre war auch ein Vorwand für die Polizei, Straßenmanifestationen zu verbieten oder gewaltsam zu zersprengen. Dies war auch das Milieu, wo die „Agence Fourny" ihre edlen Mitarbeiter holte.

Die bürgerliche Gesellschaft hat sich über das in „libertärer" Maske auftretende Verbrechertum nicht im geringsten aufgeregt, so lange es die Sicherheit des Eigentums nicht gefährdete. Ein Métivier, den Clemenceau persönlich für die Polizei engagierte, hat nicht minder Menschenleben auf dem Gewissen als die Schurken, die Bankdiener und Chauffeure angefallen haben. Die Füsillade von Villeneuve-St. Georges ist der Verbrechen in der Rue Ordener und in Chantilly zumindest ebenbürtig. Die Bourgeoisie freilich möchte das nicht Wort haben, da muß ihr denn gesagt werden, daß die eine Bluttat wie die anderen auf demselben Holz gewachsen und daß die neuesten Verbrechen auf dem Boden der stetig kontrollierten und oft genug gegen die Arbeiterbewegung ausgespielten anarchistischen Halbwelt emporgewuchert sind.

Wir haben gesehen, daß die „libertäre" Raub- und Mordpraxis in Frankreich zeitlich mit der Einwanderung einer Anzahl von Mitgliedern der belgischen „individualistischen" Gruppe zusammenfällt, wir haben diese in sehr nahen Beziehungen zu der höchst verdächtigen Gesellschaft der Brüsseler russischen „Expropriateure" gesehen. Wir fanden ein dem „Revolté" nahestehendes Individuum in einen durch die Defraudation von Revolutionsgeldern motivierten gemeinen Erpressungsversuch verwickelt, wir nahmen schon in der „Affäre vom Square Marguerite" die Zeichen einer Vermengung des politischen revolutionären Motivs mit dem niedrig egoistischen wahr. Und in beiden Kreisen, dem russischen wie dem belgischen, finden wir unverkennbar die Spuren der Wirksamkeit von Polizeispitzeln.

Sicher ist das „anarchistische" Verbrechertum nicht aus der angeborenen oder anerzogenen Schlechtigkeit der Verbrecher zu erklären und es wäre kindisch, seine Existenz auf

das Wirken der Spitzel und Provokateure zurückzuführen. Es ist ein ziemlich kompliziertes Produkt, das auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft besonders dort gedeiht, wo sich die kleinbürgerliche Produktionsform noch verhältnismäßig stark erhalten hat und die Arbeiterbewegung wohl lebhaft genug ist, um ihre Schlagworte in allen Schichten der Besitzlosen bekanntzumachen, aber nicht so stark, um in einer großartigen, organisierten Massenaktion die der heutigen sozialen Ordnung widerstrebenden Kräfte zu vereinigen und den verschiedensten Temperamenten die Betätigungsmöglichkeit in einer wahrhaft „direkten Aktion" zu bieten, die auf das Ziel der Abschaffung des kapitalistischen Profits hinstrebt.

Für den in die Gedankenwelt des Sozialismus eingeführten Arbeiter kann der Verbrecheranarchismus nichts Verführerisches haben. Erkennt er doch in ihm nicht eine Rebellion der Besitzlosen gegen das wirtschaftliche und moralische Grundprinzip der bestehenden Gesellschaftsordnung, gegen den aus dem Eigentum fließenden Gewinn, sondern im Gegenteil eine Anpassung an dieses Prinzip. Diese Sorte von Anarchismus bedeutet so wenig einen revolutionären Angriff auf den bürgerlichen Profit, wie die Prostitution einen Angriff auf die bürgerliche Ehe bedeutet, deren Ergänzung sie vielmehr bildet. Die Anpassung ist eine durchaus logische Folge der individualistischen, von keinem großen solidarischen Zusammenhang beherrschten Lebensgestaltung, denn der Vereinzelte kann sich eben nur durch Anpassung behaupten, wogegen die Masse zu überwinden vermag. Die Mittel der Anpassung und ihr Resultat mögen je nach Talent, Charakter und Glücksumständen verschieden sein. Der eine Anarchist bringt es mittels ihrer bis zum Ministerpräsidenten und Ordnungsdirektor im kapitalistischen Staate, andere geraten in die Sphäre des gaunerischen und gewalttätigen Gelderwerbs und in einen schließlich hoffnungslosen Kampf mit der zur Sicherung der auf den Besitz gegründeten Ausbeutungsformen konstituierten übermächtigen Staatsgewalt.

Aber das revolutionäre Proletariat hat mit alledem nichts zu schaffen und wird von der albernen Verleumdung der reaktionären Presse ebensowenig berührt wie von der Sentimentalität, womit die Bonnots ihre Missetaten als Befreiungstat von Enterbten zu drapieren lieben. Und einzig das Proletariat hat in der heutigen Gesellschaft wirklich das Recht, sich von jeder moralischen Gemeinschaft mit ihnen frei zu erklären. Es verdammt das Mordhandwerk der Gesetzlosen und muß sich dagegen wehren, daß es zu dem tausendfachen, unter dem Schutz des Gesetzes verübten kapitalistischen Mord hinzukomme, der tagtäglich an den Volksmassen in Fabriken und Bergwerken verübt wird und den wir eben erst im Ozean seine entsetzlichen Hekatomben fordern sahen. Es sieht mit um so größerem Schaudern die Räuber mit Revolvern und Karabinern am Werk, weil es in ihren blutigen Taten die Moral des Militarismus wiederfindet, der die Völker unablässig für den Massenmord drillt, die Nichtswürdigkeit, die für streikende Arbeiter Flintensalven bereit hat. „Sein eigenes Leben zu leben," diese banale, eitelkeitsgeblähte Phrase hat der Massenmörder Bonnot an die Spitze seines großmannssüchtigen „Testaments" gestellt. Aber ist das nicht dieselbe Maxime, die das Wirtschaftsleben und die Kultur der kapitalistischen Welt regiert, und kehrt sie nicht, auf Kollektivitäten angewendet, in der weltpolitischen Ideologie und im Programm des Nationalismus wieder? Ist es nicht die heute allgemeine Raubmoral, die Leben mit Wertezerstören gleichsetzt?

Das Verbrechertum ist eine unvermeidliche Frucht der kapitalistischen Ordnung mit ihrem Massenelend, ihrem unerträglichen Druck auf das Leben jedes Einzelnen und ihren vielen Degenerationsfaktoren. Ueberwunden wird es erst in einer neuen, gerechten, freieren und von der wachsenden menschlichen Erkenntnis geleiteten Gesellschaft. Seine Vermengung mit den revolutionären Tendenzen aber muß um so mehr verschwinden, je stärker die Kampforganisation des Proletariats, je umfassender ihre Wirksamkeit, je größer das Vertrauen und die Zuversicht werden, die der Sozialismus in den besitzlosen Klassen erweckt.

So kann die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf die verleumderischen Versuche der reaktionären Presse, die Räubertaten von Paris mit ihren Bestrebungen zu identifizieren, ruhig antworten: Die anarchistischen Banditen sind Fleisch von eurem Fleisch. Sie sind Fäulnisprodukte des Kapitalismus, aufgeblüht in einem Boden, der die Sumpfwässer einer aberwitzigen, korrupten, in einer infamen Tradition verfangenen Polizeiwirtschaft aufnimmt, deren politische Zwecke die sozialhygienischen Aufgaben vereiteln.

Kolonialfragen im Reichstage.

Am Mittwoch wurde im Reichstag die Generaldebatte über die Kolonien beendet. Nachdem die Herren Paasche und Müller-Meiningen, ebenso wie der unvermeidliche Licenziat Mumm ihre optimistischen Hoffnungen auf die künftigen Erfolge der deutschen Kolonialpolitik ausgedrückt, hier und da auch wohl eine Beschwerde oder Anregung geäußert hatten, gab unser Genosse Ledebour all den Herren, die uns mit guten und billigen Ratschlägen hatten versehen wollen, noch einmal die Versicherung, daß unsere Behandlung der deutschen Kolonialpolitik aus einer sicheren und grundsätzlichen Anschauung klar und logisch hervorgeht. Er nahm dabei die Kritik und die Herren Kritiker nicht allzu ernst, und das ganze Haus freute sich im Grunde über die humoristische Abfertigung all der Neunmalweisen. Nach einigen Bemerkungen des Welfen Colshorn verlangte Genosse Davidsohn unter dem Mißbehagen des Herrn Dr. Oertel, daß die deutschen Beamten in den Schutzgebieten den Schwarzen in der Alkoholfrage mit gutem Beispiel vorangehen.

Dann wurden nacheinander die Einzeletats für Ostafrika, für Kamerun, für Togo und für Neu-Guinea erledigt.

Bei dem Etat für Ostafrika gab es noch ein kleines Nachspiel der gestrigen Generaldebatte: Herr Erzberger mußte in einer Polemik mit dem Genossen Henke manche seiner Angriffe mildern, und er tats in konzilianter Weise. Genosse Noske führte in sehr geschickten Bemerkungen den naseweisen Herrn Arendt ab, der allzu neugierig nach kolonialen Schwindelgründungen sich erkundigt hatte.

Auch der Etat für Kamerun gab zu großen Auseinandersetzungen keinen Anlaß. Nur Genosse Noske gab bei Betrachtung der von den Weißen in Südkamerun geforderten Selbstverwaltung ein interessantes Aperçu über die eigenartige Methode, die Schwarzen vollkommen auszuschalten. Bei dieser Gelegenheit konnte er eine Reihe von Grausamkeiten feststellen, die sich notwendig ergeben müssen aus dem System barbarischer Expeditionen. Die Etats für Togo und Neu-Guinea wurden ohne Debatte genehmigt.

Die Erörterung, die die sechsstündige Donnerstagsitzung ausfüllte, bezog sich allerdings nur auf Einzelfragen, aber gerade in dieser Spezialdiskussion kam besonders wirksam zum Ausdruck, wie berechtigt die allgemeine Kritik ist, welche die Sozialdemokratie an der deutschen Kolonialpolitik geübt hat. Aus dem Etat für Südwestafrika und Samoa wurde zunächst die Diamantenfrage herausgenommen, zu der die Budgetkommission eine Resolution angenommen hat, in welcher eine möglichst baldige Reform der Diamantenregie unter angemessener Beteiligung der Diamantenförderer und unter verschärfter staatlicher Aufsicht gefordert wird. Genossen Hoch vertrat diese Resolution mit ausgezeichneter sachmännischer Kenntnis der ganzen Vorgänge und der verhängnisvollen Wirkungen des bisherigen Regimes. Er konnte zeigen, wie die Diamantenregie bisher von den Syndikatsherren hineingelegt worden ist, die die deutschen Interessen schwer geschädigt haben. Nacheinander mußte Herr Erzberger vom Zentrum, Graf Westarp von den Konservativen, der Nationalliberale Freiherr v. Richthofen, der Fortschrittler Ahlhorn und der Staatssekretär die Berechtigung der Kritik zugeben. Sie suchten naturgemäß die Tragweite dieser Kritik und ihre Schärfe nach Möglichkeit abzuschwächen. Keiner traute sich aber soweit zu gehen, wie der Fortschrittliche Dr. Waldstein, der die großkapitalistischen Interessen unverhüllt aber ebenso wirkungslos gegen unseren Genossen in Schutz nehmen wollte. Die Resolution wurde selbstverständlich im Laufe der Debatte angenommen.

In der allgemeinen Debatte über den Etat für Südwestafrika und Samoa wurde zunächst eine sozialdemokratische Resolution behandelt, welche die Aufhebung der Verordnung fordert, durch die den Eingeborenen die Haltung von Großvieh nur nach einer im einzelnen Falle einzuholenden Genehmigung gestattet wird. Diese Verordnung bekämpfte als Redner unserer Fraktion Genosse Ledebour, der das Unrecht einer solchen Rache- und Strafpolitik nach Gebühr kennzeichnete. Der Staatssekretär versprach Milderung, gab aber zu, daß die Verordnung eine Vergeltungsmaßregel für den früheren Aufstand sei. Im Laufe der Debatte wandte sich Genosse Noske erneut gegen diese merkwürdige, engherzige, ungerechte und sicherlich erfolglose Politik. Auch diese Resolution fand Annahme.

Unter großem Interesse des ganzen Hauses wurde schließlich die Mischlingsfrage in Samoa angeschnitten, die bereits in der Generaldebatte des Etats Erwähnung gefunden hatte. Die Budgetkommission hatte damals die sozialdemokratische Kritik als berechtigt erachtet, und schlug vor, die entgegen der Verfügung des früheren Gouverneurs von Samoa und jetzigen Staatssekretärs die Ehe zwischen Eingeborenen und Weißen zulassen soll. Während die Abgeordneten sich zahlreich um die Tribüne scharten, hielt der Staatssekretär einen längeren Vortrag über diese Frage. Er lehnte die Reform ab, die er als einen falschen Ausfluß einer falschen Humanität hinstellen möchte. Er ging sogar soweit, das Befreiungsedikt von Abraham Lincoln in den Vereinigten Staaten als warnendes Beispiel hinzustellen! Also geradezu eine Verteidigung der Negersklaverei! Genosse Ledebour erwiderte ihm unter allgemeiner Aufmerksamkeit und unter der Zustimmung des größten Teiles der Abgeordneten. Er konnte den Staatssekretär auf schwerwiegende Widersprüche aufmerksam machen, die sich in seinen eigenen Aussagen und seiner eigenen Politik finden, und fand treffende Worte, um gegen jene rücksichtslose Barbarei die Sache selbstverständlicher Humanität in Schutz zu nehmen.

Um 7 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt. Erster Punkt der Tagesordnung ist die Reform der Geschäftsordnung.

Der Krieg.

Aufhebung der Dardanellensperre.

Konstantinopel, 1. Mai. Der Ministerrat hat beschlossen, die Durchfahrt durch die Dardanellen wieder zu öffnen unter der Bedingung, daß die Pforte sich das Recht vorbehält, sie wieder zu schließen, wenn es sich als notwendig herausstellen sollte, und daß die Schiffe streng die früheren Vorschriften über die Benutzung von Lotsen befolgen. Eine entsprechende Note wird den fremden Vertretern übermittelt werden. Da zur Auffischung der Minen aus den Dardanellen eine gewisse Zeit erforderlich ist, dürfte die Freigabe der Schiffahrt erst nach etwa zwei Tagen möglich sein.

Konstantinopel, 2. Mai. Der Minister des Aeußern überreichte gestern abend den Vertretern der fremden Mächte die Note, in der ihnen die Wiederöffnung der Dardanellen mit dem Vorbehalte, sie gegebenenfalls wieder zu schließen, bekanntgegeben wird.

Konstantinopel, 2. Mai. Die Note der Pforte über die Wiederöffnung der Dardanellen hat folgenden Wortlaut: Das kaiserliche Ministerium des Aeußern teilt den auswärtigen Missionen mit, daß die ottomanische Regierung beschlossen hat, die Dardanellen der neutralen Schiffahrt unter denselben Bedingungen wie vor der Sperrung wieder zu öffnen, das heißt mit der Verpflichtung für die Handelsschiffe, sich den Vorschriften über die Verwendung von Lotsen zu unterwerfen. Die Meerenge wird der Schiffahrt unter den früheren Bedingungen nach einer Frist freigegeben werden, die zur Hebung der die Verteidigung ergänzenden Minen materiell unerläßlich ist. Selbstverständlich hält die kaiserliche Regierung ihr legitimes Recht unumschränkt aufrecht, die Meerengen vollständig zu sperren, sobald sich das Bedürfnis danach fühlbar machen wird.

Die Schiffsunfälle im Aegäischen Meere.

Konstantinopel, 1. Mai. Zu der Katastrophe der „Texas" wird ergänzend gemeldet: Die „Texas" hatte 111 Passagiere an Bord, davon sieben erster Klasse, während die übrigen im Zwischendeck untergebracht waren. Von diesen waren 50 Albanesen aus Saloniki und 25 Türken aus Mytilene, die anderen aus Saloniki und Dedeagatsch. Die Besatzung zählte 26 Mann. Bis gestern waren 67 Personen gerettet, von denen viele Verletzungen erlitten haben. 69 Personen gelten als verloren. Unter den Ertrunkenen befindet sich der Belgier Boucart. Deutsche sind nicht verunglückt. Der erste Kapitän, ein Grieche namens Makris, wurde verletzt. Alle offiziösen Nachrichten schreiben dem Kapitän die Schuld an der Katastrophe zu. Die „Texas" war ein alter Dampfer von ungefähr 500 Tonnen Gehalt und gehörte dem griechisch-ottomanischen Reeder Hadschi Daud, der, um sich der Entrichtung der Hafengelder und der Kontrolle der Behörden zu entziehen, die den Dienst nicht ganz einwandfreier Fahrzeuge nicht zulassen wollte, auf dem Schiffe die amerikanische Flagge hatte hissen und den Namen des Dampfers, der ursprünglich „Olympia" gelautet hatte, in „Texas" hatte umwandeln lassen.

Konstantinopel, 2. Mai. Hier geht das Gerücht, daß ein Schleppdampfer bei der Insel Samothraki südlich von Dedeaghatsch durch Explosion einer Unterseemine gesunken sei. Dreizehn Personen sollen ums Leben gekommen sein.

Konstantinopel, 2. Mai. Die gerüchtweise gemeldete Minenexplosion hat sich in den Dardanellen selbst ereignet. Ein im Dienste der Admiralität stehender Schlepper „Semendria" stieß bei der Verankerung von Bojen auf eine Mine und flog in die Luft. Der Kapitän und zwölf Matrosen, darunter zwei Armenier, sind ertrunken, einer ist gerettet. Der Unfall hat bei der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen.

Die Luftschiffe auf dem tripolitanischen Kriegsschauplatze.

Tripolis, 2. Mai. Gestern früh unternahmen die Luftschiffe P. 2 und P. 3 einen Erkundungsflug längs der Straße Fonduk—Tokar—Suani—Benaden-Azizia. Die beiden Luftschiffe, die unter dem Befehl des an Bord befindlichen Majors Denti standen, stellten die Streitkräfte und Stellungen des Feindes fest. Als die Luftschiffe über den feindlichen Lagern eintrafen, wurden sie mit lebhaftem Gewehrfeuer und Granaten aus zwei Geschützen empfangen, blieben jedoch unversehrt. Gegen 10 Uhr befand sich das Luftschiff P. 2 über dem Lager von Azizia und bombardierte es mit großem Erfolg, indem es 30 große Bomben in das Lager fallen ließ. Gleichzeitig ließ P. 3 etwa 12 große Bomben in die Lager von Suani und Benaden fallen und fügte dem Feinde schwere Verluste zu, da sämtliche Bomben explodierten. Nach dreistündiger Fahrt kehrten die Luftschiffe in die Schuppen zurück.

Die Meuterer vor dem Kriegsgericht.

Rom, 1. Mai. (Eig. Ber.) Obwohl die bürgerliche Presse sich bis heute noch nicht entschlossen hat, die von uns gemeldete Meuterei von Reservisten vom 5. April zuzugeben, ist der „Avanti" imstande, über die Strafen zu berichten, die das Kriegsgericht über die betreffenden Soldaten vom 41. Regiment verhängt hat. Den Soldaten Municchi hat man als Rädelsführer angesehen und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, die weiteren Verurteilungen lauten auf 10, 2 und 1 Jahr. Drei Gemeine sind zu 6 Monaten, drei Korporale zu je 8 Monaten verurteilt worden, während 5 Angeklagte freigesprochen wurden. Natürlich durfte der Kriegskorrespondent des „Avanti" diese Nachricht nicht telegraphieren. Trotzdem wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, und, was noch weit schlimmer ist, die Ursachen dauern weiter an, die zu ähnlichen Gehorsamsverweigerungen der Reservisten und zu ähnlichen Strafen führen werden. Dagegen hilft keine Zensur, dagegen hilft nur die Entlassung der kriegsmüden Reservisten.

Italiener durch Italiener erschossen.

Rom, 1. Mai. (Eig. Ber.) Durch einen tragischen Mißgriff, an dem zweifellos ein übertriebener Zerstörungseifer Schuld trug, sind an der Küste der Halbinsel von Makabea zwei Italiener durch das italienische Torpedoboot „107" erschossen worden. Das Boot sah zwei Männer in einem Ruderboot der Küste zusteuern und forderte sie durch Zuruf auf, still zu stehen. Als beide weiter ruderten, wahrscheinlich weil sie die Order nicht verstanden hatten, wurde die kleine Kanone des Torpedoboots auf die Ruderer gerichtet. Einer der beiden war sofort tot, der andere wurde im Wasser erschossen, als er sich durch Schwimmen retten wollte. Nachher stellte sich heraus, daß die Erschossenen der Maschinist und der zweite Offizier des Kauffahrteifahrers „Vincenzio Florio" waren. Hätte man, anstatt sofort zu schießen, die beiden aufgefordert, sich zu ergeben, so wäre der tragische Mißgriff vermieden worden.

Die Revolution in China.

Neues Leben in Peking.

Peking, 1. Mai. (Meldung der „Agence d'Expreß Orient".) Allem Anschein nach werden in Peking in Kürze wieder normale Zustände eintreten. Die Geschäfte werden regelmäßig geöffnet. Ein städtisches Komitee hat sich gebildet und hat der Regierung Vorschläge über die Ausführung öffentlicher Arbeiten unterbreitet. Unter anderem sollen die Gräben, die sich rings um die Stadt ziehen, aus Gesundheitsrücksichten ausgefüllt und mit Bäumen bepflanzt werden. Eine große Anzahl Tore, besonders im Süden, sollen in die Stadtmauer gebrochen werden. Außerdem wird beabsichtigt, mit einer Elektrizitätsgesellschaft wegen des Baues von Straßenbahnen in der Stadt und in den Vororten in Unterhandlungen zu treten.

Der Kampf gegen das Opiumgift.

Nanking, 30. April. (Meldung der „Agence d'Expreß Orient.) Die Gerüchte, daß die Revolution eine Steigerung des Mohnbaues und des Opiumverbrauchs mit sich gebracht habe, entbehren jeder Begründung. Wenn auch in einigen Orten die Ueberwachungsmaßregeln während der Revolution nicht so scharf waren, läßt sich doch feststellen, daß der Krieg gegen den Mohn jetzt wieder um so schärfer geführt wird. In Futschu und Fokien wird ein förmlicher Kreuzzug gegen das Opium geführt. Die alten Repressivmaßregeln werden strikt innegehalten, und neue Vorschriften sind hinzugekommen. Alle Magazine, die zum Rauchen präpariertes Opium verkaufen, werden geschlossen. Der Sekretär des internationalen Bureaus gegen das Opium in Schanghai hat einen Brief des Generalissimus von Fokien erhalten, in dem er ihm mitteilt, daß er Soldaten zur Verwüstung der Opiumfelder geschickt hat, die während der Revolution gepflanzt worden sind. Referend James Bruce Eyestone schreibt aus Minzingchien, daß er in der ganzen Gegend keine Mohnfelder mehr bemerkt. Es organisiert sich eine republikanische Bewegung gegen das Opium, unterstützt von allen bedeutenderen Republikanern und maßgebenden Persönlichkeiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Mai 1912.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Endlich hat das Abgeordnetenhaus den Etat wenigstens in zweiter Lesung durchberaten. Die Schuld an der verspäteten Fertigstellung des Etats, der, bevor er an das Herrenhaus gelangt, auch noch die dritte Lesung im Abgeordnetenhause passieren muß, trägt nicht etwa der Landtag, vor allem nicht die sozialdemokratische Fraktion, die die Gegner so gern dafür verantwortlich machen möchte, sondern einzig und allein die Regierung, die das Parlament so spät einberufen hat.

Im Gegensatz zum organisierten Proletariat, das in der völligen Arbeitsruhe die würdigste Form der Maifeier erblickt, hielt das preußische Dreiklassenparlament am Mittwoch gleich zwei Sitzungen ab. Die Mehrheit wollte die Zeit, die sie in den letzten Tagen durch ihre albernen Angriffe auf die Sozialdemokraten vertrödelt hat, wieder einholen, und deshalb mußten die paar Abgeordneten, die es mit ihrer Pflicht ernst nehmen, nach einer Dauersitzung am Tage auch noch am Abend zu Beratungen zusammenkommen und bis in die Nacht hinein sitzen.

Von den Verhandlungsgegenständen interessierte besonders die Bewilligung des Geheimfonds in Höhe von 800 000 M., für den diesmal sogar die Fortschrittler stimmten, obwohl gerade ihr verstorbener Führer Eugen Richter diesen Korruptionsfonds stets aufs heftigste bekämpft hat. Namens unserer Fraktion protestierte Genosse Hirsch dagegen, daß die Gelder der Steuerzahler zur Züchtung von Spitzeln verwendet werden. Bei dem Titel „Fürsorgeerziehung" gab Genosse Borchardt wertvolle Anregungen zur sozialen Ausgestaltung des Fürsorgeerziehungswesens,

während sich Liebknecht beim Kapitel „Strafanstaltsverwaltung" über den Mißbrauch verbreitete, der mit der Arbeit der Gefangenen betrieben wird. Am Abend wurde das Kapitel „Medizinalwesen" in Angriff genommen, dessen Beratung am Donnerstag fortgesetzt wurde.

Der Redner unserer Fraktion, Genosse Hirsch, verbreitete sich bei dieser Gelegenheit in sachkundiger Weise über die gesundheitlichen Verhältnisse des Staates und ging auf den von anderer Seite berührten Streit zwischen Krankenkassen und Leipziger Verband ein. Unserem grundsätzlichen Standpunkte entsprechend, stellte er sich nicht auf die Seite derer, die es den Aerzten verübeln, daß sie sich organisieren. Im Gegenteil, er räumte den Aerzten genau so wie allen übrigen Schichten der Bevölkerung das uneingeschränkte Koalitionsrecht ein, nur verlangte er, daß die Regierung sich in die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kassen und Aerzten nicht einmischt. Schließlich brachte er auch die einseitige Vertretung der Interessen der Apotheker durch den Referenten im Ministerium, Geheimrat Fröhlich, zur Sprache, der es an der für einen Regierungsvertreter notwendigen Objektivität fehlen läßt. Die sozialdemokratischen Anträge auf Regelung des Irrenrechts und auf eine Ausgestaltung des Säuglings- und Mutterschutzes wurden ohne Widerspruch Kommissionen überwiesen.

Eine seltene Uebereinstimmung des Hauses trat bei der Besprechung der Frage des Neubaues des Opernhauses zutage. Man war allgemein der Meinung, daß den Künstlern in weiterem Umfange Gelegenheit zur Betätigung ihres Könnens gegeben werden müßte. Dieser Anregung, die zu einem Beschluß erhoben wurde, trat auch Genosse Liebknecht bei, dessen beherzigenswerte Ausführungen in der Forderung gipfelten, daß die Kunst dem Volke gehöre und daß deshalb im Interesse der breiten Masse eine möglichst soziale Billettpreispolitik getrieben werden müsse.

Auch in der Frage der Bezüge der Altpensionäre, d. h. der vor dem 1. April 1908 pensionierten Beamten und Lehrer, wurde endlich, nach wiederholten Beratungen im Plenum und in der Kommission, eine Einigung erzielt, die zwar nicht völlig befriedigt, aber doch immerhin eine Abschlagszahlung bedeutet. Daß die Sozialdemokraten es mit den Beamten mindestens ebenso gut meinen wie die bürgerlichen Parteien, die angesichts der Wahlen um ihre Gunst buhlen, beweisen die von warmer Liebe für die Altpensionäre diktierten Worte unseres Genossen Hoffmann.

Am Freitag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. Mit der dritten Lesung des Etats soll am Sonnabend begonnen werden.

Im Seniorenkonvent des Reichstages

wurde am Mittwoch bestimmt, daß wenn die Beratung des Kolonialetats am Donnerstag zum Abschluß kommt, am Freitag die Anträge der Geschäftsordnungskommission auf Ausbau der Geschäftsordnung als erster Punkt auf die Tagesordnung der Plenarsitzung kommen soll. Dabei soll der Antrag der Freikonservativen, die Fraktionsstärke betreffend, behandelt werden. Sonnabend und Montag werden Ferientage sein. In der nächsten Woche wird dann die Beratung begonnen mit dem Reichsschatzamt und dem Pensionsfonds. Im übrigen werden sich die weiteren Arbeiten nach dem Fortschreiten der Beratungen der Budgetkommission richten.

Die große Versöhnung.

Der Streit zwischen den „Alten" und „Jungen" der nationalliberalen Partei scheint — wenigstens vorläufig — mit einer zärtlichen Versöhnung zu enden. Die „Nationalzeitung" meldet:

„Die Beratungen der Einigungskommission, die eine Vermittlungsformel für den Ausgleich zwischen den Jungliberalen und dem bekannten Beschluß des Zentralvorstandes finden sollten, sind Mittwoch zu Ende geführt worden. Die Einzelheiten sind vorläufig noch vertraulich, doch ist die Absicht, den Vertretertag zu verschieben, an dem Widerspruch der Jungliberalen gescheitert. Der Vertretertag wird also am 12. Mai doch stattfinden und sich mit dem Kompromiß zu beschäftigen haben."

Trotz dieser Heimlichtuerei ist die fortschrittliche Presse über den Vorschlag der Ausgleichskommission genau unterrichtet. Nach ihrer Mitteilung läuft der Vorschlag darauf hinaus, daß der Reichsverband der nationalliberalen Jugend bestehen bleibt, jedoch aus dem Gefüge der nationalliberalen Parteiorganisation ausscheidet. Der Reichsverband wird in Zukunft den Zusammenhang mit der Partei durch die Angliederung der einzelnen jungliberalen Vereine an die Provinzial- und Landesorganisationen behalten. Durch diese Angehörigkeit soll der jungliberale Einfluß in der Zentralinstanz der Partei verbürgt werden.

Die nationalliberale Jugend scheint geneigt zu sein, diesen schönen Vorschlag zu akzeptieren. Der Vorstand des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend hat nämlich am Sonntag in Frankfurt a. M. beschlossen, zu empfehlen, daß der Vertretertag der nationalliberalen Jugend seinen Vertretern auf dem allgemeinen Parteitag rät, für den Antrag der sogenannten freien Kommission einzutreten unter den folgenden Voraussetzungen:

1. Der allgemeine Parteitag findet an dem festgesetzten Termin, am 12. Mai cr., statt.

2. Der Zentralvorstand der Partei empfiehlt den Kommissionsantrag als den seinigen unter Aufhebung seines Beschlusses vom 24. März cr.

3. Die Begründung, die dem Parteitag für den Kommissionsantrag gegeben wird, wird vorher festgelegt. Sie muß die Feststellung enthalten, daß das Bestehen des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, wenn auch ohne besondere Vertretung in der Partei, für die Zukunft gewährleistet wird.

4. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Geh. Rat Friedberg, schlägt Dr. Fischer dem Zentralvorstand zur Zuwahl in den geschäftsführenden Ausschuß vor.

Einzelne dieser Forderungen mögen den Friedbergern und Juhrmännern etwas unbequem sein, vor allem das Verlangen, Herr Friedberg solle selbst den Führer der Jungliberalen, Dr. Fischer, der auf Friedbergs Betreiben am 24. März d. J. aus dem geschäftsführenden Ausschuß der nationalliberalen Partei hinausgewählt worden ist, zum Wiedereintritt in diesen Ausschuß vorschlagen; aber schließlich sind alle diese Bedingungen nicht derart, daß die Friedberger sie nicht bewilligen könnten, denn sie sind nichts Neues, sondern stellen im wesentlichen nur den früheren Zustand wieder her. Nach einigem Handeln und Feilschen werden sich deshalb wohl einstweilen die „Alten" diesen Forderungen fügen, bis sich die Aussichten für eine Abhalfterung der Jungen und der Wassermänner bessern. Es wird deshalb wahrscheinlich die auf den 12. Mai festgesetzte Entwirrungskomödie mit einem wenigen und weinerlichen großen Versöhnungsfest schließen. Wie lange die Uebereinstimmung der schönen Seelen dauern wird, ist freilich eine andere Frage.

Die Deckung der Wehrvorlage in der Kommission.

In der Mittwochssitzung entspann sich zunächst eine längere prinzipielle Auseinandersetzung über einen sozialdemokratischen Antrag, der die Branntweinsteuer auf 105 M., die jetzige Höhe der Kontingentssteuer festsetzen will. Die Sozialdemokraten sind mit der Aufhebung des Kontingents einverstanden; im Interesse des Konsums aber sind sie nicht für den Steuersatz von 125 M. pro Hektoliter, der heute für den außer Kontingent stehenden Branntwein bezahlt wird, sondern für den jetzt geltenden Kontingentssteuersatz von 105 M. Die Vergünstigung für die süddeutschen Reservatrechte wollen sie in diesem Fall anerkennen. Demzufolge sollen die süddeutschen Brennereien 7½ M. weniger Steuern zahlen, als bisher innerhalb des Kontingents zu entrichten waren.

Im weiteren aber beantragten die Sozialdemokraten die Einführung der Erbschaftssteuer. Genosse Wurm gab hierzu folgende Erklärung ab:

„Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzige Heeres- und Flottenvorlage, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftssteuer, zu stimmen. Zu dieser Erklärung bin ich durch meine Fraktion ermächtigt."

Konservative, Polen, Nationalliberale und Zentrum beantragten, den aus der Betriebsauflage angesammelten Fonds zur Propagierung und Verbilligung des technischen Spiritus um jährlich 16 Millionen zu verstärken, welche Summe aus der Verbrauchsabgabe zu entnehmen sei. Die Antragsteller machen von der Annahme dieses Antrages ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig.

Das Ergebnis der Beratung war die Ablehnung des Antrages der Sozialdemokraten, die Annahme des konservativen Antrages betreffend die 16 Millionen für den technischen Spiritus. In beiden Fällen geschah die Annahme bezw. Ablehnung mit 15 gegen 13 Stimmen. Die Beratung der §§ 2 und 3, die die Hauptbestimmungen für Süddeutschland enthalten, wurde noch nicht zu Ende geführt.

Es liegt zum süddeutschen Reservat eine Reihe von Anträgen vor, die auf eine Erweiterung der Spannung bis zu 12 Mk. hinauslaufen.

Nach längerer Debatte über diese Anträge reichten die sozialdemokratischen Vertreter in der „Branntwein-Kommission" am Donnerstag einen spezialisierten Staffelungs-Antrag ein unter dem Vorbehalt, daß in zweiter Lesung an den Einzelheiten der Staffelung Vereinfachungen vorgenommen werden können. Die Tendenz des Antrages geht natürlich dahin, die kleinen (und mittleren) süddeutschen Brennereien vor der übermächtigen Konkurrenz der Riesenbetriebe zu schützen.

Der Antrag wollte den landwirtschaftlichen Genossenschafts- und den kleineren Brennereien durch eine gestaffelte Ermäßigung Vorteile bieten, gegenüber den großen Brennereien. Nach dem seitherigen Gesetz z. B. bezog die Brennerei von Sinner in Baden eine Liebesgabe von 180 000 M. pro Jahr. Nach dem neuen Gesetz würde diese Liebesgabe immer noch 45 000 M. betragen, während sie nach dem sozialdemokratischen Antrag auf etwa 9000 M. herabgedrückt würde.

Der Antrag wurde gegen die acht Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag Vogt (kons.) Annahme, der den vor dem 1. April 1912 betriebsfähig hergerichteten (süddeutschen) Brennereien mit einer Jahreserzeugung von nicht mehr als 100 Hektoliter Alkohol eine Ermäßigung um 0,12 M., bei mehr als 100—300 Hektoliter eine solche von 0,10 M. pro Liter zugesteht.

Jesuitendebatte im bayerischen Landtag.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer kam am Mittwoch die Interpellation des Herrn Dr. Casselmann betreffend den Jesuitenerlaß zur Besprechung. Ministerpräsident Frhr. v. Hertling hielt zur Verteidigung des Erlasses eine lange Rede, in der er ausführte:

Die Entschließung, die den Gegenstand der vorliegenden Interpellation bildet, war das Endziel längerer bereits unter dem früheren Ministerium eingeleiteter Verhandlungen. Auf Grund der einschlägigen Erwägungen glaubte der frühere Kultusminister eine Weisung dahin in Aussicht nehmen zu sollen, daß zu der nach Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 5. Juli 1872 verbotenen Ordenstätigkeit der Jesuiten weder die sogenannten Konferenzvorträge in der Kirche noch jene priesterlichen Handlungen zu zählen sind, die zum Zwecke vorübergehender Aushilfe in der Seelsorge in Abhängigkeit vom zuständigen Pfarramt vorgenommen werden. Von dieser Absicht wurde den Bundesregierungen Mitteilung gemacht. So stand die Sache, als im Februar der Ministerwechsel eintrat. Wir hatten also eine Erbschaft übernommen und diese zu liquidieren. Doch möchte ich betonen, daß die neuen Minister, da sie mit der in Aussicht genommenen Maßnahme einverstanden waren, auch die volle Verantwortung für die Maßnahme trugen.

Der Erlaß befaßt sich mit der Interpretation der vom Bundesrat zu dem Reichsgesetz erlassenen Vollzugsbekanntmachung vom 5. Juli 1872. Das Wort Ordenstätigkeit, das vom Bundesrat nicht näher erläutert worden ist, stellt keinen eindeutigen, klarumschriebenen Begriff dar. Es ist weiterer und engerer Auslegung fähig, je nachdem man entweder alle seelsorgerischen Funktionen einbezieht oder jene priesterlichen Handlungen ausschließt, bei denen der Ordensangehörige einer anderen Aufsichtsgewalt als die für die Ordensleitung unmittelbar untergeordnet ist. Beide Auslegungen sind nach der Anschauung der bayerischen Regierung an sich möglich und mit dem Wortlaute der reichsrechtlichen Vorschriften zu vereinbaren.

Für die bayerische Regierung war bei dem Uebergang zu einem milderen Vollzug die Erwägung bestimmend, daß in dem allgemeinen Urteil über den Jesuitenorden seit dem Erlaß des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1872 ein Umschwung zugunsten des Ordens eingetreten ist. Dies erhellt schon aus der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Die bayerische Regierung glaubte, daß diese gesetzgeberische Maßnahme nicht ohne Rückwirkung auf den administrativen Vollzug dieser Bestimmung und der zugehörigen Ausführungsvorschriften bleiben könne. Um allen Zweifeln an der Loyalität der bayerischen Regierung zu begegnen, und um auch nicht den Schein einer Trübung des Verhältnisses der bayerischen Regierung zur Reichsleitung aufkommen zu lassen, hat sie vor kurzem beim Bundesrat den Antrag auf authentische Interpretation des Begriffs „Ordenstätigkeit" eingebracht. Hierdurch hat die bayerische Regierung zu erkennen gegeben, daß sie bereit ist, diejenige Auslegung sich zu eigen zu machen, die das Organ, das allein zu einer verpflichtenden Interpretation berufen ist, nämlich der Bundesrat, für richtig erklärt."

Der Ministerpräsident spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die öffentliche Meinung, die in einem über die Bedeutung dieser Angelegenheit weit hinausgehenden Maße gereizt wurde, sich nun wieder beruhigt und der von Bayern selbst angerufenen Entscheidung des Bundesrats vertrauensvoll entgegensieht.

Am Schlusse der Sitzung kam es zu erregten Auftritten. Als Abg. Quidde (lib.) um 2½ Uhr einen Antrag auf Vertagung stellte, erklärte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Abg. Lerno, daß das Zentrum die Besprechung der Jesuiten-Interpellation zu Ende führen wolle. Es entspann sich eine lange erregte Debatte über die Geschäftsordnung, in deren Verlauf die Abgeordneten Timm (Soz.) und Hübsch (lib.) dem Zentrum Vergewaltigung der Minorität vorwarfen. Schließlich schloß der Vizepräsident Frank die Sitzung und setzte die Weiterberatung auf Donnerstag, den 2. Mai, fest.

Heute wurde die Debatte beendet. Sie brachte zwar keine Aufklärung über den Ursprung des Erlasses und über den Konflikt der bayerischen Regierung mit der Reichsleitung, aber sie vollendete das Bild einer ebenso gewalttätigen wie ungeschickten Zentrumsregierung. Genosse Adolf Müller wies auf die schwere Niederlage hin, die die bayerische Regierung gegenüber dem Reiche erlitten habe und forderte das Zentrum auf, endlich einmal seine Macht zu gebrauchen, um das Ausnahmegesetz zu stürzen. Das Zentrum wurde durch diese Rede so sehr in die Enge getrieben, daß der Ministerpräsident auf jede Entgegnung verzichtete. Die Blamage wurde vollendet durch die Tatsache, daß der Kultusminister sich herausgenommen hatte, das Haus zu täuschen. Von liberaler Seite war nämlich festgestellt worden, daß der Erlaß auf Betreiben des Münchener Erzbischofs ergangen sei. Der gegenwärtige Kultusminister behauptete nun, daß der Text dieses Erlasses ohne wesentliche Aenderungen vom jetzigen Ministerium übernommen worden sei. Heute wurde nun aber von einem liberalen Redner enthüllt, daß der neue Kultusminister die entscheidenden Stellen hinzugefügt habe, namentlich die Erlaubnis, daß die Jesuiten in der Kirche auch die Sakramente spenden dürften. Auf dieser bewußten Unwahrheit ertappt, versuchte der Kultusminister mit einer Insinuation gegen die Liberalen zu entwischen, denen er vorwarf, daß sie überhaupt die Spendung der Sakramente in der Kirche nicht wollten, doch mußte er einen wenig rühmlichen Rückzug antreten.

Die Wirren in Marokko.

Die Entsendung französischer Kriegsschiffe in die marokkanischen Gewässer.

Paris, 1. Mai. Offiziös wird als Grund für die Entsendung der Panzerkreuzer „Gloire" und „Condé" nach Marokko angegeben, der französische Geschäftsträger in Tanger habe dem Ministerium des Aeußern bestätigt, daß der Aufruhr in Fez auch auf Tanger eine gewisse Rückwirkung ausgeübt habe, und daß namentlich die jüdische Bevölkerung sich sehr beunruhigt zeige. Um die Befürchtungen der fremden Ansiedelungen und der jüdischen Bewohner zu zerstreuen, habe die Regierung die Entsendung der beiden Kriegsschiffe beschlossen.

Kämpfe bei Larrasch.

Paris, 1. Mai. Wie aus Madrid gemeldet wird, soll die auf dem linken Lukkosufer bei Larrasch lagernde französische Mahalla das Dorf Hura angegriffen, sich des Viehes bemächtigt, sowie eine eingeborene Familie, einen deutschen Schutzbefohlenen und acht spanische Schutzbefohlene gefangen genommen haben.

Zur Lage im Gebiete von Fez.

Paris, 2. Mai. Aus Fez wird vom 1. Mai gemeldet: Eine Harka, die im Osten von Fez gebildet wurde, um auf Fez vorzurücken, hat sich aufgelöst.

Die Beni Urain haben sich nicht dazu entschlossen, gegen Sefru zu marschieren.

Es verlautet, daß in Fez eine Kriegskontribution zur Entschädigung der Opfer der dortigen Unruhen erhoben werden soll.

Paris, 2. Mai. Nach den letzten aus Fez eingetroffenen Telegrammen nimmt die Entwaffnung der Bevölkerung ihren Fortgang. Bisher sind bereits 14 000 Gewehre abgegeben worden. Die Bevölkerung verhält sich ruhig, man fühlt aber deutlich, daß nur die Anwesenheit der Truppen sie in Schach hält. Nur mit deren Hilfe wird es möglich sein, die Ruhe dauernd aufrecht zu erhalten.

Die Stämme der Umgegend sind dagegen nach wie vor sehr kampflustig, zumal täglich Ueberläufer von den scherifischen Truppen zu ihnen stoßen. Es bleibt daher abzuwarten, ob sie durch die blutige Niederwerfung des Aufruhrs in Fez so eingeschüchtert sind, daß sie keinen Angriff auf die Stadt mehr wagen werden. Die Soldaten, die gemeutert hatten, sind sämtlich mit in der Burg Kasba des Stammes der Schorarda eingeschlossen, ihre Zahl beläuft sich auf etwa 2300 Mann. Sie sind über das ihnen drohende Schicksal äußerst besorgt, wozu die vorgestern veröffentlichte Kundgebung des Sultans viel beiträgt.

Truppensendung nach Marokko.

Paris, 2. Mai. Der Dampfer Armónie ist von Bastia auf Korsika mit einer Batterie des 2. Gebirgsartillerieregiments nach Casablanca abgegangen.

Oesterreich.

Die Behandlung ausländischer Arbeiter in Preußen.

Wien, 2. Mai. In der österreichischen Delegation wendete sich der tschechische Sozialdemokrat Nemec dagegen, daß österreichische Arbeiter ohne Grund und gegen das internationale Recht aus Preußen ausgewiesen werden. Die Demokratie sei die einzige Grundlage, auf der auch Neu-Oesterreich aufgebaut werden könne. Die Umwandlung Oesterreichs in einen Nationalitäten-Bundesstaat böte Gewähr für seine Erhaltung.

Rußland.

Die Arbeitermetzelei.

Petersburg, 1. Mai. Reichsduma. Bei der Besprechung der Interpellation über die Ereignisse an der Lena erklärte der Handelsminister, er sei von dem Ministerpräsidenten dazu ermächtigt, im Namen der Regierung kategorisch die in der Presse und der Duma geäußerte Befürchtung zu dementieren, daß die Wahrheit über diese Ereignisse nicht zutage gefördert werde. Die Regierung sei fest entschlossen, eine umfassende und eingehende Untersuchung über diese traurige Angelegenheit zu veranstalten. Es sei notwendig, das Verhalten aller beteiligten Beamten sowie die wirtschaftliche Lage und die Arbeitsbedingungen in den Lenagoldfeldern und die ganze Entwickelung des Streiks, der zu der furchtbaren Katastrophe vom 17. April führte, aufzuklären. (Beifall rechts und in der Mitte.) Das Ergebnis der Untersuchung werde in weitgehendstem Maße veröffentlicht werden. Obwohl die Ungeduld der Oeffentlichkeit vollständig begründet sei, müsse der Regierung doch zugestanden werden, daß es ihr unmöglich sei, die Untersuchung zu beschleunigen, weil gegenwärtig jede Verbindung zwischen Irkutsk und dem Lenadistrikt unterbrochen sei. Sobald die Verbindungswege wieder hergestellt seien, werde sich die Untersuchungskommission an den Ort der Ereignisse begeben. Die Regierung werde von ganzem Herzen dem Wunsche des Hauses nach Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes entsprechen, der die Dingung der Arbeiter auf den Gold- und Platinafeldern und die Arbeitszeit und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter regeln sowie die Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unglücksfälle auf Sibirien ausdehnen werde. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Persien.

Der Russenkurs.

Teheran, 1. Mai. Die Regierung hat bis jetzt in Verfolg ihres Planes, ihre Gegner aus dem Wege zu schaffen, 16 Personen verhaftet. In einigen Kreisen glaubt man, daß auf diese Weise die Wahl eines gefügigen Medschlis vorbereitet werden soll.

Gewerkschaftliches.

Maiaussperrungen.

Trotz der verschärften Beschlüsse der Unternehmer und trotz der stärkeren Beteiligung der Arbeiter an der diesmaligen Maifeier sind die Aussperrungsziffern nicht sehr groß. Die größte Zahl der Ausgesperrten ist in der Berliner Holzindustrie zu verzeichnen; hier wurden in 446 Betrieben 7350 Arbeiter, meist auf drei Tage, einige nur auf einen Tag, andere dagegen auf unbestimmte Zeit ausgesperrt.

In der Berliner Metallindustrie haben 29 Firmen 1636 Arbeiter ausgesperrt. Die Zahl der Ausgesperrten ist beinahe dreimal größer als im Vorjahre, in Anbetracht aber der etwa doppelten Zahl der an der Maifeier Beteiligten will das nicht viel besagen. Die Mehrzahl der Arbeiter ist auf drei bis vier Tage ausgesperrt. Die großen Kühnemänner haben die Aussperrung für acht Tage verfügt.

Im Zimmerergewerbe sind 175 Mann auf drei Tage ausgesperrt.

Relativ am geringsten ist die Aussperrung der Maurer. Bestimmte Zahlen liegen zwar noch nicht vor, die Zahl der Ausgesperrten dürfte zwischen 300—500 betragen.

Im Transportgewerbe sind 95 Arbeiter auf einen Tag ausgesperrt; von den Steinarbeitern sind in 28 Betrieben 193 Mann ausgesperrt.

Aus **Hamburg** wird berichtet, daß die Aussperrung einen größeren Umfang annehmen dürfte, weil die Beteiligung an der Maifeier, besonders auch von Werftarbeitern, außerordentlich stark war und die Unternehmer beschlossen hatten, eine zehntägige Aussperrung eintreten zu lassen.

* *

Ueber die Maifeier und die Aussperrung der Holzarbeiter wurde in der gestern Abend abgehaltenen Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes folgendes festgestellt: Die Beteiligung an der Feier war stärker als in früheren Jahren. Die Arbeiter mehrerer Großbetriebe, die im vorigen Jahre nicht oder nur in kleiner Zahl feierten, haben diesmal in übergroßer Mehrheit die Arbeit ruhen lassen. Die genaue Feststellung durch die Markenausgabe hat ergeben, daß **23 349 Kollegen** die Demonstrationsversammlung besuchten. Das ist ein durchaus befriedigendes Resultat. Entsprechend der stärkeren Beteiligung an der Feier ist auch die Aussperrung diesmal stärker als im vorigen Jahre, wenn auch einige Unternehmer, die früher aussperrten, sich diesmal nicht an der Aussperrung beteiligten. In 348 Betrieben mit 9560 Beschäftigten sind 7375 Arbeiter ausgesperrt, und zwar: 7160 Arbeiter in 344 Betrieben 3 Tage, 17 Arbeiter in 2 Betrieben 2 Tage, 198 Arbeiter in 2 Betrieben 1 Tag.

Die Gesamtzahl der Ausgesperrten ist um 800 höher als im Vorjahre. Von den Ausgesperrten gehören 6925 dem Verbande und 379 anderen Organisationen an. An der Aussperrung haben sich in diesem Jahre einige Branchen beteiligt, die früher nicht aussperrten. Der Beschluß der Arbeitgeber, die Feiernden in aller Form zu entlassen und nach Ablauf der Aussperrungsfrist nur durch den Nachweis neue Arbeitskräfte einzustellen, ist nur in wenigen Betrieben — etwa 20 — durchgeführt worden.

Eine eigenartige Demonstration haben die Vertreter der Arbeitgeber beim paritätischen Arbeitsnachweis ins Werk gesetzt. Weil die Vertreter der Arbeiter am 1. Mai nicht im Arbeitsnachweislokal anwesend waren, haben die Vertreter der Arbeitgeber am 2. Mai ihre Tätigkeit bis auf weiteres eingestellt.

Aus der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, welcher verlangt, in den Betrieben, wo nach der dreitägigen Aussperrung Entlassungen einzelner Arbeiter oder sonstige Maßregelungen vorgenommen werden, solle die Arbeit nicht eher aufgenommen werden, als bis die Maßregelungen zurückgenommen seien.

Glocke wandte gegen den Antrag ein, daß nach den bestehenden Verbandsbeschlüssen im Anschluß an die Maifeier Forderungen nicht gestellt werden dürfen, die zu Konflikten von nicht abzusehender Tragweite führen könnten.

Der Antrag wurde der Ortsverwaltung überwiesen mit der Maßgabe, daß sie Differenzen, wie sie der Antrag im Auge hat, in geeigneter Weise regeln soll. — Ferner beschloß die Versammlung, daß die Ausgesperrten vom ersten Tage an Streikunterstützung erhalten.

Berlin und Umgegend.

Innungs-Terrorismus.

Die Berliner Fleischerinnung, der das Steigen der Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Fleischer schon mancherlei Kopfzerbrechen gemacht, will jetzt die Organisation vernichten. In der Innungsversammlung am 30. April ist nachstehende Resolution angenommen:

„Die Leitung des Zentralverbandes in Berlin und das Vorgehen desselben gegen einzelne Meister zwingt die Innung zu folgender Beschlußfassung: In Rücksicht darauf, daß der Zentralverband für seine Mitglieder eine eigene Stellenvermittelung besitzt, sind die Mitglieder des Zentralverbandes von der Stellenvermittelung der Innung ausgeschlossen; infolgedessen ist auch den Mitgliedern des Zentralverbandes im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, das Betreten des Gesellenhauses, ganz gleich, unter welchen Vorwänden es auch sei, verboten.

Der Sprechmeister Drädert ist verpflichtet, jedes Mitglied des Zentralverbandes, welches sich widerrechtlich im Hause aufhält, aus dem Gesellenhause zu verweisen. Er ist eventuell verpflichtet, Strafantrag wegen Hausfriedensbruch zu stellen. An alle Mitglieder der Innung, welche sich nicht zu den Grundsätzen des Zentralverbandes bekennen, richten wir das dringende Ersuchen, Mitglieder des Zentralverbandes nicht mehr in Arbeit zu stellen; auch sich der Vermittelung des Arbeitsnachweises des Zentralverbandes nicht zu bedienen."

Um diesen Terrorismusakt ruhig verhandeln zu können, hatte man die gesetzlichen Vertreter der Gesellen, den Gesellenausschuß nicht geladen, obgleich derselbe nach dem Gesetz gehört werden muß! Durch diese Resolution hat die Fleischerinnung bewiesen, daß sie im reaktionären Bestreben nicht mehr übertroffen werden kann. Die organisierten Gesellen sollen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden; damit hofft man die Organisation der Gesellen zu vernichten. Nun, die organisierte Arbeiterschaft Berlins wird dafür sorgen, daß den Fleischermeistern die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Es bleibt fernerhin abzuwarten, was die Aufsichtsbehörde zu diesem Beschluß sagen wird.

Wenn die Innung glaubt, mit diesem Beschluß die Gesellenorganisation zu vernichten, so wird sie sich täuschen. Druck erzeugt Gegendruck.

In derselben Versammlung wurde noch beschlossen, die Innungsmitglieder, die der Partei angehören, auszuschließen. Die Hauptscharfmacher waren die Fleischermeister Rudolf, Gollnowstr. 31, Sokoll, Soldiner Str. 88, und Wilhelm, Neukölln, Friedelstraße 23. Letzterer glaubte sich noch besonders über diejenigen, die sein Geschäft gemieden, weil seine Frau Kunden belästigte, lustig zu machen.

Der Herr im Hause. Bei der Otis-Elevator-Gesellschaft in Berlin, die zurzeit fünf technische Angestellte beschäftigt, war bisher eine Arbeitszeit von acht Stunden üblich. Vor einiger Zeit nun wurde den technischen Angestellten von dem Direktor mitgeteilt, daß demnächst die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert würde und daß sie außerdem zu unbezahlten Ueberstunden herangezogen werden sollten. Die Angestellten besaßen aber Rückgrat genug, eine derartige Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zurückzuweisen und die Unterzeichnung von Verträgen, in denen sie sich mit diesen Verschlechterungen einverstanden erklären sollten, abzulehnen. Die Leiter der Otis-Elevator-Gesellschaft sind aber Amerikaner und scheinen auch bei der Behandlung ihrer Angestellten mit amerikanischer Rücksichtslosigkeit verfahren zu wollen. Man setzte zunächst den Angestellten die Pistole auf die Brust, indem man ihnen erklärte, wenn sie die Verlängerung der Arbeitszeit nicht annähmen und unbezahlte Ueberstunden leisteten, so würde zunächst einer als warnendes Beispiel sofort entlassen und in dieser Weise würde man, indem man gleichzeitig neue Angestellte engagierte, fortfahren, bis sie nachgäben. Als die Kollegen sich auch durch diese Drohung nicht einschüchtern ließen, griff die Firma zum letzten Mittel, um ihren Willen durchzusetzen, sie kündigte sämtlichen fünf Angestellten und suspendierte einen davon sofort von der Dienstleistung. Auch dieser Gewaltakt hat die Angestellten nicht in ihrem Widerstand gegen die ihnen zugemutete Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu erschüttern vermocht. Sie vertrauen auf die Solidarität sämtlicher Berufskollegen und sind entschlossen, lieber sämtlich ihre Stellung zu verlassen, als sich der Willkür ihres Arbeitgebers zu beugen.

Der Streik der Sattler im Deutschen Offizierverein (Armeemarinehaus) dauert unverändert fort. Die Ursache des Streiks liegt darin, daß die Direktion die bescheidenen Wünsche der Arbeiter um zeitgemäße Aufbesserung der bestehenden Lohn- und Akkordsätze rundweg abgelehnt hat, obwohl doch in jedem Privatbetrieb die Notwendigkeit, bei den jetzigen teuren Zeiten die Löhne etwas aufzubessern, anerkannt wird. Im Deutschen Offizierverein scheint allerdings eine andere Praxis zu bestehen, denn der Herr Abteilungsleiter der Sattlerei berief sich in einer Unterredung, die er mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Sattler und Portefeuiller hatte, darauf, daß er seine Sachen billiger und besser in England kaufen könne, und darum sei er gewillt, den Betrieb bis auf eine Reparaturwerkstatt einzuschränken und seine Waren von England zu beziehen. Das ist allerdings der richtige „nationale Standpunkt", der hier zum Ausdruck kommt. Der Deutsche Offizierverein schränkt seine eigene Produktion ein, um in England zu kaufen. Alle Achtung vor diesem Nationalgefühl!

Da die englischen Waren aber doch nicht so schnell herankommen, sucht sich die Leitung des Deutschen Offiziervereins vorerst damit zu helfen, ihre Arbeiten in anderen Werkstellen unterzubringen. Ebenso wird in der „Deutschen Sattler-Zeitung" nach „sauberen" unorganisierten Sattlern für den Deutschen Offizierverein annonciert. Jedenfalls hat der Herr Abteilungsleiter schon mit Grausen daran gedacht, daß man sich unorganisierte Sattler wohl erst auf ihre Sauberkeit hin ansehen müsse. Demgegenüber hoffen wir, daß sich kein denkender Kollege als Ausreißer für den Deutschen Offizierverein zur Verfügung stellen wird. Zuzug ist unbedingt fernzuhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter bitten wir um Abdruck dieser Zeilen.

Verband der Sattler.

Achtung, Sattler! In der Berliner Auto-Betriebsgesellschaft, Fennstr. 31, haben die dort beschäftigten Sattler wegen Ablehnung geringer Lohnforderungen die Arbeit eingestellt.

Ferner hat die Firma Reining Nachf., Dresdener Straße 80, sowie die Firma G. Reinhardt, Markgrafenstr. 70 und Köpenicker Straße 10, die dort beschäftigten Kollegen wegen Beteiligung an der Maifeier ausgesperrt. Die Aussperrung bei letztgenannter Firma erstreckt sich nur auf die Militäreffekten-Abteilung in der Köpenicker Straße. Wir ersuchen, jeden Zuzug nach den genannten Betrieben streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin
des Verbandes der Sattler und Portefeuiller.

Streik des Hilfspersonals im Weinhause Kempinski. In einer gut besuchten Betriebsversammlung am Dienstag berichtete der Branchenleiter: Der Inhaber der Firma, Stadtverordneter Kommerzienrat Unger, habe die beauftragten Vertreter der Organisation wohl empfangen, Verhandlungen aber strikte abgelehnt; diese wolle er nur mit den Arbeiterausschüssen pflegen. Er empfahl, um auch dies Mittel nicht unversucht zu lassen, jetzt die Arbeiterausschüsse damit zu beauftragen. Die Versammlung beschloß, allerdings unter Widerspruch, sich diesem Wunsche zu fügen. Am Mittwoch unterbreiteten die Ausschüsse die Forderungen, die im wesentlichen abwechselungsreichere Kost, Erhöhung der Anfangslöhne von 50 auf 60 M. monatlich bei geregelter Zulage und die zwölfstündige Arbeitszeit enthielten, der Firma und wurden — ausgelacht. Dann wurden die Hilfsarbeiter abteilungsweise nach dem Bureau gerufen und vor die Alternative gestellt, entweder aus dem Verband auszutreten oder die Entlassung entgegenzunehmen. Tatsächlich wurden auch sofort 20 Mann entlassen, ebenfalls erfolgt die Entlassung der Arbeiterausschüsse. Diese Maßregelung besonders rief eine solche Empörung hervor, daß sofort 60 Mann die Arbeit niederlegten. Nach und nach stieg die Zahl auf ca. 150. Der Betrieb wird durch ca. 20 daringebliebene und einige neueingestellte, ganz unbrauchbare, aus den Herbergen zusammengesuchte Streikbrecher notdürftig aufrechterhalten. Die Stimmung unter den am Streik Beteiligten, dem ersten dieser Kategorie von gastwirtschaftlichen Sklaven, ist vorzüglich.

Der Betrieb ist für organisierte Hilfsarbeiter gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin II.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

1. Wir müssen nochmals feststellen, daß der entlassene Kollege Kommissionsmitglied war. Er ist bei jeder Verhandlung, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden, zugegen gewesen.

2. Es muß festgestellt werden, daß der Kollege ganz plötzlich entlassen wurde, ohne daß der Kommission etwas davon mitgeteilt wurde. Die Kommission fühlte sich nun allerdings veranlaßt, wegen der Entlassung des Kollegen bei der Direktion vorstellig zu werden. Als die Kommission abgewiesen wurde, hat der Branchenleiter des Glasarbeiterverbandes telephonisch angefragt, um zu verhandeln. Auch dieses wurde abgelehnt.

Hätte die Direktion in diesem Falle mit der Kommission verhandelt, so hätte das sicher geregelt werden können, dann brauchte nicht die Sperre verhängt zu werden.

3. Was den Entlassungsgrund anbetrifft, der der Arbeiterschaft in Form eines Plakats bekannt gemacht wurde, so erfuhr man diesen erst, nachdem abgelehnt worden, mit der Kommission und dem Verbandsvertreter zu verhandeln.

Wir mußten deshalb in dem Vorgehen eine Maßregelung erblicken und die Sperre verhängen, um einem gleichen Vorgehen gegen mißliebige Arbeiter vorzubeugen.

Verband der Glasarbeiter. Zahlstelle Berlin.

Der Kampf der „Victoria"-Angestellten in Magdeburg dauert noch an. Von der Magdeburger Geschäftsleitung der Victoria werden alle Versuche unternommen, um die Angestellten, deren Kündigungsfrist am 30. April abläuft, wankend zu machen. Aber ohne Erfolg. Die Gesellschaft versucht es jetzt mit der Anwerbung von Arbeitswilligen, die am 1. Mai die Plätze der jetzigen Angestellten einnehmen sollten. Auch hierin waren die Bemühungen der Gesellschaft bisher erfolglos. Selbst wenn es der Direktion aber gelingen sollte, derartige „nützliche Elemente" zu gewinnen, so werden sie eine für die Gesellschaft nutzbringende Tätigkeit kaum vollbringen können. Der von den Instanzen der Magdeburger Arbeiterbewegung beschlossene Boykott wird in musterhafter Weise durchgeführt. Die drei Angestellten, die sich der Bewegung nicht angeschlossen haben, sind ebenfalls zur Untätigkeit verdammt. Weder gelingt es ihnen, von den Versicherten wie bisher die Prämien für die laufenden Versicherungen einzuziehen, noch können sie auch nur entfernt das Pensum neuer Versicherungsanträge bringen, wie vor dem Boykott. Mit dem 1. Mai wird natürlich der Boykott noch schärfer einsetzen. Wenn die Victoria nicht bald einlenkt, wird sie in Magdeburg überhaupt keine Geschäfte mehr machen. Die Konkurrenzgesellschaften sind eifrig dabei, das Feld für sich zu gewinnen. Sie haben den kämpfenden Angestellten vorteilhafte Angebote gemacht, um so die Versicherten für sich zu gewinnen. Die Kämpfenden können also der weiteren Entwickelung mit Ruhe entgegensehen. Wenn sich keine Streikbrecher finden und der Boykott hochgehalten wird, ist ihnen der Sieg sicher. Jedes Angebot der Victoria für Magdeburg ist zurückzuweisen. Auskunft erteilt die Streikleitung des Verbandes der Bureauangestellten: K. Leffv, Magdeburg, Jakobstraße 37.

Textilarbeiter. Durch einen Herrn Fritz Lingemann, Hamburg 5, Koppel 108, sind in den letzten Tagen in verschiedenen Städten Arbeitswillige für die Firma Carl Weber u. Co. in Oerlinghausen angeworben worden. Die Weber werden angeblich für einen vollständig neuer Betrieb gesucht. Der Ort, in dem der Betrieb liegt, wird den Leuten nicht genannt, oder es wird ein falscher Ortsname angegeben. Erst auf der letzten Station erfahren die Angeworbenen, daß sie als Arbeitswillige bei der Firma Carl Weber u. Co. anfangen sollen.

Sollten in den nächsten Tagen für die Umgebung Bielefelds irgendwo Weber angeworben werden, ersuchen wir, uns hiervon telephonisch zu unterrichten. Alle Nachrichten erbitten wir an Bernh. Rechtien, Bielefeld, Webereistraße 5.

Die städtischen Arbeiter Tilsits haben am 30. April mittags die Arbeit eingestellt. Ein wiederholter Verhandlungsversuch der Arbeiter verlief ohne Resultat. Der Streik hat die Bevölkerung der Stadt mobil gemacht. Scharen von Menschen sammeln sich vor der Gasanstalt an, um zu beobachten, wie der Betrieb von den wenigen Arbeitswilligen aufrechterhalten werden soll. Der Magistrat läßt durch die liberale Presse Tilsits die Mitteilung verbreiten, daß für Beleuchtung und Wasser vorgesorgt sei, da der Magistrat mit den Arbeitswilligen und den noch Hinzukommenden die Betriebe aufrechterhalten werde. Diese Behauptung ist sehr gewagt, denn am ersten Tage blieben 8 Mann im Betriebe und am zweiten nur 4. Diese vier Männer können die ganze Arbeit für die 60 Streikenden nicht leisten. Und die Veröffentlichung in der bürgerlichen Presse ist und bleibt ein frommer Wunsch des Magistrats. — Es wird gebeten, nach wie vor jeden Zuzug von Arbeitskräften fernzuhalten.

Zum Streik der Rheinschiffer.

Die Abmusterungen haben noch in weiterem Maße zugenommen. Die Hafenbahnhöfe stehen voller Kohlenzüge. Sämtliche Kütter sind gesperrt wegen Andranges. Es streiken bis jetzt 3400 Mann, denen 250 Arbeitswillige gegenüberstehen. Arbeitswillige sind Mittwoch aus verschiedenen Städten angekommen, können aber nicht als Schiffspersonal angesprochen werden. Die Schiffahrtspolizei kümmert sich nicht darum, ob die Arbeitswilligen im Schiffahrtsdienst ausgebildet sind. Matrosen müssen eigentlich zwei Jahre gefahren sein, ehe sie als solche gelten. Darum kümmert sich aber die Polizei nicht, auch nicht um die Zahl der Besatzung auf den Schiffen. Die Arbeitswilligen sind auf Polizeibooten und auf städtischen Booten an die Schiffe transportiert worden.

Bewilligt haben bis jetzt folgende Firmen: **Knippscher; Neue Karlsruher Aktiengesellschaft; Wolter; A. u. E. Hieten, Karlsruhe; C. G. Meyer, Karlsruhe; L. Hütter, Karlsruhe; Peters-Lopitz; Jakob Belz, Koblenz.**

Der Streik auf der Bulkanwerft in Hamburg zeigte am Donnerstag früh dieselbe Beteiligungsziffer; fast die ganze 4500 Mann starke Belegschaft steht im Streik. Im Laufe des Vormittags fanden aber bereits Verhandlungen statt.

Donnerstagnachmittag 4 Uhr beschloß eine Versammlung der Werftarbeiter, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis der gemaßregelte Vertrauensmann wieder eingestellt ist.

Letzte Nachrichten.

Konferenz für das Rettungswesen zur See.

Köln, 2. Mai. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Obgleich noch nicht alle Antworten eingegangen sind, so hat sich doch bereits die Mehrheit der schiffahrenden Mächte im Grundsatz mit der deutschen Anregung einverstanden erklärt, eine Konferenz für das Rettungswesen zur See einzuberufen. Ueber den Ort der Konferenz und über den Zeitpunkt ihrer Einberufung haben Verhandlungen noch nicht stattgefunden, und sie werden wohl auch nicht eher aufgenommen werden können, als bis alle Antworten auf die deutsche Anfrage eingegangen sind.

Lärmszenen in der belgischen Deputiertenkammer.

Brüssel, 2. Mai. (W. T. B.) Bei der heutigen Beratung über das Budget des Unterrichtsministeriums in der Deputiertenkammer warf der Sozialistenführer Vandervelde einem Mitglieder der klerikalen Partei vor, er kommanditiere unsaubere Blätter, die die Mitglieder der Opposition beleidigten. Als der Präsident Vandervelde nicht zur Ordnung rief, veranlaßten mehrere Mitglieder der klerikalen Partei Skandalszenen, die schließlich dahin ausarteten, daß ein Mitglied der sozialistischen Partei mit einem Mitgliede der Rechten handgemein wurde. Es entstand ein unbeschreiblicher Tumult. Der Präsident mußte die Sitzung aufheben und die Tribünen räumen lassen. Nach einer halben Stunde wurde die Sitzung wieder aufgenommen und die Beratungen nahmen einen ruhigen Verlauf.

Die Wirren auf Kreta.

London, 2. Mai. Das Reutersche Bureau erfährt: Nach amtlichen Telegrammen aus Athen ist die griechische Regierung bei den Schutzmächten dahin vorstellig geworden, die augenblicklich in Haft gehaltenen kretischen Deputierten freizulassen. **Die Freilassung werde die durch die Festnahme der Deputierten hervorgerufene Erregung auf Kreta mildern.** Wie das Reutersche Bureau weiter aus zuständiger griechischer Quelle erfährt, hat die griechische Regierung die Handlungsweise der Kreter, um den Mächten ihre Wünsche bekannt zu machen, ausdrücklich gemißbilligt und sie davon abzuhalten gesucht. Die griechische Regierung habe sich bemüht, den Kretern von der Entsendung von Deputierten nach Athen abzuraten. Auf keinen Fall könnten die in Haft gehaltenen kretischen Deputierten zur griechischen Kammer zugelassen werden, da sie nicht nach den Bestimmungen des griechischen Wahlgesetzes gewählt worden seien.

Textilarbeiteraussperrung in Oesterreichisch-Schlesien.

Troppau, 2. Mai. (P.-C.) Aus Bielitz wird gemeldet, daß der Verband der Tuchfabrikanten beschlossen hat, falls die in drei Tuchfabriken streikenden Arbeiter bis zum 6. Mai die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, in sämtlichen dem Verbande angehörenden Fabriken den Betrieb einzustellen. Es werden zirka **3000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen werden.**

Brandkatastrophe in Gadebusch.

Schwerin, 2. Mai. (W. T. B.) In Gadebusch wütet seit heute mittag ein Großfeuer, dem bis jetzt acht Gebäude, darunter das Hotel „Stadt Hamburg", zum Opfer gefallen sind. Es herrscht starker Wind. Von Schwerin eilte die Feuerwehr im Sonderzug zu Hilfe.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Maifeier.

Die Nachrichten, die uns über den Verlauf der Maifeier in Deutschland vorliegen, lassen erkennen, daß der Gedanke des Weltfeiertages bei den Massen nicht an Kraft verloren hat. Der Umfang der Arbeitsruhe hat fast durchweg zugenommen. Nach vielen Tausenden zählt die Schar derer, die am Weltfeiertage des Proletariats die fleißigen Hände ruhen lassen und damit auf die kraftvollste und wirksamste Art gegen kapitalistische Ausbeutung und Kriegsgefahr demonstrieren. Und so dokumentieren überall die Veranstaltungen am Morgen des Maitages, daß die Maifeier nicht tot oder im Absterben begriffen ist, daß sie sich vielmehr unverwüstlicher Lebenskraft erfreut und durch die fortschreitende Aufklärung und Aufrüttelung der Massen immer mehr Kraft gewinnen kann. Die bewegte politische Situation des Wahljahres 1912, die gespannte internationale Lage mit ihrem Kriegsgeschrei und ihrem Rüstungswahnwitz haben diesmal mehr denn je das Proletariat zum Protest aufgestachelt, haben seiner Demonstration für Arbeiterschutz und Völkerfrieden größere Leidenschaft verliehen.

Auch die Abendveranstaltungen, die an allen Orten überfüllt waren, wurden durchweht von diesem frohen Kampfesmute, der den verschiedenen Aeußerungen fröhlicher Geselligkeit erst die rechte Weihe gab.

Berlin und Vororte.

Die Demonstration der Gewerkschaften.

Holzarbeiter.

Die Maifeier der Holzarbeiter gab den Straßenzügen, die nach der Hasenheide führen, ein eigenartiges Gepräge. Branchen- und werkstattweise hatten sich die Feiernden zusammengefunden. So gingen sie gemeinsam nach dem Festlokal. Auf dem Wege dahin schwollen die einzelnen Trupps zu immer dichter werdenden Massen an. Aus den Straßen, die am Kottbusertor zusammenstoßen, ergossen sich die Scharen der Demonstranten und vereinten sich zu Zügen, die in ununterbrochener Reihenfolge weiterschritten. An der Kottbuserbrücke stießen, von Osten her durch die Mariannenstraße kommend, neue, nach Tausenden zählende Scharen zu den Vorüberziehenden. So weit das Auge reichte: Ein zusammenhängender Zug feiernder Holzarbeiter, der sich im sicheren Schritt siegesbewußter Klassenkämpfer fortbewegte. Wohl eine Stunde lang wogten die Massen ohne Unterbrechung über die Brücke, den Kottbuser Damm entlang. Zeitweise stockte der Wagenverkehr. Straßenbahn und andere Fuhrwerke konnten sich nur langsam ihren Weg durch den die Straßenkreuzung überschreitenden Menschenstrom bahnen. Dieser imposante Zug ernster, für die Klassenforderungen des Proletariats demonstrierender Arbeiter drückte dem Straßenbilde das Gepräge des Weltfeiertages auf. **Niemand konnte sich dem erhebenden Eindruck dieser Massendemonstration entziehen.** Sie mußte selbst auf die unbeteiligten Zuschauer wirken, die ihren Alltagsgeschäften nachgehend oder müßig aus den Fenstern schauend die Arbeiterbataillone festen Schrittes vorüberziehen sahen.

All die ungezählten Tausende in Feiertagskleidern und Feiertagsstimmung ergossen sich in breitem Strome in das Festlokal: die „Neue Welt“. Der große Saal war schnell gefüllt. Tausende drängten sich Kopf an Kopf. Ein Freiheitslied, von einem Gesangverein vorgetragen, eröffnete die Feier. Dann nahm Genosse Thöne-Kassel das Wort, um in wirkungsvoller Rede die Bedeutung der Maifeier zu besprechen.

Doch nur ein Bruchteil der Demonstranten konnte im Saale Platz finden. Die Massen überfluteten den gewaltigen Raum des Gartens. Im lauen Sonnenschein saßen sie gruppenweise an Tischen, drängten und wogten sie auf Wegen und Gängen. Ueberall konnte man es im Gespräch hören, daß **die Beteiligung an der Maifeier noch nie so stark** war wie diesmal. Der Augenschein gab dieser Ansicht recht. Wenn man von der Anhöhe am Ende des Gartens den weiten Raum überschaute, so sah man, daß er in seiner ganzen Ausdehnung von einer dichten Menschenmenge gefüllt war. Und das waren noch nicht alle. Nicht nur der große Saal, wo die Feier stattfand, war vollbesetzt, sondern auch die Nebensäle waren noch gefüllt. Nach alledem zu urteilen, muß die Beteiligung in der Tat noch stärker gewesen sein als in den Vorjahren. Man darf also wohl von der Berliner Holzindustrie mit vollem Recht sagen: **„Alle Räder stehen still.“** Der Holzarbeiterverband hat es dahin gebracht, daß am 1. Mai der gesamte Betrieb der Berliner Holzindustrie ruht. Durch die Markenausgabe hat die Verbandsleitung festgestellt, daß sich rund

25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Holzindustrie

an der Feier beteiligten. Und das, obgleich die Unternehmer dem Kommando ihres Vorstandes folgend, auch in diesem Jahre die Feiernden einige Tage aussperren wollen. Kalt lächelnd sind die Holzarbeiter über die Aussperrungsdrohung hinweggegangen. **An dem einmütigen Willen der Arbeiter muß sich der nutzlose Widerstand der Unternehmer brechen.**

Die Metallarbeiterversammlung.

Sonnenumstrahlt und ruhevoll lag in des Maien lichtgrüner Blätterpracht der Friedrichshain, nachdem die Scharen derer an ihm vorübergeeilt waren, die entweder aus Indifferenz oder unter dem Drucke eines mächtigen Unternehmertums auch an diesem proletarischen Feiertage in die Arbeitsfron sich begaben. Aber bald wurde es auf den Wegen des Parks und auf den angrenzenden Straßen wieder lebendig. Kleine Gruppen und Hunderte von Teilnehmern umfassende Reihen festlich gekleideter Proletarier und Proletarierinnen bewegten sich von allen Seiten einem Ziele zu, dem großen Etablissement der Brauerei Friedrichshain. Die Metallarbeiter hatten das terrassenartig sich über dem Niveau der Straße erhebende Lokal für ihre Vormittagsversammlung gemietet. Schon um 8½ Uhr begann der Zuzug der Maidemonstranten aus ihrem Gewerbe. Je weiter die Zeit fortschritt, desto dichter und länger wurden die Reihen der von Ost und West und von Nord und Süd Herbeieilenden, die ihren Willen kundtun wollten für den Völkerfrieden und gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Um so imposanter wirkte das jeden Freiheitsfreund begeisternde Bild dieses Aufmarsches, als man sich vor Augen halten muß, daß gerade unter den Metallindustriellen die mächtigsten und vor keinem Gewaltstreich zurückschreckenden Gegner der um Recht und Freiheit kämpfenden Arbeiterschaft sich befinden.

Der Saal war sehr schnell gefüllt. Nur drängte sich alles von der Straße direkt über die beiden, zum umfangreichen Garten hinaufführenden Freitreppen, von deren Höhe man den Eindruck einer sich gewaltig heranwälzenden Woge hatte, die sich in die Weiten des Gartens ergoß und ihn bald überflutete. Immer neue Scharen, die betriebsweise sich auf den Weg gemacht hatten und auf diesem von selber zusammenströmten, kamen hinzu.

Selbstverständlich wurde die Versammlung in Anlehnung an die vereinsrechtlichen Bestimmungen nach dem Garten verlegt. Bis in den letzten Winkel war er gefüllt. Selbst der Saalbalkon und die weit geöffneten Fenster der Galerien waren besetzt. Es waren sicher

15 000 Personen,

die sich versammelt hatten.

Genosse G. Bauer hielt das Referat vor dieser Riesenversammlung, nachdem ein Männerchor das Lied gesungen hatte, das stimmungsvoll einleitet:

„O Mai — o Mai, Du Freiheitsideal, wir kommen Dir entgegen!“

Der Referent würdigte eingehend die Bedeutung des Tages und der bekannten Forderungen, die das Proletariat an ihm erhebt. Er betonte unter Kennzeichnung der Situation, daß man gerade auch diesmal wieder allen Anlaß haben, den Willen der klassenbewußten Arbeiterschaft gegen den Krieg und gegen Militarismus und Marinismus kundzutun. Auch auf die Zuspitzung des Klassenkampfes verwies er, wie sie sich unter anderem beim Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und seinen Nachwehen zeigte und zeige, und wie sie sich dokumentiere in dem Bestreben der großindustriellen Scharfmacher, die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu einem neuen Zuchthauskurs im Rahmen der Strafgesetznovelle zu bewegen. Demgegenüber stellte er die Organisationen der gewerkschaftlich und politisch kämpfenden Arbeiterschaft als des kraftvollen Mittels proletarischer Selbsthilfe. Die Parole sei: Des Volkes Wille werde und sei das oberste Gesetz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Genosse Cohen, der Leiter der Versammlung, faßte dann in markanten, durchdringenden Worten einige Hauptpunkte aus dem Referat nochmals zusammen, um sie den Hörern recht eindringlich nahe zu legen. Ihre Wirkung bewies der stürmische Applaus.

Ein Wald von Händen, wie zum Schwur erhoben, streckte sich im Sonnenlicht gegen den blauen Himmel, als es zur Abstimmung der Resolution kam.

Dann noch einige Lieder — und mit donnerndem, weit in den Friedrichshain hinein hallenden Hochrufen auf die internationale sozialistische Arbeiterschaft schloß die imposante Kundgebung. Langsam leerte sich der Garten und langsam zerstreuten sich die Massen.

Die Versammlung der Bauarbeiter.

Trotz des Daniederliegens der Bautätigkeit und trotz der von den Bauunternehmern angedrohten Aussperrung hatten sich die kampfgewohnten Bauarbeiter Berlins auch diesmal nicht davon abhalten lassen, ein erhebliches Kontingent der Maifeiernden zu stellen. Mann auf Mann zogen sie heran, um ihrem altgewohnten Versammlungslokal, der Bockbrauerei, zuzueilen. Schon um 8 Uhr sah man die ersten langsam die Belleallianceстraße heraufkommen. Je später es wurde, desto mehr belebte sich das Bild und die Massen drängten sich mehr zusammen. Die einzelnen Branchen und Bezirke hatten sich vorher an bestimmten Stellen versammelt und kamen nun in Gruppen anmarschiert. Die Funktionäre, welche am Eingang des Versammlungslokals die Kontrollmarken ausgaben, schwitzten bei diesem Andrange Blut und Wasser. Bald füllte sich der große Saal, und als gegen ½11 Uhr die Versammlung begann, fanden **hunderte keinen Platz mehr,** die dann noch **den großen, schönen Garten bevölkerten.** Drinnen begann die Feier, die eingeleitet wurde mit dem vom Gesangverein der Maurer stimmungsvoll vorgetragenen „Gruß an den Mai“. Genosse Otto Büchner wies dann in seinem gut aufgebauten Referat auf die Bedeutung der Maifeier hin. Der tosende Beifall bewies, daß er seinen Zuhörern, unter denen sich auch viele Frauen befanden, aus dem Herzen gesprochen hatte. Der Gesangverein schloß die Feier mit dem Liede: „Dem Lenz entgegen“ und der Marseillaise, und dann ging die Versammlung mit einem begeistert ausgebrachten Hoch auf die Arbeiterbewegung auseinander. Während drinnen im Lokal für den Weltfrieden demonstriert wurde, donnerten vom Tempelhofer Felde her die Kanonen der dort übenden Artillerie und vorbei zog mit schmetternden Fanfaren ein Regiment Ulanen. Fürwahr, ein seltsamer Kontrast!

In den „Konkordia-Sälen“ war die **Sektion der Putzer** des Deutschen Bauarbeiterverbandes versammelt. Genosse Leopold referierte. 1200 Personen waren anwesend.

Die Zimmerer

waren am Vormittag des 1. Mai schon lange vor der festgesetzten Zeit auf dem Plan. Bald nach 9 Uhr sah man sie von allen Seiten nach dem Schönhauser Tor wandern, und viele kamen auch mit Straßenbahn oder Omnibus. Andere kamen in losen Zügen oder in Gruppen, manche auch in Begleitung ihrer Frau. Bald war der große Saal der Brauerei Königstadt samt den Galerien gedrängt voll von maifeiernden Zimmerern. Es herrschte eine rechte Feierstimmung, durchglüht von dem Bewußtsein der hohen Bedeutung des Tages. Als dann der Referent Emil Eichhorn den Werdegang des 1. Mai schilderte, des Weltfeiertages der Arbeiterschaft, den man lieber einen Weltkampfestag nennen möchte, und in packenden Worten gegen die Unterjochung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, gegen den Militarismus und die Verhetzung der Völker zu Felde zog, da herrschte lautlose Stille im Saale, nur ab und zu durchbrochen von lebhaften Beifallsäußerungen. Die Zimmerer sind sich bewußt, und der Redner erinnerte auch daran, daß sie mit der gesamten Bauarbeiterschaft über ein Jahr wiederum auf einen Kampf mit dem Unternehmertum vorbereitet sein müssen, und sie wissen auch, daß die Welt in zwei Heerlager gespalten ist: das kämpfende Proletariat auf der einen Seite, auf der anderen das internationale Ausbeutertum, dem die staatlichen Gewalten zur Seite stehen, die, wenn es ihnen zweckmäßig erscheint, bereit sind, den Profit der Kapitalistenklasse mit grausamster Gewalt gegen die Gerechtigkeit heischende Arbeiterschaft zu verteidigen. — Die Worte des Genossen Eichhorn fanden lebendigen Widerhall bei der großen Schar der Kämpfer für die Ideale des 1. Mai. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, und die Versammlung schloß mit brausenden Hochrufen auf die internationale Arbeiterbewegung.

Die **Dachdecker und Berufsgenossen** hielten ihre Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, ab. Die Teilnahme war eine sehr gute, trotzdem die Arbeitgeber auch in diesem Jahre wieder mit der Aussperrung gedroht hatten und zu diesem Zweck in ihren Betrieben die Plakate vom Arbeitgeberbund im Baugewerbe hatten aushängen lassen. Es waren auch sehr viele Frauen anwesend. Eingeleitet und geschlossen wurde die Feier mit einem stimmungsvollen Liede, vorgetragen von Mitgliedern des Gesangvereins „Neu-Erwacht“. Das Referat hatte Genosse Artur Schmit übernommen. Vorzüglich verstand der Referent es, die Versammelten mit seinem Vortrage zu fesseln, wofür ihm reicher Beifall am Schluß seiner Ausführungen zuteil wurde. Ausgegeben wurden 463 Maimarken.

Die **Schuhmacher** hatten ihre Maiversammlung nach dem „Schweizergarten“ im Friedrichshain einberufen. Obgleich der Verband Berliner Schuhfabrikanten wiederum die Feiernden auf drei Tage aussperrt, war die Beteiligung eine so starke, daß der Saal nur einen Teil der Demonstranten zu fassen vermochte und sich die Verlegung der Versammlung nach dem im Frühlingsgrün prangenden Garten notwendig machte. Die Zahl der Anwesenden betrug nahezu 3000. Genosse Waldeck Manasse hielt das Referat, welches mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Eingeleitet und verschönt wurde die Versammlung durch stimmungsvolle Vorträge der Gesangsabteilung des Verbandes.

Die Versammlung der **Buchbinder** war von 2000 Personen besucht. Referentin war Kollegin Greiffenberg. Zu Anfang und am Schluß sangen Mitglieder des Gesangvereins „Liberté“ zwei Lieder. Mehrere Kolleginnen der Heilstätte Boelitz sandten einen telegraphischen Maigruß.

Die **Versammlung der Bäcker und Konditoren,** welche in der „Königsbank“, Gr. Frankfurter Str. 117, stattfand, war von etwa 1200 Personen besucht. Der Gesangverein „Morgengrauen“ trug vor Beginn der Versammlung ein Lied vor. Der Referent Genosse Bahn erntete für seine Ausführungen stürmischen Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem der Gesangverein noch zwei Lieder vorgetragen hatte, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Internationale geschlossen.

Die Versammlung der **Töpfer** tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die Zahl der Besucher betrug über 1000 Personen, darunter viele Frauen. Referent war Reichstagsabgeordneter und Gewerkschaftssekretär Robert Schmidt. Zur Einleitung der Versammlung sang der Gesangverein der Töpfer ein Mailied; desgleichen am Schluß. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung der **Schmiede und Kupferschmiede** tagte bei Wilke, Sebastianstr. 39. Die Versammlung war von zirka 600 Personen besucht. Den Festvortrag hielt der Kollege Willi Kühne. Großer Beifall den prächtigen, zu Herzen gehenden Ausführungen.

Das graphische Gewerbe hatte seine Versammlung im kleinen Saal der Bockbrauerei. Dieser erwies sich auch diesmal wieder als viel zu klein, um die Erschienenen zu fassen. Mehrere größere Personale, besonders aus der Buchdruckbranche, waren fast vollzählig erschienen. Nach einem einleitenden Liede hielt hier Genosse Paul Barthel das der Bedeutung des Tages angemessene Referat, das mit reichem Beifall belohnt wurde. Nach einstimmiger Annahme der Resolution fand die Feier ihren Schluß. Im Garten hatte sich eine große Menge angesammelt, die im Geist bei denen da drinnen weilten, die das Glück hatten, noch einen Platz im Saal zu finden.

Einen der markantesten Züge unserer diesjährigen Maifeier haben wir wohl in der Veranstaltung des Zentralverbandes der **Handlungsgehilfen und Gehilfinnen,** der freien Gewerkschaft dieser Berufsgruppe, zu sehen, demonstrierte sie doch das erste Mal in eigener Versammlung. Und wie glänzend war diese besucht! Zirka 1000 Personen lauschten atemlos den Ausführungen des Genossen Dr. Breitscheid über die Bedeutung des Tages. Nicht endenwollender, tosender Beifall lohnte den Redner. Kurzum, der Geist, der die Versammlung beherrschte, der glänzende Verlauf dieser ersten selbständigen Demonstration berechtigt zu der frohen Hoffnung: nicht mehr lange, und der Kampf der modernen Industriearbeiterschaft wird auch der Kampf eines jeden Angestellten sein, eingedenk des Dichterwortes:

„— doch auch dessen,
der mit Schädel und mit Hirn
hungernd pflügt, sei nicht vergessen.“

Die im **Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe** Beschäftigten hielten mittags 12 Uhr eine Gruppenversammlung im „Deutschen Hof“, Luckauer Str. 15, ab. Schon um 12 Uhr war die Versammlung überfüllt und wurde von der Polizei abgesperrt, so daß Hunderte umkehren mußten, welche keinen Einlaß mehr fanden. Eingeleitet wurde die Versammlung durch einen Gesangsvortrag des Männerchors der Transportarbeiter. Hierauf sprach zur Tagesordnung Genosse Dr. Moses. Am Schlusse seiner Rede wurde Referent mit brausendem Beifall belohnt, hatte er doch allen aus dem Herzen gesprochen. Nachdem der Gesangverein noch einige Lieder vorgetragen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die völkerbefreiende internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Die in „Feuersteins Festsälen“ tagende Versammlung der **Fenster- und Messingputzer** Groß-Berlins, welche von über 1000 Personen besucht war, mußte zur Hälfte den Garten in Anspruch nehmen, da sich der Saal als zu klein erwies, die Massen zu bergen. Es referierten deshalb im Garten der Kollege Wilhelm Röbel und im Saal Genosse Rudolf Meinert. Stürmischer Beifall lohnte die Referenten. Die Versammlung hat durch ihren imposanten Besuch gezeigt, daß auch die junge Garde des Proletariats, die Fensterputzer Berlins, von dem Gedanken durchdrungen sind, für die Völkerverbrüderung, sowie für Erreichung des Achtstundentages Sorge zu tragen. Mit Absingen der Arbeitermarseillaise und einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Die Versammlung von den **Bretterträgern, Platzarbeitern,** Fräsekutschern, Hausdienern und Packern aus der Holzindustrie war von 700 bis 750 Kollegen besucht. Das Referat hielt Genosse Farwick aus Bremen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die im Transportarbeiterverband organisierten **Leitergerüstbauer,** Platzarbeiter und Handtuchfahrer versammelten sich in Wilkes Festsälen, Sebastianstraße. Das Referat des Kollegen H. Walter wurde mit großem Applaus aufgenommen. Da der Saal sich als zu klein erwies, wurde die Versammlung im Garten abgehalten. Der Besuch war besonders gut, man zählte 500 Personen.

Die von zirka 800 Männern und Frauen besuchte, in den „Germania-Sälen“ tagende Versammlung der **Steinsetzer und Berufsgenossen** folgte den Ausführungen des Referenten Genossen Dr. Wehl mit andächtiger Aufmerksamkeit. Die Versammlung wurde durch Gesang des Steinsetzer-Gesangvereins eingeleitet und auch beendet.

Dicht gefüllt war der Saal des Gewerkschaftshauses, wo die **Porzellanarbeiter** ihre Maiversammlung abhielten. Mit dem Liede: „An den Mai“ leitete der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“ die Versammlung in stimmungsvoller Weise ein.

Der Genosse Grunwald, der hierauf über: „Die Bedeutung der Maifeier“ sprach, verstand es, die Aufmerksamkeit der Versammlung in hohem Grade zu fesseln, wofür ihm reicher Beifall gezollt wurde. Nachdem nun noch die mit vielem Beifall aufgenommenen Lieder: „Frühlingsstürme“ und „Dem Lenz entgegen“

gesungen waren, schloß die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Die Versammlung der **Maschinisten und Heizer** in den „Arminhallen" war sehr stark besucht. Genosse Hartmann hielt das Referat.

Die Versammlung des **Fabrikarbeiterverbandes** fand im Lokal „Rosenthaler Hof" statt; anwesend waren zirka 500 Personen. Referent war der Genosse Zimmermann. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß diesmal mehr denn je der 1. Mai in eine politisch bewegte Zeit falle, überall ist das Proletariat mit Feinden umgeben, trotzdem geht es vorwärts; das bewiesen die letzten Reichstagswahlen, das beweise das Anwachsen des Fabrikarbeiterverbandes, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die am schlechtest bezahlten Arbeitermassen zu organisieren, das beweise auch die heute übervoll besuchte Versammlung. Im Schlußwort sagte Genosse Rücker, jeder müsse mit dem Gelöbnis hinausgehen, neue Kämpfer zu werben für unsere Ideen.

Die Versammlung der **Weißgerber, Lohgerber, Lederzurichter und Handschuhmacher** war von über 400 Personen besucht. Referent war Genosse M. Kiesel.

Die Maiversammlung der **Glaser, Glasschleifer, Glasbläser und -bläserinnen, Hilfsarbeiter** tagte im großen Saale von Litfin, Memeler Straße. Die Versammlung war sehr stark besucht, die Beteiligung war stärker als am Sonntag vor 2 Jahren und betrug 500—600 Personen. Eingeleitet wurde die Versammlung durch den Glasarbeiter-Gesangverein mit dem Liede „Dem Lenz entgegen". Sodann hielt der Genosse Rücker sein Referat über: „Die Bedeutung des 1. Mai". Redner wurde oftmals von den Versammelten durch Beifall unterbrochen.

Die Maiversammlung der **Maler, Anstreicher usw.** fand bei Borgmann, Andreasstraße, statt. Der Referent Genosse Wuscheck machte seine anfeuernden Ausführungen, die öfter von demonstrativem Beifall unterbrochen wurden, vor einem überfüllten Saal. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem begeisternden Hoch auf den internationalen, revolutionären Sozialismus wurde die wuchtige Demonstration geschlossen.

In der Versammlung der **Kürschner**, die von 450 Personen besucht war, fanden die treffenden Ausführungen der Genossin Zietz brausenden Beifall. In dem Sinne der Referentin gelobten die Versammelten, mehr wie bisher für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen ihre ganze Kraft einzusetzen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlunge des Verbandes der **Hut- und Filzwarenarbeiter**, die bei Obiglo, Schwedter Straße, stattfand, war von zirka 400 feiernden Genossen und Genossinnen besucht. Die Ausführungen des Referenten, Genossen Schneider, fanden lebhafte Zustimmung. Eingeleitet und geschlossen wurde die Versammlung durch einige Liedervorträge des Hutmacher-Gesangvereins Einigkeit.

Die **Bildhauer** aller Branchen waren in der „Alhambra" zur Maifeier erschienen. Genosse Klüß begründete in seinen vortrefflichen Ausführungen unter großem Beifall der Anwesenden die Forderungen des 1. Mai. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung des Verbandes der **Schiffszimmerer** wies leider nur einen mäßigen Besuch auf. Das Referat des Genossen Bergmann fand ungeteilten Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Maiversammlung der **Sattler und Portefeuiller** fand im großen Saal der „Arminhallen", Kommandantenstraße, statt. Die Versammlung war überfüllt. 1600 Personen passierten die Kontrolle. Reichstagsabgeordneter Genosse Ph. Scheidemann referierte. Der Vortrag fand stürmischen Beifall.

In der von zirka 900 Mitgliedern besuchten Maiversammlung des Verbandes der **Tapezierer** hielt Genosse Zitzewitz das beifällig aufgenommene Referat. Die Versammlung wurde noch stimmungsvoll verschönt durch treffliche, freiheitliche Gesangsvorträge des „Männerchor Norden".

Die **Nahrungs- und Genußmittelbranche**, dabei auch die Barbiere und Friseure, und — zum ersten Male — auch die Tanzmaitres, war in Boekers Festsälen, Weberstraße, stark vertreten. Der Saal war überfüllt, abgleich die Bäcker ihre eigene Versammlung haben. Die Referentin, Frau Klara Wehl, behandelte die Bedeutung des 1. Mai insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Arbeiterschutzes für Frauen und Kinder. Die Wehrvorlage und die Branntweinliebesgabe unterzog sie einer kritischen Beleuchtung. Die Genossin erntete für ihre klare, überzeugende Ausführungen stürmischen Beifall.

Die Steinarbeiter sind auch in diesem Jahre der Parole, „den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern", äußerst zahlreich gefolgt. Der große Saal der „Prachtsäle „Alt-Berlin" erwies sich als viel zu klein. Obgleich die Tische entfernt wurden, mußte ein Teil der Versammlungsbesucher das treffliche Referat des Genossen Adolf Hoffmann stehend entgegennehmen. Der starke Besuch (zirka 800 Personen) gilt als erneuter Beweis dafür, daß der Maifeiergedanke feste Wurzeln in der Berliner Steinarbeiterschaft geschlagen hat. Daran wird auch die Aussperrung, zu der sich die vom Verband der Baugeschäfte abhängigen Unternehmer zum Teil nur ungern bequemen, nichts ändern. „Freiwillig" fügten sich dem Kartellbeschluß der Baugeschäfte 28 Betriebe. In diesen wurden ausgesperrt 193 Mann. Einige weitere Firmen, darunter eine, die den bei ihr Beschäftigten die Teilnahme an der Feier freigestellt hatte, wurden durch einen „sanften Druck" (Terrorismus existiert ja wohl nur auf der Arbeiterseite) gezwungen, sich nachträglich an der Aussperrung zu beteiligen.

•

Die Feier der Partei.

Im Norden und Nordwesten

Berlins setzte der Andrang nach den Gartenlokalen, in denen die Maifeier arrangiert war, schon in den frühen Nachmittagsstunden ein. In der lachenden Frühlingssonne saß es sich ganz mollig und angenehm, und die dampfende Kaffeekanne trug zur behaglichen und frohsinnigen Heiterkeit wesentlich bei. Im Schatten machte sich die „Maikühle" immerhin empfindlich bemerkbar, aber der unverwüstliche Humor des Berlinertums half auch hierüber hinweg. Auf den Bühnen konzertierten Kapellen und wechselten mit Gesangsvorträgen und Spezialitätenvorstellungen. Die Kinder aber kosteten diesen willkommenen festlichen Tag in vollen Zügen. Sie amüsierten sich in heiterem, ausgelassenem Spiel ebenso gut, wie vor den drolligen Kasperletheatern, und öfter führten sie auch Reigen auf oder sangen im Chorus, daß die umstehenden Erwachsenen ihre helle Freude daran hatten.

Je weiter der Zeiger der Uhr vorrückte, um so mehr schwoll der Besuch an. Viele der Feiernden hatten die Gelegenheit und den schönen Tag benutzt, um einmal auch in der Woche, ohne die berüchtigten Begleiterscheinungen der Sonntagsausflüge, fern von dem brodelnden, stampfenden, hastenden Weltstadtgetriebe, sich in der freien Natur zu ergehen und die köstliche Maienpracht zu genießen.

So kam es, daß der richtige Massenzustrom erst gegen Abend einsetzte, um dann allerdings in sämtlichen Lokalen beängstigende Formen anzunehmen.

Die gewaltigste Menschenmasse nahm die Proletarierburg des Nordens, das Lokal „Pharus-Säle" auf, in der zur Abendzeit mehr Personen beiderlei Geschlechts waren, als die meisten Kleinstädte des Reiches an Einwohnern aufzuweisen haben. Bald reichten aber auch diese Räume nicht mehr aus, viele Hunderte mußten umkehren, da beim besten Willen kein freies Plätzchen mehr zu finden war. Mußten doch schon zu Beginn der Festrede von unseren Ordnern die Saaltüren geschlossen werden, da die Menschen wie die Heringe zusammengestaut waren — der berühmte und unvermeidliche Apfel hätte tatsächlich keine Lücke zum Hinunterfallen gefunden.

Das Festprogramm war — wie in allen anderen Lokalen auch — ein erlesenes und reichhaltiges. Im Garten und in den Sälen konzertierten Kapellen, und dazwischen sorgten Mantheys „Lustige Sänger" dafür, daß die Lachmuskeln der Zuhörer aufs stärkste strapaziert wurden. Der Tanzgöttin wurde natürlich ebenfalls gehuldigt — die Jugend zwischen 18 und 60 (und darüber) drehte sich, je nach den forschen oder schmachtenden Klängen der Musik.

Das gleiche ist von der Bockbrauerei, Chausseestr. 64, zu berichten. Auch dort war der Besuch ein außerordentlicher, besonders als gegen Abend die Temperatur im Freien etwas milder wurde. Die Billettverkäufer hatten stramm zu tun, um den kolossalen Andrang zu bewältigen. Auch hier war es nur einem Teil der Besucher vergönnt, der Mairede zu lauschen, die übrigen fanden keinen Einlaß mehr und im Garten durfte nach den Bestimmungen der hochwohllöblichen Polizei nirgends referiert werden — „von wegen" der Kinder und Jugendlichen, die vor politischer „Methylvergiftung" bewahrt bleiben sollten. Tanz und Lichtbildervorträge, sowie turnerische Darbietungen brachten angenehme Abwechselung in das Festprogramm.

In der „Patzenhofer Brauerei", Thurmstr. 25/26, setzte der eigentliche Massenbesuch ebenfalls erst am späten Nachmittag ein. Dafür gaben dann aber auch die endlosen Scharen festlich gekleideter Männer, Frauen und Kinder der zu trauriger Berühmtheit gelangten Gegend das Gepräge. Bald war das Etablissement mit Besuchern angefüllt und die schmetternden Weisen der Kampfes- und Freiheitsmärsche klangen hell und siegesfroh in das lärmende Straßengetriebe hinein und lockten Scharen von Neugierigen an — selbst der patrouillierende Schutzmann mit dem dräuenden Schießeisen konnte sich der Wirkung der anfeuernden Musik nicht ganz entziehen — sein Schritt schien sich zuweilen dem Rhythmus der Klänge anzupassen. Zwei Unteroffizieren, die wohl über den Charakter der Feier nicht unterrichtet waren und auch teilnehmen wollten, wurde von den Kontrolleuren mit freundlichem Humor bedeutet, daß ihre Teilnahme an dieser Festlichkeit für ihre weitere Karriere nicht förderlich sein dürfte. Die beiden Marssöhne sahen dies auch ein und entfernten sich schleunigst mit höflichem Gruß und Dank.

Ein reges Leben wies das „Stadttheater Moabit" auf, das schon am frühen Nachmittag einen starken Besuch aufzuweisen hatte. In den Abendstunden war der Andrang ein geradezu beispielloser. Das Programm fand ungeteilte freudige Aufnahme. Besonders hübsch machte sich der Reigen, der von weißgekleideten jugendfrischen Mädchen mit Grazie und Schick aufgeführt wurde. Die Festrede löste bei den in schwitzender Enge stehenden Zuhörern zündenden Widerhall aus.

Einen angenehmen Aufenthalt bot den Feiernden das „Insel-Restaurant", Plötzensee. Die Sonne spiegelte sich in den träge vorüberziehenden Wellen, das leuchtende Rot der Fahnen und Nelken hob sich freundlich von dem frischen, zarten Grün der Blätter ab und über den Köpfen der Gäste wölbte sich ein weißer Blütenhimmel und bot dem Auge einen märchenhaft schönen Anblick. Von der nahen Jungfernheide herüber trug der Frühlingswind den satten, ozonhaltigen Kiefernduft, in den Zweigen der Bäume zwitscherten die Vögel und begrüßten den jungen Mai. Von der Straße her kamen immer neue Scharen heran. Groß und voll und leuchtend zog der Mond am abendlichen Himmel herauf, aber frisch und hoffnungsfreudig klang es noch durch die dämmernde Weite:

Die ihr auf harter Erde haust,
Den Höhen fern und fern dem Licht,
Hört hin, wie rings ein Sturmwind braust,
Der alles Morsche knickt und bricht!
Hört, wie er lacht und gellend pfeift,
Hört, wie er braust um Dach und Turm:
Der Sturm, der neue Saaten reift
Zum Erntetag. Wir sind der Sturm!

Die Borussia-Säle in der Ackerstraße gehören nicht zu den allbekannten Lokalen, und das war wohl die Ursache, daß der Besuch der Maifeier sich hier in größerem Umfange erst in den späteren Abendstunden einstellte, obwohl auch hier für Festesfreuden reichlich gesorgt war. Es ist eben von dort nicht gar zu weit nach dem viel größeren Saal und Garten der Bockbrauerei, und dort geht man lieber hin, zumal man ja bei der Maifeier auch die Massen beieinander sehen will, und darunter versteht man ja in Berlin eine nach Tausenden zählende Menge. Aber auch bei der geringeren Zahl von Festteilnehmern verlief die Maifeier in den Borussia-Sälen in würdiger Weise, und die Festrede des Genossen Icko fand lebhaften Beifall.

Auf dem Gesundbrunnen

waren fünf Gartenlokale für die Maifeier hergerichtet: Das „Volksgarten-Theater", die „Löwenbrauerei", Ballschmieders „Kastanienwäldchen", „Frankes Etablissement" und das „Voigt-Theater". — In den Abendstunden hielten sich viele Tausende, Männer, Frauen und Kinder in den festlich geschmückten Gärten auf. In mehreren Lokalen, namentlich bei Ballschmieder, bei Franke und bei Voigt herrschte ein fast unheimliches Gedränge. Doch das störte die Festfreude nicht im mindesten. Wer in dem einen Lokal nicht Platz für sich und die Seinen fand, der versuchte es in einem anderen und schließlich kamen alle Festteilnehmer auf ihre Rechnung. Ein abwechselungsreiches Programm bot mancherlei Unterhaltung. Neben Musikaufführungen, die überall den größten Raum im Programm einnahmen, gab es humoristische Vorträge, die freilich nicht ohne Ausnahme in den Rahmen paßten, in dem unsere Maifeier gehalten sein sollte. Die Festleitung ist gewiß nicht schuld daran, sondern es ist den in den Lokalen des Gesundbrunnens heimischen „Künstlern" und „Künstlerinnen" zuzuschreiben, wenn im „Volksgarten-Theater" und in der „Löwenbrauerei" Tingeltangeleien der niedrigsten Sorte mit unterliefen, die erfreulicherweise bei dem Maifeierpublikum keinen großen Beifall fanden. Couplets mit politischen Anspielungen, namentlich wenn sie sich dem Ideenkreise der kämpfenden Arbeiter näherten, fanden freudigen Beifall. Sehr dankbar zeigte sich das Publikum für die Darbietungen der Freien Turner und Turnerinnen, die ihre Aufgaben mit gutem Geschick lösten. Doch am meisten fesselten die Vorträge der Arbeitersänger. Aus ihren Liedern sprach der Geist, der die klassenbewußte Arbeiterschaft beherrscht. Der Gedanke, der uns am Weltfeiertag beseelt, wurde lebendig in Worten und Tönen, die zu den Herzen der Hörer drangen und Empfindungen weckten und stärkten, die uns hinausheben über das Elend der Gegenwart und uns begeistern für die Ziele, für die Ideale der Sozialdemokratie. Von allem, was das Festprogramm bietet, kommt der leitende Gedanke der Maifeier am eindringlichsten zum Ausdruck in den Freiheitsliedern der Arbeitersänger. Um sie recht nachhaltig auf sich wirken zu lassen, drängte sich das Publikum bei jedem Auftreten der Arbeitersänger um die Bühne und spendete lebhaften Beifall.

Was der Gesang uns sagt, kommt nicht minder wirkungsvoll, aber klarer, verständlicher zum Ausdruck in dem gesprochenen Wort, in den Festreden, die den Hörern die Bedeutung der Maidemonstration darlegen. Im „Volksgarten-Theater" war es Genosse Karl, in der „Löwenbrauerei" Genosse Trinks, bei Ballschmieder Genosse Ledebour, bei Franke Genosse Barth und im „Voigt-Theater" Genossin Jeetze, die in den dichtgefüllten Sälen sprachen und die Zuhörer für den Gedanken der Maifeier sowie für die Bestrebungen der Sozialdemokratie begeisterten. — Mit den Reden, die ziemlich spät gehalten wurden, war die Feier in der Hauptsache beendet. Es folgten noch einige Gesangsvorträge als würdiger Abschluß des ernsten Teils des Festes. Dann leerten sich nach und nach die Gärten. In den Innenräumen blieb man noch länger zusammen beim Tanz und bei gemütlicher Unterhaltung.

Die Bevölkerung der Schönhauser Vorstadt

beteiligte sich wiederum in außerordentlich großer Zahl, die abzuschätzen unmöglich ist, an der Maifeier. Besonders war der schöne große Garten des Prater-Theaters in der Kastanienallee schon am frühen Nachmittag das Ziel vieler Tausender und gegen Abend war es dort und auch in den Sälen des Etablissements gedrängt voll von Maigästen, von Männern und Frauen und Kindern, denen das reichhaltige Festprogramm mancherlei Genüsse und auch erhebende Freude bot. Den Höhepunkt des Festes bildeten die weithin schallenden Lieder der Arbeitersänger, Lieder von Kampf und Sieg und vom kommenden Völkerfrühling. Auf die Festrede mußte leider verzichtet werden. Nachdem man lange genug auf den Referenten gewartet hatte, wurde die Resolution verlesen und mit großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Das gegenüber, in der Schönhauser Allee liegende Etablissement Puhlmanns Theater war gegen Abend auch bald gedrängt voll von Maifestfeiernden. Auch hier war in reichem Maße für Unterhaltung und erhebende Freuden gesorgt, und auch hier taten die Arbeitersänger ihr Bestes, die völkerbefreienden Ideen des 1. Mai in trefflichen Gesängen zu feiern. Aber auch hier war der Referent ausgeblieben, und man mußte sich darauf beschränken, die Resolution zu verlesen und darüber abzustimmen.

In Obiglos Festsälen und Garten ließ der Besuch am Nachmittag noch zu wünschen übrig; die meisten Maifestteilnehmer hatten es eben vorgezogen, nach den größeren Lokalen zu ziehen. Aber am Abend war es auch bei Obiglo im Garten und Saal voll von Männern, Frauen und Kindern, und neben alledem, was auch in den anderen Etablissements geboten wurde, gab es hier eine packende Festrede. Der Genosse Grunwald war erschienen, und seine Worte weckten Begeisterung und feuerten an zu unermüdlichem Kampf für die Ziele der Arbeiterbewegung.

Im Osten.

Der Friedrichshain, in dem der jungfrische Frühling in voller Maienpracht herrschte, war am Nachmittag fast ebenso belebt, wie sonst nur an Sonntagen. Viele feiernde Arbeiter machten erst einen Spaziergang durch den Park und freuten sich der erwachenden Natur, ehe sie sich durch den Staubgürtel, den die angrenzenden Straßen um den Park bildeten, nach den Festlokalen, dem „Schweizer-Garten" und der „Brauerei Friedrichshain" begaben. Der Besuch war in beiden Lokalen gut und steigerte sich zum Abend noch beträchtlich. Im „Schweizer-Garten" kamen die Genossen des 5. Wahlkreises zusammen und hörten von ihrem Abgeordneten Robert Schmidt einen Vortrag über die Bedeutung des Weltfeiertages der Arbeit. Die Brauerei Friedrichshain gehörte zu den Lokalen, die für den Besuch aus dem 4. Kreise vorgesehen waren. Hier trat Waldeck Manasse als Festredner auf vor einer dichtgedrängten Masse, die den großen Saal besetzt hielt. Brausender Beifall erschallte, als die Redner die Grüße des Proletariats über die ganze Welt aussandten, wo immer Arbeiter zur Feier des 1. Mai versammelt waren, oder wenn sie die Friedensliebe der großen Internationale der Arbeit betonten. — Mit viel Begeisterung wurden auch die Vorträge der Arbeitersänger aufgenommen. Die Gesichter leuchteten, wenn das „Sturmlied" fragte: „Hört Ihr das Brausen rings im Land?"

Im „Elysium", Ecke der Landsberger Allee und Petersburger Straße, war der Besuch am Nachmittag nur schwach und mancher Genosse machte ein enttäuschtes und unzufriedenes Gesicht über die mangelhafte Beteiligung, aber am Abend ließ der Besuch nichts zu wünschen übrig. Der Landstagsabgeordnete Paul Hirsch hatte eine große und aufmerksame Versammlung vor sich, als er seine Ansprache hielt, und er fesselte sofort seine Zuhörer, indem er damit begann, daß er just aus einer Extrasitzung des Landtages komme, wo er als einer von den verhaßten Sechsen im Dreiklassenparlament nicht fehlen durfte. So mußten unsere Abgeordneten gerade am 1. Mai noch Ueberstunden arbeiten; die Mehrheit wollte es so. Der Redner ging auf die Kämpfe im Abgeordnetenhause etwas näher ein und betonte das Festhalten an der Forderung nach einem freien und gleichen Wahlrecht in Preußen. Er würdigte die Bedeutung des 1. Mai für die internationalen Beziehungen, für den Weltfrieden und für die Arbeiterschutzforderungen. Der Vortrag, der stürmischen Beifall auslöste, wurde mit Gesängen eingeleitet und geschlossen, die einen recht wirkungsvollen Rahmen bildeten und von den andächtig lauschenden Zuhörern enthusiatisch aufgenommen wurden.

In Mentes Volksgarten, draußen in Lichtenberg, in einem Zipfel des 4. Kreises, wo der Abgeordnete des Kreises, Genosse Büchner, die Festrede hielt, begann schon am frühen Nachmittag das manchmal verspottete große Kaffeekochen. Es hatte aber doch seine eigene Bedeutung, denn die feiernden Männer fehlten nicht und die roten Fahnen wehten, wohin man blickte, und stolz erzählte man sich von den stattlichen Arbeiterversammlungen am Vormittag des Maientages. Am Nachmittag kam man mit Weib und Kind und Angehörigen zu der von der Partei einberufenen Versammlung und konnte mit Genugtuung einen starken und immer mehr anwachsenden Besuch konstatieren, trotzdem das Lokal so abgelegen schien und auf der Landsberger Allee eine Staubwolke die andere jagte. Von 5 Uhr ab setzte der Zustrom der Besucher noch recht lebhaft ein. Eine frohgestimmte große Versammlung begrüßte den Festredner und zollte seinem Vortrag über die ernste Bedeutung der Maifeier, die internationale Bande knüpft, lebhaften Beifall.

In Ludwigs Parkrestaurant am Treptower Park war der prachtvolle Naturgarten schon um 4 Uhr nachmittags von einer frohgestimmten Menge fast vollständig besetzt und immer neue Scharen zogen heran. Konzert, Gesangsvorträge und sportliche Leistungen sorgten für die Unterhaltung der Erschienenen. In dem kleinen Saale amüsierte sich die Jugend beim Tanz. Der kühle Abend zwang dann viele zum frühen Aufbruch. Die Festrede fiel auch aus diesem Grunde aus.

In Boekers Festsälen war der Saal bis um 8 Uhr noch gähnend leer. Erst als die abendliche Kühle die Besucher aus den Gärten verscheuchte, änderte sich hier das Bild. Bald sah das Festkomitee, das alles aufgeboten hatte, um für Unterhaltung zu sorgen, seine Mühe durch einen zufriedenstellenden Besuch belohnt. Die Festrede hielt hier Genosse Johannes Haß.

Im Gewerkschaftshause stellte sich die Mehrzahl der Besucher auch erst in den Abendstunden ein. Ihrer wartete ein besonders geschmackvoll zusammengestelltes Programm. Wir wollen nur die Opernsängerin Vera Meyer-Nistler erwähnen, welche mit ihrer wunderbaren Stimme den starken Beifall der Zuhörer auslöste. Die Festrede des Genossen Pfannkuch, die ebenfalls stark applaudiert wurde, fand in den sonstigen Darbietungen des Programms einen würdigen Rahmen.

Der Süden.

Die Hasenheide, die am Vormittag eine großartige Maidemonstration gesehen hatte, stand auch am Nachmittag im Zeichen des Maifestes. Nicht weniger als drei der mit großen Sälen versehenen Sommerlokale an dieser belebten Straße waren von unseren Genossen belegt worden. Da ist vor allem die „Neue Welt", am 1. Mai schon seit langem, so lange das Proletariat seinen Maitag feiert, ein sehr beliebtes Ziel derer, die eine neue Welt im sozialen und politischen Sinne errichten wollen. Hier war naturgemäß der Andrang am stärksten. Trotz der Maikühle bewegte sich im ausgedehnten Garten eine festlich gestimmte Menge, genießend, was an Veranstaltungen aller Art geboten wurde. Mit dem Frühlingsgrün wetteiferten dekorativ dunkelgrüne Guirlanden, zu denen sich das zukunftsfreudige Rot der Flaggen und Bänder gesellte. Aus Guirlandenrahmen heraus erinnerte das geschriebene Wort an vielen Stellen des Gartens an die Aufgaben, die dem kämpfenden Proletariat gestellt sind und die ihm immer und immer wieder einzuprägen eine Hauptaufgabe, ja die eigentliche Aufgabe dieses Tages ist. Wem es zu kühl im Freien war, der zog sich in die gerade hier außerordentlich umfangreichen Räume zurück. In einem der Säle sprach abends Genosse Reichstagsabgeordneter Pfannkuch über die Bedeutung des Tages, die er den Versammelten überzeugend darlegte. Seine Ausführungen fanden starken Beifall. — Uebrigens hatten hier, wie auch in anderen Festlokalen, die Genossen auf polizeiliches Verlangen eine genaue Kontrolle einrichten müssen, auf daß kein jugendliches Hirn und Herz revolutionär verdorben werde. Früher war das anders, als wir noch nicht das „liberale" Reichsvereinsgesetz hatten. Berücksichtigt man den fortwährenden Wechsel der Teilnehmer, eine Folge des, wenn auch schönen, so doch kühlen Wetters, so ist mit etwa 10 000 Personen zu rechnen, die im Laufe des Nachmittags die „Neue Welt" aufsuchten.

Unweit dieses Lokals liegt das Etablissement Kliem. Hier kam namentlich der große Saal in Frage, der würdig dekoriert war und in dem die Büste Lassalles gleichsam als eine stumme und doch so außerordentlich beredte Mahnung wirkte, es dem toten Vorkämpfer gleichzutun an energischer Kraftentfaltung im Kampfe um eine bessere Zukunft. Der Redner des Abends, Genosse Eichhorn, richtete an die zahlreiche Zuhörerschaft eine kurzgefaßte, aber anfeuernde Ansprache. Stürmischer Beifall folgte seinen begeisternden Worten.

Bei Happoldts, dem dritten unserer Festlokale in der Hasenheide, füllten sich der große neue Saal und seine Nebenräume bis zum letzten Platz. Natürlich fehlte auch hier der sinnige, dem Tage angepaßte Schmuck nicht. Genosse Hermann Müller vom Parteivorstand hielt die Festrede, in der er eindringlich darlegte, was noch alles zu tun sei, um allen Aufgaben des Tages gerecht zu werden und unserm großen Ziel näher zu kommen. Freudig stimmten ihm die Versammelten durch lebhaften Beifall zu.

In den drei Lokalen trug zur Verschönerung des Festes gute Musik bei, und es erfreuten durch ihre Darbietungen die geschulten Sänger des Berliner Proletariats, sowie die Turner und Radfahrer.

Im äußersten Süden, am „Tempelhofer Berg", stand den Genossen wieder, wie alljährlich, die Bockbrauerei mit ihren festlich geschmückten Sälen und dem schönen Garten zur Verfügung. Im Garten ließ eine gute Kapelle ihre Weisen ertönen, die die Aufmerksamkeit der Festteilnehmer fesselten. Besonderen Eindruck machten die Kampf- und Frühlingslieder, die die Sänger vom Arbeitersängerbunde ausgezeichnet zum Vortrage brachten. Weiter trugen turnerische Aufführungen dazu bei, das Fest zu verschönen. Litt auch der Nachmittagsbesuch des Gartens etwas unter der Kühle, so konnte man doch später feststellen, daß über 5000 Personen die Eingänge des Lokals passiert haben. Im großen Saal hielt abends vor einer dichtgedrängten Zuhörerschar der Genosse Reichstagsabgeordneter Richard Fischer die Festrede in seiner temperamentvollen Weise, die nie ihre Wirkung verfehlt. Er löste Begeisterung aus, zu streben und zu kämpfen im Sinne unserer Forderungen und unserer Weltanschauung. Der anhaltende Beifall bewies es.

Teltow-Beeskow.

In Neukölln, dem rein proletarischen Vorort Berlins, trug das Straßenbild sonntäglichen Charakter. Obwohl eine große Anzahl feiernder Arbeiter und Arbeiterinnen sich an den Berliner Versammlungen beteiligte, waren die von der Unterkommission Neukölln einberufenen drei Versammlungen sämtlich überfüllt. In Hoppes Festsälen sprach Genosse H. Lehmann vor zirka 1500 Personen, in den Passage-Festsälen Genosse Wermuth vor zirka 600 Personen; in beiden Versammlungen wirkten bei Eröffnung und Schluß die Gesangvereine „Schneeglöckchen" und Männergesangverein Neukölln mit. In Felschs Gesellschaftshaus versammelten sich die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes, es waren zirka 900 Personen anwesend. Hier sprach Genosse Mohs. Die Elektrischen waren gegen 9½ Uhr dicht besetzt. Neukölln stand, mit einem Wort gesagt, im Zeichen der Maifeier.

Im Charlottenburger Volkshaus waren schon lange vor 10 Uhr der große Saal und der Garten überfüllt. Durch den Arbeitergesangverein wurde die Feier eingeleitet. Hierauf hielt der Genosse Dr. Kurt Rosenfeld einen packenden Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai. Nach Absingen einiger Lieder durch den Gesangverein wurde die imposante Veranstaltung geschlossen.

Schöneberg. Hier war die Vormittagsversammlung, in welcher Genosse Kaliski das Referat hielt, von 800 Männern und Frauen besucht.

In Köpenick füllten zirka 800 Personen den Saal des Stadttheaters. Vor und nach dem Referat des Genossen Störmer trug der Gesangverein „Männerchor" einige der Würde des Tages entsprechende Lieder vor. Nach Schluß unternahmen die Versammlungsteilnehmer einen Spaziergang durch die Stadt nach dem Gesellschaftshaus.

Groß-Lichterfelde. Hier referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Kunert. Im Saale — die Tische waren entfernt worden — befanden sich über 400 Personen. Wegen Ueberfüllung des Lokals hatte ein Teil der Besucher vor den geöffneten Fenstern im Garten Platz genommen.

Für die Orte Tempelhof und Mariendorf war eine Versammlung anberaumt, die von etwa 350 Personen besucht war.

Wilmersdorf-Halensee. Die Vormittagsversammlung im Viktoriagarten war von mindestens 800 Frauen und Männern besucht und füllte den größten Saal der Stadt derart, daß viele Teilnehmer stehen mußten. Der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises, Genosse Zubeil, sprach in anderthalbstündiger Rede über die Bedeutung der Maifeier und die dem Proletariat bevorstehenden Kämpfe. Durch passende Lieder, die der Wilmersdorfer Männerchor vortrug, wurde die Versammlung stimmungsvoll eingeleitet und geschlossen.

Lankwitz. In der Vormittagsversammlung, in welcher Genosse Knüpfer referierte, waren zirka 200 Genossen und Genossinnen anwesend.

Steglitz-Friedenau. Die Vormittagsversammlung war stärker denn je zuvor besucht. Das Referat hielt Genosse Dr. Breitscheid. Beteiligt waren zirka 1000 Personen.

In Adlershof mußte die Vormittagsversammlung wegen Ueberfüllung — es waren zirka 600 Personen anwesend — nach dem Garten verlegt werden. Das Referat hielt Genosse Woldt. Der Arbeitergesangverein leitete die Versammlung durch einen stimmungsvollen Gesangsvortrag ein.

750 Personen füllten in Nowawes die Vormittagsversammlung. Hier hielt das Referat Genosse Groger.

Eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung konnte auch Wannsee verzeichnen. Einige Genossen hoben hier die Bedeutung des Maigedankens hervor.

In Britz hatten sich 250 Personen versammelt.

In Teltow, wo Genosse Ewald das Referat hielt, war die Versammlung den Verhältnissen entsprechend gleichfalls gut besucht.

Alt-Glienicke. Hier referierte vor über 100 Maifeiernden Reichstagsabgeordneter Genosse Feldmann.

In Bohnsdorf referierte vor 180 Personen, darunter viele Frauen, Genosse Pätzold. Der Arbeitergesangverein „Sangeslust"-Grünau leitete und schloß die Feier durch stimmungsvolle Gesangsvorträge. Nach Schluß der Versammlung unternahmen die Teilnehmer in Begleitung der Grünauer Genossen einen Spaziergang durch das Dorf. An den Fenstern der Bauernhäuser sah man viele erstaunte Gesichter wegen der großen Zahl der Maifeiernden.

Der Villenort Zehlendorf konnte diesmal eine von 150 Männern und Frauen besuchte Maiversammlung aufweisen. Referent war Genosse Tielicke.

Zossen. Allgemeines Aufsehen erregte bei der Zossener Bevölkerung der Demonstrations-Spaziergang unserer Genossen, der sich vom Restaurant Flora aus durch die Stadt erstreckte. Die Zahl der Teilnehmer war eine derartig große, daß man fürchtete, der Saal des Festlokals in der Baruther Straße werde die Menge der Anmarschierenden nicht fassen. Zossen hat eine solche Demonstration noch nicht gesehen. Glücklicherweise gelang es, alle Erschienenen, wenn auch unter erschwerenden Umständen, unterzubringen. Für die Enge des Raumes entschädigte das wirklich hübsche Programm. Die Festrede hielt Genosse Paul John-Berlin.

Niederbarnim.

Der Polizeipräsident auf der Wacht!

Daß der Polizeipräsident von Lichtenberg bei der Maifeier wieder mal die erwünschte Aufmerksamkeit erregen würde, konnte man nach seinen voraufgegangenen Extravagangen fast voraussetzen. Und sein Ruhm erstrahlt in neuem Glanze! Zunächst ließ er aus sämtlichen Schaufenstern die Maifeierplakate entfernen. In einem Falle wollte ein Beamter ein Plakat sogar beschlagnahmen, weil es zwar aus dem Fenster entfernt, aber auf einem Tische im Lokale Platz gefunden hatte. Da man nicht annehmen kann, daß die Plakatverordnung in allen Fällen Anwendung findet — sonst kämen die Beamten aus der Arbeit gar nicht heraus —, aber auch in keinem Gesetz etwas vermerkt ist, daß es nur gegen Sozialdemokraten Anwendung finden soll, ist die liebende Sorgfalt, deren wir uns trotzdem erfreuen, aller gebührenden Anerkennung wert. Der Maßnahme blieb denn auch der verdiente agitatorische Erfolg nicht versagt! Von solchen Scharen wie diesmal, war die Morgenversammlung am 1. Mai in Lichtenberg noch nie besucht. Und wahrscheinlich aus Dankbarkeit für die bewiesene Aufmerksamkeit hatte man in der Wartenbergstraße eine rote Flagge gehißt, die von Beamten später im Triumph eingeholt wurde. Bald darauf konnte man bemerken, wie eifrige Beamte auf der Chaussee sich um das Wohl junger Leute bemühten, die in größerer Zahl als eine Skatpartie auf dem Wege zur Versammlung waren. Um Entgleisungen der Straßenbahn vorzubeugen, mußten sie in genügend kleinen Trupps marschieren. Selbstverständlich hat der Herr Polizeipräsident auch den Abendveranstaltungen sein lebhaftes Interesse bekundet. Daß die angesetzten Festreden politisch sein würden, hielt er quasi für selbstverständlich. Gegen polizeiliches Ahnungsvermögen gibt es natürlich keine Logik! Jedenfalls wollte der Herr Polizeipräsident Kinder und Jugendliche vor dem Gift einer politischen Rede schützen. Sie sollen nur die Milch polizeifrommer Denkungsart genießen. Und so ließ er denn einen Schreibebrief an den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Wahlvereins, Bezirk Lichtenberg, Herrn Otto Jaffke, gelangen, der folgenden Passus enthält:

„Bezüglich der Festrede ersuche ich um Auskunft, über welches Thema gesprochen werden soll. Erforderlichenfalls wollen Sie den Vorschriften des § 5 des Reichsvereinsgesetzes entsprechen."

Nun hatte Jaffke aber gar keine Versammlung angemeldet. Wie in dem Schreiben auch vermerkt ist, war der Veranstalter und Anmelder Buchdrucker Paul Werner. In diesem Falle ist das huldvolle Schreiben allerdings nicht vorbeigeraten, wie diese Zeilen den Herrn Polizeipräsidenten unterrichten, aber für die Zukunft würden wir ihm doch empfehlen, seine schätzenswerten Mitteilungen an die richtige Adresse zu richten. Eine persönliche Vorstellung eines Beauftragten, der darauf hinwies, daß der Lichtenberger Polizeipräsident in seinen Anordnungen ganz eigene Wege einschlage, die Praxis seiner Kollegen gewissermaßen desavouiere, war erfolglos. Der Herr blieb dabei: die Kinder und jungen Leute müssen raus, raus, raus — oder es wird nur unpolitische Limonade verabreicht. Die ganze Art des Auftretens erweckte bei unserem Genossen das Gefühl, als habe der Beamte sagen wollen: Ja, WIR sind auch was Originelles, zu Höherem berufen, WIR ragen über Kollegen hinaus, WIR sind Leuchten der Zunft, müssen an die Spitze, haben schon Beweise hervorragender Intelligenz, einzigartiger Gesetzeskenntnis usw. geliefert. — — Es gab also keine „Festrede", dafür ließen die Redner, wie Genosse Düwell im Garten bei Arnold bemerkte, einige „lose Blätter" flattern. Hier, wie auch im Saale, wo Genosse Stadthagen, ebenso wie bei Schwarz, wo vorher schon Genosse Mirus gesprochen hatte, eine kurze Ansprache hielt, nahmen die Anwesenden die meist satirischen Glossen mit verständnisvollem Humor und großem Beifall auf. Wenn auch wider Willen: der Herr Polizeipräsident gab der Maifeier in Lichtenberg eine besondere politische Note, die ihre Wirkung nicht verfehlte.

*

Auch im Kreis Niederbarnim hatte die diesmalige Maifeier eine bisher nie erreichte Beteiligung aufzuweisen. Im „Schwarzen Adler" zu Lichtenberg mußte die von 2500 Personen besuchte Versammlung nach dem Garten verlegt werden. Hier referierte Genosse Gaida. Die Versammlung im Café Bellevue in Rummelsburg, wo Genosse Sabath das Referat hielt, war von 1000 Personen besucht.

In Pankow referierte vor 500 Personen Genosse Kubig. Eingeleitet und geschlossen wurde die Versammlung durch Liedervorträge des Gesangvereins „Liederfreund".

Die Versammlung in Reinickendorf-Ost und West war von 350 bezw. 150 Feiernden besucht. Referenten waren die Genossen Handke und Barth. An den Abendfeierlichkeiten in Ramlows Kastanienwäldchen in Schönholz dürften etwa 1500 Personen teilgenommen haben.

In Tegel, wo Genosse Halfes sprach, war die Versammlung von etwa 300 Personen besucht.

Weißensee. Die Vormittagsversammlung, die von über 4000 Personen besucht war, mußte im Garten des „Schloß Weißensee" abgehalten werden, da die Erschienenen in beiden Sälen nicht Platz hatten. Das Referat des Genossen Pattloch wurde sehr beifällig aufgenommen.

In Friedrichsfelde hatten sich etwa 250 Personen versammelt, die den Ausführungen des Genossen Hildebrandt zuhörten. Der Gesangverein „Vorwärts" trug durch sein Mitwirken zur Erhöhung der Feststimmung bei.

Mahlsdorf (Ostbahn). Die Vormittagsversammlung war von zirka 150 Personen besucht. Referent war Genosse Tarnow-Friedrichshagen. Die Feier am Abend hatte einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen. Die Festrede hielt Genosse Kunze-Neukölln.

Herzfelde. Die Maifeier nahm hier einen glänzenden Verlauf. Allen Arbeitern war es zwar nicht möglich, diesen Tag durch völlige Arbeitsruhe zu begehen; doch der starke Besuch der Abendveranstaltung bezeugte, daß die Feier des Welttags sich von Jahr zu Jahr prächtiger gestaltet. Bemerkt sei, daß sich bei der diesjährigen Maifeier eine große Anzahl Frauen unter den Versammlungsteilnehmern befand.

Friedrichshagen. Die Maifeiernden versammelten sich im „Gesellschaftshaus", wo die Abstempelung der Bücher stattfand. Von hier begaben sich die Versammelten gemeinsam nach Conrads Festsäle. Vor etwa 500 Genossen und Genossinnen hielt Genosse Stühmer sein Referat. Die Abendfeier fand im „Eiskeller" statt, hier wurde den zahlreichen Besuchern durch ein ausgewähltes künstlerisches Programm ein genußreicher Abend verschafft. Die Festrede hielt Genosse Wermuth.

Nieder-Schönhausen. Die Vormittagsversammlung im Garten in Neu-Carlshof war von zirka 200 Genossen und Genossinnen besucht. Referent war Genosse Reese. Eingeleitet und beendet wurde die Versammlung durch Gesangsvorträge. Die Stimmung war vorzüglich.

Oranienburg. Die Versammlung war von zirka 200 Personen besucht. Eingeleitet wurde dieselbe durch einen Gesangsvortrag des Gesangvereins „Freie Sänger". Das Referat hielt Genosse Hans Weber-Berlin. Der Festzug mit Musik durch die Stadt wurde von der Polizeibehörde verboten.

Mühlenbeck. Die bei Meyer, Buchhorster Straße, tagende Vormittagsversammlung, in der Genosse Segawe referierte, war den Verhältnissen entsprechend gut besucht.

Erkner. Hier sprach vor gut besuchter Versammlung Genosse Künstler.

In Klosterfelde hielten die organisierten Holzarbeiter der Zahlstelle Klosterfelde nachmittags in Wandlitzsee eine von zirka 150 Männern und Frauen besuchte Versammlung ab. Genosse Wilh. Nitschke-Lichtenberg hielt das Referat. Ein Mandolinenklub der organisierten Holzarbeiter gestaltete durch sein Mitwirken die Feier imposant.

In Hermsdorf sprach in einer von 500 Personen besuchten Abendversammlung Genosse Störmer. Das Lokal vermochte die Versammelten, die sich aus dem Bezirk Waidmannslust eingefunden hatten, kaum zu fassen.

Eine außerordentlich starke Beteiligung war auch in Bernau, wo Genosse Haß-Berlin referierte, zu verzeichnen. Nachmittags wurde ein Ausflug mit Musik nach der Stadtforst veranstaltet. In Röntgenthal versammelten sich abends etwa 300 Personen. Die Festrede hielt Genosse Engel-Berlin.

In Neuenhagen war die Abendfeier von zirka 150 Personen besucht.

Zehdenick. Hier suchten die Unternehmer mit allen Mitteln die Arbeiter an der Maifeier zu verhindern. Dieser Druck hatte es denn auch erreicht, daß die Vormittagsversammlung, in der Genosse Gebert-Charlottenburg sprach, nur von 60 Personen besucht war.

*

Spandau. Im Saale der Brauerei Pichelsdorf hatten sich annähernd 1500 Personen zur Begehung des Weltfeiertages eingefunden. Das Referat hielt Genossin Juchacz. Auf dem Zurückwege nach der Stadt zeigte die Polizei wieder einmal, daß sie noch da ist. Um nicht den ganzen Zug der Versammlungsbesucher am Rathaus vorbeiziehen zu lassen und dadurch vielleicht dasselbe ins Wackeln zu bringen, wurden die Maifeiernden zerstreut. Während ein Teil ruhig die Potsdamer Straße passieren konnte, wurde dem größeren Teil der Weg abgeschnitten, so daß sich viele Hunderte auf Umwegen durch andere Straßen ihren Nachhauseweg suchen mußten. Die Beteiligung an der Maifeier war diesmal eine viel größere als je.

* * *

Die Maifeier im Reiche.

Aus dem Reiche gingen uns über den Verlauf der Maifeier folgende Nachrichten zu:

Provinz Brandenburg.

Belten i. M. In einigen Betrieben feierten die Arbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Abends fand eine überfüllte Festversammlung statt.

Brandenburg a. H. Ein Frühausflug nach dem Nachbardorfe Schmerzke zeigte starke Beteiligung. Die festliche Veranstaltung am Nachmittag war gleichfalls sehr stark besucht; am Abend fanden drei Versammlungen statt.

Luckenwalde. Etwa 500 die Maifeier durch Arbeitsruhe begehende Arbeiter und Arbeiterinnen unternahmen einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Beckenbrück. Die Abendveranstaltung war von etwa 900 Personen besucht.

Fürstenwalde (Spree). Die Arbeitsruhe war umfassender als im vorigen Jahre. An der Vormittagsversammlung nahmen ungefähr 500 Personen, an der Abendveranstaltung 2000 Personen teil.

Strausberg. Die Maifeier ist glänzend verlaufen. Teilnehmerzahl am Ausflug am Vormittag 200. Bei der Nachmittagsveranstaltung mit dem Genossen Gierdig als Festredner mindestens 400 Personen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war dicht gefüllt.

Schwerin a. d. Warthe. Die Maiversammlung war von zirka 150 Personen besucht. Das Referat hatte Genosse Kadser-Landsberg übernommen. In der Diskussion machte unter anderem ein christlich Organisierter für seine Ideen Propaganda, wurde aber vom Referenten mit dem Hinweis auf den Bergarbeiterstreik abgewiesen.

Neuruppin. Die Maiversammlung war sehr gut besucht, auch von vielen Frauen. Eine besondere Feier findet am nächsten Sonntag statt.

Provinz Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern.

Königsberg. Die Arbeitsruhe hatte einen Umfang wie nie zuvor. Die Vormittagsversammlung zählte 6000 Besucher. Bei dem Volksfest am Nachmittag war noch eine weit größere Zahl anwesend.

Bromberg. Die Maiversammlung war von rund 800 Personen besucht.

Nakel. Die Versammlung war von rund 100 Personen besucht.

Schneidemühl. Die Maiversammlung war von 100 Personen besucht.

Birnbaum. Eine, den Verhältnissen entsprechend, von Männern und Frauen gut besuchte Versammlung nahm nach einem Referat des Genossen W. Schulz-Posen die vorgeschlagene Resolution einstimmig an.

Stettin. Für Groß-Stettin fanden zwei Versammlungen statt, die von 2500 Personen besucht waren. Im Anschluß daran unternahmen die Demonstranten einen Spaziergang. Nachmittag 10 Veranstaltungen. Der Polizeipräsident drohte an, er werde die Festlichkeiten überwachen lassen.

Rostock. Die Maifeier-Beteiligung war verhältnismäßig schwach. Zirka 700 feierten.

Wismar. Ziemlich gute Maiversammlungen mit anschließendem Ausflug.

Provinz Sachsen.

Magdeburg. Im Regierungsbezirk Magdeburg war die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiernden im großen und ganzen befriedigend. Die Magdeburger Genossinnen und Genossen unternahmen in einer Zahl von etwa 1500 einen Frühspaziergang. Am Abend fanden in Magdeburg 10, im ganzen Bezirk 40 Veranstaltungen statt.

Burg b. Magdeburg. Am Morgenspaziergang beteiligten sich etwa 500 Personen. Die Abendveranstaltungen in zwei Lokalen waren gut besucht.

Halle a. S. Hier bot die Feier insofern ein besonderes Interesse, indem die Demonstration diesmal mit Genehmigung der Polizei — allerdings unter gewissen Beschränkungen — vor

sich ging. Auf dem städtischen Roßplatze versammelten sich um 9 Uhr Tausende von Genossen und Genossinnen. In dem endlosen Demonstrationszuge, der über eine Stunde unterwegs war, ehe er an sein Ziel — das Arbeiterheim „Volkspark" — gelangte, befanden sich über 4000 Personen, die die Arbeit ruhen ließen. Den Hauptbestandteil boten erstens die Bauarbeiter, Holzarbeiter, dann die Metallarbeiter usw. Die Zugordnung wurde von den Genossen aufrechterhalten und die Polizei, die in gewiß nicht geringerer Anzahl wie in früheren Jahren erschienen war, fand keinen Anlaß zum Einschreiten und sorgte für den freien Verkehr. Im „Volkspark" hatten sich gegen 11 Uhr etwa 8000 Personen versammelt. — Die zahlreichen Versammlungen in der Umgebung Halles waren ebenfalls stark besucht: es geht vorwärts mit der Maibewegung.

Erfurt. Die Arbeitsruhe in Erfurt hatte den gleichen Umfang wie in den früheren Jahren. An dem Morgenspaziergang beteiligten sich etwa 1000 Personen. Der Abmarsch vom Parteilokal erfolgte ebenso wie die Rückkehr in die Stadt mit polizeilicher Genehmigung in geschlossenem Zuge. Nachmittag und abends fanden in zwei Sälen Veranstaltungen und Versammlungen statt.

Mühlhausen i. Th. Die Zahl der Feiernden war größer als in jedem Vorjahre. An einem Morgenausflug beteiligten sich etwa 600 Personen. Die Mittagsversammlung wies 1000 Besucher und glänzende Stimmung auf. Abends fanden Veranstaltungen statt.

Provinz Schlesien.

Breslau. Die Zahl der Feiernden ist im Verhältnis zu den früheren Jahren bedeutend größer geworden. Die Töpfer feierten geschlossen. Die Metallarbeiter, die zum ersten Male seit der großen Aussperrung 1906 wieder eine Versammlung abhielten, konnten über 500 Feiernde mustern. Eine Anzahl Arbeiter wird auf Beschluß der Unternehmerorganisation bis Montag ausgesperrt. Die beiden Vormittagsversammlungen waren außerordentlich stark besucht. Die Polizei stand vollzählig auf dem Sprung, hatte aber nichts zu tun. Das Nachmittagsfest hatte unter der kalten rauhen Witterung zu leiden, dennoch war der Besuch ein starker. Am Abend fanden in Breslau und Umgegend 25 Versammlungen statt.

Görlitz. Zum ersten Male fand in Görlitz zur Feier des 1. Mai eine Vormittagsversammlung statt, die von nahezu 1000 Personen besucht war. An der imposanten Versammlung beteiligte sich die große Mehrzahl der seit 4 Wochen im Ausstande stehenden Arbeiter der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial zu Görlitz. Weiter fanden Nachmittags- und Abendversammlungen statt.

Kirchhain (Niederlausitz). Beim Morgenausflug beteiligten sich 100, an der Abendversammlung 300 Personen.

Slawentzitz (O.-S.). Die Parteigenossen in der Heilstätte O.-S. begingen durch Spaziergang nach dem Walde die Maifeier. Nach einer Ansprache wurde die Mairesolution angenommen.

Rheinprovinz und Westfalen.

Bielefeld. Am Vormittagsausflug beteiligten sich 200 Personen. Am Abend fand eine von 5000 Personen besuchte Versammlung auf dem Kaiser-Wilhelmplatze statt, dann in 5 Lokalen Konzert und Gesangsvorträge.

Bochum. Die Maifeier im Wahlkreise Bochum wurde in sechs Lokalen begangen. Die Beteiligung an der Feier litt unter den Nachwehen des Bergarbeiterstreiks.

Elberfeld-Barmen. In beiden Wupperstädten wurde die Maifeier mit je einer Versammlung eingeleitet. In Elberfeld sprach Genosse Wendemuth-Solingen, in Barmen Genosse Krüger, beide vor vollständig überfüllten Sälen. Nachmittags gegen 3 Uhr versammelten sich die Elberfelder Genossen im „Volkshause", die Barmer im Gewerkschaftshause, um im gemeinschaftlichen Zuge zur Nachmittagsfeier in zwei Lokalen zu marschieren. Die Beteiligung in Barmen sowohl wie in Elberfeld war stärker wie je vorher. Abends fanden vier überfüllte Versammlungen mit Festrede, Musik- und Gesangsvorträgen sowie anderen Aufführungen statt.

Ronsdorf. In dem Orte, wo im Mai vor 48 Jahren Lassalle seine letzte große Rede hielt, hatte die Maifeier wiederum starke Beteiligung aufzuweisen.

Velbert (Rheinland). Auch in der Zentrale der Schloßindustrie war die Beteiligung sehr lebhaft. Mittags gegen 2 Uhr versammelten sich die Demonstranten zum gemeinschaftlichen Zug nach der Brauerei Zarsenhaus. Abends fand in der Stadt eine überfüllte Festversammlung statt. Festrede, die Arbeiter-Sänger und -Sängerinnen schlossen die würdige Feier.

Köln. Die Beteiligung an der Maifeier ist allenthalben erheblich stärker als bisher. Die Morgenversammlung war von 2000 Personen besucht, nachmittags war Gartenfest und abends in 10 überfüllten Lokalen die übliche Feier. Die Resolution wurde verbunden mit einem Protest gegen die Wehrvorlage.

Düsseldorf. Die Vormittagsversammlung war von 1500 Personen besucht. An der Nachmittagsdemonstration nahmen 5000 teil, abends fanden 12 Festlichkeiten statt.

Essen. An einem Ausflug beteiligten sich 4000, an der Morgenversammlung 5000 Personen. Abends fanden 12 Versammlungen statt.

München-Gladbach. Die Feier verlief besser wie im Vorjahre. Die Bauarbeiter und einige andere Berufe haben stark gefeiert. In Rheydt gleich starke Arbeitsruhe. In beiden Städten fanden Abendfeiern statt. In Viersen wurde auch nur abends eine Versammlung abgehalten. Im Wahlkreise Neuß-Grevenbroich war die Arbeitsruhe dieses Jahr ebenfalls stärker als sonst. In Neuß und Oberkassel ziemliche Beteiligung am Festzuge. Abends fanden in vier Lokalen Feiern statt.

Krefeld. Die Vormittagsversammlung war von 400 Personen besucht, nachmittags wurde ein Volksfest und abends vier Versammlungen abgehalten.

Solingen. Die Solinger Arbeiter, die seit der großen Wahlrechtsdemonstration das Recht auf die Straße erkämpft haben, marschierten vormittags in geschlossenem Zuge nach Merscheidt, wo der Treffpunkt der Genossen für den oberen Kreis war. Eine Versammlung war sehr stark besucht. Nachmittags fanden neun Riesenfeiern für den oberen und unteren Kreis statt.

Provinz Schleswig-Holstein.

Kiel. In Kiel fanden am Vormittag drei Maifeierversammlungen statt, die von etwa 2500 Personen besucht wurden. Eine Anzahl Gewerkschaften, besonders das Baugewerbe, hatte Arbeitsruhe beschlossen und auch durchgeführt. Dagegen wurde auf den Werften gearbeitet. Nachmittags fand ein Ausflug und am Abend fanden sechs Versammlungen statt. Der Festumzug ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. — Auch aus den übrigen Orten des Reichstagswahlkreises Kiel wird berichtet, daß die Vormittagsversammlungen gut verlaufen sind.

Neumünster. Die Vormittagsversammlung war von 1200 Personen besucht. Einzelne Gewerkschaften hatten schon vor der Versammlung eine Frühtour unternommen. Am Festzuge, der sich durch die Hauptstraßen bewegte, nahmen 1500 Personen teil. Bei den Abendfeiern waren die Lokale überfüllt.

Provinz Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M. Die Beteiligung war stärker als im vorigen Jahre; wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß die streikenden Metallarbeiter einen erheblichen Prozentsatz stellten. Die Vormittags-Demonstrationsversammlung im Tivoligarten war von zirka 6000 Personen, darunter auch viele Frauen, besucht. Nachmittags versammelten sich die Feiernden mit ihren Familien bei gemütlichem Zusammensein ebenfalls im Tivoligarten. Da war die Beteiligung noch stärker wie am Vormittage. — Die Polizei verhielt sich passiv.

Kassel. Am Vormittag tagte eine allgemeine Versammlung und mehrere Branchenversammlungen. Die Arbeitsruhe war in einigen Branchen fast allgemein. Am Abend fand eine große Festveranstaltung und in Landorten 10 Versammlungen statt.

Bayern.

München. Für die Demonstration der Münchener Parteigenossen war auch diesmal wieder der Landungsplatz vor der Parseval-Luftschiffhalle im städtischen Ausstellungspark zur Verfügung gestellt worden. Die Zahl der Feiernden hat auch dieses Jahr wieder ganz bedeutend zugenommen. Auf sämtlichen Bauten ruhte die Arbeit, ebenso in den meisten Werkstätten und Fabriken der Metall- und Holzindustrie usw. Auch alle irgendwie abkömmlichen Arbeiter der städtischen Betriebe feierten. Die Demonstration, darunter zahlreiche Frauen, marschierten in endlos langen Zügen, die gleich Riesenschlangen durch die Stadt zogen, mit zahlreichen Musikkorps zum Versammlungsplatz, der dicht gefüllt wurde. Die Zahl der Teilnehmer an der außerordentlich imposanten Demonstration dürfte mit 60 000 nicht zu hoch beziffert sein. Auf dem Versammlungsplatz wurde von mehreren Plattformen Ansprachen gehalten. Am Schluß wurde die von der Parteipresse veröffentlichte Resolution einstimmig angenommen.

Nürnberg. Die Maifeier verlief außerordentlich eindrucksvoll. Die Versammlung im „Velodrom" war überfüllt. Die Zahl der Feiernden außerordentlich groß, viele Bauarbeiter und Holzarbeiter ließen die Arbeit ruhen. Verhältnismäßig wenig Metallarbeiter waren beteiligt. Nachmittags war das Maifest im Leonhardspark massenhaft besucht. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Augsburg. Glänzender Verlauf der Feier. Drei Versammlungen waren überfüllt, 2000 Arbeiter demonstrierten durch Arbeitsruhe.

Würzburg. An der Maifeier beteiligten sich 150 Personen.

Provinz Hannover.

Harburg a. E. An der Morgenversammlung nahmen 1000 Personen teil.

Vegesack. Die Maifeier nahm einen glänzenden Verlauf. An der Morgenversammlung und an dem anschließenden Demonstrationszuge beteiligten sich rund 2000 Personen.

Bremerhaven. Die Maifeier wurde hier durch drei Morgenversammlungen in überfüllten Sälen, einem Festzug, bei dem nachmittags 4500 Teilnehmer durch die Straßen zogen, einem großen Gartenfest und durch Abendfeiern in sechs vollbesetzten Sälen begangen.

Sachsen.

Dresden. Am Vormittag fanden in Dresden und Umgegend zehn große Versammlungen statt, die alle gut besucht, zum Teil überfüllt waren. Gegen 15 000 Personen haben die Veranstaltungen am Vormittag besucht. Die Bauten ruhten vollständig, auch eine Anzahl Fabriken feierten. In den ersten Nachmittagstunden versammelten sich die feiernden Arbeiter auf verschiedenen Stellen zum Zuge nach den Festplätzen. Unter Musikbegleitung zogen die Genossen des 4. und 5. Wahlkreises nach dem an der Elbe gelegenen Etablissement „Waldschlößchen", während das Ziel der Festzüge im 6. Wahlkreise der Paradiesgarten in Zschertnitz war. Die Züge bewegten sich durch die Straßen der Stadt und erregten großes Aufsehen. Gegen 30 000 Personen haben sich daran beteiligt. Ansprachen waren unter der Begründung verboten worden, daß auch jugendliche Personen auf den Festplätzen anwesend seien.

Am Abend fand in 36 Lokalen Kommers statt; allenthalben wurde durch Ansprachen die Bedeutung des Weltfeiertags gewürdigt.

Leipzig. Die Beteiligung war eine viel stärkere als im Vorjahre. Am Vormittag fanden sechs überfüllte Versammlungen statt. Es wurden 15 000 Kontrollkarten abgegeben. Im Vorjahre waren es nur 10 000.

Nach den Versammlungen formierte sich der Zug in der inneren Stadt und bewegte sich unter Beteiligung von zirka 40 000 Personen nach der Brauerei in Stötteritz. Dort fand nachmittags eine Riesenversammlung statt.

Auch in der ganzen Umgebung ist die Maifeier glänzend verlaufen. In allen Orten war die Beteiligung eine viel stärkere als in den Vorjahren.

Chemnitz. In Chemnitz sammelten sich auf einem öffentlichen Platze die Mitglieder der politischen Bezirksvereine und der Gewerkschaften von morgens 9 Uhr ab. Dann begann der Umzug durch die Stadt nach dem Volkshause. An diesem Zug beteiligten sich über 10 000 Partei- und Gewerkschaftsgenossen. Drei große öffentliche Versammlungen, eine davon unter freiem Himmel, in denen nicht alle Festzugsteilnehmer Platz fanden, beschlossen die Veranstaltungen des Vormittags. Am Nachmittage kamen Tausende mit Familie in das Volkshaus. Abends fanden in 27 Sälen öffentliche Kommerse statt.

Zittau. Auch in der sächsischen Oberlausitz hatte die Maifeier in diesem Jahre einen Aufschwung zu verzeichnen. Wenn auch ganz naturgemäß die Maifeiern in den ländlichen Orten nicht den demonstrativen Charakter annehmen können, wie in den größeren Städten, so ist doch das Erfreuliche zu verzeichnen, daß die Zahl der Versammlungen und Veranstaltungen zugenommen hat. In den drei ersten sächsischen Reichstagswahlkreisen fanden insgesamt in 31 Orten Veranstaltungen statt, die zum Teil in Frühversammlungen, wobei allerdings nur die größeren Industrieorte in Frage kamen, zum Teil in Frühausflügen, Nachmittagsausflügen und Abendveranstaltungen bestanden, woran Arbeiter-Sänger, -Radfahrer und -Turner sich beteiligten. Die Vormittagsversammlungen u. a. in Zittau und Neu-Gersdorf waren bedeutend stärker als im Vorjahre. Dasselbe war auch bei allen anderen der Fall.

Plauen i. S. An dem Vormittagsfestzug durch die Straßen der Stadt beteiligten sich 2800 Personen und zu den beiden Versammlungen im Gewerkschaftshause und im Garten fanden sich etwa 3500 Personen ein. Beim Abendkommers war das Festlokal stark überfüllt. — Da die Polizei das Tragen von „republikanischen" Abzeichen verboten hatte, wurde eine rote Fahne mit Trauerflor umhangen im Zuge mitgeführt.

Württemberg.

Stuttgart. Die Arbeitsruhe war fast allgemein. Am Umzug beteiligten sich ca. 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Beteiligung an der Abendfeier war außerordentlich stark.

Göppingen. Vormittags fand eine große Versammlung unter freiem Himmel statt. An dem Festzug beteiligten sich 1500 Personen.

Baden.

Mannheim. Die Maifeier erhielt in diesem Jahre eine besondere Bedeutung, indem 500 Arbeiter der bekannten Benzschen Automobilfabrik vormittags einen Demonstrationszug mit Musik durch das nördliche Fabrikviertel der Stadt veranstalteten. Ueberall wurde der Zug von den Arbeitern, welche die Arbeitsruhe noch nicht durchgesetzt hatten, von den Fenstern und von den Höfen aus durch Zuwinken freundlichst begrüßt. Nachmittags fand eine Rhein- und Hafenfahrt mit zwei Dampfern statt, die bis auf den letzten Platz besetzt waren und trotzdem nicht alle, die mit wollten, fassen konnten. Die Hafenfahrt hatte den Zweck, die im Hafen beschäftigten Arbeiter auf die Maifeier aufmerksam zu machen. Abends fand eine von etwa 4000 Genossen besuchte Feier statt.

Freiburg i. B. Im badischen Oberlande wurde die Maifeier durch Arbeitsruhe nur in Freiburg, Lörrach und Konstanz begangen. Die Abendfeiern waren überall zahlreicher wie sonst besucht. Zwischenfälle sind nirgends zu verzeichnen.

Karlsruhe. An der Vormittagsversammlung beteiligten sich ca. 400 Personen aus den Organisationen der Bauhandwerker und Metallarbeiter. Am Nachmittag fand ein Ausflug statt. Abendfeier in der städtischen Festhalle.

Braunschweig.

Braunschweig. In Braunschweig fand ein Frühausflug nach dem Neuen Walde statt, morgens 11 Uhr in der Stadt eine Volksversammlung. Es beteiligten sich daran 2500 Personen. Im Baugewerbe ruht die Arbeit vollständig, in den Fabriken nur wenig, da beschlossen worden war, bei einer eventl. Aussperrung keine Unterstützung zu zahlen. Die Polizei und Gendarmerie war schon morgens in Massen aufgeboten, legte aber dem Umzuge durch eine Reihe der Straßen der Stadt nichts in den Weg. Es fand nur noch eine Versammlung in Helmstedt statt. Abends wurden in zwölf Orten Versammlungen abgehalten.

Sachsen-Weimar.

Weimar. Der Vormittagsausflug fand nach Tiefurt statt. An dem Umzug am Nachmittag beteiligten sich gegen 400 Personen. Die Nachmittags- und Abendveranstaltungen hatten sich eines starken Besuchs zu erfreuen.

Sachsen-Meiningen.

Sonneberg. Etwa 600 Personen begingen die Maifeier am Vormittag durch einen Umzug durch die Stadt. Auf dem Festplatze lauschten 1000 Personen den Ausführungen des Festredners.

Hansastädte.

Hamburg. Die Stadt stand im Zeichen der Maifeier. Seit 9 Uhr vormittags marschierten Hunderttausende vom Stadtteil Hohenfelde nach Forsthof an der preußischen Grenze. Bis 1 Uhr nachmittags war der Zug, der eine Kolonnenbreite von 5—6 Mann zeigte, noch nicht zu Ende. Viele Musikkorps und Hunderte von Fahnen und Standarten waren im Zuge. 5000 Werftarbeiter, die Erbauer des Riesenschiffes „Imperator" marschierten geschlossen im Zuge. Auf dem waldumsäumten Festplatz fand das Volksfest statt, das etwa 200 000 Teilnehmer zeigte. Abends fanden 17 Versammlungen statt.

Lübeck. Die Maifeier fand diesmal unter etwas geringerer Beteiligung wie in den Vorjahren statt. Die Arbeit ruhte vornehmlich im Baugewerbe, während in den Fabriken, mit einigen Ausnahmen, gearbeitet wurde. An der Morgenversammlung nahmen etwa 800 Personen teil. An dem Festzuge nach Israelsdorf beteiligten sich rund 3000 Personen. Auch in dem lübeckischen Industriedorfe Schlutup fand eine gut besuchte Morgenversammlung statt. In Sutin fand morgens eine von 110 Personen besuchte Versammlung, und mittags unter zahlreicher Beteiligung ein Ausflug statt. In Stockelsdorf beteiligten sich 100 Personen an der Mittagsversammlung und am Festzug. Beide Orte liegen im Fürstentum Lübeck.

Elsaß-Lothringen.

Straßburg. Die Maifeier verlief in den seit Jahren üblichen Formen. Vormittag gut besuchte Versammlung der feiernden Gewerkschaftler und Parteigenossen, nachmittags fand ein Spaziergang statt. Die Abendfeier zeigte äußerst rege Beteiligung.

Mülhausen i. Els. Vormittags waren zwei Versammlungen von zirka 500 Personen besucht. Mittags marschierten die Maifeiernden in geschlossenem Zuge durch die Stadt in einer Zahl von etwa 2000. Die Abendfeier fand im städtischen Lokal im Zoologischen Garten statt.

* * *

Maitelegramme.

Slawentzitz. Euer Kampf ist auch unser Kampf. Nieder mit dem Militarismus, hoch die Internationale.

Genossen in der Heilstätte Slawentzitz.

*

Rheinsberg (Mark). Die besten Wünsche zum frohen internationalen Arbeiterfeste senden die Patienten des Genesungsheims „Hohenelse" am 1. Mai 1912. „Von der Arbeit müde und schlaff" sammeln wir hier neue Kraft, um wieder dann einzutreten in Reih' und Glied, zu führen den Kampf zum frohen Sieg.

76 feiernde Genossen in Hohenelse.

*

Goerbersdorf. Vom Weltenfeiertag senden Partei- und Brudergrüße.

Patienten der Lungenheilanstalt Goerbersdorf.

*

Katzenfurt. Die Patienten der Heilstätte Waldhof Elgershausen senden die besten Grüße zur Maifeier. Wir feiern im Geiste mit Euch. Wir protestieren gegen die Millionenforderungen und treten ein für den Völkerfrieden.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

K. K. 2. Wollen Sie gefälligst im Adreßbuch, II. Teil, nachschlagen. — **Erdmann.** Warum denn nicht? Wir sind aber über die Privatverhältnisse des Betreffenden nicht organisiert. — **Tempelhof 9.** Wenden Sie sich an eine Kunsthandlung, deren in der Leipziger und Friedrichstraße sich mehrere befinden, oder an eine der Ausstellungen, die jurytrei sind. — **J. B. 114.** Sie können beim Amtsgericht Klage erheben. — **P. S. 84.** Das Einbehalten oder Hinterlegen der Miete ist nicht zulässig. Fordern Sie vom Eigentümer Beseitigung des Mangels unter Setzung einer Frist. Verstreicht diese erfolglos, können Sie Klage erheben. — **C. K. 30.** 1. Ja, soweit der notwendige Unterhalt in Frage kommt. Der Armenverwaltung sind sie ersatzpflichtig. 2. Ja. 3. und 4. Eine etwaige Berufung mußte bis zum 27. d. Mts. eingelegt sein. Fortnahme wäre strafbar. — **F. B. 37.** 1. Ja. 2. An die Armendirektion. 3. Ja. — **F. L. 59.** Auf Antrag an den Magistrat kann Befreiung erfolgen. — **R. K. 3.** Der Kapitän. — **S. P. 100.** Ja. Der Zahnarzt kann anderenfalls den entgangenen Verdienst erstattet erlangen. — **J. S. 14.** 1. In der Regel nicht. 2. Ja, 40 bis 60 M. monatlich. — **K. P. 3.** 1. Wenn es sich um Gefängnisstrafe handel, nein. Reichen Sie Erinnerung an die Gerichtskasse ein. 2. Die Mitteilung des Wortlauts geht über den dem Briefkasten zur Verfügung stehenden Raum hinaus. — **R. 1878.** 1. Das Zeugnis der Heimatsbehörde über Ihre Staatsangehörigkeit, Verfügungsfähigkeit und Unbescholtenheit vom deutschen Konsulat beglaubigt. 2. In der Regel nur vom letzten Wohnsitz, außerdem — bei Arbeitern — Bescheinigung über die Höhe des Arbeitsverdienstes. 3. Auf Verlangen der Behörde ja. 4. Polizeibehörde. 5. 150 M., ausgenommen die Kosten für die Beschaffung der Urkunden. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen.

Marktbericht von Berlin am 1. Mai 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 0,90—2,40. Aale 1,40—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,20—2,80. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,40—40,00.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 5. cm	seit 30. 4. cm[1])	Wasserstand	am 1. 5. cm	seit 30. 4. cm[1])
Memel, Tilsit	176	—9	Saale, Grochlitz	74	+4
Pregel, Insterburg	—34	+1	Havel, Spandau[2])	46	—2
Weichsel, Thorn	160	—8	„ Rathenow[2])	114	—5
Oder, Ratibor	126	—2	Spree, Spremberg[2])	66	0
„ Krossen	107	—7	„ Beeskow	81	+2
„ Frankfurt	123	—6	Weser, Münden	123	—4
Warthe, Schrimm	18	—4	„ Minden	198	—4
„ Landsberg	20	—4	Rhein, Maximiliansau	360	+8
Netze, Vordamm	6	—4	„ Kaub	149	—4
Elbe, Leitmeritz	—30	0	„ Köln	134	—6
„ Dresden	—152	—6	Neckar, Heilbronn	50	—3
„ Berby	97	—6	Main, Hanau	122	—2
„ Magdeburg	86	—18	Mosel, Trier	48	0

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Reichstag.

52. Sitzung. Mittwoch, den 1. Mai 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Solf.

Präsident Kaempf teilt mit, daß er beabsichtigt, heute eine Abendsitzung abzuhalten.

Die Wahl des Abg. Kreth (k.) wird nach dem Antrage der Kommission für gültig erklärt, über die Wahl des Abg. Haupt (Z.) wird beschlossen, Beweis zu erheben.

Dann wird die zweite Beratung des

Etats für das Reichskolonialamt

fortgesetzt.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Früher bezeichnete man uns als Kolonialschwärmer, heute können wir hoffen, daß bald auch die Sozialdemokraten auf dem Gebiete der Kolonialpolitik mitarbeiten werden. Die Freisinnige Volkspartei hat ja ihre Haltung erfreulicherweise gründlich geändert. Besonders gefreut hat es mich auch, daß das Zentrum jetzt für die Kolonialbahnen eintritt. Die Zahlen, die Herr Noske über die Zahl der Beamten anführt, beweisen gar nichts. Eine Einschränkung des Beamtenapparats wünschen wir auch; aber wir können doch nicht alle an der Kulturarbeit beteiligten Beamten, wie Eisenbahningenieure, zu dem bureaukratischen Beamtenapparat rechnen. Ostafrika hat sich ganz außerordentlich gehoben. Besonders gefährlich ist bei dem Klima in den Kolonien der Alkoholgenuß. Aber trotzdem wird gerade auch von den Beamten sehr viel getrunken. Redner legt nach amtlichem Material Haushaltspläne vor, wonach „bei bescheidenen Ansprüchen" in Ostafrika 2500 M., in Südwestafrika, der verfoffensten Kolonie, wie sie Noske nannte, fast 3000 M. jährlich vertrunken werde. Da soll man doch lieber Temperenzler hinausschicken, dann spart das Reich erhebliche Beträge. Die Alkoholfrage löst man nicht mit Verboten des Alkoholgenusses für den Neger, der Weiße muß mit gutem Beispiel vorangehen. (Bravo!)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Unsere nach Zentralafrika geplanten Bahnen können sich nur rentieren, wenn sie einen genügenden Güterzufluß aus dem Kongogebiet haben. Daher begrüße ich die Erklärung des Staatssekretärs, daß die Kongoakte hochgehalten werden sollen. Zu begrüßen ist der Erlaß einer Jagdordnung für Ostafrika. Unhaltbar sind unsere kolonialen Rechtsverhältnisse. Es fehlt an einem Kompetenzgesetz. Wie steht es mit der von uns früher verlangten Sammlung des Eingeborenenrechts? Zwischen Justiz und Verwaltung muß eine absolute Trennung bestehen. Für jede Kolonie müßte entsprechend ihren gesonderten Verhältnissen ein besonderes Strafrecht geschaffen werden. Die Lehrkräfte an den kolonialen Schulen sind sehr unzureichend; die Denkschrift über Ostafrika gibt ein Bild von dem dortigen Schulelend.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.) begrüßt die Entwickelung der Kolonien, die der Reichstag einmütig — bis auf die Sozialdemokraten — freudig anerkenne und bittet um Annahme der von seiner Partei eingebrachten Resolution, die eine Einschränkung des Alkoholimports und das baldige Wiederzusammentreten der Brüsseler Konferenz zur Revision des afrikanischen Spirituosenhandels fordert.

Präsident Kaempf teilt mit, daß gegen das Abhalten einer Abendsitzung Einspruch erhoben sei; er werde daher Abstand davon nehmen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Aehnliche Ausführungen wie von Herrn Waldstein habe ich auch schon von anderen Freisinnigen gehört, die als vorübergehende Erscheinungen im Reichstage waren. (Heiterkeit.) Auch der neue Staatssekretär, der wegen seiner Stellung den Nimbus besonderer Sachkenntnis hat, sagte, er habe aus den Erfahrungen hier im Hause die Ueberzeugung gewonnen, wir Sozialdemokraten würden uns bessern und nach fünf Jahren eine Kolonialpartei sein. Diese Hoffnung muß ich ihm leider vergällen. Wir Sozialdemokraten bekämpfen die Kolonialpolitik grundsätzlich. Daß wir gewisse Vorschläge unterstützen und selbst Verbesserungsvorschläge einbringen, darüber wundert sich der Staatssekretär nur deshalb, weil er in seinem Sitz in Samoa, wo er mit Blumen im lockigen Haar wandelte (Heiterkeit, da der Staatssekretär einen Glatzkopf hat), nur die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und ähnliche Zeitungen las. Wir würden ja unserem eigenen Lebenswerk ins Gesicht schlagen, wenn wir die Hand dazu bieten wollten, daß irgendwo in der Welt mit Mitteln des Reichs und der Staatsgewalt freie Völker gezwungen werden, sich den Deutschen zu unterwerfen. Wie wir in Europa die Unterdrückung fremder Völker bekämpfen, die einem anderen Staatswesen eingegliedert sind, so müssen wir auch die Unterdrückung freier Völker bekämpfen, die zufällig von gelber oder schwarzer Hautfarbe sind. Trotzdem kommen wir um die Tatsache nicht herum, daß das Deutsche Reich sich solche Gebiete angegliedert hat, und selbstverständlich sind wir als Volksvertreter genötigt, uns an den Arbeiten des Reichstages zu beteiligen. Daß wir dabei so viel wie möglich in unserem Sinne verbessernd zu suchen wirken, ist nichts Neues, Herr Staatssekretär. In seinem idyllischen Leben in Samoa hat der Staatssekretär so sehr das Verständnis für das politische Leben in Europa verloren und für das, was ein Reichstag und ein Parlament bedeutet, daß er meinte, bei der Erwerbung unserer Kolonien hätte eine höfe Fee ihnen das Geschenk in die Wiege gelegt, daß die Abgeordneten die Kolonialpolitik von Parteirücksichten aus behandelten — als ob in der ganzen Welt große Parteien anders als nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebildet werden, von denen aus sie die gesamte Politik aus behandeln müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte des Staatssekretärs erinnerten mich an den Vers: „Ob dieser Auskunft dieses Kandidaten Jobses erfolgte ein allgemeines Schütteln des Kopfes." (Heiterkeit.)

Abg. Colshorn (Welfe) warnt vor einer zu optimistischen Bewertung der Baumwollpflanzungen in den Kolonien.

Abg. Davidsohn (Soz.):

Bei der Bekämpfung des Alkoholismus kann man nur durch das gute Vorbild wirkliche Erfolge erzielen. Das gilt für Deutschland und natürlich erst recht für die Kolonien. Durch Zwangsmittel ist in dieser Frage nichts zu erreichen. Der Tropenkoller ist, wie die Wissenschaft erkannt hat, nichts anderes als eine Art Delirium tremens. Daher darf man nicht differenzieren und den Schwarzen den Alkohol entziehen wollen, den Weißen aber nicht. Die Ansicht, daß die Weißen in den Tropen ohne Alkohol nicht leben können ist widerlegt worden durch das Experiment des Sohnes des Abg. Dr. Paasche, der mit seiner Frau monatelang durch Afrika gereist ist, ohne einen Tropfen Alkohol mitzuführen. (Heiterkeit.) Das ist eine sehr ernste Sache. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag Mumm, der nur der schwarzen Bevölkerung den Alkohol verbieten will, geht daher nicht weit genug. Möge die Kolonialverwaltung dafür sorgen, daß vor allem ihre Beamten in der Alkoholfrage den Schwarzen mit gutem Beispiel vorangehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Noske (persönlich) betont, daß er nicht nur die Zahl der Weißen der Anzahl der Beamten gegenübergestellt, sondern in diesem Zusammenhang auch von den Eingeborenen gesprochen habe.

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Zu der Resolution Mumm (Wirtsch. Vg.) liegt ein Antrag Davidsohn (Soz.) vor, in der Ziffer 1, die lautet:

Der Reichskanzler wolle darauf hinwirken, daß der Alkoholimport für den Konsum der einheimischen Bevölkerung in den deutschen Schutzgebieten stetig mehr eingeschränkt werde, das Wort „einheimischen" zu streichen. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die so veränderte Resolution Mumm.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Zum

Etat für Ostafrika

beantragt die Budgetkommission, die Hausklaverei vom 1. Januar 1920 an aufzuheben.

Abg. Erzberger (Z.): Herr Henke hat neulich, gestützt auf ein Buch von Rohrbach, behauptet, die Katholiken in Togo beteten das Marienbild an. Das hat aber Rohrbach niemals geschrieben. Nachdem ich das neulich moniert hatte, hat Henke dann in seinem Stenogramm den Ausdruck „anbeten" in „verehren" verändert. (Hört! hört! im Zentrum.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.) hofft, daß der innere Friede in der Kolonie nach dem Weggange des Gouverneurs v. Rechenberg wiederhergestellt werde. Die Salzsteuer hat sich nicht bewährt, ihr Ertrag ist äußerst gering. Die in Deutschostafrika eingeführte Währung läßt alle praktischen Erfordernisse des Verkehrs unberücksichtigt. Was die Eingeborenen anlangt, so muß man bedenken, daß die Eingeborenen vorher nicht etwa in einem glücklicheren Zustande lebten. Die Deutschen sind hingekommen als Kultivateure. (Sehr richtig! rechts.) Eine andere als eine kapitalistische Kolonialpolitik gibt es nicht. Gerade in Ostafrika ist das Kapital mit großem Wagemut eingetreten und das hat eine sehr günstige Entwickelung des Landes zur Folge gehabt.

Abg. Henke (Soz.):

In dem Stenogramm meiner Rede habe ich das Wort „anbeten" in „verehren" umgeändert, nicht etwa, um Herrn Erzberger den Anlaß zu einem Angriff zu nehmen, sondern weil das Wort „anbeten" ein sehr persönliches Verhältnis des Anbetenden zu dem Angebeteten voraussetzt, wie es bei dem Neger mit seiner Anbetung oder Verehrung des Affenbrotbaumes nicht anzunehmen ist. Die Tatsache der Annagelung des Marienbildes an den Affenbrotbaum berichtet Rohrbach und urteilt über diese Methode der Verdrängung der Heiligtümer der Eingeborenen durch christliche in sehr harter Weise. Gegen die Personen der Missionare waren meine Ausführungen nicht gerichtet, ich wollte lediglich zeigen, in welchem Verhältnis das offizielle Christentum zu der ganzen kapitalistischen Kolonialpolitik steht. Auch ich weiß, daß die Missionare Pioniere der Kultur gewesen sind, aber auch, daß sie vor allem Pioniere des Kapitalismus gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Noske (Soz.):

Herr Arendt fragte, was kapitalistische Kolonialpolitik sei. Ich will an ein Wort erinnern, das er selbst geschrieben hat: „Jeder Pflanzer draußen, jeder Kolonialschriftsteller daheim fühlt sich berufen, eine Gesellschaft ins Leben zu rufen. Dann wurde Kapital gesammelt, zunächst trieb man einige klangvolle Namen auf, die sich durch den nationalen Zweck ködern ließen, dann wurden Prospekte mit glänzenden Aussichten verschickt, Dividenden von 30 bis 50 Proz. waren stets völlig sicher, nur daß dann immer unvorhergesehene Zwischenfälle dafür sorgten, daß statt dessen Fehlerträge eintraten. Dann konnten diese Gründungen nicht leben und nicht sterben, bis sie schließlich liquidierten." Um zu wissen, wer sich an solchen Geschäften beteiligte, braucht sich Herr Arendt gar nicht weit umzusehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen eigenen Worten des Herrn Arendt geht hervor, daß die kapitalistische Kolonialpolitik nicht getrieben wird, um den Schwarzen Kultur zu bringen, sondern um die Weißen zu bereichern. Herr Arendt hat uns über die Entwickelungsmöglichkeiten Ostafrikas recht farbenprächtige Bilder vorgetragen. Er entwickelt bei solchen Gelegenheiten stets eine

wahrhaft orientalische Phantasie.

(Heiterkeit.) Früher wurde einmal phantasiert von Natronschätzen im Werte von einer Milliarde Mark, die in Ostafrika vorhanden sein sollten. Ein paar Jahre später aber mußte ein Parteifreund des Herrn Arendt zugeben, daß die deutsche Industrie es ablehne, auch nur einen Pfennig in dieses Unternehmen hineinzustecken. Gewiß hat die Kolonisation manche Kulturfortschritte und Vorteile den Eingeborenen gebracht, ich erinnere an die Bekämpfung der Schlafkrankheit. Aber man darf auch die Kehrseite der Medaille nicht vergessen, das Hineinbringen neuer Seuchen, wie des Typhus und der Tuberkulose. — Herr Arendt hat dem scheidenden Gouverneur noch einen Fußtritt versetzt, (Abg. Ledebour: einen Arendt-Fußtritt, Heiterkeit), und von dem neuen Gouverneur erhofft er vor allem eine Stärkung der Siedelungspolitik. Dann würde die Mehrheit des Reichstages böse mit dem neuen Gouverneur ins Gericht gehen. Das Klima Ostafrikas erlaubt keine Besiedelung durch Weiße; sie stärker zu fördern wäre eine geradezu mörderische Politik. Wo Wasser vorhanden ist, sitzen die Eingeborenen, und wir wollen diese doch nicht zum Teufel jagen. Wir wünschen, daß die Regierung auch unter dem neuen Gouverneur auf dem bisherigen Wege fortfährt, die Kultur der heimischen Bevölkerung zu heben, Lehrer für sie anzustellen, aber keineswegs darf sie die bisherige Siedelungspolitik im Sinne des Abg. Arendt ändern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Auswüchse des Kapitalismus, auf die der Abg. Noske sich stützt, mißbilligen wir ebenso wie er. Das schöne Wort von der orientalischen Phantasie hat ihm wohl der Abg. Stadthagen vorgesagt. Herr Noske bestreitet die Möglichkeit der Besiedelung Ostafrikas durch Weiße. Sachkenner behaupten, daß in den hochgelegenen Gegenden, die auch wasserreich sind, sehr wohl eine Siedelungspolitik möglich ist, die keineswegs eine mörderische Politik genannt werden darf. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Böhlendorff-Kölpin (k.): Was Herr Arndt Ungünstiges über den Gouverneur v. Rechenberg gesagt hat, bedauern wir; wir schließen uns der Anerkennung an, die Herr v. Liebert für ihn ausgesprochen hatte. (Bravo! rechts.)

Die Debatte schließt. Die Resolution der Budgetkommission betr. Abschaffung der Hausklaverei wird angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Kleines Feuilleton.

Braucht Berlin einen Opernneubau? Diese Frage erörtert der „Türmer" in seinem Maiheft und verneint sie u. E. mit vollem Recht. „Diese Angelegenheit ist — heißt es da — keine berlinische, auch keine höfische. Das drückt sich nackt in der Tatsache aus, daß von den 12 Millionen, die der Bau kosten soll — er wird also natürlich mehr kosten — drei Viertel aus allgemeinen Landesmitteln bewilligt werden sollen. Darüber hinaus ist die Angelegenheit eine allgemein nationale, weil vermutlich auf lange Jahre hinaus der weltlichen Baukunst nicht zum zweiten Male eine gleich große Aufgabe gestellt werden wird, die in diesem Maße rein künstlerisch gelöst werden könnte, wie es beim Theaterbau im Bereich der Möglichkeit liegt. Das neue Opernhaus kann also zu einem Markstein der deutschen Baukunst werden, aber ebensogut zu einem Schandfleck.

Ein Unglück ist ja nun schon zur Tatsache geworden, nämlich daß man über dem Kampf um die Entwürfe für das neue Opernhaus vergißt, daß der Neubau überhaupt keine Notwendigkeit ist. Wir sind heute gerade für die Architektur in einer Uebergangszeit, die unbedingt bald zu einer Klärung kommen wird. Die gesunden Kräfte, die in der sogenannten modernen Architektur liegen, ringen sich so deutlich heraus, daß es nur eine Frage weniger Jahre sein kann, bis das ganz Volk es unbegreiflich finden wird, wenn so durchaus aus der Zeit herausgewachsene Aufgaben, wie der Bau eines Theaters, anders als im Geiste der Zeit gelöst werden. So warte man doch. . . .

Nein, der Neubau des Opernhauses drängt nicht. Alle die Vorwürfe, die dem alten Opernhaus gemacht werden, sind nicht stichhaltig. Wenn die Feuersgefahr so groß wäre, wie es von baulustiger Seite behauptet wird, so wäre es längst ein Verbrechen, noch immer allabendlich die Besucher in diese große Gefahr zu bringen. Die szenischen Einrichtungen werden um so eher ausreichen, je künstlerischer der szenische Ausbau betrieben werden wird. Denn dieses Künstlerische erheischt an Stelle des jetzt überladenen Prunkes edle Einfachheit, ein Arbeiten auf Raum und Licht hin, ohne die jetzige Ueberladung. Daß im Opernhaus viele ungünstige Plätze sind, von denen man nicht auf die Szene sehen kann, trifft zu. Aber da auch der Neubau als Rang- und Logentheater gedacht ist, wird sich dieser Uebelstand genau so wieder einstellen. Alle anderen Behauptungen sind unsinnig. Dabei ist das eine sicher, daß von den jetzt ausgestellten Entwürfen keiner in gleichem Maße festliche Würde und Intimität vereinigen wird, wie unser jetziges Opernhaus. Bleibt die eine Frage der Geräumigkeit. Nun, wenn unsere Königliche Oper in der gleichen Weise weiter zu arbeiten gesonnen ist, wie sie es in den letzten zwanzig Jahren getan hat, so werden die Plätze im jetzigen Opernhaus nach 1914 völlig ausreichen. Wenn das Monopol auf die Werke Richard Wagners fällt und in den Nachbarstädten Berlins — Charlottenburg wird 1913 am Platze sein — tüchtig gearbeitet wird, so wird eine derartige Abwanderung nach diesen anderen Kunststätten erfolgen, daß die Sorge der Opernhausverwaltung eher dahin gehen wird, wie der vorhandene Raum gewinnbringend gefüllt werden kann."

Statt eines Neubaues bedarf nach dem „Türmer" die Königliche Oper vielmehr einer künstlerischen Neuorganisation. Auch darin stimmen wir mit ihm durchaus überein und wollen nur noch hinzufügen, daß es zu den Aufgaben dieser öffentlichen Kunstanstalt doch wohl auch gehören müßte, Volksvorstellungen zu veranstalten. Denn schließlich wird die Königliche Oper aus den Steuergroschen des Volkes unterhalten, sie dient aber bis jetzt nur Luxusbedürfnissen.

Bürgermeister Reicke als Kunstkritiker. Nachdem die schweren Aufgaben des Zweckverbandes glücklich gelöst sind, hat der Bürgermeister Reicke endlich Zeit gefunden, seiner tiefsten Veranlagung zu folgen: er wurde Kunstkritiker, indem er bei der Eröffnung der Großen Berliner die Sezession angriff. Er hätte diese Wandlung aber doch lieber unterlassen sollen, denn schon nach dem ersten Auftreten kann man ihm nur Talentlosigkeit attestieren. Seltsamer Irrtum; Herr Reicke glaubt als Beamter berufen zu sein, über die Entwicklung der Künste zu wachen. Warum bestellt er dazu nicht lieber einen Wachtmeister. Da würde das Schuriegeln doch wenigstens Stil bekommen. So aber wirkt das Angstgeschrei des grünen Huhnes nur komisch. Und beinahe hätte die Sezession, die Herr Reicke gar nicht mehr leiden mag, es nicht nötig gehabt, die bürgermeisterliche Kritik zurückzuweisen. Freilich, für die ungebührliche Beschuldigung, die Sezession ließe sich statt von künstlerischem Geist von sensationslüsternem Geschäftsgeist treiben, mußte Herr Reicke schon bestraft werden.

Der „Prinzipienreiter". Manche Zeitungsleser kennen den „Prinzipienreiter", aber die wenigsten werden eine Ahnung haben, woher dieser Ausdruck stammt. Es war eine der komischesten Gestalten des 19. Jahrhunderts, der es vorbehalten blieb, die deutsche Sprache um dies Wort zu bereichern, das sicherlich noch fortleben wird, wenn die fernste Erinnerung an seinen Urheber verblaßt ist. Der Schöpfer des „Prinzipienreiters" war Heinrich der Zweiundsiebzigste, Fürst von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf, Mitregent von Gera. Dieser Fürst hatte die Beobachtung gemacht, daß seine Untertanen die Beamten nicht gehörig titulierten. Dies schien ihm bedenklich und vor allen Dingen demagogisch. Und daß er die Demagogen bitter haßte, erscheint, wenn man die Zeit um 1840 in Betracht zieht und außerdem die absolutistischen Neigungen dieses Duodezfürsten berücksichtigt, nicht weiter verwunderlich. Um also seinen Beamten die richtige Titulatur zu verschaffen, setzte er sich rasch entschlossen an seinen Arbeitstisch und erließ folgendes Dekret: „Seit 20 Jahren reite ich auf einem Prinzipe herum: nämlich daß jeder Beamte bei seinem richtigen Titel benannt werde usw."

So verdankt die deutsche Sprache den Eingangsworten dieses Erlasses Heinrichs des Zweiundsiebzigsten den „Prinzipienreiter". Der Fürst ist längst gestorben, sein „Reich" existiert nicht mehr (es bildet heute einen Landratsbezirk des Fürstentums Reuß j. L.), aber der „Prinzipienreiter" lebt noch.

Notizen.

— Theaterchronik. In der Komischen Oper wird vom 15. Mai Direktor Halm mit der Truppe des Neuen Schauspielhauses einen Einakterzyklus und eine Detektivkomödie zur Aufführung bringen. — Im Deutschen Theater wird vom 1. bis 15. Juni Frank Wedekind in all seinen bisher von Reinhardt aufgeführten Stücken gastieren.

— Vorträge. In der Urania hält am Montag, den 6. Mai, 8 Uhr abends, Dr. Hugo Schwerdtner einen Lichtbildervortrag über Radium. Das österreichische Ministerium für öffentliche Arbeiten als Besitzer von St. Joachimsthal, der größten Radiumbergwerke der Welt, hat für den Vortrag wertvolle Radiumpräparate zur Verfügung gestellt.

— Eine Goya-Ausstellung veranstaltet das Berliner Kupferstichkabinett. Es sind da Zeichnungen, Radierungen und Steindrucke des großen spanischen Meisters vereinigt. Die Berliner Sammlung birgt neben der Madrider Nationalbibliothek den reichsten Besitz an Werken des Meisters unter den Radierungen, die Goyas Ruhm vor allem begründeten, Drucke, die er für sich oder seine Freunde von den Platten nahm, bevor die Folgen im Handel erschienen, und unter den Lithographien Blätter, die überhaupt nur einmal existieren.

— Wilhelm Maukes, unseres Münchener Mitarbeiters, musikalisches Lustspiel „Fanfreluche" (Text nach Gautiers gleichbenannter Rokokonovelle von Georg Schaumberg) fand im Münchener Hoftheater eine äußerst beifällige Aufnahme. Ueber die Musik wird uns geschrieben: Mauke versucht die vormals so beliebte komische Oper im modernen Musikdramenstil wieder aufleben zu lassen, wodurch man den Eindruck erhält, eine veredelte Form der Operette zu erleben. Der operettenhafte Eindruck wird im vorliegenden Falle durch den Zwiespalt zwischen Buch und Partitur verstärkt, denn die Handlung ist gar zu nichtig für die sie illustrierende kräftige Tonmalerei Maukes. Sie ist äußerst farbig und in den lyrischen Stellen einschmeichelnd und immer höchst charakteristisch im Ausdruck, entbehrt allerdings auch nicht mehrfacher Anlehnungen an bekannte Werke klassischer Meister.

— Der echte Schillerschädel. Schillers Schädel hat keine Ruhe im Grabe gefunden. Man hat ihn schon früher in dem Gewölbe, in dem er beigesetzt war, gesucht und gefunden. Aber dieser von dem Bürgermeister Schmidt ausgewählte Schädel wurde als nicht schillerisch verworfen. Der Prof. Froriep hat dann aufs neue unter 70 in Frage kommenden Schädeln gesucht und will jetzt den richtigen festgestellt haben. Der Münchener Anatomenkongreß bestätigt es und — die Menschheit schüttelt den Kopf.

— Strindbergs Befinden hat sich, wie aus Stockholm gemeldet wird, verschlechtert. Eine neue Operation ist wahrscheinlich notwendig. Der Patient wird beständig schwächer; es ist ihm unmöglich, Nahrung zu sich zu nehmen.

Es folgt der

Etat für Kamerun.

Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, eine Einschränkung des Alkoholverbrauchs durch Erhöhung des Zolles auf Branntwein und Beschränkung der Lizenzen herbeizuführen.

Abg. **Noske** (Soz.):

In Kamerun ist die Frage der Selbstverwaltung noch immer nicht gelöst. Wir sind für die Selbstverwaltung soweit nicht die Interessen der Eingeborenen dadurch geschädigt werden und soweit es sich um die Verwaltung der selbst aufgebrachten Gelder handelt. Diese Voraussetzungen treffen für die von den Weißen in Südkamerun geforderte Selbstverwaltung nicht zu. Den Eingeborenen soll auch nicht die geringste indirekte Mitwirkung bei der Verwaltung zugestanden werden. Den Weißen kommt es vor allem darauf an,

unbeschränkte Herren

im Lande zu sein. So wenden sie sich zum Beispiel gegen den Dernburgschen Prügelerlaß, weil er ihnen die Möglichkeit beschränkt, die Neger nach Belieben zu prügeln. Wie wenig auf die Kultur hingearbeitet wird, ersehen Sie auch daraus, daß die Kameruner Firmen sich darüber beklagen, daß der Galgen zu wenig benutzt wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Höhere Kultur!) In Südkamerun konfisziert man die Ländereien der Eingeborenen, durch deren Bebauung sie ihren Unterhalt finden. Gegen solche Bodenpolitik, um Kronländereien zu schaffen, wenden wir uns ganz entschieden. Auch sonst ist die Kameruner Bodenpolitik bedenklich. Der Kameruner Eisenbahngesellschaft sind Ländereien in einem Maße verliehen, daß ihr Interesse von der Förderung des Verkehrs auf die Verwertung von Ländereien gerichtet ist. Natürlich sind auch diese Ländereien den Eingeborenen fortgenommen.

Wie wenig den Südfirmen daran gelegen ist, daß die Eingeborenen wirtschaftlich hoch kommen, beweist ihr Protest gegen die Niederlassung von Negern als Händler in einem bestimmten Bezirk, wo sie ihnen Konkurrenz machen würden. Auf eine Rentabilität der von den Südfirmen geforderten Bahn ist nicht zu rechnen. Bei der Kautschukgewinnung übervorteilen die Südfirmen die Eingeborenen, indem sie ihnen, ganz egal wie der Weltmarktpreis ist, stets denselben sehr niedrigen Preis zahlen. Sie haben zu diesem Zweck ein Syndikat gebildet, das am 1. Oktober abläuft. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß dies Syndikat nicht wieder zustande kommt.

Ebenso bedenklich ist auch

die Pumpwirtschaft,

die die Südfirmen für die Eingeborenen eingeführt hat. Dieses Borgsystem mit der darauf folgenden zwangsweisen Eintreibung der Schulden hat in Südwestafrika zu den blutigen Aufständen geführt, und wir haben allen Anlaß, in Kamerun nicht Aehnliches herbeizuführen. Ganz mörderisch ist das dort herrschende Trägersystem. Eine Verordnung dagegen wurde erlassen, aber auf das Geschrei der Südkameruner Firmen hin wurde ihre Anwendung unterlassen. Aehnlich ist es mit anderen Verordnungen zum Schutze der Eingeborenen gegangen. So tragen die kapitalistischen Profitinteressen den Sieg über die Gebote der Menschlichkeit davon. Interessant ist, daß die Firmen und die Verwaltung sich gegenseitig die Schuld an den zahlreichen Negeraufständen in Kamerun zuschieben. Wahrscheinlich haben beide streitende Teile Schuld. — Eine große Anzahl von Arbeitern sollen selbst nach dem Bericht der Südfirmen bei den Wegebauten aus Mangel an Verpflegung und Ueberanstrengung gestorben sein. Das sind so schwere Vorwürfe, daß die Verwaltung dazu nicht schweigen kann. In der Denkschrift der Verwaltung wird versucht, diese Dinge zu verschleiern. Ich begrüße es, daß der Staatssekretär Untersuchung der Angelegenheit zugesagt hat. Tatsache ist, daß beim Bau der Mittellandbahn Arbeiter zwangsweise herangeholt werden mußten. Das bedauerlichste an allen Kameruner Vorgängen ist, daß wir Jahr für Jahr Berichte über Expeditionen gegen Eingeborene bekommen. Es werden dabei

förmliche Menschenjagden

veranstaltet. Erst werden die Eingeborenen bis aufs Blut gereizt, und dann werden Straferpeditionen gegen sie ausgesandt. Auf die bloße Erzählung eines Häuptlings hin, ein Dorf sei feindlich gesinnt, wird eine Kompagnie hingeschickt, um die Leute gefangenzunehmen; natürlich macht das die Leute rebellisch, und dann ist der Widerstand da, der durch Maschinengewehre gebrochen werden muß. Herr Dernburg nannte die Zeit der Kriegszüge für Kamerun das Heldenzeitalter; wir halten sie für einen Rückfall in die Barbarei, gegen den wir aufs energischste protestieren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Liebert** (Rp.) bedauert, daß der Staatssekretär gestern die Südkameruner Bahn abgelehnt habe. Gerade durch diese Bahn würden die Beschwerden des Abgeordneten Noske abgestellt werden. Was den Vorwurf betrifft, den der Abgeordnete Noske gestern gegen mich erhoben, ich beteilige mich an faulen kolonialen Gründungen, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, mich auch persönlich, mit meinem eigenen Geldbeutel, an der wirtschaftlichen Entwickelung der Kolonien zu beteiligen. Die Gesellschaften, an denen ich mich deshalb beteiligte, haben natürlich Kinderkrankheiten durchzumachen gehabt und noch keinen Gewinn abgeworfen; aber faule Gründungen darf man sie deswegen doch nicht nennen.

Staatssekretär Dr. **Solf** betont, er habe sich nicht grundsätzlich gegen eine Bahn in Südkamerun gewandt, er sei aber für eine Zubringerbahn vom Inland an die Küste, nicht nur für eine Stichbahn.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) wünscht, daß der Regierungssitz von Bueha nach Dualla verlegt werde.

Staatssekretär Dr. **Solf** legt dar, daß vor allem klimatische Rücksichten gegen diese Verlegung sprechen.

Abg. **v. Böhlendorff-Kölpin** wünscht eine größere Holzverwertung in Kamerun, Gewöhnung der Eingeborenen an moderne Boote und Errichtung einer Pferdezuchtstation.

Staatssekretär Dr. **Solf** erwidert, den beiden letzten Wünschen werde entsprochen, die Holzverwertung sei eine Transportfrage.

Damit schließt die Debatte. Die Resolution der Budgetkommission wird angenommen. Der Etat von Togo wird debattelos genehmigt; ebenso der Etat von Neu-Guinea.

Hierauf vertagt sich das Haus. Schluß 7¼ Uhr.

* * *

53. Sitzung. Donnerstag, den 2. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Solf.

Die

zweite Beratung des Kolonialetats

wird fortgesetzt beim

Etat für Südwestafrika und Samoa.

Staatssekretär Dr. **Solf** kommt auf einige Anfragen von gestern zurück. Der Jagdschutz werde international geregelt. Die Missionsschulen würden tatsächlich vom Gouvernement revidiert und hätten nie Einspruch dagegen erhoben. Die Sammlung des Eingeborenenrechts werde eifrig betrieben. Aber bis eine gut gesichtete Sammlung aller Eingeborenenrechte vorhanden sein werde, werde noch eine geraume Zeit vergehen.

Zur Diamantenfrage erhält zunächst das Wort

Abg. **Hoch** (Soz.):

In der Kommission war man keineswegs einstimmig der Meinung, daß die Regie sich bewährt habe. Von einer Seite wurde vielmehr der Nachweis geführt, daß die Regie sich durchaus nicht bewährt habe. Bewährt hat sich vielmehr das System der Londoner Deburs Company, welches die Spekulation ausschließt. Es war ein schwerer Fehler der Regie, die Preise so stark herabzusetzen und Schmutzkonkurrenz zu treiben. Man kann die Preise nur regeln, wenn man auch die Produktion regelt. Wir haben gar kein Interesse an einer übermäßigen Förderung der Diamanten; das liegt nur im Interesse der Spekulanten, und ein staatliches Institut wie die Regie, hat diesen Spekulationsinteressen nicht zu dienen. Sie suchte aber die ganze Produktion loszuwerden, und überließ sie den Spekulanten zu einem unerhört billigen Preis. Und dann hat man mit Hilfe der Herren am Bundesratstisch das Schleifen der Diamanten in der Hausindustrie mit ihren elenden Löhnen vorgenommen, wodurch die deutschen Diamanten einen schlechten Ruf erhalten haben, obwohl die deutschen Rohdiamanten gut sind. Diese hausindustrielle Schleiferei wird in Belgien vorgenommen, und dadurch wird die deutsche gute Diamantenschleiferei aufs schwerste geschädigt und die in ihr beschäftigten Arbeiter werden brotlos gemacht. Als ich im vorigen Jahre in der Budgetkommission diese Anklagen erhob, versprach der damalige Staatssekretär, die Verhältnisse zu prüfen. Das ist geschehen mit dem Erfolge, daß die Berechtigung meiner Anklagen jetzt auch vom Regierungstisch zugegeben wird. Durch den neuen Vertrag mit dem Syndikat sind die Preise um 5 Proz. gesteigert; aber das ist bei weitem nicht genügend, auch bei dem neuen Vertrage ist die Regie von den Syndikatsherren hineingelegt und die deutschen Interessen schwer geschädigt worden. Der Preis hängt natürlich ab von der Qualität. Diese festzustellen ist aber schwierig, da die Steine nur in Mischungen verkauft werden und kleine Verschiebungen in der Mischung große Qualitätsunterschiede hervorrufen. Die Steine müßten zusammengesetzt werden durch einen unparteiischen Sachverständigen. So lange das nicht geschieht, gibt es keine Garantie dafür, ob der richtige Preis bezahlt wird. Die Steinschleifer sind durch den neuen Vertrag insofern geschädigt, als sie die Diamanten jetzt um 5 Proz. teurer bezahlen müssen. Die Liebesgabe von 5 Proz., welche man jetzt den deutschen Schleifern gewähren will, nützt ihnen nichts. Denn diese 5 Proz. können durch die Art der Mischung der Steine leicht wettgemacht werden. Das weiß das Syndikat genau und eben deshalb wehrt es sich gegen die Mischung durch einen unparteiischen Sortierer. Auch genügen diese 5 Proz. gar nicht, um die Differenz der Löhne auszugleichen zwischen den Lohnschleifereien in Hanau und den hausindustriellen Schleifereien in Belgien. Anstatt das Syndikat zu zwingen, den deutschen Schleifereien so viel Diamanten zur Verfügung zu stellen, wie sie brauchen, hat das Kolonialamt sich breit schlagen lassen, den Syndikatsherren das hausindustrielle Schleifen in Belgien zu gestatten, wodurch die deutschen Interessen so schwer geschädigt sind und die Syndikatsherren in den letzten drei Jahren 20—23 Millionen verdient haben. So lange dieser Vertrag besteht, sollte durch unabhängige unparteiische Personen kontrolliert werden, ob den deutschen Schleifereien wenigstens ohne Schikane der Rabatt von 5 Proz. gewährt wird. Vor allem aber muß im nächsten Jahre ein besserer Vertrag abgeschlossen werden. Um im nächsten Jahre einen besseren Vertrag durchzusetzen, muß man vor allem Sachverständige zu Rate ziehen. In der Regie sitzen bisher nur Bankleute, aber keiner, der eine Ahnung vom Diamantengeschäft hat. Natürlich dürfen die Sachverständigen nicht nur gehört werden, sondern ihre Angaben müssen aufs genaueste geprüft werden. Ferner muß in den neuen Vertrag eine Bestimmung aufgenommen werden, die es ermöglicht auch mit anderen Abnehmern zu verhandeln. Ich hoffe, daß die Resolution der Kommission mit großer Mehrheit angenommen werden wird, die den Reichskanzler ersucht, alsbald eine Reform der Diamantenregie unter angemessener Beteiligung der Diamantenförderer und unter verschärfter staatlicher Aufsicht in die Wege zu leiten, so daß berechtigten Wünschen der Förderer und der deutschen Industrie tunlichst Rechnung getragen und bei dem Verkauf der deutschen Diamanten ein Wettbewerb gesichert wird. Es muß durchaus verhindert werden, daß den Nutzen von den Diamantenfunden einige Großspekulanten einstecken und daß das deutsche Volk, das von der Kolonialpolitik bisher gar nichts gehabt hat, auch hier wieder leer ausgeht, ja, daß die deutsche Industrie noch weiter aufs schwerste geschädigt wird. Es wäre auch Pflicht des Ministers gewesen, mit dem Abschluß des bisherigen Vertrages so lange zu warten, bis er die Budgetkommission gehört hatte; dann hätte sich die schwere Schädigung der deutschen Diamantenindustrie, der vielen Arbeiter, die sie namentlich in Hanau beschäftigt, vermeiden lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Erzberger** (Z.): Mit seinen scharfen Urteilen, soweit sie die Vergangenheit betreffen, hat Herr Hoch durchaus recht. Der Staatssekretär hat in der Diamantenfrage eine schlimme Erbschaft von seinem Vorgänger übernommen. Der größte Fehler war, daß man die Förderer gezwungen hat, alle Diamanten abzuliefern, ihnen aber gar keinen Einfluß auf die Regie gegeben hat. Daher das große Mißtrauen der Förderer, die Diamanten würden zu billig verkauft. Daß dies tatsächlich geschehen ist, hat der jetzige Staatssekretär selbst zugegeben. — Der neue Nettozoll wird den Abbau von Feldern ermöglichen, die sonst brach liegen bleiben mußten, weil der Zoll und die Steuer zu hoch waren; daher wird der Nettozoll auch für die Reichskasse mehr bringen als der Bruttozoll. — Der Deutschen Kolonialgesellschaft müssen ihre öffentlich-rechtlichen Befugnisse genommen, sie muß ganz in eine Privatgesellschaft umgewandelt werden. Wenn dem Staatssekretär das gelingt, erwirbt er sich ein Verdienst um das Reich und um die Kolonie. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf **v. Westarp** (k.): Formell sind auch wir mit dem Vorgehen der Diamantenregie nichtzufrieden; Herr Fürstenberg hätte sich immer bewußt bleiben müssen, öffentlich-rechtliche Interessen zu vertreten. Sachlich meinen wir doch, daß die Kritik des Abgeordneten Hoch zu scharf war, der neue Vertrag bringt doch manche Vorteile für die deutschen Schleifer. Daß Sachverständige aus Schleiferkreisen gehört werden, wünschen auch wir. Der Resolution, die auf eine Umgestaltung der Regie hinausläuft, stimmen wir zu. Das soll kein Mißtrauen gegen die Regie sein, aber es muß in ihrer Organisation auch den Förderern ein Einfluß eingeräumt werden. Um die Erträge aus den Diamanten zu steigern, auf denen ja die Finanzen der Kolonie beruhen, stimmen wir der Umwandlung der Bruttosteuer in eine Nettosteuer zu. (Bravo! rechts.)

Abg. **Waldstein** (Vp.): Sehr entschieden muß ich der Darstellung des Abg. Hoch entgegentreten, als ob bei der Diamantenregie eine Abhängigkeit der Regierung vom Großkapital eingetreten sei. Um durch die Diamantenfunde nicht eine Ueberschwemmung des Marktes und eine Entwertung des Marktes eintreten zu lassen, hat Dernburg mit außerordentlicher Schnelligkeit eine Stelle, und zwar eine kaufmännische Instanz geschaffen, durch welche der Vertrieb zu geschehen hat. Die Banken, die hierbei mitgeholfen haben, haben den Gewinn für sich nicht in erster Linie im Auge gehabt, von einem Verdienst in nennenswertem Betrag ist keine Rede. Man sollte daher nicht von einer Abhängigkeit der Regierung vom Großkapital bei dieser Regelung der Sache sprechen. Ebenso ist es falsch, zu behaupten, daß zwischen den Interessen der Regie und denen der Förderer ein Gegensatz besteht. — Auch wir billigen den Uebergang vom Bruttozoll zum Nettozoll.

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (natl.): Auch meine Freunde stimmen der Resolution der Kommission zu. Der bisherige Zustand war kein erfreulicher, und wir hoffen, daß durch den Nettozoll den Fördergesellschaften es ermöglicht wird, solche Betriebe wieder aufzunehmen, die bisher stillagen. Die Regierung hat vielleicht einige Fehler begangen — das läßt sich im einzelnen schwer beurteilen; daß sie aber die Interessen des Großkapitals wahrnimmt, ist eine Behauptung, die mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß. Der neue Vertrag ist jedenfalls bedeutend günstiger als der frühere.

Abg. **Hoch** (Soz.):

Die Vorredner wenden sich gegen meine Behauptung, das Kolonialamt sei vom Großkapital abhängig. Das Entscheidende ist, daß die Abnehmer der Regie drei Großkapitalisten sind und daß die ganze Geschäftsführung der Regie in deren Interesse gehandhabt worden ist.

Abg. **Axthorn** (Vp.): Die Regie hat die deutsche Industrie im Gegensatz zur ausländischen nicht begünstigt, sondern benachteiligt und dadurch die nationalen Interessen vernachlässigt.

Staatssekretär Dr. **Solf**: Ich freue mich, daß der Uebergang zur Ertragsteuer allgemeinen Beifall gefunden hat. — Weiter habe ich mich gefreut über die Wärme, mit welcher der Abg. Hoch für die Schleifer in Hanau und anderwärts eingetreten ist. Ich habe mir die Leute selbst angesehen und gefunden, daß sie unserer Sympathie wert sind. Aber Herr Hoch geht doch wohl etwas zu weit. Der neue Vertrag ist wesentlich besser als der alte. Die beiden Geheimräte, die sich mit der Sache befaßt haben, sind so eingeweiht in die Diamantenfrage, daß man in Hanau zum Beispiel gesagt hat, die Herren könnten sofort einen Diamantenladen aufmachen. (Heiterkeit.) Der Preis für die Diamanten ist um 3 bis 4 M. höher als nach dem alten Vertrage. Die deutschen Schleifer sind in dem neuen Vertrage auch besser fortgekommen. Sie kaufen 5 Proz. billiger als der Verkaufspreis hier ist. Vor Abschließung des Vertrages haben sich die Schleifer auch mit diesem Modus einverstanden erklärt. Wenn sie jetzt, wie Herr Hoch meinte, nicht damit einverstanden sind, verstehe ich das nicht. — Auch das deutsche Kapital ist durch den neuen Vertrag beteiligt worden, aber diese Beteiligung ist nur sehr spärlich erfolgt. Der Versuch, mit einem andern Syndikat einen Vertrag zu schließen, ist gemacht worden, aber mißlungen. Von dem Hanauer Syndikat habe ich eine glatte Absage bekommen. — Dann ist verlangt worden, daß die Regie reformiert werden solle. Daß die Regie in der Kommission einheitlich verurteilt worden sei, wie Herr Hoch sagte, ist nicht richtig. Getadelt wurde nur, und das ist in der Tat eine Anomalie, daß die Förderer selbst an der Regie gar nicht beteiligt sind. Ich bin durchaus einverstanden damit, daß die Regie im Sinne der Resolution ausgestaltet wird.

Abg. **Hoch** (Soz.)

betont den Ausführungen des Staatssekretärs gegenüber wiederholt, die Hanauer hätten 5 Proz. vom Einkaufspreis verlangt, aber 5 Proz. vom Verkaufspreis bekommen. — Was die Affäre mit Herrn Fürstenberg anlangt, so geht aus der Darstellung des Staatssekretärs hervor, daß mit den betr. Herren insofern ein falsches Spiel gespielt worden ist, als man sie ganz zwecklos zu Herrn Fürstenberg geschickt hat.

Damit schließt die Debatte über die Diamantenfrage.

Es folgt die weitere allgemeine Debatte über die Etats für Südwestafrika. Hierzu liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) vor, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Verordnung aufgehoben wird, durch die den Eingeborenen die Haltung von Großvieh nur nach der für jeden Fall einzuholenden Genehmigung durch den Gouverneur gestattet ist.

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Die Aufhebung dieser Verordnung ist im Interesse der Eingeborenen notwendig. Es wurde schon früher ein Antrag von uns angenommen, der verlangte, daß den Eingeborenen genügend Land zur Verfügung gestellt werde, damit sie selbstständig wirtschaften könnten. Bei den damaligen Debatten hat uns Herr Dernburg verschwiegen, daß die Verordnung, deren Aufhebung wir beantragen, bestand. In einer Bundesratsverfügung damals hieß es sogar direkt, den Eingeborenen sei volle Freiheit gewährt, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu erwerben. Ich muß daher annehmen, der Bundesrat selbst hat diese Verordnung des Gouverneurs gar nicht gekannt. Aber trotzdem wir damals sofort auf diesen Widerspruch hinwiesen, ist die Gouverneurverfügung nicht aufgehoben worden. Und der Staatssekretär meinte auf eine Anfrage von mir, die Verordnung sei nötig gewesen nach dem Aufstand, damit die Eingeborenen nicht in die Lage kämen, von neuem einen Aufstand zu machen. Die Fadenscheinigkeit dieser Ansichten beweist, daß in Wahrheit der Zweck der Verfügung nur ist, die Eingeborenen zu verhindern, sich selbständig zu machen, damit sie

abhängige Proletarier

bleiben. Die Behauptung, daß die Eingeborenen jetzt schon genügend Vieh hätten, trifft im allgemeinen nicht zu. Die Farmer haben natürlich ein Interesse daran, daß die Eingeborenen nicht zu Kräften kommen, und ihrem Drängen hat die Verwaltung nachgegeben. Aber das Interesse der Farmer ist nicht das Interesse Südwestafrikas und des Deutschen Reiches. Wir erwarten daher, daß diese durch nichts gerechtfertigte Verordnung endlich beseitigt wird. Geschieht das, so fällt auch jeder Grund für die Regierung fort, dem schon anfangs erwähnten Beschluß des Reichstages auf Landgewährung an die Eingeborenen nicht nachzukommen. Es kann auch nicht im Ansehen des Deutschen Reiches liegen, diese Leute noch so lange nach dem Kriege in so elender Lage zu halten. Auch im Interesse des Reiches liegt es, diesen Leuten zu wirtschaftlicher Selbständigkeit zu verhelfen, denn dadurch werden sie zu Steuerzahlern, durch welche die Einnahmen aus Südwestafrika gesteigert werden. Gleich uns sollten alle Parteien es für eine Ehrenpflicht halten, für diese unglücklichen Opfer des Krieges einzutreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. **Solf**: Die Verordnung war seinerzeit notwendig zur Kontrolle der Hereros und Hottentotten. Sie ist aber transitorischer (vorübergehender) Natur und ich werde, wenn ich in Südwestafrika bin, mit dem Gouverneur prüfen, ob wir sie etwas mildern können. Uebrigens ist sie niemals rigoros gehandhabt worden. Es ist kein Fall bekannt geworden von einem Eingeborenen, daß ihm, wenn er um die Genehmigung nachgekommen ist, die Haltung von Großvieh nicht gestattet worden ist.

Abg. **Kuckhoff** (Z.) bittet, daß man die höhere Schule in Windhuk, nicht aber auch die in Swakopmund und Friedrichsbucht, ausbaue; drei höhere Schulen für Südwestafrika seien zuviel. Dem Turnunterricht sollte mehr Platz eingeräumt werden.

Staatssekretär Dr. **Solf**: Eine höhere Schule brauchen wir in Südwestafrika, das sind wir Jung-Deutschland schuldig. Ob die Prüfungen dort etwas leichter gestaltet werden können, wird in Erwägung gezogen werden.

Abg. **v. Böhlendorff-Kölpin** betont die große Bedeutung der Wasserzufuhr für Südwestafrika. Einer Herabsetzung der Schutztruppe, wie sie eine Resolution der Kommission verlangt, können wir nicht zustimmen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) protestiert dagegen, daß der Bericht der „Täglichen Rundschau" über die gestrige Sitzung ihn sagen lasse, Südwestafrika sei die versoffenste Kolonie. Diesen Ausdruck habe Herr Noske gebraucht, er habe nur darauf hingewiesen, daß nach dem amtlichen Material ein höherer Beamter bei bescheidenen Ansprüchen fast 3000 M. für Getränke verbrauche.

Abg. **Gothein** (Vp.) polemisiert gegen den Abg. v. Böhlendorff-Kölpin; die Schutztruppe müsse schon mit Rücksicht auf die ungemein hohen Kosten, die sie verursacht, vermindert werden. Auch ein allgemeines Kompetenzgesetz für sämtliche Schutzgebiete, das die Kommission einstimmig gefordert habe, sei eine unbedingte Notwendigkeit. — Weiter befürwortet der Redner die Resolution der Kommission, die für die weiße Bevölkerung eine auf allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen beruhende Vertretung fordert; doch soll diese bei der Gesetzgebung über die Eingeborenen an die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren des Reiches gebunden sein.

Der Resolution der Sozialdemokraten, den Eingeborenen das Halten von Großvieh zu gestatten, stimmen wir zu.

Weiter bitte ich um Zustimmung zu der Resolution, welche für die in Bergwerken beschäftigten Personen Schutzmaßregeln verlangt.

Abg. **Noske** (Soz.):

Der zuletzt erwähnten Resolution werden wir natürlich auch zustimmen. — Der Staatssekretär stellte den von uns bekämpften Erlaß, der den Eingeborenen das Halten von Großvieh verbietet, als Vergeltungsmaßregel für die in dem Aufstand uns von den Eingeborenen zugefügten Verluste hin. Da muß doch daran erinnert werden, daß durch die

Trothasche Ausrottungspolitik

die Zahl der Hereros von 80000 auf 20000 reduziert ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der wahre Grund für das Festhalten an dem Erlaß ist der Umstand, daß man die geringe Zahl der Eingeborenen, die noch vorhanden sind, als Arbeiter für die Farmer erhalten will; deshalb sollen sie nicht selbständig werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Schulköpfe aus Deutschland sollte man nicht nach Afrika verpflanzen; darin stimme ich dem Abg. Kuckhoff zu. — Die ganze Verwaltung von Südwestafrika bedarf dringend der Reform. Sie beruht auf den Erträgen aus den Diamanten, die in gleicher Weise nicht anhalten werden. Die wirtschaftliche Lage der Kolonie gestaltet sich dann noch trüber wie jetzt. Den Ausdruck „verseuchtste" Kolonie habe ich gebraucht; aber schon der frühere Staatssekretär Dernburg hat ganz entsetzt auf den erschreckenden Alkoholverbrauch in Südwestafrika hingewiesen; die von mir gebrauchte Bezeichnung ist keineswegs unzutreffend. — Dem Arbeitermangel sucht man jetzt durch Einführung von Ovambos zu begegnen; diese müssen aber die Berührung mit der höheren Kultur teuer bezahlen; die Sterblichkeit unter ihnen ist sehr groß. Der Gouverneur Seitz trägt sich mit der Idee, Ovamboland in die Verwaltung einzubeziehen und auch dort eine farbige Truppe zu unterhalten. Dann würden die Militärlasten noch erheblich steigen. Wir haben allen Anlaß, diese Pläne aufmerksam zu verfolgen. — Eine Verlängerung der Dienstzeit der Beamten soll unmöglich sein wegen der gesundheitlichen Gefahren. Dann wäre es doch unverantwortlich, kleine Leute zu veranlassen, dort hinauszugehen. — Wasser und Kredit den Leuten dort zu beschaffen, ist die Hauptsache; beides wünscht eine Resolution der Kommission. Doch ist die Wasserbeschaffung leichter verlangt als getan; das gegenwärtige System der Bohrungen ist nicht unbedenklich, dabei wird Raubbau mit dem Wasser getrieben. Nach Kredit schreien die Leute dort ebenso wie unsere Agrarier. Die Kommission ist nach meinem Empfinden viel zu rasch bereit, hierfür mehrere Millionen hinzugeben. Es ist ja noch gar nicht einmal die Vororganisation für die Errichtung einer Kreditanstalt geschaffen. Im eigenen Lande harren noch wichtige sozialpolitische Aufgaben der Erledigung, weil wir kein Geld haben; da wäre es unverantwortlich, weitere Millionen für die Farmer in Südwestafrika zu opfern. Die Schutztruppe ist nach Herrn v. Böhlendorff auf ein Minimum bereits reduziert. Dieses Minimum kostet uns aber vierzig Millionen Mark. Sie muß daher unbedingt vermindert werden. Einen entsprechenden Antrag haben meine Freunde in diesem Jahre nicht gestellt; wir geben uns vorläufig damit zufrieden, daß die Schutztruppen auch für kulturelle Arbeiten verwendet werden. Doch ist das keine dauernde Regelung. Jeder Polizeibeamte in Südostafrika kostet uns jetzt 6000 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So wie bisher kann es unmöglich in Südwestafrika weiter gehen, wenn die deutschen Steuerzahler nicht noch mehr Opfer als bisher für diese Kolonie bringen sollen, die zu einem wahren Danaergeschenk für Deutschland zu werden droht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Erzberger** (Z.): Südwestafrika braucht vor allem Wasser und Geld. Daher stimmen wir für die Resolutionen betreffend die Bohrungen und die Gründung einer Landeskreditanstalt. Sehr wichtig ist auch die Verringerung der Schutztruppe.

Damit schließt die Debatte.

Angenommen werden die Resolutionen der Kommission und der Antrag Albrecht (Soz.) auf Aufhebung der Verordnung über das Halten von Großvieh durch Eingeborene.

Es folgt der

Etat für Samoa.

Hierzu liegt eine Resolution der Kommission vor, die einen Gesetzentwurf verlangten, der die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen sicherstellt und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet; weiter verlangt eine Resolution der Kommission eine Einengung des Verordnungsrechts und Erweiterung der Mitwirkung der Reichsgesetzgebung bei den Verhältnissen in den Schutzgebieten.

Staatssekretär Dr. **Solf**: Es handelt sich hier um eine sehr ernste Frage. Ich bitte Sie, die Frage nicht vom Parteistandpunkt, sondern vom allgemein nationalen Standpunkt aus zu beurteilen. Die üblen Folgen der Mischehen sind von allen kolonisierenden Ländern erkannt worden. Die Negerfrage in den Vereinigten Staaten ist eine Mischlingsfrage. Von den elf Millionen Bürgern der Vereinigten Staaten, die aus Afrika stammen, ist nur ein verschwindend kleiner Bruchteil unvermischt. Die überwiegende Mehrheit sind Mischlinge aller Nüancen. Die Erfahrungen, die man dort mit dem Edikt Abraham Lincolns (Aufhebung der Sklaverei) gemacht hat, sind ein Menetekel für alle kolonisierenden Nationen. Mißverstandene Humanität und unwürdiges Herabsteigen zu niedrigen Rassen rächen sich. Man kann im Prinzip gegen die Sklaverei sein, und wir sind es —, aber wir sind auch gegen diese Mischehen und müssen es sein. Der Neger hat sich in den alten patriarchalischen Verhältnissen der Südstaaten — was von den Nordstaaten niemals gewürdigt worden ist — wohler gefühlt als jetzt als Freier. Die Anerkennung des Negers in der Theorie als Bürger und die Bemühungen eines selbstbewußten Volkes, diese Theorie zu bekämpfen, führen zu ungeheuerlichen Konsequenzen. Gewiß, ein Neger hat alle Freiheiten in den Vereinigten Staaten, er kann sogar Präsident werden — wenn er nicht vorher gelyncht wird. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, keine sozialpolitischen und dogmatischen Elemente in dies Problem hineinzuwerfen, sondern einfach die Tatsachen sprechen zu lassen. Sie senden Ihre Söhne in die Kolonien hinaus — wünschen Sie, daß sie Ihnen schwarze Schwiegertöchter ins Haus bringen? Die Deutsche Kolonialgesellschaft gibt jährlich große Summen aus, um weiße Mädchen nach den Kolonien zu schicken. Wollen Sie, daß diese weißen Mädchen mit Hereros und Hottentotten als Gatten zurückkehren? Lassen Sie einfach Ihren Instinkt als Deutsche, als Weiße wirken. Die ganze Nation würde es Ihnen danken. (Bravo! rechts.) Man lehnt den Herrenstandpunkt auf seiten der Sozialdemokratie ab. Aber in dieser Beziehung ist jeder Weiße in der Kolonie Herr, auch der Proletarier. Gerade die Herren Sozialdemokraten sollten sich auf meinen Standpunkt stellen, denn nicht der Wohlhabende kommt draußen in Konflikt eine Schwarze zu heiraten, sondern der arme Mann. Also Sie werden gerade die Proletarier in den Kolonien schützen, wenn Sie Mischehen verbieten. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Beschluß der Kommission zu reformieren und sich gegen die Mischehen auszusprechen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Diese Rede des Staatssekretärs war das Erstaunlichste, was wir seit langer Zeit zu hören bekommen haben. Der Herr hat formell gegen die Ehe gesprochen, aber alles, was er zur Begründung des Eheverbots gesprochen hat, richtet sich nicht gegen die Ehe als solche, nicht gegen den kirchlichen oder standesamtlichen Akt, sondern gegen den Geschlechtsverkehr und seine Resultate. (Sehr richtig! rechts.) Ja, dann muß man aber hier nicht solche Verschleierungen treiben, sondern offen aussprechen, was ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär wies auf die 11 Millionen Mischlinge in den Vereinigten Staaten hin. Sind denn das Resultate standesamtlich oder kirchlich abgestempelter Ehen und nicht vielmehr solche des ungeregelten Geschlechtsverkehrs. Der Staatssekretär schüttelt mit dem Kopf. Aber das ist doch eine ganz bekannte Tatsache. Waren denn in der Zeit der Sklaverei kirchliche Ehen zwischen Weißen und Schwarzen überhaupt möglich? In allen Kolonien anderer Völker ergibt sich dasselbe Resultat. Ob Deutschland, Holländer, Portugiesen, Spanier, sobald die jungen Leute, die im kräftigsten Lebensalter hinausgehen, in Berührung mit den Eingeborenen kommen, wo weiße Frauen fast gar nicht vorhanden sind, muß eben das Resultat dasselbe sein; das Entstehen der Mischlinge ist eben eine Naturnotwendigkeit. Wenn Sie dieses Resultat für ein Unheil für unser deutsches Herrenvolk erklären, so müssen Sie die Kolonien aufgeben. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber das wollen Sie nicht. Sie wollen fremde Völker unterwerfen und schicken junge Kerls in der Blüte ihres Alters hinaus, und dann wollen Sie den Geschlechtsverkehr ausrotten. Auf das einzige Mittel dazu will ich nicht eingehen. (Große Heiterkeit.) In Samoa ist also die Ehe verboten. In Südwestafrika suchte der Gouverneur Schuckmann, der sich bekanntlich im preußischen Abgeordnetenhaus einmal über das Nachtleben auf der Friedrichstraße beklagte, das Konkubinat zu unterdrücken. Damit hat dieser christlich-konservative Reformator der Friedrichstraße natürlich nur eine Promiskuität (Regellosigkeit) des Geschlechtsverkehrs herbeigeführt. Und nun hat auch Herr Solf in diesen faulen Apfel gebissen. (Heiterkeit.) In Samoa, wo die Bevölkerung den Weißen kulturell nähersteht, als in den übrigen Schutzgebieten, hat sich der Geschlechtsverkehr auf eine höhere Stufe gehoben, insofern, als die Zahl der wirklichen Ehen zwischen Weißen und Samoanerinnen bedeutend gestiegen ist. Diese Eheschließungen haben sich dort als

ein Bedürfnis

herausgestellt, und nun will der Gouverneur sie verbieten und die 80 Weißen, die sie bereits geschlossen haben, rechtlich und gesellschaftlich degradieren. Der Staatssekretär sollte dann doch dafür sorgen, daß die Weißen genügend weiße Frauen finden. Das scheitert natürlich an den ungeheuren Kosten. Er hat sich aber auch als Gouverneur gegen solche Ehen von Weißen mit Weißen gewendet. Er meinte, auch aus einer solchen standesamtlich und kirchlich eingesegneten Ehe von Weißen mit Weißen entstehen nur Kinder, die als degenerierte Vertreter unserer Rasse zwischen den Samoanern aufwachsen. (Hört! hört!) Dann bleibt ja nichts übrig, als das Konkubinat, der ungeregelte Geschlechtsverkehr. Aber aus dem entstehen wieder Mischlinge, wovor sie auch Angst haben, weil da die eurasische (Mischlings-) Frage auftaucht. Diese Frage hat ihren wahren Grund in Ihrer Furcht, daß durch das Einströmen des weißen Blutes in Samoa eine Bevölkerung heranwächst, die die Widerstandskraft der Eingeborenen stärkt. Wir stehen also vor der ungeheuerlichen Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung, die ja den Geschlechtsverkehr natürlich nicht abschaffen kann, ihn in seiner höchsten Form unterbinden will, in der Form der christlichen Ehe. Und diese Herren rühmen sich ihrer Christlichkeit! Aber die Christlichkeit europäischer Conquistatoren hat mit wahrer Christlichkeit nichts zu tun. Ich hoffe, daß alle Parteien in dieser Frage dem Staatssekretär gegenüber die Stimme der Menschlichkeit zur Geltung bringen. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Paasche** schlägt vor, die weitere Besprechung der Resolution bis nach der Erledigung dieses Etats zu vertagen. Dem wird zugestimmt.

Der Etat wird debattelos erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr (Aenderung der Geschäftsordnung, Mischlingsresolution). Schluß 7½ Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Der Stahlwerksverband verlängert.

In der Nacht vom 30. April bis zum 1. Mai um 3¼ Uhr morgens ist der Stahlwerksverband auf fünf Jahre verlängert worden, aber lediglich für die Produkte A. Ueber die Verhandlungen wird berichtet:

Infolge der Quotenforderungen der Firma Gebr. Stumm drohten die Verhandlungen noch im letzten Moment zu scheitern. Man hat diese Wünsche dann in der Art befriedigt, daß man Stumm 15 000 Tonnen und Roechling eine ähnliche Menge bewilligte. Die Westfälischen Stahlwerke stellen ihre Fabrikation von Formeisen und Eisenbahnmaterial ein und verkaufen ihre Quoten für die Dauer des Vertrages an de Wendel. Mit den Oberschlesischen Werken wurde ein Abkommen in der Weise erzielt, daß ihre Frachtvergütungen von jetzt an auf acht Mark pro Tonne erhöht werden. Wegen der Interessengemeinschaften hat man sich dahin geeinigt, daß die an die Interessengemeinschaftswerke im Geschäftsjahre 1911/12 gelieferten Halbzeugmengen als Grundlagen für die künftigen Lieferungen dienen und dementsprechend auf die Halbzeugquote der Verbandswerke angerechnet werden. Die Frage der Grey-Träger ist so geregelt worden, daß Deutsch-Luxemburg seine bisherige Quote behält und an Mehrlieferungen bis zu 25 Proz. beteiligt ist, während die übrigen 75 Proz. unter Rombach, Burbach, Thyssen und Peine gleichmäßig verteilt werden. Gelsenkirchen erhält 100 000 Tonnen, Thyssen für seine neuen Werke die gleiche Menge und der Burbacher Konzern 62,500 Tonnen A-Produkte mehr. Der Bochumer Verein hat seine Mehrforderungen fallen lassen. Die Rheinischen Stahlwerke tauschen mit der Maximilianhütte 15 000 Tonnen Formeisen gegen die gleiche Menge Eisenbahnmaterial aus.

Zugleich wird gemeldet, daß der Verkauf von Halbzeug und Formeisen für das dritte Quartal zu einem um 5 Mark höheren Preise Mitte Mai freigegeben wird. Für die Monate Mai und Juni sind die Beteiligungen in B-Produkten um 30 Proz. erhöht worden.

Schweinezucht und Kohlenförderung.

Eine nach großzügigen Plänen angelegte Schweinezüchterei und -mästerei hat die Harpener Bergbau-Akt.-Ges. geschaffen. Zu diesem Zwecke mußten zunächst unfruchtbare Heide und schlechter Waldboden kultiviert werden. Und diese Kultur ist heute rentabel, obwohl mit der Arbeit erst 1908 angefangen wurde. 1907 kaufte die genannte Bergbaugesellschaft das 2500 Morgen große, fast nur aus öder Heide bestehende Gut Geeste bei Aleppen. Aecker, Wiesen und Weiden sind nun auf dem bis auf zirka 150 Morgen kultivierten Boden entstanden. Und dieser landwirtschaftliche Betrieb verzinst bei hohen Abschreibungen das gesamte angelegte Kapital schon jetzt mit 3 Proz. Da sieht man, was von den Tiraden der Junker zu halten ist, deren guter Boden angeblich trotz Schutzzöllen und Liebesgaben nur 2 Proz. und weniger erbringe. Mit einer umfangreichen Landkultur und Futtermittelproduktion hat die Bergbaugesellschaft die Vorbereitungen zu einer großen Schweinezüchterei und -mästerei getroffen. Diese hat wiederum den Zweck, die Konsumanstalten und durch diese wiederum die Arbeiter und Angestellten der Gesellschaft mit gutem, billigem Fleisch zu versorgen. Am 30. Juni 1911 betrug der Zuchtschweinebestand 471 Säue, 21 Eber, 2250 Ferkel und Jungschweine. Mastschweine waren 2095 aufgestellt, was einer Jahresdurchschnittsziffer von etwa 6000 Mastschweinen entspricht. Zwei Mastställe für je 400 Tiere sowie sieben Wärterwohnungen, ein Beamtenhaus und eine große Feldscheune wurden im vergangenen Jahre neu erbaut. Ein Schlachthaus mit Kühlräumen für Fleisch und Gemüse ist fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. Ebenso ein in Verbindung damit erbautes Gast- und Logierhaus. Durch die Kühlmaschinenaufstellung und Anschaffung einer größeren Pumpenanlage wurde eine Vergrößerung der Kraftzentrale notwendig. Die inmitten des Gutes gelegene Haltestelle Geeste der Strecke Münster-Emden wurde zum Personen- und Güterbahnhofe nebst Ladestelle und Rampe ausgebaut. Zur besseren Ausnutzung der ganzen Anlage plant die Gesellschaft noch die Errichtung einer Wurst- und Fleischkonservenfabrik. Vielleicht lernen unsere notleidenden Agrarier von dem Betriebe der Bergbaugesellschaft!

Die Maifeier im Auslande.

Oesterreich.

Wien, 1. Mai. (P. C.) Die Maifeier der Wiener Arbeiterschaft ging unter außerordentlich großer Beteiligung der Arbeiterschaft vor sich. Es fanden zahlreiche Versammlungen statt, in denen über die Bedeutung des 1. Mai gesprochen wurde. In allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, in denen gegen die nationalistische Hetze und gegen die Kriegsrüstungen protestiert wurde. Die deutschen Sozialdemokraten wurden zu ihrem Wahlsieg bei den Reichstagswahlen und die englischen Sozialdemokraten zur glücklichen Beendigung des Riesenstreiks beglückwünscht. Es wurde ferner die Einführung des Achtstundentages sowie die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu Gemeinde und Landtag für beide Geschlechter gefordert. Nachmittag zogen große Mengen festlich gekleideter Arbeiter in den Prater.

Schweiz.

Zürich, 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Maifeier ist in der ganzen Schweiz sehr gut verlaufen; die Beteiligung der Arbeiter war sehr stark. Keine Zwischenfälle.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts".) In Paris feierten die Chauffeure und das Baugewerbe. Die Vormittagsversammlungen waren sehr zahlreich besucht. An dem Meeting am Nachmittag nahmen über 12 000 Personen teil. Abends fand eine große Demonstration für die Amnestie vor dem Justizministerium statt. Die Demonstranten wurden von Polizei und Militär zerstreut und mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Portugal.

Lissabon, 2. Mai. Gestern fanden zur Feier des 1. Mai verschiedene Versammlungen statt, nach deren Beendigung sich die Arbeiter in geschlossenen Reihen zum Parlamentsgebäude begaben, um den Abgeordneten die angenommene Tagesordnung mitzuteilen. In der Tagesordnung wird besonders die Freilassung sämtlicher wegen Streikvergehen im Gefängnisse sitzender Arbeiter verlangt. Als man den Demonstranten erklärte, daß binnen kurzem eine allgemeine Amnestie stattfinden werde, gingen sie ruhig und ohne Zwischenfall auseinander.

Spanien.

Madrid, 2. Mai. (P. C.) Die Polizei hatte für den 1. Mai umfassende Vorkehrungen getroffen, da die Regierung aus Anlaß der zahlreichen Maifeiern Ruhestörungen befürchtete. Das gesamte Militär wurde in den Kasernen in Bereitschaft gehalten. 20 000 Arbeiter veranstalteten durch die Straßen der spanischen Hauptstadt einen Umzug. Doch ist es nirgends zu irgend welchen Ruhestörungen oder Ausschreitungen gekommen. Auch in der Provinz verliefen die Maifeiern in vollkommener Ruhe und Ordnung.

Belgien.

Brüssel, 2. Mai. (P. C.) Die Maifeier in den Industriestädten Gent, Mecheln, Antwerpen, Mons usw. ist von den Sozialisten wie üblich festlich begangen worden. Die Kundgeber veranstalteten Straßenumzüge mit Musikkorps, Fahnen sowie Kindern und Frauen an der Spitze. In den meisten Städten wurden Versammlungen abgehalten, in denen sozialistische Redner das Wort ergriffen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. In den Kohlenrevieren von Lalouvière und Mons war die Feier eine allgemeine. Nirgends wurde gearbeitet. Die Läden waren geschlossen.

Italien.

Rom, 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Maifeier nahm einen imposanten Verlauf. Die Arbeitsruhe war vollständig. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Stadt Rom und zahlreiche Gemeindevertretungen mit sozialistischer Mehrheit hielten die Aemter und Schulen geschlossen. Ueberall ruhte der Straßenbahnverkehr; die Zeitungen erschienen nicht. Die Versammlungen waren sehr stark besucht, die Friedenskundgebungen fanden begeisterte Zustimmung.

England.

London, 2. Mai. (P. C.) An dem gestrigen Umzug der Arbeiter anläßlich der Maifeier nahmen etwa 10 000 Personen teil. Die Teilnehmer marschierten in geschlossenem Zuge durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Hydepark, wo seitens der Arbeiterführer mehrere Reden gehalten wurden.

Holland.

Amsterdam, 1. Mai. (Eig. Ber.) Die holländische Arbeiterschaft feierte den 1. Maitag in üblicher Weise mit Demonstrationsumzügen und Versammlungen. In Amsterdam fand der Umzug diesesmal nicht am Abend, sondern am Nachmittag 1½ Uhr statt. Der Umzug nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Unter der Begleitung von 8 Musikkorps und unter dem Singen sozialistischer Lieder, unter Vorantragung von Bannern und Fahnen der Organisationen, bewegte sich ein Zug von mehr als 6000 Arbeitern und Arbeiterinnen durch den 7. und 8. Amsterdamer Wahldistrikt. Tausende standen längs des Weges.

Am Abend fand im Saale und Garten des „Volkspalais" ein Meeting der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter statt, während auch die syndikalistisch und freisozialistischen Organisierten Mittag- und Abendversammlungen veranstalteten.

Amerika.

New York, 2. Mai. (P. C.) Die Arbeitersyndikate und revolutionären Vereinigungen hielten gestern anläßlich des 1. Mai zahlreiche große Demonstrationsversammlungen ab. Später wurde ein Umzug veranstaltet, an dem etwa 30 000 Personen teilnahmen. Die Polizei hatte jedoch keinerlei Anlaß zum Einschreiten.

Witterungsübersicht vom 2. Mai 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	766	WSW	3	heiter	10	Haparanda	764	N	4	heiter	—1
Hamburg	765	WSW	2	wolkenl	9	Petersburg	760	O	1	wolkenl	2
Berlin	766	S	1	wolkenl	9	Scilly	766	W	1	wolkig	11
Frankf.a.M.	766	SO	1	Dunst	6	Aberdeen	756	WNW	3	halb bd.	11
München	766	SO	2	heiter	4	Paris	767	N	3	halb bd.	9
Wien	766	NO	1	wolkenl	6						

Wetterprognose für Freitag, den 3. Mai 1912.

Etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

A. Wertheim G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32
am Bahnhof Alexanderplatz

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Lebensmittel-Angebot

*soweit vorhanden, die mit * bezeichneten Artikel können nicht zugesandt werden.*

Hülsenfrüchte

Victoria-Erbsen .... Pfund 20 Pf.
Kleine Erbsen ..... Pfund 16 Pf.
Glasierte gelbe Erbsen Pfd. 22 Pf.
Glasierte gelbe Spalterbsen 19 Pf.
Grüne Erbsen ..... Pfund 20 Pf.
Grosse Linsen ..... Pfund 28 Pf.
Mittel-Linsen .. Pfund 18, 23 Pf.
Weisse Bohnen . Pfund 18, 23 Pf.
Rangoon-Reis .. Pfund 17, 20 Pf.
Java-Reis ..... Pfund 24, 28 Pf.

Backobst

Gem. Backobst Pfd. 33, 43, 53 Pf.
Türk. Pflaumen Pfd. 32, 36, 40 Pf.
Pflaumen ohne Steine Pfd. 46, 58 Pf.
Kaliforn. Pflaumen 44, 50, 55 Pf.
Kaliforn. Aprikosen 85 Pf., 1.05
Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 58, 68 Pf.
Kaliforn. Birnen Pfund 56, 66 Pf.
Ringäpfel ..... Pfund 48, 60 Pf.
Bohräpfel ..... Pfund 65 Pf.
Hagebutten ..... Pfund 58 Pf.
Bourbon-Vanille Glas, 3 Stangen Inhalt ..... 40, 75 Pf., 1.15

Fleischwaren

Zervelatwurst ..... Pfd. 1.25
Salamiwurst ..... Pfd. 1.25
Teewurst ..... Pfd. 1.10
Bauernmettwurst mit Knoblauch . Pfd. 1.00
*Pastetenleberwurst .. Pfd. 1.10
*Feine Leberwurst ... Pfd. 1.00
*Landleberwurst ... Pfund 90 Pf.
*Jagdwurst ..... Pfd. 95 Pf.
*Rotwurst ..... Pfd. 48, 70 Pf.
Landschinken ca. 8–14 Pfund schwer .. Pfd. 1.25
Mausschinken ca. 2½–3 Pfund schwer .. Pfd. 1.20
Schinkenspeck in Stücken von 1½–4 Pfd. Pfd. 1.05

Rindfleisch

Schmorfleisch .... Pfd. 1.00
Brust u. Fehlrippe . Pfd. 80 Pf.
Kamm u. Querrippe Pfd. 70 Pf.
Pökelbrust ..... Pfund 1.00
Pökelzunge ..... Pfund 1.30

Schweinefleisch

Fr. Schinken im ganzen .... Pfund 75 Pf.
Schulterblatt i. ganzen, 4 b. 5 Pfd. schw. 75 Pf.
Kamm u. Schuft .. Pfd. 90 Pf.
Schweinekotelettes Pfd. 1.00
Rückenfett .. Pfd. 65, 70 Pf.

Kalbfleisch

Kalbskeule u. Nierenbraten im ganzen Pfd. 1.00
Kalbskamm u. Bug . Pfd. 80 Pf.
Kalbsbrust 80, Spitze Pfd. 95 Pf.

*Fische

Kabeljau in ganzen Fischen, ohne Kopf .. Pfund 12 Pf.
Seelachs in ganzen Fischen, ohne Kopf ... Pfund 12 Pf.
Schellfisch ..... Pfund 18 Pf.
Rotzungen ..... Pfund 12 Pf.
Ostsee-Steinbutten . Pfund 58 Pf.
Nordsee-Steinbutten Pfund 1.05
Frische Zander .... Pfund 65 Pf.
Lachs in ganzen Fischen Pfund 55 Pf.
Frische Plötzen 23, lebend Pfund 33 Pf.
Lebende Aale mittel 1.20, stark 1.35
Lebende Hechte über 6 Pfund schwer Pfd. 68 Pf.
Lebende Hechte bis 5 Pfund schwer Pfund 1.00
Lebende Schleie ½ bis 2 Pfund schwer Pfd. 1.10
Lebende Barsche .. Pfund 68 Pf.
Leb. Lausitzer Karpfen Pfd. 70 Pf.
Lebende Krebse Mdl. 50 Pf. b. 4.00
Edel-Krebse Mandel 1.25 bis 4.00
Solo-Krebse .. Stück 40, 60 Pf.

*Obst und *Gemüse

Ananas ..... Pfd. 65, 80 Pf.
Französische Garten-Erdbeeren
Italien. Aepfel ..... Pfd. 24 Pf.
Zitronen ..... Dtz. 30 Pf.
Frisch. Spargel Pfd. 45, 55, 65 Pf.
Gurken ..... Stück 28, 32 Pf.
Knackmandeln . Pfd. 75 Pf. 1.10
Röm. Pflaumen Pfd. 1.40, Kasten 78 Pf. 1.38
Schwarzwurzeln ..... Pfd. 8 Pf.
Malta-Kartoffeln .... Pfd. 9 Pf.
Kopf-Salat ..... 2 Kopf 15 Pf.
Radieschen ..... 4 Bund 10 Pf.
Rhabarber ..... 2 Bund 10 Pf.
Maikräuter ..... 3 Bund 10 Pf.

*Räucherwaren

Kieler Flundern 3 St. 20, Pfd. 45, 55 Pf.
Schleibücklinge ... 3 Stück 20 Pf.
Strals. Bücklinge .. 2 Stück 10 Pf.
Geräuch. Aale Pfd. 1.10, Bd. 40 Pf.
Seehasen ..... Stück 30 Pf.
Nordseekrabben ... Pfund 35 Pf.
Aal in Gelee ..... Pfund 98 Pf.
Matjesheringe Stk. 15, 20, 25 Pf.
Sardellen ..... Pfund 90 Pf.
Hamburger Schwarzbrot St. 35 Pf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 3. Mai 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Traum.
Kgl. Schauspielhaus. Die Journalisten.
Lessing. Heimliche Liebe.
Komische Oper. Opernabend.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Von Abbazia bis Corfu.
Deutsches. George Dandin.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen.
Kurfürstenoper. Tiefland.
Westen. Die schöne Helena.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Titus und Salome.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. So'n Windhund.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Mädchenmarkt.
Schiller O. Der scharfe Junker.
Schiller-Charlottenburg. Windermeres Fächer.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Luisen. Ich lasse dich nicht.
Rose. 500 000 Teufel.
Trianon. Der Ehemann am Fenster. Ein angebrochener Abend.
Thalia. Autoliebchen.
Kleines. Der Nachtwächter. Lottchens Geburtstag.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Eine Hochzeit in der Müllerstraße.

Anfang 8 Uhr.

Luisen. Ich lasse dich nicht.

Anfang 8½ Uhr.

Folies Caprice. Der Polizeihund.
Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte, Invalidenstr. 57–62.

Luisen-Theater.

Heute nachmittags 3 Uhr: **Ich lasse Dich nicht.**
Täglich 8 Uhr:
Ich lasse Dich nicht.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr:
Lady Windermeres Fächer
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
Sonntag 3½ Uhr: **Wiener Blut.**

Passage-Panoptikum.

Das vereinte Riesenpaar
Brünhild und Dusorc
Deutschland u. Frankreich
lebend zu sehen
Ohne Extra-Entree.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
5 × 100 000 Teufel.
Morgen und folgende Tage:
5 × 100 000 Teufel.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten nach M. Ambient u. A. M. Thompsons „The Arcadians", völlig frei bearbeitet von F. Freund. Musik von L. Monkton, Howard Talbot und R. Nelson. Tänze von B. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr
Ein sensationeller Erfolg
Will Bishop
in seiner Tanzkreation.
Robins
der
Urkomische
usw.

Ki-Ko bei Kroll

früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele
in wirklichen Naturfarben
Kinemakolor.
Bis auf weiteres das von der gesamten Presse glänzend besprochene, farbenprächtige Eröffnungsprogramm.
Gr. Orchester mit Gesang.
Unsere Eintrittskarten berechtigen auch zum Besuch des
Konzertgartens.

Kammer-Licht-Spiele

Potsdamer Platz

Ab 4. Mai täglich
von 4 bis 6
Sonntags 3 bis 5

Kinder-Vorstellung.
Das lebendig gewordene
Märchen. Tierbilder, Humoresken
und sonstiges auf besonderen **Wunsch** von Behörden und Schulvorständen für Kinder
von 3–14 Jahren
zusammengestelltes reichhaltiges Programm.
Kinder und Erwachsene halbe Preise.
40 Pf. bis 1,50 Mark.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Von Abbazia bis Corfu.

Admiralspalast

am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eispalast Deutschlands
Allabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne". Die kl. Walz.-Königin **Charlotte.** Weltmstr. **Bror Meyer.**
Nachm.: **Kunstlauf-Produktionen.**
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 29. Mai das glänzende neue Programm
5 erstklassige Spezialitäten-Schlager.
Riesen-Lacherfolg der Posse
Die lustige Strohwitwe.
Sonntag 3½ Uhr: **Unsere lieben Frauen.**

Folies Caprice.

Täglich 8¼ Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierauf: **Ein angebrochener Abend.**

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich wochentags von ½8 Uhr
Sonntags von ½6 Uhr:
Das brillante Maiprogramm
9 Spezialität. u. Mutter Fine.
Gesangsposse von O. Klein.
Vorzugskarten haben an allen Wochentagen Gültigkeit. — Mittwochs—Sonnab. u. Sonnt. **Tanz.**

Passage-Theater.

Claire Waldoff
Littke Carlsen
Alt-Bonner Studenten
und das große
Mai-Programm!
14 Varieté-Attraktionen!

Luna Park

Eröffnung
Sonnabend, 4. Mai.
30 Attraktionen 30
Kongo, Zwergstadt, Luna-Ballhaus, Liebesmühle usw.
Entree 50 Pf. Dauerkarten 5 M.
(A. Wertheim, Invalidendank.)

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 3. Mai 1912:
Der Glockenguß zu Breslau.
Histor. Drama in 9 Bild. v. Pirogner.
Kassenöffnung 7, Anfang 8¼ Uhr.
Sonntag, 5. Mai, abends 7 Uhr:
Der Glockenguß zu Breslau.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Burleske von Meysel.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags: 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung, Mittwoch, 1. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Holtz.

Eine Petition um Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Distriktskommissare in Posen wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Abg. **Hammer** (k.): Den Gendarmen sollte doch endlich das Zivilragen erlaubt werden. Der Säbel des Gendarmen taugt nichts. Wir müssen hier eintreten für Beamte, die sich nicht selbst wehren können. Für die Gendarmen mit ihrem besonders feinen Ehrgefühl ist die Strafgewalt eines Oberleutnants und Arreststrafe unter dem Kommando eines Unteroffiziers unerträglich.

Redner aller Parteien treten für Gendarmenwünsche ein.

Zum

Polizei-Geheimfonds von 300 000 M.

führt

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.)

aus, daß die Sozialdemokraten schon aus Reinlichkeitsgefühl gegen das Spitzelwesen und dagegen, daß durch Bestechung bestrafter Individuen oder durch Bedrohung von Leuten, die etwas angestellt haben, von der Polizei Spitzel gezüchtet werden. Letzthin ist in Magdeburg vor Gericht ein solcher Fall erwiesen worden. Ein gewisser Braun sollte im Polizeiauftrag

den sozialdemokratischen Wahlverein bespitzeln.

Das angebliche Verbot an die Spitzel, sich unter falschem Namen in unsere Parteivereine einzuschleichen, hat zum mindestens nichts genutzt, wir ertappen solche Individuen immer wieder. Die Anarchistenbespitzelung wird ja von der Regierung offen als Aufgabe der Polizei erklärt. Der Redner bespricht nun den bekannten Fall des mit 40 M. monatlich vom Kriminalkommissar Kunze bezahlten Anarchistenspitzels Prawitz. Für uns bedeuten diese Spitzeleien, wozu man meist abgestrafte Verbrecher verwendet, nur eine Bereicherung unseres Materials. Welches Unglück rufen diese Subjekte hervor durch ihre aus Avancementsgründen übertriebenen oder erfundenen Beschuldigungen. Darüber liefert die Vergangenheit umfangreiche Beweise. Sie (zur Mehrheit) freilich halten diese Institution für nötig und wichtig. Und Sie haben längst vergessen, daß sich Eugen Richter, Windthorst und sogar hervorragende Nationalliberale die Polizeispitzelei in schärfster Weise gebrandmarkt haben. Ich werde Sie ja eines besseren nicht belehren. (Sehr richtig! im Zentrum, rechts und bei den Nationalliberalen.) Aber Sie liefern uns neues Material zur Kennzeichnung Ihrer politischen Moral. Wir lehnen diesen Korruptionsfonds ab! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Geheimfonds wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, wenigen Zentrumsmännern und Polen bewilligt. (Abg. Hoffmann ruft unter Hinweis auf das leere Haus: Mit 22 Stimmen. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Bei der

Fürsorgeerziehung

bespricht Abg. Schmedding (Z.) die Notwendigkeit einer wirklich auf die Besserung der Jugend gerichteten Art der Revisionen der Fürsorgeerziehungsanstalten. Es ist bedauerlich, daß die Aufsicht zwischen Regierungs- und Oberpräsidenten geteilt ist.

Minister v. Dallwitz erklärt u. a., daß eine Ausdehnung der Beaufsichtigung auf die Zöglinge selbst kaum möglich ist. Sollten die eingeforderten Berichte der Oberpräsidenten Unzuträglichkeiten ergeben, so wird Abhilfe geschaffen werden.

Abg. Borchardt (Soz.):

Die von der Regierung angegebenen Grundsätze der Fürsorgeerziehungsarbeit — individuelle Behandlung, freiheitliche, auf Vertrauen gegründete Erziehung — können nur unsere Billigung finden. Da wird von der helfenden Liebe und Geduld gesprochen und man hat auch gefordert, daß die Anstalten nicht zu groß sein sollen, daß die Erziehung nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein soll usw., daß vorhandene Anlagen des Temperaments bei der Berufsausbildung berücksichtigt und für Minderbefähigte eigene Klassen eingerichtet werden. Der Charakterausbildung wird großer Wert beigelegt. Die Lehrer träten den Jungen nicht als Bütiel, sondern als Freunde und Kameraden entgegen und die körperliche Züchtigung träte immer mehr zurück.

Wenn wirklich auf die Freiheit so großes Gewicht gelegt wird, daß man die Entweichungen — 15 bis 20 Proz. — mit in den Kauf nimmt, so will das für eine preußische Verwaltung sehr viel sagen. Nur mit der Religion als Erziehungsmittel bin ich nicht einverstanden, weil es sich dabei nicht um Nächstenliebe und Gottesglauben, sondern um die Lehre von der Unterordnung unter die Autorität die Rede ist. Das Christentum verdammt den Mammon und das Streben nach ihm. (Widerspruch der Mehrheit.) Aber lesen Sie doch nur das Neue Testament! Denken Sie doch an das Kamel und das Nadelöhr. (Zuruf: Unsinn! vom Zentrum.) Aber, wollen Sie denn die Lehren des Christentums als Unsinn bezeichnen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen aber predigt die Denkschrift dieselben Erziehungsgrundsätze, die wir immer empfohlen haben. Und die Zahlen der Statistik zeigen, daß unsere Ansichten, die man hier lächerlich fand, richtig sind: eine Hilfsschule für 15 Kinder hat man errichtet — mich aber verlacht, als ich Klassen mit 12 Schülern forderte. In der Fürsorge hat man aber für 12 bis 13 Schüler einen Lehrer. Und auf jeden Zögling werden 286,60 M. verwendet — fast so viel als für einen Gymnasiasten. Der Staat wendet also die von uns empfohlenen Erziehungsgrundsätze als die wirksamsten an, bei den verwahrlosten Kindern. Wäre es aber nicht viel vernünftiger, schon von vornherein so zu erziehen; spare man da nicht enorm viel Geld?

Verkehrt wäre es, zu sagen, solche Mittel eigneten sich nur für solche Schüler. Nach der amtlichen Statistik selbst werden weitaus die meisten schulpflichtigen Kinder als frei von schlechten Neigungen bezeichnet und wenn später ein großer Teil der Jungen als zum Landstreichen neigend bezeichnet wird, so mag sich häufig genug nur ein nach Betätigung suchender, ganz gesunder Drang äußern. Bei den Mädchen steigt dann bedenklich stark die Unzucht, nach der Statistik. Der Durchschnitt aber bleibt, daß die Mehrheit auch der Fürsorgezöglinge — 94 Proz. — durchaus so geartet ist wie die „normalen" Schüler, auch der höheren Schulen. Und wollte man bei den Universitätshörern eine Unzuchtsstatistik anstellen — was käme da heraus? (Heiterkeit.)

Wie werden nun die schönen Grundsätze praktiziert? Im „Berliner Tageblatt" klagte ein Kriminalkommissar noch im März über das Mißtrauen des Volkes gegen die Fürsorge, weil man nichts aus den Anstalten erfahre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man legt ja dem ganzen Abgeordnetenhaus nur 10 Exemplare der Statistik vor und ich habe mich sehr bemühen müssen, eins zu bekommen. Im Buchhandel ist auch keins zu bekommen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einem Ministerialerlaß ist es verboten, den Zöglingen mehr als 10 Hiebe zu geben. Liebevolle Erziehung mit Hieben? Und die ostpreußischen Erzieher fordern die Bewilligung, bis zu 25 Hieben zu gehen. Könnte die Prügelei denn nicht ganz verschwinden? Die Pflegegelder sind nach der Statistik äußerst gering, soweit die Schulpflichtigen in Familien untergebracht sind: 10 M. pro Monat ist doch äußerst wenig! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für Erziehung, Ernährung, Kleidung usw. ist das ja unbegreiflich wenig! (Zuruf rechts: Sie haben ja keine Ahnung!) Belehren Sie mich doch eines besseren!

Die Anstaltsleiter sollen mit den Angehörigen womöglich in Verbindung bleiben, aber nach mir vorliegenden Schriftstücken hat der Direktor des Martinshauses zu Großrosen bei Breslau einem Vater zunächst einen Weihnachtsbesuch bei seinem Sohn gestattet, ihn dann aber um Aufschub ersucht. Der Mann konnte das nicht aufschieben, wurde außerordentlich unfreundlich vom Hausvater behandelt und auf die Beschwerde erhielt er nur eine beleidigende Antwort mit dem Vorwurf: er habe versucht, ältere Zöglinge auszufragen! Ja, warum können diese „freiheitlich und liebevoll" angehaltenen Zöglinge nicht befragt werden?

Ein ähnlicher Fall wird über den Pastor Seifert, Leiter der Anstalt Strausberg, berichtet.

Besonders traurig ist aber der in Berlin vor Gericht verhandelte Fall, in dem Pflegeeltern ihr von der Fürsorge in eine ländliche, zu schwere Dienststelle untergebrachtes Mädchen, dem von dem Bauern und den Knechten geschlechtlich nachgestellt wurde, entführt hatten, was sie sofort der Behörde meldeten. Die Eltern wurden wegen Entführung verurteilt. Der Buchstabe tötete den Geist. . . Das Mädchen, dem die Polizei mit der Zurückbringung in die Fürsorge drohte, wurde in der Tat von der Polizei auf die Geschlechtskrankenstation gebracht, ohne im mindesten geschlechtskrank zu sein. Das Mädchen starb nach einigen Einspritzungen in den Arm im Asyl an der Fröbelstraße. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Was ist hier vorgekommen?

Der Kultusminister hat nach dem „Berliner Tageblatt" angeordnet, daß über Schulkinder, die verdächtig erscheinen, einmal für die Fürsorgeerziehung reif werden zu können, Listen angelegt werden. Das heißt die Kinder schon im zarten Alter mit heimlichen Führungslisten zu begleiten. Dieser Erlaß könnte nicht von guter Wirkung sein.

Wie verhält es sich denn mit der angeblich in Lichtenberg eingerichteten psychiatrischen Beobachtungsanstalt?

Der Oberpräsident von Hessen-Nassau schreibt, daß das Mißtrauen gegen die Fürsorgeerziehung gemindert werden könnte, wenn diese Maßregel nicht geradezu ausschließlich gegen die Kinder der Armen angewendet würde. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorwurf von proletarischer Seite, daß hier mit zweierlei Maß gemessen werde, sei nicht so unberechtigt!

Was soll man da erst dazu sagen, daß die Anstalt zu Landsberg a. d. Warthe

Zöglinge als Streikbrecher

ausschickte. Das ist eine schwere Ausschreitung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man gebe uns die Gewähr, daß im Sinne der Grundsätze vorgegangen wird und dazu gehört vor allem auch Nachprüfung und Abstellung der von mir vorgebrachten Beschwerden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß die Sache mit dem Pastor Seifert-Strausberg ganz in Ordnung sei, nur die Zurückbehaltung der Invaliditätskarte war unberechtigt. Der Fall des von ihren Pflegeeltern entführten Mädchens liegt so, daß das Mädchen einen Diebstahl begangen hatte und daß bei ihr Syphilis und Gonorrhoe konstatiert wurden. Sie erhielt zwei Salvarsaneinspritzungen. Nach ärztlicher Untersuchung starb sie an Gehirnentzündung. Die Salvarsanbehandlung war ganz sachgemäß.

Abg. Dr. **Schepp** (Vp.) polemisiert gegen Borchardt, der das Christentum nicht kenne, da dieses das Streben nach materiellen Gütern nicht verwerfe. Sittlich-religiöse Erziehung muß sein. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Ueberhaupt ist die Entwicklung des Fürsorgewesens sehr erfreulich. Durch Ausfragen können Revolten entstehen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Borchardt (Soz.) und Schepp (Vp.) schließt die Besprechung.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

spricht zur Strafanstaltsverwaltung und betont die soziale Bedeutung der Strafvollstreckung. Resozialisierung ist der Zweck, nicht Rache oder Abschreckung. Lange Freiheitsstrafen sind da ganz verkehrt. Das hat mir einer der erfahrensten Anstaltsleiter selbst zugegeben. Der Leiter der Gefängnisse des Ressorts des Innern, Geheimrat Krohne, geht diesen Problemen mit einer Energie nach, die alles Ruhmes wert ist. Die Arbeit im Gefängnis hat ihre Gefahren: Schmutzkonkurrenz gegen Handwerker und Arbeiter, wovon Sie allerdings nicht sprechen. Um Beschwerden der Arbeiterorganisationen hiergegen kümmert man sich gar nicht, wie sich in einem Magdeburger Fall gezeigt hat. Man sollte bei Gefangenen maschinelle Kenntnisse vermitteln, die die dann verwenden können. Das Volk hat heute ein viel tieferes Gefühl für die Freiheit als je zuvor. Schon kurzfristige Strafen machen daher den tiefsten Eindruck und sind als Denkzettel höchst wertvoll. Die Freiluftgefängnisse sollten vermehrt werden. Landarbeit ist von großem Wert für die Gefangenen, und ihre Verwendung zur Kultivierung von Oedländereien — unter Sicherstellung gegen rücksichtslose Ausbeutung — wäre sehr nützlich.

Trotz der Herabsetzung der Disziplinarstrafen auf ein Viertel der früheren ist die Disziplin, z. B. in Moabit, ungleich besser geworden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das läßt die Folgerung zu, daß viel zu viel überflüssige Kriminalstrafen verhängt werden, die das Volk keineswegs heben. Das muß gerade hier gesagt werden, denn dieses Haus vertritt die

Prügelpädagogik in der Politik

und das Regiment von oben! Das ist wieder ein neuer Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung vom preußischen Staat.

Ueber das so wichtige Thema der sozialen Ursachen der Verbrechen und über die Strafvollstreckung haben wir hier noch nie eine gründliche Debatte gehabt. Um so mehr über Viehzucht usw.! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Die Kriminalstatistik Preußens ist besser als die des Reichs, muß aber auch noch nach den Verbrechensursachen erweitert werden, damit man zur sozialen Abhilfe schreiten kann. Freilich wissen wir, daß letzten Endes die Quelle der Verbrechen nur verstopft werden wird, wenn wir unsere ganzen sozialen Zustände umgestalten. Vor allem aber wäre gründliche Wohnungsreform nötig.

Geheimrat Krohne forderte im Vorjahr die Arbeiterorganisationen auf, dahin zu wirken, daß entlassene Strafgefangene nicht wegen ihrer Bestrafung belästigt werden. Aber bei der behördlichen Drangsalierung der freien Gewerkschaften hüten sich diese manchmal vor vorbestraften Mitgliedern, aus deren Mitgliedschaft die Behörden gewerkschaftsfeindliche Schlüsse ziehen könnten. Aber es soll da geschehen, was möglich ist.

Der Redner bespricht dann die empörende Behandlung des sozialdemokratischen Redakteurs Mehlich, dem man trotz der Intentionen des Geheimrats Krohne in grober Art Selbstbeschäftigung, Selbstbeköstigung und eigene Kleidung verweigert hat. Beschwerde an den Minister war zwecklos. Mehlich hat aber auch beobachtet, daß wegen Verfehlungen bei Anbringung von Beschwerden wochenlanger Disziplinararrest verhängt wurde, was ihn seine Beschwerde bis zur Enthaftung aufsparen ließ. Der Geist Krohnes ist also noch nicht überall eingedrungen.

Wir beklagen alle Ungerechtigkeiten aus der Tiefe unseres Empfindens leidenschaftlich. Wir erkennen darum vielleicht etwas enthusiastisch die vorbildliche Arbeit der preußischen Strafanstaltsverwaltung des Ministeriums des Innern an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Krohne: Bei der Gewährung der Selbstbeschäftigung usw., die eine Ausnahme ist, wird genau nach den Bundesratsvorschriften verfahren. Im Fall Mehlich wurde in der Presse übertrieben.

Bei den „Wohltätigkeitszwecken" bespricht Abg. Dr. **Runge** (Vp.) das Veteranenelend.

Ein **Regierungskommissar:** Preußen verteilt bloß die vom Reich gewidmeten Veteranenspenden. Es hat also keinen Einfluß auf ihre Höhe.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird auf Vorschlag des Präsidenten, der besonders auf die pünktliche Ablieferung des Etats an das Herrenhaus drängt, für heute eine Abendsitzung beschlossen.

Schluß ¾5 Uhr.

*

61. (Abend)sitzung, Mittwoch, 1. Mai, abends ½8 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Holtz.

Der Etat des Innern.

Nach Erledigung des Extraordinariums, wobei der Staatszuschuß für die Posensche Provinzial-Fürsorge-Erziehungsanstalt in Antoniewo nach einer Debatte über die Lasten der Provinzen aus der Fürsorgeerziehung bewilligt wird, folgt das

Medizinalwesen.

Abg. Dr. **Arning** (natl.) führt die Aerztebewegung, deren Auswüchse er nicht billigt, auf die soziale Gesetzgebung zurück, die ursprünglich zur Demoralisation der Aerzte geführt hätte. Jetzt sei es ja besser geworden. Trotz aller Bedrängnis haben sich die Aerzte ferngehalten von der Sozialdemokratie. Der Leipziger Aerzteverband hat die Idee der Vertretung der Standesinteressen durchgesetzt. Ich warne ihn aber davor, den Bogen zu überspannen. (Bravo!)

Abg. Dr. **Faßbender** (Z.) spricht über die Ausbildung der Medizinalbeamten und bleibt trotz der Leere des Hauses — es sitzen gleichzeitig fünf Kommissionen — einige Zeit fast unverständlich. Den sozialdemokratischen Antrag auf Widmung von 3 000 000 M. für Mütter- und Säuglingsbestrebungen beantragt er, der Budgetkommission zu überweisen. Kinder unter 6 Jahren sollten keinesfalls in die Schulen aufgenommen werden.

Minister v. **Dallwitz:** Das wird schon möglichst vermieden.

Abg. Lüdicke (fk.): Wir freuen uns, daß ein Mediziner an die Spitze der Medizinalverwaltung gestellt ist und wünschen, daß ihr die Heilbäder des Staates sämtlich unterstellt werden. Eine Verminderung der Belastung der Kommunen könnte erzielt werden, wenn die Krankenhäuser weniger monumental gebaut würden. (Sehr richtig!) Sehr bedauerlich ist, daß infolge des Vorgehens des Leipziger Aerzteverbandes die Akademie für praktische Medizin in Köln geschlossen werden mußte. Da scheinen doch persönliche Motive über sachliche gesetzt worden zu sein. Möge die Regierung im Aerztestreit erfolgreich vermitteln! (Beifall.)

Schluß ½11 Uhr nachts.

* * *

62. Sitzung, Donnerstag, den 2. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Lentze, Holtz.

Abg. **Rosenow** (Vp.): Der Lehrstuhl für soziale Medizin an der Universität Berlin sollte bald wieder besetzt werden. Im Streit zwischen Krankenkassen und Aerzten wird auf beiden Seiten gesündigt. Die Aerzte waren die zuerst Angegriffenen. Möge bald Frieden geschlossen werden. Auf die Versorgung der Städte mit guter Milch sollte die Regierung achten. Wie lange sollen die jüdischen Medizinalpraktikanten noch zurückgesetzt werden? Wie steht es mit der Ausführung des Impfgesetzes?

Ministerialdirektor Dr. **Kirchner:** Das Kultusministerium hat bereits einen neuen Lehrauftrag für soziale Medizin an die Universität Berlin erteilt. Die Einzelstaaten haben nur für richtige Ausführung des Reichsimpfgesetzes zu sorgen. Das geschieht in jeder nur möglichen Weise. Die von Impfgegnern angeführten Fälle über nachteilige Folgen der Impfung sind entweder erfunden oder kolossal übertrieben. So lange wir auf zahlreiche aus Oesterreich-Ungarn und Rußland einwandernde Arbeiter angewiesen sind, können wir auf die Impfung nicht verzichten und erwarten von der loyalen Gesinnung der Bevölkerung, daß sie sich mit dieser Maßregel abfindet. (Zustimmung.)

Abg. **Hammer** (kons.) spricht ebenfalls über den Aerztestreit und wünscht Heranziehung von Drogisten bei der Revision von Drogenhandlungen.

Ministerialdirektor Dr. **Kirchner:** In den Drogenhandlungen bestehen noch vielfach Mißstände, die beseitigt werden müssen. Wir hoffen bald zu einem Reichsapothekengesetz kommen zu können.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Die Belastung der Kommunen durch die Aufwendungen für Gesundheitspflege und Medizinalpolizei ist unbestreitbar. Aber trotzdem muß auf diesem Gebiete noch mehr geschehen. Haben wir doch noch ganze Landstriche ohne jedes Krankenhaus. Der Staat müßte eben den Kommunen Beiträge leisten. (Hört, hört!) Von den hierfür eingestellten 100 000 M. sind aber 1910 noch nicht einmal 10 000 M. verbraucht worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Hat man die Kommunen vielleicht darauf aufmerksam gemacht, daß sie Beihilfen erhalten können? Eher sollte dieser Fonds noch erhöht werden, denn in einem wirklichen Kulturstaat muß die Gesundheit des Volkes über alles gehen. Das hierfür aufgewandte Geld bringt reichliche Zinsen. Von diesem Standpunkt aus bitte ich auch unseren Antrag über den

Mutter- und Säuglingsschutz

aufzufassen. Die Zahl der in den ersten Lebensjahren gestorbenen Säuglinge ist ja allerdings in Preußen von 20,5 in den Jahren 1875 bis 1895 auf 17,7 vom Hundert im Jahre 1910 gesunken. Es gibt aber trotz dieser Besserung immer noch Länder, wo die Säuglingssterblichkeit geringer ist: in England 12,1 vom Hundert, in Schweden 7,7, in Norwegen 6,7 vom Hundert. Es wird wohl bei planmäßiger Arbeit auch uns gelingen, die Säuglingssterblichkeit erheblich zu verringern. Hierbei müssen Staat, Kommunen und Vereine gemeinsam arbeiten.

Der Mutterschutz ist eine Voraussetzung des Säuglingsschutzes. Ohne Schutz der schwangeren Frauen und ohne gute Ernährung können sie keine gesunden Kinder haben. Natürlich darf bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit keineswegs auf die religiöse oder politische Gesinnung der Veranstalter gesehen werden, wie das leider vielfach in Preußen geschieht. Wir dürfen nur das eine Ziel im Auge haben, wie ist es möglich, der Säuglingssterblichkeit Herr zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Tätigkeit der Gemeinde Berlin ist die Säuglingssterblichkeit **von 30,4 auf 15,4 herabgegangen** und andere Gemeinden beweisen, daß ähnlich günstige Resultate überall erzielt werden können. Die Arbeiten von Dr. Rietschel in Dresden weisen nach, welch gewaltigen Einfluß die schlechten Wohnungen auf die Zunahme der Säuglingssterblichkeit ausüben. In den Proletarierwohnungen der Großstädte ist es im Sommer so heiß, daß die Zahl der an Brechdurchfall sterbenden Kinder kolossal zunimmt. Hat doch Dr. Rietschel in Proletarierwohnungen Temperaturen von 34 bis 36 Grad Celsius gefunden. (Hört, hört!) Das ist um so wichtiger, als es sich hier zumeist um künstlich ernährte Kinder handelt, die ohnedies leichter an Verdauungsstörungen erkranken.

Noch immer sterben in Preußen jährlich fast

4000 Frauen an Kindbettfieber.

Die Zahl der Entbindungsanstalten ist viel zu gering, manchenorts fehlt es sogar an Hebammen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade dort ist die Sterblichkeit an Kindbettfieber besonders groß. Vielleicht könnte noch besser für die Beistellung von genügenden Hebammen gesorgt werden. Der er-

folgreiche Kampf gegen die Tuberkulose darf nicht nachlassen, immer noch sterben von 10 000 Personen 15,29 an der Tuberkulose. Höchst bedauerlich ist es, daß die Anzeigepflicht für tuberkulose Erkrankungen an dem Widerstand der Konservativen gescheitert ist, die davon eine Schädigung der landwirtschaftlichen Interessen befürchteten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Waldeck hat die Meldepflicht für alle Fälle offener Tuberkulose eingeführt, Braunschweig und Oldenburg die Anzeigepflicht bei Wohnungswechsel und Todesfällen, Preußen erst nur bei Todesfällen. Mit Recht fordert das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose nicht nur die allgemeine Anzeigepflicht für offene Tuberkulose, sondern auch die allgemeine obligatorische Zeichenschau und die Wohnungsdesinfektion in allen notwendigen Fällen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie Professor Jacob nachgewiesen hat, ist die Tuberkulose auf dem Lande nicht geringer verbreitet, als in den großen Städten. Hier wie dort muß endlich an die Regelung der Wohnungsfrage herangegangen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist unrichtig, daß sich die Aerzte in einer Defensivstellung gegen Uebergriffe der sozialdemokratischen Vorstände der Ortskrankenkassen befunden haben. In den ersten 10 Jahren der gesetzlichen Krankenversicherung haben sich die Arbeiter um die Wahlen der Vorstände gar nicht gekümmert. Die Arbeitgeber beherrschten die Kassenvorstände. Erst durch das Eindringen der Sozialdemokratie in die Vorstände ist es besser geworden und einzelne Aerzte erkennen offen an, daß dem sozialdemokratischen Eingreifen die Besserung ihrer Lage zu verdanken ist.

Ich habe schon im vorigen Jahr ausdrücklich betont, daß die Aerzte ein Recht haben, sich zu organisieren und daß wir auch den Aerzten ohne weiteres das Recht zugestehen müssen, von ihrem Koalitionsrecht den Gebrauch zu machen, den sie für den richtigen halten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen aber, daß sich die Regierung nicht in den wirtschaftlichen Kampf zwischen den Aerzten und den Gewerkschaften einmischt. Gerade die Sozialdemokraten in den Krankenkassen haben längst paritätische Schlichtungskommissionen und Tarifverträge gefordert, letztere sogar auch schon mannigfach geschlossen, während sich in manchen Fällen die Aerzte geweigert haben, mit den Krankenkassen Tarifverträge abzuschließen.

Es ist die Ueberweisung unseres Antrags auf

Regelung des Irrenrechtes

an die Justizkommission beantragt worden und ich brauche darum hier nicht des Längeren begründen. Der Zentrumsabgeordnete Schmedding ist der Forderung entgegengetreten, daß Geisteskranke nur auf Grund eines Richterspruches in Irrenanstalten aufgenommen werden dürften. Abgeordneter Schmedding hat Recht, wo es sich nur um plötzlich eintretende Tobsucht handelt. Aber wir denken an die zahlreichen Fälle, wo das Entmündigungsverfahren auf Grund eines Antrages irgend eines angenehmen Verwandten eingeleitet wird. Wir wollen auch für die Internierten gewisse Rechtsgarantien schaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In weiten Volkskreisen, auch von den Krankenkassen, Drogisten und der chemisch-pharmazeutischen Industrie wird lebhafte Beschwerde geführt über

einseitige Berücksichtigung der Interessen der Apotheker.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Klagen richten sich gegen den Geheimrat Frölich, und es wird als auffällig bezeichnet, daß ein Herr, der früher selbst Apothekenbesitzer war und der auch im Apothekerverein, also in einer Interessenvertretung der Apotheker eine große Rolle gespielt hat, als Regierungsvertreter an den Konferenzen der Interessenten teilnehme. Tatsächlich hat dieser Herr einseitig zum Schaden der Interessen der Gesamtheit die der Apotheker wahrgenommen, was sogar von dem früheren nationalen Abgeordneten und jetzigen Herrenhausmitglied Dr. v. Böttinger bestätigt wird. Als Urheber der Rundfrage der Medizinalabteilung, wie die Gewinne der Apotheker zu steigern seien, wird Geheimrat Frölich bezeichnet. Kann die Regierung dieses Vorgehen zu gunsten der Apotheker billigen? Es läuft in letzter Linie darauf hinaus, die Arzneien zu verteuern und somit das Volk erheblich zu schädigen. Im Volksinteresse muß gefordert werden, daß die Vertreter der Regierung objektiv vorgehen und daß das Ministerium alle Anregungen Geheimrat Frölichs besonders daraufhin prüft, ob sie eine ungerechtfertigte Begünstigung der Apotheker bezwecken. Das Volk ist nicht dazu da, die ungeheuren Werte und die großen Gewinne der Apotheken noch zu vermehren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. **Kirchner** antwortet in einem Satz, der aber unverständlich bleibt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. **Crüger**-Hagen (Vp.): Ich kann also jetzt nicht nachweisen, daß die Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz dem Zweck dieses Gesetzes zuwiderlaufen.

Abg. Dr. **Wagner** (ft.) spricht gegen die Impfgegner.

Abg. **Crüger**-Hagen (Vp.): Um das Feuerbestattungsgesetz illusorisch zu machen, fordern die Ausführungsbestimmungen Zuziehung eines zweiten Arztes zur Obduktion der Leiche und Vornahme der Obduktion im Leichenhause.

Ministerialdirektor Dr. **Kirchner**: Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Ausführungsbestimmungen die Feuerbestattung zerstören wollen.

Nach weiterer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag betr. den Säuglings- und Mutterschutz der Budgetkommission und der über das Irrenrecht der Justizkommission überwiesen.

Die Bezüge der Altpensionäre

haben schon oft das Haus und seine Kommission beschäftigt. Es liegen verschiedene Anträge vor. Die Budgetkommission beantragt eine Resolution, wonach die Voraussetzungen und die Bemessung der den Altpensionären zu gewährenden Unterstützungen, sowie das Verfahren zur Feststellung der persönlichen Verhältnisse nach allgemeinen Grundsätzen geregelt werden sollen, die dem Abgeordnetenhause noch in dieser Session mitzuteilen sind. Die für die pensionierten Lehrer aus der früheren Berechnung des Wohnungswertes entstandenen Härten sollen besonders berücksichtigt, bei Feststellung der persönlichen Verhältnisse der Altpensionäre jede unnötige Belästigung vermieden, im laufenden Jahre die betr. Fonds nach Erfordernis überschritten und im nächsten Jahre angemessen erhöht werden. Ein Zusatzantrag der Rechten und des Zentrums fügt hinzu, daß nach diesen Grundsätzen auch ohne Antrag verfahren werden soll. Ein volksparteilicher Antrag verlangt einen Gesetzentwurf, durch den ein prozentualer Zuschlag zu den Pensionen der Altpensionäre gegeben werden soll.

Redner aller Parteien begründen ihre Anträge.

Abg. **Hoffmann** (Soz.):

Wir bedauern lebhaft, daß eine gesetzliche Regelung dieser Frage nicht erfolgen soll. Da dies aber bei dem Widerstand der Regierung und der Zusammensetzung dieses Hauses nicht zu erreichen ist, werden wir für den volksparteilichen Antrag und im Fall seiner Ablehnung für den Antrag der Budgetkommission mit dem Zusatz der Rechten stimmen. Wir wollen aber im Gegensatz zu hier vorgebrachten Wünschen nicht, daß die Regelung auch auf Geistliche ausgedehnt wird. Nicht, weil wir das ihnen nicht gönnen, sondern weil die Kirchen genügend Vermögen haben, um ihre Geistlichen genügend zu besolden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist höchste Zeit, daß man endlich aus den wohlwollenden Erwägungen herauskommt und etwas Positives schafft. — Die „Deutsche Tageszeitung" hat gestern geschrieben, daß die Sozialdemokraten zu der Sache schelmisch geschwiegen hätten. Diesen Herren können wir es eben nie recht machen: Reden wir, dann mißbrauchen wir angeblich die Zeit des Parlaments, und schweigen wir, dann macht man uns daraus einen Vorwurf. Das läßt uns aber kühl. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung des volksparteilichen Antrages wird der Antrag der Budgetkommission mit dem Zusatz einstimmig angenommen.

Der Opernhausneubau in Berlin.

Ein Antrag aller bürgerlichen Parteien will die geforderten 80 000 M. nicht als Vorbereitungen zur Bauausführung, sondern nur als Vorarbeitskosten bewilligen, und dabei die Erwartung aussprechen, daß die Regierung den Entwurf für den Neubau des Opernhauses unter Benutzung der bisher geschaffenen Unterlagen, sowie unter Hinzuziehung weiterer Kreise der deutschen Künstlerschaft ausstellt, daß den Künstlern freigestellt werde, von der amtlichen Programmskizze, soweit es ihnen zweckmäßig oder künstlerisch nötig erscheint, abzuweichen und daß die Entwurfsskizze von der königlichen Akademie des Bauwesens begutachtet werde.

Minister der öffentlichen Arbeiten **v. Breitenbach** erklärt, daß die Beurteilung der Entwürfe eine sehr verschiedene gewesen sei. Auch der Bauplatz wurde getadelt, aber es steht wohl fest, daß das Opernhaus auf die Westseite des Königsplatzes kommt, und es ist nur erwünscht, wenn der Königsplatz auf seiner Westseite in seiner ganzen Breite einen architektonischen Abschluß erhält, wobei das Opernhaus von monumentalen Privatbauten flankiert wird. Das Bauwerk muß Feierlichkeit und Würde haben und die Architekten haben sich sämtlich an historisch gewordene Formen gehalten, weil sich eben diese Aufgabe nicht besser lösen ließ, als es schon vor Jahrhunderten geschah, wenn einem Bauwerk machtvolle und monumentale Wirkung gegeben werden soll. Es soll ein Ganzes entstehen, welches die Summe des künstlerischen Könnens der Gegenwart verkörpert. Die jetzt vorliegenden Entwürfe sind noch vorläufige. Ein allgemeiner Wettbewerb ist von zweifelhaftem Erfolg, wie die Konkurrenz um das Bismarckdenkmal am Rhein gezeigt hat. Da es sich beim Opernhausbau um eine ganz bestimmt abgegrenzte Zweckbestimmung handelt, und die ästhetischen Meinungen unserer ersten Künstler durchaus voneinander abweichen, sind die Voraussetzungen für einen allgemeinen Wettbewerb hier nicht gegeben. Architekten von großem Ruf sind der gleichen Meinung. Wenn das Haus Wert darauf legt, wollen wir noch weiteren Kreisen der Künstlerschaft Gelegenheit zur Beteiligung geben. (Bravo!) Die Regierung ist mit der vorliegenden Resolution einverstanden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Bülow**-Homburg (natl.): Diese Angelegenheit interessiert ganz Deutschland. Es ist Ehrensache jedes Deutschen, daß ein Bau entsteht, der davon Zeugnis ablegt, daß die deutsche Architektur und die deutsche Künstlerschaft auf der Höhe stehen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Vom Anfang an müßte es scheinen, als handelte es sich um einen sehr eng umgrenzten Auftrag, an dessen Ausführung sich auch nur ganz wenige Künstler ohne Bewegungsfreiheit beteiligen konnten. Das hat auch der Vortrag des Geheimrats Saarau bestätigt. Wir protestieren dagegen, daß hier nur

der Kunstgeschmack der Krone

maßgebend sein soll.

Man sagt, das Haus müsse die Aufgaben der Wagnerbühne erfüllen. Ja, welches moderne Operntheater müßte das nicht? Wenn die Entwürfe nach dem Minister verschieden beurteilt wurden, so muß doch auf die leidenschaftlichen Ablehnungen von berufenster Seite das größte Gewicht gelegt werden.

Die an der Seite anzubringenden Bauten, deren Zweck gar nicht ersichtlich ist, könnten eine Weltblamage Deutschlands werden. Die Haare stehen einem zu Berge, wenn man darüber nachdenkt, daß hier ein großes Theater mit Mietshäusern, wenn auch im täuschenden Stil des Theaters, verbunden wird. Das Kunstwerk muß sich aus sich selbst heraus gestalten, muß sich seinem Zweck anbequemen — und da werden Mietshäuser im Theaterstil gebaut. Ein wahres künstlerisches Sakrileg! Man verwende doch den Platz besser für die Zwecke des Theaters selbst!

Der Platz für das Theater erscheint mir sehr günstig. Das ziemlich entfernte Reichstagsgebäude kann das Bild nicht beeinträchtigen. Das Theater muß natürlich in den Tiergarten hineinkomponiert werden.

Wir haben doch andere, im Bau moderner Theater glänzend bewährte Künstler in Deutschland — andere, als die, die hier zum Wettbewerb eingeladen wurden. Es handelt sich um eine kulturelle und Städtebaufrage ersten Ranges.

Wir fordern vollen freien Wettbewerb unter allen Künstlern und Hineinkonstruierung des Hauses in das Stadtbild, Stilbildung und Erfreuung des Volkes durch wertvolle Bauten, Gestaltung der Architektur im Geiste unserer Zeit und Freihaltung von fremdartigen, unserer Zeit fremden Elementen.

Die uns vorgelegten Pläne atmen einen künstlerisch reaktionären Geist. Die Aufgabe dieses Theaters muß sein, eine allgemeine Bildungsstätte, ein Nationaltheater zu sein. Höfische Repräsentationszüge müssen darum wegbleiben. Wie unbehaglich und unpraktisch ist der Reichstag durch den Prunkbaucharakter geworden! Das darf hier nicht wieder geschehen, denn das Gebäude muß erwachsen aus dem Wunsch, dem Volk die erhebendsten künstlerischen Werke vorzuführen. Das Gebäude muß ein steinerner Gedanke dieser Absicht sein!

Gewiß kann an frühere Stile angeknüpft werden; aber statt dessen hat man schematisch gearbeitet. Wenn ein großer Künstler die Gedanken der Klassik anwenden will — nur zu! Aber man hat z. B. einen Eingang projektiert, der diesen Zweck gar nicht erraten läßt. Ebenso ungünstig ist die Innenarchitektur und das Technische der Entwürfe beurteilt worden.

Wir alle wünschen heute eine einfachere Innenarchitektur. Man ziehe doch einen Künstler von dem Weltruf eines Bruno Paul heran, der doch in Berlin lebt!

Man spricht vom „künstlerischen Ausdruck unserer Zeit". Aber unsere Zeit ist, wie politisch, so auch künstlerisch ungeheuer zerfahren und durchstürmt von dem

Drang nach vorwärts,

nach Abwerfung der Traditionen. Es sollen also vielmehr die besten Kräfte unserer Zeit mobilisiert werden für dieses Bauwerk.

Obgleich wir hier das Geld zu bewilligen haben, ist der Bauherr der „nutznießende Faktor". Die beratende Instanz sollte aber in Wahrheit die ganze deutsche Künstlerschaft sein. Die uns vorliegende Resolution finde ich ja recht zahm. Die Anerkennung der bisher vorliegenden Entwürfe als Grundlage scheint mir allzu bescheiden; man hätte volle Freiheit für den individuellen Wettbewerb fordern sollen.

Es wird sich ja leider nur um eine **Schöpfung für die oberen Zehntausend** handeln. Wie fiskalisch und engherzig wird das Opernhaus geleitet! Auch eine Vermehrung der Plätze wird bei dieser Preispolitik dem Volke nicht den Zutritt ermöglichen. Wir wünschen, daß das ganze Haus einer möglichst großen Zahl von Zuschauern Raum geben möge. Was für Raume versteht unsere Zeit doch künstlerisch zu schaffen. Man denke an den Crystallpalace in London! Wir wünschen eine möglichst soziale Billettpreispolitik im Interesse der breiten Massen.

Die Kultursolidarität interessiert das ganze deutsche Volk an dieser Schöpfung. Wir werden niemals zurückstehen, wenn es sich um eine Kulturtat handelt. Möge der Wettbewerb zeigen, daß die deutsche Architektur groß dasteht in der Welt. Haben wir dann eine einsichtige Staatsregierung und einen einsichtigen Landtag, so wird wirklich ein Kulturwerk geschaffen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Linz** (Z.): Wir danken der Regierung, daß sie den von uns empfohlenen Weg einschlägt. Der Wettbewerb wird also erweitert werden und das Programm für den Bau darf nur heißen: Die Kunst der Kunst. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Maltzahn** erklärt sich namens aller seiner Freunde für die eingebrachte Resolution und mit allen Vorrednern einverstanden.

Abg. **Vorster** äußert sich im gleichen Sinne.

Abg. **Rosenow** (Vp.): Wir danken dem Minister. Aber der Minister hat auch Ursache, uns zu danken, daß wir ihm die Möglichkeit gegeben haben, eine solche Erklärung abzugeben. Das endgültige Urteil über die Entwürfe sollte nicht bei der Regierung allein liegen, sondern bei der neutralen Instanz.

Die Resolution wird einstimmig angenommen, ebenso der Etatsbericht.

Es folgt die Beratung des Titels der allgemeinen Finanzverwaltung, Zuschuß für die königlichen Theater.

Abg. **Kopsch** (Vp.) bespricht die Geschäftsführung der königlichen Hoftheater durch den jetzigen Generalintendanten Grafen v. Hülsen abfällig und bedauert insbesondere, daß dem ersten Kapellmeister kein genügender Einfluß auf die Leitung des Opernhauses gewährt werde. Deshalb habe der verdienstvolle Kapellmeister Dr. Muck seinen Vertrag nicht erneuert. Er wünscht eine Regelung der Pensionsverhältnisse der Mitglieder des Hoftheaters und bemängelt, daß in dem Krollschen Etablissement sozusagen ein königlicher Kientopp eingerichtet worden sei.

Finanzminister Dr. **Lentze** nimmt den Generalintendanten Graf v. Hülsen gegen verschiedene Angriffe des Vorredners in Schutz.

Abg. **Kopsch** (Vp.) betont, daß seine Kritik sich nicht gegen die Person des Generalintendanten, sondern gegen seine Tätigkeit richte.

Die Kapitel werden bewilligt, ebenso ohne Debatte das Etatsgesetz. Damit ist die zweite Beratung des Etats beendet.

Freitag, 11 Uhr: Kleine Vorlagen.

Präsident Dr. Freiherr **v. Erffa** erklärt, daß er unter allen Umständen am Sonnabend mit der dritten Etatsberatung beginnen werde.

•

Berichtigung. In dem Bericht über die Dienstagsitzung hat sich ein Fehler eingeschlichen. Das vom Genossen Hoffmann in seinen Ausführungen über die Unzuverlässigkeit der Polizeihunde erwähnte Attentat hat sich nicht in Eisleben sondern in Helbra zugetragen. Auch richtete sich der Anschlag nicht gegen einen Fabrikdirektor, sondern gegen einen Fahrsteiger, dem eine Dynamitpatrone auf das Fensterbrett gelegt wurde.

Soziales.

Kölner Sozialpolitik.

Im Mai 1910 reichten die städtischen Arbeiter Kölns durch den Gemeindearbeiterverband und ihre Arbeiterausschüsse Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Einführung von Wochenlöhnen und Vereinfachung des Lohntarifes bei der Stadtverwaltung ein. Im Juli v. J. antwortete darauf die Stadtverwaltung mit einer Denkschrift, in der sie den Nachweis erbringen wollte, daß die städtischen Arbeiter besser stünden als diejenigen der Privatindustrie. Die Steigerung der Ausgaben für die Lebenshaltung konnte zwar nicht in Abrede gestellt werden, jedoch bestritt die Verwaltung, daß eine **dauernde** Verteuerung eingetreten sei. Der Verkürzung der Arbeitszeit könne nicht nähergetreten werden. Die Arbeiter verlangten diese nicht aus ideellen Gründen, sondern um ihr Einkommen zu erhöhen. Das sagt eine Stadtverwaltung, die von sich behauptet, auf sozialpolitischem Gebiete bahnbrechend zu wirken.

Dieser Denkschrift folgte Ende des vergangenen Jahres ein Entwurf zu einem neuen Lohntarif für die städtischen Arbeiter. Nach langwierigen Beratungen in der sozialpolitischen Deputation, in der man bezeichnenderweise den freien Gewerkschaften nur einen Vertreter zugestanden hat, den Zentrumsgewerkschaften dagegen zwei, trotzdem diese noch nicht ein Drittel der Mitglieder aufweisen, die die freien Gewerkschaften hinter sich haben, kam der Entwurf in die Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlußfassung. Der Entwurf sieht 14 Lohnklassen vor, 7 für Monatslohnempfänger und 7 für Tagelohnempfänger.

Die Klassen der Monatslöhne sind die folgenden:

1. Klasse:	Anfangslohn	140 M.,	Höchstlohn	185 M.
2. „	„	125 „	„	160 „
3. „	„	119 „	„	155 „
4. „	„	117 „	„	152 „
5. „	„	115 „	„	140 „
6. „	„	104 „	„	140 „
7. „	„	105 „	„	130 „

Für Tagelöhner:

1. Klasse:	Anfangslohn	5,50 M.,	Höchstlohn	7,50 M.
2. „	„	5,— „	„	6,50 „
3. „	„	4,75 „	„	6,25 „
4. „	„	4,25 „	„	5,75 „
5. „	„	3,80 „	„	5,— „
6. „	„	3,70 „	„	4,70 „
7. „	„	3,60 „	„	4,50 „

Die Einführung der Wochenlöhne lehnte die Verwaltung ab. Keiner von den „Arbeitervertretern" des Zentrums vertrat die durchaus berechtigte Forderung. Die Kosten der Lohnaufbesserungen sollen betragen in diesem Jahre 425 000 M., im Jahre 1913 597 000 M. und vom Jahre 1914 an jährlich 610 000 M. Diese Summe verteilt sich auf 5798 Meister, Aufseher, Handwerker und Arbeiter. Im Prinzip erhält zunächst jeder Tagelohnempfänger 25 Pf. Zulage pro Tag, jeder Monatslöhner im Durchschnitt 6,— M. Zulage. Ist dann noch ein Unterschied zwischen dem Lohnsatz im neuen Tarif vorhanden, so wird dieser durch eine bezw. zwei weitere Zulagen an jedem Zulagentermin ausgeglichen. Wird durch den neuen Tarif ein Arbeiter schlechter gestellt (dies trifft für einzelne Kategorien zu), so laufen die heute Beschäftigten den bisherigen Tarif durch. Der neue Tarif wird dann nur für Neueintretende angewandt. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden wurde glatt abgelehnt. Nur den Straßenbahnern bewilligte man den achten Tag an Stelle des neunten als freien Tag. Die Verwaltung ließ erklären, daß diese Frage noch nicht „reif" sei. Zu den finanziellen Bedenken, die diese Forderung verursacht, sei **noch die Rücksicht auf die Privatindustrie hinzuzufügen, der man nicht vorgreifen dürfe.** Eine prächtige Illustration zu dem Grundsatz, wonach die Gemeinde- und Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. Die liberalen Stadträte schlossen sich dieser Auffassung an, die „Arbeitervertreter" vom Zentrum erklärten am Schluß ihrer Reden zu dieser Frage, daß sie von einem Antrag auf Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit Abstand nehmen, weil — **er doch keine Aussicht auf Annahme hätte.** Und das trotz der überwältigenden Mehrheit des Zentrums im Kölner Rathause. Die Zentrumsstadtverordneten stimmten schon in der Kommission mit Ausnahme der „Arbeitervertreter" gegen den Antrag.

Die letzteren durften dort dafür stimmen, um wenigstens hinterher sagen zu können, daß sie für die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten seien. Im Verlauf der Debatte rechnete der Oberbürgermeister auf, welche Verbesserungen die städtischen Arbeiter in den letzten Jahren erhalten hätten, um dann kategorisch zu erklären, **„daß nun aber auch auf absehbare Zeit Schluß gemacht werden müsse mit weiteren Lohnerhöhungen".** Schließlich beantragte die Zentrumsfraktion, es solle die Verwaltung in eine Prüfung eintreten, ob und in welchen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich sei. Echt zentrümlich! Erst stimmt man mit allen Kräften gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, um hinterher wenigstens so zu tun, als ob man doch etwas für die Arbeiter übrig hätte. Dieses Wohlwollen ist billig und soll die Arbeiter, auf die man wenigstens als Wähler nicht verzichten kann, ködern.

Die Zentrumsgewerkschaften haben sich von Anfang der Bewegung an abgesondert, anstatt gemeinsam mit der Mehrheit der städtischen Arbeiter vorzugehen. Nun haben sie ihren Judaslohn. Zum Dank für ihre Wahldienste, die sie dem Zentrum bei der Stadtratswahl leisteten, stimmte dieses gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die Gewährung ausreichender Lohnzulagen und gegen die Einführung der Wochenlöhne.

Ein neuer Beitrag zur zentrümlichen **„Arbeiterpolitik"**.

Das Neue Volkslied!
23⁵⁰
Popeline-Paletots
In sehr hübschen Sommer-Farben. In guten Stoffen, sehr schicke Modelle
von 10⁷⁵ bis 40⁰⁰
Königstrasse 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
C&A
BRENNINKMEYER
Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kinderkonfektion
44⁷⁵
Hocheleg. Kostüme
In blau Kammgarn, guter Stoff und gute Verarbeitung auf Seide
von 19⁷⁵ bis 70⁰⁰
14⁷⁵
Seiden-Paletot
ganz modern mit schönem Tuch- oder Spitzenkragen
von 14⁷⁵ bis 80⁰⁰
Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstrasse
MARKE CONDOR
Besonders preiswerte Kinderschuhe!
MARKE CONDOR
Die beispiellose Beliebtheit und Popularität unserer Fabrikate bilden den schlagenden Beweis unserer hervorragenden Leistungsfähigkeit.
Braune Mädchen-Schnürstiefel
braun, glatt Ziegenleder, Form „Käte"
Grösse 25—26 27—30 31—35
3.90 4.80 5.60
braun echt Chevreau, mit Lackzierkappen
25—26 27—28 29—30 31—33 34—35 36—38
5.25 5.75 6.25 6.75 7.25 8.00
Mädchen-Mode-Halbschuhe
Schnürschuhe, braun, glatt Ziegenleder, Derbyschnitt, Form „Elsa"
Gr. 25—26 27—28 29—30 31—33 34—35
3.60 4.00 4.50 5.00 5.50
Schnürschuhe, braun Chevreau, Derbyschnitt, mit Lackkappen, Form „Renate"
Grösse 31—33 34—35 36—38
5.70 6.20 6.90
Condor-Sandalen
Reform-Sandalen, braun Rindleder, mit durchgenähter Ledersohle und Absatzfleck, enorm billig
Grösse 25—26 27—28 29—30 31—33
2.00 2.30 2.60 2.90
Grösse 34—35 36—42 43—46
3.20 3.50 4.25
Schwarze Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel
aus gutem Rossleder
Grösse 22—24 25—26 27—30 31—35
1.95 2.45 2.95 3.45
Schnürstiefel, Boxleder, moderne Form
Gr. 25—26 27—28 29—30 31—33 34—35
4.30 4.60 4.90 5.30 5.70
Schnürstiefel, feines Chromleder, Derbyschnitt, mit Lackkappen, Form „Käte"
25—26 27—28 29—30 31—33 34—35 36—38
4.25 4.75 5.25 5.75 6.25 7.25
Schnür- oder Knopfstiefel, echt Boxcalf oder Chevreau mit Lackkappen
25—26 27—28 29—30 31—33 34—35 36—38
6.50 7.00 7.50 8.00 8.50 9.50
Knopfstiefel oder Schnürstiefel, schwarz und braun Chagrinleder
Grösse 18—21 ohne Fleck 22—24 mit Fleck 25—26 mit Fleck
1.35 1.95 2.45
Schnürstiefel oder Knopfstiefel, Ia. Boxcalfleder
Grösse 17—21 ohne Fleck 22—24 mit Fleck 25—26 mit Fleck
2.50 3.60 4.30
Knabenstiefel
in äusserst dauerhaften, wetterfest. Lederarten u. modernen, bequemen Fassons
Rossleder-Schnürstiefel, kräftiger Strassenstiefel
Gr. 29—30 31—33 34—35 36—37 38
4.70 5.20 5.60 6.00 6.50
Boxleder-Schnürstiefel, moderne, bequeme Form
Grösse 36—37 38—39 40
6.30 6.60 6.90
Reform-Turnschuhe
aus braunem oder grauem Segeltuch, zum Schnüren, Chromledersohlen, Naturform
Grösse 25—29 30—35 36—42 43—46
1.95 2.45 2.95 3.45
Turn- und Strandschuhe
braun, grau und weiss Segeltuch, zum Schnüren, mit Gummisohlen
Gr. 25—26 27—29 30—35 36—42 43—46
1.20 1.40 1.70 2.00 2.50
Schuhfabrik
CONRAD TACK & CIE.
Burg bei Magdeburg
130 Verkaufsstellen im Reich, davon in Berlin und Umgebung:
C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Strasse 14
W, Potsdamer Strasse 50
W, Schillstrasse 16
NW, Turmstrasse 41
NW, Wilsnacker Strasse 22
NW, Beusselstrasse 29
N, Friedrichstrasse 127
N, Müllerstrasse 3
N, Reinickendorfer Strasse 23
N, Brunnenstrasse nur 37
N, Danziger Strasse 1
O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 125
SO, Oranienstrasse 32
SO, Oranienstrasse 2a
SO, Wrangelstrasse 49
SW, Friedrichstrasse 240-241
Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Strasse 122-123 — Neukölln: Bergstrasse 30-31 — Potsdam: Brandenburger Strasse 54

Für 10 Pfennig

3 Teller guter Suppe!

Das erhalten Sie nur mit

Knorr's Suppenwürfel.

Rechnungsabschluß der Gemeinsamen Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend für das Rechnungsjahr 1911.

I. Kassenabschluß.

a) Einnahmen:	M.
1. Kassenbestand für den Anfang des Rechnungsjahres (ausschließlich Reservefonds)	12667,05
2. Zinsen von Kapitalien und sonstigen belegten Geldern sowie Erträge von sonstigen Vermögensstellen	5562,27
3. Eintrittsgelder	5617,70
4. Gesamtbeiträge	327912,77
5. Ersatzleistungen für gewährte Krankenunterstützung	3130,14
6. Ersatzleistungen von Berufsgenossenschaften, Unternehmern, Versicherungsanstalten für gewährte Krankenfürsorge, Unfallrenten, Zuschüsse zum Krankengeld	5340,80
7. Aus verkauften Wertpapieren und zurückgezogenen Kapitalien, Sparkassen- oder Bankeinlagen, Entnahmen aus dem Reservefonds	5000,—
8. Durchlaufende Posten	288,79
9. Sonstige Einnahmen	1607,02
10. Summe der Einnahmen (Ziffer 1—9)	367126,54

b) Ausgaben:	M.
1. Für ärztliche Behandlung	43011,94
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel	47293,36
3. Krankengelder:	
a) an Mitglieder	119290,21
b) an Angehörige der Mitglieder nach § 7, Abs. 2 des Gesetzes	5163,80
4. Unterstützung an Wöchnerinnen	8080,90
5. Sterbegelder	4484,—
6. Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	43596,53
7. Ersatzleistungen für gewährte Krankenunterstützung	3654,13
8. Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	1244,82
9. Für Kapitalanlagen, Anlagen bei Sparkassen oder Banken, Zuführungen zum Reservefonds	30533,27
10. Durchlaufende Posten	354,88
11. Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	18245,78
b) sächliche	9074,97
12. Sonstige Ausgaben	2884,41
13. Summe der Ausgaben (Ziffer 1—12)	336882,60

c) Abschluß.	
Summe der Einnahmen (Ziffer a 10)	367126,54
Summe der Ausgaben (Ziffer b 13)	336882,60
Ergibt für den Schluß des Rechnungsjahres einen Kassenbestand von	30243,94

II. Vermögensausweis für den Schluß des Rechnungsjahres 1911.

Das Gesamtvermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen:	M.
a) der Bestand für den Schluß des Rechnungsjahres 1911	30243,94
b) Sparkassenbücher, Bankeinlagen	205287,21
Summe	235531,15
Nach dem vorjährigen Abschlusse betrug der Ueberschuß	192420,99
Ergibt gegen das Vorjahr an Ueberschuß mehr	43110,16
Zum Reservefonds gehören nach den stattgefundenen Ueberweisungen	205287,21
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Reservefonds	179758,94
Ergibt gegen das Vorjahr an Reservefonds mehr	25533,27
Als Betriebsfonds verbleiben der Kasse	30243,94

Adlershof, den 1. Mai 1912.

275/9 Max Knappe, Vorsitzender.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6

gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passende

Herren-Anzüge Ulster u. Paletots

von 21 bis 75 Mark

In den Eingangs-Schaufenstern zu den Serien-Preisen Mark

21 | 25 | 28 | 32 | 36 | 42 | 48

ausgestellte hochmoderne **Anzüge u. Ulster** sind besonders preiswert

Knaben u. Jünglings-Kleidung

nur in eigenen Werkstätten hergestellt, ist preiswert und unübertroffen in Sitz und solider Verarbeitung

Große Auswahl - Gute Paßform - Billige Preise

Sonntags nur von 8—10 Uhr geöffnet.

Betrifft Herren!

welche sich elegant kleiden und doch dem Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung zurückgesetzte Herrenanzüge, Ulster und Paletots. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Wollstoffen gefertigt (einzelne auch auf Seide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen; auch neue

Herren-Anzüge	9, 12, 16, 20 M. ꝛc.	Gehrock-Anzüge	18, 21, 24, 28 M. ꝛc.
Paletots u. Ulster	8, 12, 16, 18 M. ꝛc.	Burschen-Anzüge	7, 10, 12, 15 M. ꝛc.
Rock-Anzüge	12, 16, 19, 22 M. ꝛc.	Herrenhosen	2, 3 bis 6 M.

Verleihung von eleganten Frack- und Gesellschafts-Anzügen.

J. Wand, Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, an der Andreasstraße. II. Geschäft: Chausseestr. 89. III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Continental Gummi-Absätze

Angenehm, weich und elastisch! Dauerhafter als Leder! Eine Wohltat für jeden!

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

CONTINENTAL Gummi-Absätze

auch erhältl. in Lederhandlungen u. Schuhgeschäften.

Schweimer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schweim i. W.

Zähne 1.50 M. 10 Jahre Garantie. Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).

Carmen Sylva Cigaretten Beste Qualitäten

Wegen Separierung

Total-Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren

Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt — Bahnhof Börse.

Damen-Stiefel

schwarz im. Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons . . . . jetzt nur **4.75**

schwarz Chevreaux mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons . . . . jetzt nur **5.95**

schwarz prima Chevreaux mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **7.95**

braun Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons . . . . jetzt nur **4.95**

braun Ia Chevreaux m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons . . . . jetzt nur **6.75**

braun Ia Chevreaux, erstklassige Ausführung und Fo men, Goodyear-W., jetzt nur **8.95**

Herren-Stiefel

schwarz Rindbox-Schnürstief., breite Fassons, kräftig. Straßenstiefel, auch Zug und Schnalle . . jetzt nur **5.95**

schwarz Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur **6.95**

schwarz Chevreaux-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **8.95**

braun Chevreaux-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur **6.95**

braun Ia Chevreaux-Herrenstiefel, neueste Formen . . . . jetzt nur **8.25**

braun Ia Chevreaux-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, jetzt nur **9.75**

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel

20-24	25-26	27-30	31-35
1.55	2.95	3.25	3.75

braun, mit Lackk., Normalfassons

21-24	25-26	27-30	31-35
2.95	3.45	3.75	4.25

Herren-Halbschuhe amerik. Fassons, schwarz, jetzt nur **5.95**

Halbschuhe

Damen, im. Chevr. mit Lackk., jetzt nur **3.95**

braun Chevreaux m. Lackkappe, jetzt nur **4.25**

schwarz Derby, große Oes., Lackk., jetzt nur **4.95**

braun Chevr., Derby mit Lackk., jetzt nur **5.75**

Samt-Halbschuhe schwarz u. grau jetzt nur **3.95**

Lack mit Wildleder od. Chevr. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur **5.95**

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen Stadtv. Hammerstein (A. L.).

Die **Ferien der Versammlung** sollen auch in diesem Jahre in die Monate Juli und August fallen.

Um 6 Uhr findet die **Wahl eines besoldeten Stadtrats** (an Stelle des verstorbenen Stadtrats Bohm), und sodann die **Wahl des Kämmerers** (an Stelle des Dr. Steiniger) statt.

Zum

besoldeten Stadtrat

gewählt wird der Beigeordnete Berndt aus Mainz mit 94 von 96 abgegebenen gültigen Stimmen. 2 Stimmen entfallen auf den Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.), 8 Zettel sind unbeschrieben.

Zum

Kämmerer

wählt die Versammlung den Stadtrat Böß-Schöneberg, der von 105 gültigen Stimmen 104 erhält. 1 Stimme fällt auf Stadtrat Düring; 7 Stimmzettel sind ungültig.

Durch Ergänzung des § 10 des Gemeindebeschlusses betr.

Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die städtischen Arbeiter

soll dieses Statut mit der Reichsversicherungsordnung, die die Hinterbliebenenfürsorge reichsgesetzlich einführt, in Uebereinstimmung gebracht werden. Doch will der Magistrat „aus sozialen Rücksichten“ vom Abzug der reichsgesetzlichen Witwenrente vom Witwengeld absehen und nur beim Waisengeld den halben Betrag der Reichswaisenrente absetzen.

Stadtv. **Ritter** (Soz.): Wir sind darüber einig, daß dieselben sozialen Rücksichten, die den Magistrat bewogen haben, von dem Abzug der Witwenrente Abstand zu nehmen, auch bei der Waisenrente vorhanden sind. Wie hoch ist denn eine solche Waisenrente überhaupt? Sie beträgt nach der Reichsversicherungsordnung drei Zwanzigstel des Rentenbezuges des Ernährers bei seinem Tode. Bei 240 M. Invalidenrente, einer schon ziemlich hohen Rente, bedeutet das 36 M. Das zweite Waisenkind hat nur ein Vierzigstel zu beziehen, **also 6 M.** Bei zwei Kindern macht das 42 M., zuzüglich der 25 M. Reichszuschuß 67 M. oder **monatlich 5,60 M.** Es sind

wahre Bettelpfennige,

die da geboten werden. Die Hälfte, also 2,80 M., soll nun hier auch noch abgezogen werden. Von einem solchen Abzug sollte man doch Abstand nehmen. Wir sind ja in Berlin auch noch immer nicht so weit, daß wir ein bestimmtes Mindestruhegeld oder Witwengeld haben. Es wäre wirklich nicht so schlimm, wenn auch der Magistrat sich unserem Antrage anschlösse.

Stadtrat **Fischbeck**: Der Magistratsantrag bringt absolut nichts Neues. Der Gemeindebeschluß von 1908 besagt bereits, daß das Witwen- und Waisengeld eintretendenfalls um die betreffenden Beträge gekürzt werden sollen. Unsere heutige Vorlage geht lange nicht soweit, wie der Beschluß von 1908 zulassen würde; wir bitten um ihre Annahme.

Stadtv. **Goldschmidt** (R. L.) erkennt zwar an, daß der Magistrat formal zu seinem Vorschlage berechtigt ist, empfiehlt ihm aber doch, in diesem Falle ein Auge zuzudrücken und erklärt sich für den Antrag der Sozialdemokraten.

Letzterer Antrag wird mit geringer Minderheit abgelehnt, der Magistratsvorschlag angenommen.

Nach Erledigung noch mehrerer Angelegenheiten von nicht wesentlicher Bedeutung, unter denen auch die Abmachungen mit dem Philharmonischen Orchester, betreffs Veranstaltung von

Volkskonzerten

sich befinden, tritt der Schluß um ½8 Uhr ein.

Parlamentarisches.

Die Wehrvorlagen in der Budgetkommission.

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder brachten am Mittwoch zur Beratung der Wehrvorlagen folgende Anträge ein: 1. Während der Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere sind Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie die ersten zwei, alle übrigen Mannschaften das erste Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet; 2. keinem Angehörigen des Heeres darf aus seiner religiösen und politischen Ueberzeugung ein Nachteil erwachsen. — Bei der Weiterberatung bemängelten konservative Redner, daß die Regierung nicht mehr gefordert hat. Der Abg. Cramer forderte die Bildung von acht Kavalleriedivisionen, die Kosten kämen nicht in Betracht. In längeren vertraulichen Darlegungen lehnte der Kriegsminister die Bildung von Friedensdivisionen der Kavallerie ab, wie er betonte, in Uebereinstimmung mit allen maßgebenden Stellen im Heere. Abg. Erzberger tritt für die Vorlage deshalb vornehmlich ein, weil Deutschland in Zukunft vor einem Krieg gegen drei Fronten — Rußland, Frankreich, England einschließlich Belgien und Holland — stehen werde. Abg. Ledebour äußerte sich eingehend zur Frage der Neutralität von Holland und Belgien und fordert eine deutsche Friedenspolitik, die die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen vermindert. Vor allen Dingen müsse eine Verständigung mit England angestrebt werden. Abg. Gradnauer bekämpft die Behauptungen, bei der Masse des deutschen Volkes sei Stimmung für die Rüstungen vorhanden. Gerade die Arbeiter sind von solchen Stimmungen frei, sie haben ganz andere Interessen zu vertreten, als Rüstungspolitik zu betreiben. Die Rede des Kanzlers im vorigen Jahre über internationale Verständigung der Nationen hat bei anderen Völkern das schon vorhandene Mißtrauen gegen Deutschland wesentlich erhöht, besonders bei den kleinen europäischen Staaten. Wenn Deutschland in Wahrheit durch unsere fehlerhafte auswärtige Politik isoliert worden ist, so muß auf eine Umkehr gedrungen werden, sonst jagt eine Militärvorlage die andere. Außerdem fordern wir Verkürzung der Dienstzeit und Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs. Die Behauptungen der Regierung, daß die Präsenzstärke des Heeres nicht in dem gleichen Maße wie die Bevölkerung gewachsen, sei total falsch. Bei einer Bevölkerung von 45,2 Millionen im Jahre 1880 standen 433 705 = 0,958 Proz. der Bevölkerung unter Waffen, im Jahre 1910 dagegen von 64,9 Millionen Einwohnern 670 857 = 1,04 Proz.

Der Kriegsminister wendete sich sehr lebhaft gegen diese Anregungen, besonders gegen die Herabsetzung der Dienstzeit. Ein Milizsystem sei eine Unmöglichkeit bei der gegenwärtigen Situation. Lebhaft kritisiert wurde es, daß die Regierung sich auch bei den vertraulichen Besprechungen über die internationale Lage so zugeknöpft verhält, daß die Kommission sich unmöglich ein Bild davon machen kann. Staatssekretär v. Kiderlen lehnte ausdrücklich eine genaue Darlegung ab, auch über Verhandlungen mit England will er sich nicht äußern. Abg. Lensch weist auf die fundamentalen Unterschiede zwischen stehendem Heer und Milizsystem hin und betont die Zweckmäßigkeit des letzteren Systems für die Landesverteidigung. Der Redner kritisierte die meistens unangebrachte Geheimniskrämerei der Regierung, die sich auf Dinge erstreckt, die jedem bekannt sind, der die einschlägige Literatur verfolgt. Es soll eben nur nach außen der Anschein erweckt werden, als ob der Kommission schwerwiegende Staatsgeheimnisse verraten worden seien, die die Wehrvorlagen begründen. Gegen diese Methode müsse energisch protestiert werden. Im Plenum habe die Regierung auf die Kommission vertröstet und nun biete sie dieser nichts.

Bei der Weiterberatung am Donnerstag entwickelte sich eine lange und sehr lebhafte Debatte über die Verkürzung der Dienstzeit. Zur Beratung stand der sozialdemokratische Antrag, der für die berittenen Truppen die Einführung der zweijährigen, für die Fußtruppen der einjährigen Dienstzeit, ferner die Aufhebung des Privilegs der Einjährig-Freiwilligen fordert. Der sozialdemokratische Antrag, der vom Kriegsminister wie von den Rednern des Zentrums, der Konservativen und Nationalliberalen bekämpft wurde, fand in den Genossen Gradnauer, Schöpflin und Schulz lebhafte Befürworter. Unsere Genossen betonten, daß bei Wegfall des Paradedrills sehr wohl in allernächster Zeit die Dienstzeit in der geforderten Weise verkürzt werden kann, als Uebergang der Einführung der Volkswehr auf demokratischer Grundlage. Gleichzeitig müsse alles getan werden, um der heranwachsenden Jugend die beste körperliche und geistige Erziehung zu teil werden zu lassen. Mit der letzteren Forderung erklärte sich der Kriegsminister einverstanden. Aber gerade durch das Fehlen einer solchen Jugenderziehung fehlten auch die Voraussetzungen für die Herabsetzung die Dienstzeit, die in der heute vorgeschriebenen Dauer unerläßlich sei, um eine schlagfertige Armee zu haben.

Nach weiteren Auseinandersetzungen über die Kosten, die ein Milizheer oder Volksheer verursachen würde, wurde die Forderung der zweijährigen Dienstzeit für die berittenen Truppen mit 18 gegen 18 Stimmen, die Forderung der einjährigen Dienstzeit für die Fußtruppen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Dienstzeit der berittenen Truppen erklärten sich außer den Volksparteilern ein Pole und ein Elsässer für die sozialdemokratische Forderung, die zur zweiten Lesung im Plenum wiederkehren wird.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Kaempf in der Wahlprüfungskommission wurde Mittwoch beendet. Ueber eine große Reihe von Punkten wurde Beweis beschlossen. Es handelt sich bei ihnen um 19 Wähler, die Ausländer oder entmündigt oder ohne Wohnsitz im Wahlkreise gewesen sein sollen. In einem Falle soll ein Herr vom Wahlvorstandstisch einem Bankdirektor, der einen Zettel für Düwell hatte, den „richtigen“ Zettel eingehändigt haben. Nach der in der letzten Sitzung vorgenommenen Berichtigung der Ergebnisse der Wahlakten entfielen auf Kaempf nur 5586, auf Düwell 5581 Stimmen. Fällt auch nur ein Teil der beschlossenen Beweisaufnahme im Sinne der Protestbehauptungen aus, so müßte die Wahl für ungültig erklärt werden. Die Kommission beschloß einstimmig, dem Reichstage Beweiserhebung über etwa 18 Punkte vorzuschlagen.

Zur Wahl des Abg. Pauli war ein eigentümlicher Nachtragsprotest eingelaufen. 17 Punkte des Protestes werden in diesem Nachtrage zurückgezogen. Nach längerer Beratung vertagte die Kommission die Beschlußfassung darüber, ob eine solche Zurücknahme, nachdem bereits die Kommission Beschluß über die Protestpunkte gefaßt hatte, zulässig sei, und welche Wirkung sie habe.

Zur Wahl des polnischen Abg. v. Trampczynski (4. Bromberg), die am Donnerstag geprüft wurde, lag ein Protest vor, in dem gerügt wird, daß 282 Stimmzettel, die den Namen des Kandidaten in polnischer Sprache enthielten, für ungültig erklärt worden sind. Die Kommission entschied sich einstimmig für Gültigkeit dieser Zettel. Ein Protest gegen die Gültigkeit der Wahl selbst lag nicht vor. — Der freisinnige Rektor Kopsch ist im Wahlkreise Liegnitz 5 mit 6208 Stimmen gegen den konservativen Bauerngutsbesitzer Schäffer, der 6101 Stimmen erhielt, in der Stichwahl gewählt worden. Gegen die Gültigkeit hat das konservative Kreiswahlkomitee in Löwenberg Protest erhoben. Hierbei spielte eine Rolle, welche Wirkung die im Protest behauptete Beeinflussung der Beamten und Arbeiter des Bahnhofs Greiffenberg in Schlesien zugunsten Kopschs durch den dortigen Oberbahnvorsteher beizumessen ist. In Frage kommen 75 Personen. Hierüber soll Beweis erhoben werden. Auf Grund der amtlichen Feststellungen wurden bisher Kopsch 4 Stimmen zugezählt und fünf Stimmen abgezogen. Die Beschlußfassung über die Wahl wurde ausgesetzt, bis die Referenten festgestellt haben, inwieweit die Nachtragungen in den Wählerlisten noch nach dem zulässigen Termin erfolgt sind. — Aus gleichen Gründen wurde die Beschlußfassung über die Wahl des zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehörigen, im Wahlkreise Kassel gewählten Bürgermeisters Herzog ausgesetzt. Der Protest richtet sich hier gegen die Hauptwahl. Die Zahl der Nachträge in den Wählerlisten, die ohne Zeitangabe erfolgt sind, beträgt hier gegen 200.

Die Arbeitslosigkeit bei der preußischen „Steuerreform“.

Die Steuerkommission des preußischen Abgeordnetenhauses beschloß, Arbeitslosigkeit und große Unfälle nur dann als Grund für Steuerermäßigung gelten zu lassen, wenn der dadurch verursachte Einnahmeausfall mindestens ⅙ des Einkommens ausmacht. Die Regierung war großmütiger als die Herren „Volksvertreter“ des Geldsackparlaments. Sie schlug in dem Gesetzentwurf vor, Arbeitslosigkeit als Aufhören der Einkommensquelle gelten zu lassen. Damit würde eine Einkommensteuer bei jeder Arbeitslosigkeit weggefallen sein. Wie aber früher schon der preußische Landtag gerade das Einkommen der Arbeiter und der ärmeren Schichten besonders scharf zur Steuer heranzog, so auch jetzt wieder das Einkommen selbst derjenigen, die unter zeitweiliger Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. — Gewissermaßen zum Ausgleich dieser harten Maßregel für die Armen beschloß die Kommission auf Antrag der Konservativen und Nationalliberalen zum Troste der Steuerbetrüger, daß Gefängnisstrafe für Steuerhinterziehungen erst bei dem zweiten, statt, wie die Regierungsvorlage wollte, bei dem ersten Rückfalle eintreten soll. In Preußen genießen, wie man sieht, die Steuerbetrüger weit mehr Schutz wie die armen Arbeiter.

Aus der Partei.

Ausschlußverfahren wegen Verstoß gegen den Nürnberger Maifeierfonds-Beschluß.

Aus Elberfeld wird uns geschrieben: Der letzte Jenaer Parteitag hat bekanntlich beschlossen, daß die in Parteiunternehmungen, Genossenschaften usw. beschäftigten Parteimitglieder, die nach dem bekannten Nürnberger Beschluß verpflichtet sind, den ohne zu arbeiten erhaltenen Tagesverdienst vom 1. Mai abzuführen und sich dessen beharrlich weigern, aus der Partei auszuschließen sind. Auch im Sozialdemokratischen Verein Elberfeld-Barmen waren etwa 120, namentlich im Konsumverein „Einigkeit“, Elberfeld, beschäftigte Genossen, die ihren Beitrag nicht abführen wollten. Nach und nach sind dann noch etwa 40 Genossen ihren Verpflichtungen nachgekommen, bis sich das Niederrheinische Agitationskomitee veranlaßt sah, gegen 82 Genossen auf Grund der Parteitagsbeschlüsse zu entscheiden. In der letzten Mitgliederversammlung wurde darüber Bericht erstattet. Das Urteil kam im wesentlichen zu folgenden Resultaten: Nach der Verhandlung und vor dem Urteilsspruch hat der Sozialdemokratische Verein gegen 27 Beschuldigte den Ausschlußantrag zurückgezogen, und zwar bei 5, weil sie erst nach dem 1. Mai 1911 Mitglied geworden sind, bei 2, weil der Ausschluß irrtümlich gegen sie gestellt war, bei 17, weil sie den auf sie entfallenden Betrag voll gezahlt haben, bei 2 wegen besonders mißlicher Verhältnisse, die ihnen die Zahlung nicht ermöglichten, bei 1, weil er sich am 1. Mai in Ferien befand und der Tag auf die Ferien in Anrechnung gebracht wurde. Zum Ausschlusse empfohlen wurden 12 Genossen, 32 erhielten eine Rüge wegen ihres Verhaltens. Ohne Einschränkung abgelehnt wurde der Ausschlußantrag bei 8 Genossen. Eingestellt wurde das Verfahren gegen 2 Mitglieder, weil diese abgereist bezw. zum Militär einberufen wurden. Ausgesetzt wurde das Urteil gegen einen Genossen. Gegen diesen Entscheid, dessen Einzelheiten im Urteil näher begründet sind, steht den Beteiligten das Recht zu, beim Parteivorstande in Berlin innerhalb vier Wochen die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu beantragen.

Die Parteiversammlung stimmte dem Urteilsspruch des Agitationskomitees insgesamt zu.

Aus den Organisationen.

Am 27. April tagte in Mülheim am Rhein die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth. Genosse Mitz erstattete den Bericht vom dritten Quartal des laufenden Geschäftsjahres. Er konnte von einer erfreulichen Vorwärtsentwickelung des Vereins berichten. Der Verein hat im abgelaufenen Quartal die Mitgliederzahl von 3000 überschritten und zählte am 1. April 3313 Mitglieder. Seit dem 1. Juli 1910 ist die Mitgliederzahl des Vereins von 2189 auf 3313, also um 1174 gestiegen. In dem gleichen Zeitraum stieg der Umsatz der Beitragsmarken um 10 000 pro Quartal. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in erfreulicher Weise im Steigen begriffen; sie beträgt jetzt 282. Es geht also auch in diesem dunklen Winkel, wenn auch langsam, so doch ständig voran. Am Schlusse seines Berichts gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß es noch in diesem Jahre gelingen werde, die Mitgliederzahl auf 4000 zu bringen. Bei eifriger Mitarbeit aller Parteigenossen sei dieses Ziel zu erreichen.

Ein sozialistisches Lustschloß.

Man schreibt uns aus Brüssel: Dem riesigen Genossenschaftsbetrieb des Genter „Vooruit“ ist ein neues, originelles Glied einverleibt worden. Draußen in der „Groendreef“ in Gent, eine halbe Stunde etwa vom Freitagsmarkt, wo das sozialistische Kaufhaus „Vooruit“ und „Ons Huis“ stehen, hat der rastlose Anseele, immer auf dem Wege zu kühneren Vervollkommnungen seines sozialistischen Genossenschaftstraumes, für die Genter Arbeiter ein zweiundeinhalb Hektar umfassendes Grundstück mit einem veritablen Schloß für 130 000 Frank erworben. Ein Schloß für Arbeiter? Ja, und warum nicht? Man muß sich doch allgemach für die kommenden Zustände vorbereiten. . . . Der „Vooruit“ hat also einfach verfügt, daß das weiße schmucke Schlößchen und der herrliche Park mit seinen Rasen, seinen hohen Ulmen und Buchen, seinen weißen Brückchen, die über rieselndes Wasser führen, den Arbeitern, den Arbeiterfrauen und Arbeiterkindern Gents zum Erholungsort diene. „Freier Eingang“ steht am Schloßgitter. Und gleich daran: „Parteigenossen, dieses Schloß steht unter Eurem Schutz!“ Es liegt keine üble Ironie darin — vielleicht auch ein kleines geschichtliches Zeichen? — daß dieses, einst im Besitz eines Aristokraten befindliche Lustschloß nun armen flandrischen Arbeitern zugeeignet ist, damit sie im Schloßpark ihren Sonntag genießen, ihr Maifest feiern. . . . Das anmutig-schlichte Schlößchen ist fünf Fenster breit und hat ein Erdgeschoß und zwei Stockwerke. Rechts und links schließen sich dem Gebäude kleine Flügel an, die dem ganzen einen freundlichen Landhauscharakter geben. Im Erdgeschoß sind die Restaurationsräume — allesamt hell und freundlich und intim in Anlage und Ausstattung. Der Hauptfront ist Rasengrund vorgelagert, von dem zu beiden Seiten an prächtigen Ulmen und Rotbuchen vorbei der Weg in den Park führt. Malerische Baumgruppen, reizvolle Blicke über flimmerndes Wasser mit weißen Enten, Brücken, Promenadenwege, Obstbaumanlagen, Wiesenplätze für Spiele — der feudale Ursprung läßt sich nicht verleugnen. . . . Wie wir aber Sonntag, da sich das erstemal das Schloßgitter der Genter Arbeiterschaft öffnete, merken konnten, ist der Besitz darum nicht weniger für demokratische Zwecke geeignet. Wie fühlten sie sich wohl, die blassen Frauen, die blonden Vlämenkinder, die sonst nur im Straßenstaub und Hofräumen spielen, die Arbeitsmänner und gar die Burschen und Mädel Gents, deren Lachen und Juchzen den Park erfüllte, der wohl noch keinen Frühling so viel und so frohes Volk gesehen. Denn alles Elend in Flandern hat den Frohsinn der Rasse nicht umbringen können. — Zur Feier des Tages gab das vorzügliche Arbeiterorchester des „Vooruit“ ein Konzert im Park. Bis in den dämmernden Abend hinein klangen die Melodien Joh. Strauß', Delibes' und Richard Wagners. Und rings in der Runde dichtgedrängtes Volk in andächtigem Lauschen und Sinnen. . . . . Dann zeigte sich der Park noch seinen Besuchern im Glanz der elektrischen Lichter. Knapp neben dem „sozialistischen Schloß“ steht nämlich die Flachsspinnerei des „Vooruit“, deren Akkumulatoren den Schloßbetrieb mit Strom versorgen. Fabrik und Lustschloß auf einem Grund: lugt die Zukunft aus dieser Nachbarschaft nicht symbolisch hervor? . . .

Der russische Parteistreit. Wir erhalten aus Paris eine kleine Schrift, betitelt „Der Anonymus aus dem „Vorwärts“ und die Sachlage in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“. Als Herausgeberin zeichnet die Redaktion des „Sozialdemokrat“, die sich, was nicht gerechtfertigt ist, als Redaktion des „Zentralorgans der S. D. A. P. Rußlands“ bezeichnet. Die genannte Broschüre wendet sich in der heftigsten Weise gegen den in Nr. 72 des „Vorwärts“ erschienenen Artikel, in welchem wir gegen den einseitigen Charakter eines von dem Genossen Lenin an das Internationale sozialistische Bureau gesandten Berichts Stellung nahmen und dem uns zugegangenen Protest der übrigen Richtungen der Sozialdemokratie Rußlands Raum gaben. Diese durch die Pflichten der elementarsten Loyalität diktierte Haltung hat uns nun den Zorn des Leninschen „Zentralorgans“ zugezogen. Da wir es ablehnten, einer Diskussion über die inneren russischen Parteistreitigkeiten im „Vorwärts“ Raum zu geben, werden wir in der obengenannten Broschüre mit heftigen Vorwürfen überschüttet. Solche „Diskussionsmethoden“ finden in der deutschen Partei keinen Anklang und die Grobheit der Verfasser ist für uns kein Grund, uns zu einer einseitigen Stellungnahme zu gunsten einer Sondergruppe drängen zu lassen.

Zugleich werden wir um die Veröffentlichung folgenden Schreibens ersucht, das Genosse Plechanoff an den Genossen Huysmans, den Sekretär des Internationalen Bureaus gerichtet hat:

San Remo, den 27. März 1912.

Ich habe die Kopie der russischen Resolution in Paris, die Sie mir zugesandt haben, erhalten.

Da die Verfasser sich auf mich berufen, so betrachte ich es als meine Pflicht, Ihnen offen alles zu erklären, was mir in bezug auf die Frage bekannt ist.

Abgesehen von einigen Einzelheiten, die mir als ungenau erscheinen und vom Ton der Resolution, der von einer starken Erregung zeugt, entspricht leider dieselbe der Wahrheit.

Es ist Tatsache, daß die Konferenz, von der die Resolution spricht, bloß die Delegierten einer einzelnen, wenn auch ziemlich zahlreichen, Richtung unserer Partei versammelt hat. Ebenso ist es unbestreitbar, daß, indem sie die Vollmachten (les pouvoirs) der ganzen Partei sich zuschrieb, sie eine Handlung beging, die sehr leicht zu einer Spaltung führen kann, was natürlich sehr traurig wäre. Die Spaltung ist desto wahrscheinlicher, daß alle diejenigen Organisationen, die an der Konferenz nicht teilgenommen haben — und dieselben bilden die große Mehrheit — eine andere vorbereiten. Findet diese statt, so ist die Spaltung vollzogen.

Ich bin überzeugt, daß das Z. S. B. diese Art, der Amsterdamer Resolution über die sozialistische Einigkeit Folge zu leisten, unmöglich gutheißen kann und ich frage mich, ob das Bureau nicht

eingreifen soll, um das drohende Uebel von uns abzuwenden. Es könnte z. B. sich brieflich an das Zentralkomitee der Fraktion Lenin, ebenso wie an das Organisationskomitee, das den anderen Teil der Partei versammeln wird, wenden, um die einen wie die anderen zu ersuchen, die notwendigen Schritte zur Einigung unserer Organisation zu machen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter in Rußlands sind gegen jede Zersplitterung, so daß die Intervention des J. S. B. einen begeisterten Widerhall bei ihnen wachrufen werden wird.

Mit sozialdemokratischen Gruß

G. Plechanoff.

PS. Bitte, werter Genosse, in Betracht zu ziehen, daß es sich nicht darum handelt, die Verantwortlichkeiten festzustellen. Es handelt sich bloß darum, die Wagschale weder auf die eine, noch auf die andere Seite sinken zu lassen und die Uneinigkeit objektiv zu bekämpfen. G. P.

Soziales.

Ungeheuerliche Konkurrenzklausel.

Wie hart ein Konkurrenzklauselvertrag wirkt und dennoch vom Reichsgericht bestätigt wird, zeigt ein am 1. Mai vom Reichsgericht entschiedener Prozeß.

Die **Bremen-Besigheimer Oelfabriken** beschäftigen sich speziell mit der Raffinerie von Rohöl. Auf Grund eines im Jahre 1885 erlangten Patentes stellen sie ein feines **Speiseöl** her, das nach ihrer Behauptung von anderen Oelfabriken nicht nachgeahmt werden kann. Mit den Bremen-Besigheimer Oelfabriken ist im Juli 1907 der **Chemiker Dr. S.** einen Anstellungsvertrag auf fünf Jahre eingegangen. S. erhielt **jährlich 2400 Mark Gehalt.** Er verpflichtete sich zur Geheimhaltung der Ergebnisse aller Arbeiten und übernahm auch die Verpflichtung, vor Ablauf von **drei Jahren** nach erfolgtem Austritt aus dem Geschäft der Oelfabriken in kein Konkurrenzgeschäft einzutreten, noch bei seiner Errichtung behilflich zu sein. Das Verbot erstreckte sich auf **Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien** und **Holland.** Beim Bruch der Konkurrenzklausel sollte S. **für jeden einzelnen Fall eine Vertragsstrafe von 30 000 Mark** zahlen. Im Juli 1909 hat S. das Vertragsverhältnis durch Kündigung gelöst und eine Stellung als Chemiker in einer **belgischen** Oelfabrik angetreten. Aus diesem Grunde haben die Bremen-Besigheimer Oelfabriken gegen S. Klage **auf Zahlung von 30 000 M.** Vertragsstrafe erhoben.

Landgericht Bremen und **Oberlandesgericht Hamburg** erkannten auf **Verurteilung** des Beklagten. Das Oberlandesgericht führt zur **Begründung** seiner Entscheidung zunächst aus, daß die Ausschließung der Konkurrenz des Beklagten für den Zeitraum von drei Jahren keine übermäßige sei. Auf keinen Fall sei der Beklagte durch diese Konkurrenzklausel in unbilliger Weise in seinem Fortkommen beschränkt. Nur die Deutschland begrenzenden Staaten seien ihm verschlossen. Ein weites Gebiet wie England, Italien, Amerika stehen ihm frei. Sodann aber weist das Oberlandesgericht noch darauf hin, daß die Konkurrenzklausel sich auch nur auf die Fabrikation des Speiseöls und seine Nebenprodukte beziehe. Seine Kenntnisse in der übrigen Oelfabrikation könne der Beklagte überall verwenden. Den Antrag auf Herabsetzung der Strafe lehnt das Oberlandesgericht mit der Erwägung ab, daß sie dem Interesse der Klägerin entspreche, da sie ihre Fabrikation durch eigene Erfahrungen wertvoll gemacht und auf die bestehende Höhe gebracht habe.

Der Beklagte hatte gegen das Urteil des Oberlandesgerichts **Revision** eingelegt und gerügt, daß das Oberlandesgericht den Umstand übersehen habe, daß er in den ihm **erlaubten** Gebieten Kenntnisse **fremder Sprachen besitzen mußte,** die er sich nicht so schnell als es nötig war, aneignen konnte. Auch bemängelt die Revision die Höhe der Vertragsstrafe. — Das **Reichsgericht** hat die **Revision zurückgewiesen** und damit das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg bestätigt. (Aktenzeichen: III. 416/11.)

Das Urteil zeigts aufs neue, wie dringend notwendig ein Verbot der Konkurrenzklausel ist.

Vom Polizeikampf gegen Rummelplätze.

Der Kasseler Polizeipräsident versuchte die Dauer der Belustigungen, welche der Volksmund unter dem Sammelnamen „Rummelplätze" kennt, zu beschränken, indem er die Genehmigung solcher Belustigungen auf der Leistnerschen Wiese nur immer für drei aufeinander folgende Tage erteilte. Namentlich ging er davon aus, daß durch einen länger anhaltenden „Rummel" die Gesundheit der Umwohner geschädigt werden würde.

Die Lustbarkeitsunternehmer, Rudolph und Gerhardt, fochten diese Beschränkung im Verwaltungsstreitverfahren an und erzielten, daß das **Oberverwaltungsgericht** am Montag, nach Einholung von Gutachten des Kreisarztes und des Medizinal-Kollegiums der Provinz Hessen-Nassau die Verfügungen des Polizeipräsidenten, durch welche die Beschränkung der Erlaubnis auf drei Tage ausgesprochen worden war, **außer Kraft** setzte. Begründend wurde ausgeführt: Allerdings bestehe in Kassel (was auch in anderen Orten der Fall ist) eine Polizeiverordnung, die von einer vorherigen Erlaubnis abhängig mache das Aufstellen von Karussells, Schießbuden, Schaubuden usw. bei Messen, Marktfesten und bei jeder anderen Gelegenheit an den, dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wegen und Plätzen. Die Polizeibehörde habe aber gleichwohl nicht das freie Ermessen. Die Verordnung sei nur so aufzufassen, daß die Genehmigung notwendig sei, daß bei ihren Entscheidungen sich aber die Polizei an ihre gesetzlichen Befugnisse halten müsse und die Erlaubnis nur versagen und beschränken könne, **soweit** polizeiliche Gründe dies rechtfertigen. In diesem Sinne betrachtet, sei die Polizeiverordnung gültig. Vorliegend frage es sich nun, ob gesundheitspolizeiliche Gründe die polizeiliche Beschränkung rechtfertigten. Da komme entscheidend in Betracht das Gutachten des Medizinal-Kollegiums. Dieses habe ausgeführt: Man könne allerdings von Belästigungen der Umwohner durch das Geräusch der Orgeln, Karussells und des Publikums des Platzes sprechen. Eine Gesundheitsschädigung sei aber nicht anzunehmen. Eine Gefahr für die Gesundheit bestehe erst dann, wenn befürchtet werden müsse, daß das Geräusch im Körper des ihm ausgesetzten Individuums Organveränderungen oder Störungen von Tätigkeiten von Organen verursachen, **welche die Zeit der unmittelbaren Einwirkung des Geräusches überdauern.** Das sei hier nicht anzunehmen. Deshalb sei die durch die Klage angefochtene Beschränkung außer Kraft zu setzen.

Beschäftigung schulpflichtiger Kinder im Gewerbebetrieb.

Das Landgericht **Chemnitz** hat am 30. Januar d. J. den Schieferdecker Heinrich **Müller** wegen Vergehens gegen das Kinderschutzgesetz zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Als der Angeklagte im vorigen Jahre ein durch Feuer zerstörtes Dach neu zu decken hatte, duldete er es, daß sein damals 13 Jahre alter Neffe sich dabei betätigte. Dieser leistete nämlich an den Nachmittagen den Handwerkern dadurch Hilfe, daß er, auf eine Leiter steigend, diesen die Schieferplatten zureichte. Da der Knabe zwar über 13 Jahre alt, aber noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet war und auch nicht zu dem Hausstand des Angeklagten gehörte, so hatte M. sich gegen die §§ 2 und 4 des genannten Gesetzes vom 30. März 1903 vergangen. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte **Revision** eingelegt, in der er u. a. einwandte, daß die Tätigkeit des Knaben bei der Dacharbeit als keine „Beschäftigung im gewerblichen Betriebe" angesehen werden könne, wenn sich der Knabe auch, wie festgestellt, in einer Woche hindurch in dieser Weise betätigt hatte. **Das Reichsgericht verwarf** dieser Tage die Revision als unbegründet.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reich nach den Ergebnissen der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907.

Die statistische Beilage des „Correspondenzblattes" der Generalkommission vom 27. April 1912 enthält eine Bearbeitung der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907, die den Nachweis der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit seit 1882 besonders übersichtlich zur Anschauung bringt. Die Statistik zeigt, welche Veränderungen seit der vorletzten Berufszählung in der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen und in ihrer Beschäftigungsart eingetreten sind, und wie sich demgemäß die gegenwärtigen Organisationsgebiete gestalten. Deshalb ist neben der Darstellung der allgemeinen Frauenerwerbsarbeit besonderer Wert auf den Nachweis der organisationsfähigen Arbeiterinnen in den einzelnen Berufsabteilungen, Berufsgruppen und Berufsarten gelegt worden.

Von den sechs Berufsabteilungen, auf die die amtliche Zählung die ortsanwesende Bevölkerung verteilt, umfassen die Abteilungen A) Landwirtschaft, B) Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe und C) Handel und Verkehr

1882	1895	1907
91,9 Proz.	91,1 Proz.	91,8 Proz.

der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. In diesen für die Gewerkschaften hauptsächlich in Frage kommenden Berufen spielt die Frauenarbeit eine bedeutende Rolle, wie es in der folgenden Uebersicht zum Ausdruck kommt:

In Berufsabteilungen	Jahr	Erwerbstätige männlich	Erwerbstätige weiblich
A. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei	1882	5 701 587	2 534 909
	1895	5 539 533	2 753 154
	1907	5 284 271	4 598 986
B. Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe	1882	5 269 489	1 126 976
	1895	6 760 102	1 521 118
	1907	9 152 330	2 103 924
C. Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft	1882	1 272 208	298 110
	1895	1 758 903	579 608
	1907	2 546 253	931 373

Von je 100 Erwerbstätigen der drei Berufsabteilungen stellte die

Abt.	1882 insgesamt	1882 davon m.	1882 davon w.	1895 insgesamt	1895 davon m.	1895 davon w.	1907 insgesamt	1907 davon m.	1907 davon w.
A.	50,8	35,2	15,6	43,9	29,3	14,6	40,2	21,5	18,7
B.	39,5	32,5	7,0	43,7	35,7	8,0	45,7	37,2	8,5
C.	9,7	7,8	1,9	12,4	9,3	3,1	14,1	10,3	3,8
Zusammen	100,0	75,5	24,5	100,0	74,3	25,7	100,0	69,0	31,0

Nicht alle hier gezählten Erwerbstätigen kommen aber als organisationsfähige Personen in Frage. Als organisationsfähig gelten im allgemeinen nur die unselbständigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die als o = Gehilfen in der amtlichen Zählung geführt sind, unter Ausschluß der mithelfenden Familienangehörigen, die die Statistik als o 1 = Personen aufführt.

Der Nachweis über die organisationsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen und die Veränderung der Zahl zwischen den einzelnen Zählperioden läßt sich aber nur für die letzten beiden amtlichen Erhebungen von 1895—1907 erbringen, da die 1882 aufgenommene Statistik eine Gliederung der unselbständigen Erwerbstätigen nach ihrer wirtschaftlichen Stellung nicht vorgesehen hatte. Sie berücksichtigt alle die Berufe, die organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen in nennenswerter Zahl enthalten, also die Berufsabteilungen: Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr und häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art. In der letzten Berufsabteilung (Abteilung D) sind nur solche Dienstboten enthalten, die nicht im Hause ihrer Herrschaft wohnen.

Frauenarbeit in Oesterreich. Nach der Betriebszählung von 1902 kamen in Oesterreich auf je 1000 Beschäftigte im Gewerbe 263 Frauen (gegen 229 in Deutschland), in der Industrie 253 (223), in Handel und Verkehr 312 (268). Es stehen 5 850 158 Frauen in Oesterreich im Erwerbsleben, das sind 44 Proz. aller Frauen gegen 30,4 Proz. in Deutschland. Da aber 42 Proz. aller Frauen in Oesterreich verheiratet sind, ergibt sich von selbst, wer die Familie zerstört! Dabei dürfen in Oesterreich die Frauen — das 1862er Gesetz sagt „Frauenspersonen" — immer noch nicht einmal politischen Vereinen angehören!

Private Mutterschaftsversicherung.

Zu einem Vortrag über „Freiwillige Mutterschaftsversicherung als Ergänzung und Ersatz des durch die Reichsversicherung gebotenen Mutter- und Säuglingsschutzes" sprach im Auftrag der „Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge" am Nachmittag des 1. Mai im Bürgersaal des Berliner Rathauses Fräulein Jensen aus Baden-Baden. Da, so meinte die Rednerin einleitend, die Einführung der staatlichen Mutterschaftsversicherung wohl noch zirka 15 Jahre auf sich warten lassen dürfte, inzwischen aber sicher viel Mutterelend zu beheben sein würde, habe die „Propagandagesellschaft" in Baden-Baden, Karlsruhe und Heidelberg private Mutterschaftsversicherungen ins Leben gerufen. Da auch in Berlin dieser Gedanke von der Hauptstelle praktisch erprobt werden solle, sagte der Geschäftsführer Dr. Recke, sei es angebracht, die süddeutschen Vorläufer durch Fräulein Jensen hier zu Worte kommen zu lassen. Bereits früher besprachen wir an dieser Stelle die städtische Mutterschaftsversicherung, wie sie in Zittau in Sachsen eingerichtet worden ist. In sehr ähnlicher Weise arbeitet man in den drei süddeutschen Städten, jedoch mit dem Unterschied, daß Mitglieder aller Stände, beiderlei Geschlechts, angeworben werden, die die Kasse durch einmalige oder dauernde Zuwendungen unterstützen. Diese Kassen beruhen also einesteils auf Wohltätigkeit, andererseits auf Selbsthilfe und könnten bei Einführung immer nur als ein Notbehelf angesehen werden. Es wird beabsichtigt, aller Orten private Mutterschaftskassen ins Leben zu rufen, falls die staatliche Mutterschaftsversicherung dann käme, die doch sicher des Geldes bedürfe, könne eventuell das Kapital der privaten Mutterschaftskassen der staatlichen Einrichtung überwiesen werden. In Holland (Haarlem) habe man auch schon eine solche Kasse eingerichtet. Der Abtreibung, dem Neumalthusianismus usw., würde durch solche Frauenhilfe auch sicher vorgebeugt werden. Die Propagandagesellschaft arbeite aber nicht in dem Sinn des „Bundes für Mutterschutz". Auf die Anfrage, wie sich die Propagandagesellschaft unehelichen Müttern gegenüber verhalte, erfolgte die Antwort: „Wir nehmen sie natürlich auch auf, unterstützen sie nach jeder Richtung hin, aber" — und dann kam der Pferdefuß — „im großen und ganzen sind unsere überall zu erstrebenden (?) freiwilligen Mutterschaftskassen nur für eheliche Mütter geplant."

Solche privaten Versuche sind nicht nur unzulänglich, sie müssen auch den Forderungen nach staatlicher Zwangsmutterschaftsversicherung hinderlich werden.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Frauen Württembergs tagte am letzten Sonntag in Stuttgart. Sie war von 67 Delegierten aus 27 Orten besucht. Genossin Zietz-Berlin sprach über „Die Frauen und der politische Kampf", Genossin Zetkin-Stuttgart über „Die Entwickelung der Frauenarbeit in Württemberg". Angenommen wurde u. a. ein Antrag auf Schaffung einer besonderen Frauenagitationskommission und baldige Anstellung einer Sekretärin für die politische Frauenagitation. Die Anträge wurden dem Landesvorstand überwiesen.

Gerichts-Zeitung.

Methylalkoholprozeß.

Im Methylalkoholprozeß gingen gestern die Plaidoyers der Verteidiger zu Ende. Die Verhandlung wurde auf **Sonnabend** vertagt.

Verweigerte Justiz.

Am 26. April stand der Dreher **Otto O.** vor dem Schöffengericht in Moabit, um sich wegen einer begangenen Körperverletzung zu verantworten. Bevor seine Sache zur Verhandlung kam, hatte er sich nebst seiner Ehefrau, die ihn begleitete, in den Zuhörerraum begeben, um dieser einmal das Leben und Treiben vor Gericht sehen zu lassen. Plötzlich horchte O. erstaunt auf: vom Richtertisch her hatte er seinen Namen gehört. Der Richter, ein schon bejahrter Herr, unterhielt sich dort mit den beiden Schöffen und äußerte dabei etwa folgendes: „Meine Herren, es sind heute alles nur kleine Sachen; **aber hier dem O. wollen wir einmal ordentlich etwas aufmacken, damit er genug hat!"** O. war sprachlos. Daß ein Richter, noch ehe er die Verteidigung des Angeklagten gehört, mit seinem Urteil schon vorher fertig ist, schien ihm etwas Unglaubliches. Um sich zu vergewissern, ob er recht gehört, wandte sich O. an einige andere Zuhörer und fragte diese, was der Richter eben gesagt habe. Es wurde ihm von dieser Seite bestätigt, daß er richtig verstanden hatte. Nun faßte O. den Vorsatz, den Richter **wegen Befangenheit abzulehnen.** Als die Verhandlung gegen ihn begann, wobei der Richter einen besonders scharfen Ton anzuschlagen beliebte, **bat O. ums Wort, um seinen Ablehnungsantrag anzubringen.** Der Richter ließ ihn aber nicht zu Worte kommen, sondern drohte, ihn abführen zu lassen. Als der Angeklagte sich dadurch nicht abschrecken ließ, beantragte der **Staatsanwalt** auf einen Wink des Richters **drei Tage Haft wegen Ungebühr** vor Gericht. Das **Gericht** verhängte hierauf über den Angeklagten eine sofort zu verbüßende Strafe von **zwei Tagen Haft.** Die Sache selbst wurde vertagt.

Das Ablehnungsrecht des Angeklagten wird natürlich in einem späteren Termin geltend gemacht werden. Um zu seinem Rechte zu kommen, wird dem Angeklagten nichts übrig bleiben, als Antwort auf die Frage nach seinen Personalien das Ablehnungsgesuch zu stellen. Die Beschwerde gegen die Ordnungsstrafe wird wohl Erfolg haben — aber die 2 Tage sind abgesessen.

Eine Verzweiflungstat.

Aus Verzweiflung über das ehebrecherische Treiben seiner Frau hat der 45jährige Marmorschleifer Julius **Müller** eine Schreckenstat begangen, die ihn gestern unter der Anklage des **Mordes** und des **versuchten Mordes** vor die Geschworenen führte.

Den Vorsitz in der Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III führte Landgerichtsdirektor **Liebenow,** die Anklage wurde vom Staatsanwalt **Ascher** vertreten, als Verteidiger des Angeklagten fungierten die Rechtsanwälte **Lublinski** und Dr. **Hirschfeld.** Die Verhandlung entrollte ein erschütterndes Familienbild. Der Angeklagte, welcher allerseits als ein fleißiger und nüchterner Mensch geschildert wird, der nur das Wohl seiner Familie im Auge hatte, ist seit dem Jahre 1898 verheiratet und Vater von 4 Kindern im Alter von 1½ bis 11 Jahren. Die Ehe war stets glücklich gewesen, bis Ende vorigen Jahres die Zuneigung der 30jährigen Ehefrau zu dem 19jährigen Marmorschleifer und Klavierspieler Bergemann das Eheglück brach. Als eines Tages der Angeklagte dahinter kam, daß seine Frau mit Bergemann einen Tanzboden aufgesucht hatte, während die vier Kinder allein und ohne jegliche Aufsicht zu Hause lagen, kam es zwischen den Eheleuten zu einer Aussprache, in deren Verlauf die Frau offen erklärte, sie liebe den B. und könne nicht von ihm lassen. Wie der Angeklagte vor Gericht mit bewegter Stimme angab, habe er am nächsten Tage, von einer eigentümlichen inneren Unruhe gepackt, nicht recht arbeiten können. Als er nach Hause eilte, habe er auf der Straße seinen elfjährigen Sohn Albrecht getroffen, der ihm erzählt habe: „Mutter sei mit Bergemann oben, ihn habe man zum Schlächter geschickt." Er sei dann in die Wohnung gelaufen und habe hier seinen Verdacht bestätigt gefunden. Am Nachmittage sei dann schließlich in ihm der Plan immer mehr und mehr gereift, **aus dem Leben zu scheiden und die Kinder mitzunehmen.** Er habe es, wie der Angeklagte vor Gericht weinend erzählte, nicht über das Herz bringen können, seine Kinder einem so ungewissen Schicksal zu überlassen. Er habe es nicht fertig bringen können, seine Kinder der Frau zu überlassen, die nach seinem Tode doch mit jenem jungen „Bengel" zusammenziehen würde. Am Abend habe er dann nochmals in aller Ruhe eine Aussprache mit seiner Frau gehabt. Diese habe sich ihre guten Kleider angezogen und sei einfach weggegangen. Als er nun mit den Kindern allein war, habe ihn die **Verzweiflung** gepackt. Nachdem er den Kindern in der Küche eine Lagerstätte bereitet hatte, habe er 3 Zehnpfennigstücke in den Gasautomaten gesteckt und dann, nachdem die Kinder eingeschlafen waren, **den Gashahn geöffnet** und sich selbst den Schlauch in den Mund gesteckt. Er sei bald **bewußtlos** geworden und erst am frühen Morgen durch das Klopfen des Bäckers wach geworden. Nachdem sich seine Benommenheit gelegt hatte, erinnerte er sich erst der Dinge, die sich am Abend vorher abgespielt hatten. Sein erster Gedanke galt den Kindern. Als er bemerkte, daß die drei ältesten Kinder noch lebten, das jüngste, **die 1½jährige Käte jedoch bereits tot war, stürzte er nach dem nächsten Polizeirevier und stellte sich hier freiwillig.**

Von sämtlichen Haushewohnern, sowie von seinem Chef und dessen sämtlichen Angestellten wurde eine Eingabe an das Gericht geschickt, in welcher das Gericht um eine milde Bestrafung des Angeklagten gebeten wurde. — Staatsanwalt **Ascher** erkannte an, daß dem Angeklagten die weitgehendsten Milderungsgründe zur Seite stehen, er beantragte, nur die Schuldfrage nach Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände zu bejahen.

Die Rechtsanwälte, Justizrat **Lublinski** und Dr. **Hirschfeld,** schilderten den Geschworenen in den düstersten Farben das tieftraurige Familienleben des Angeklagten, der durch ein ehebrecherisches Weib ins Unglück gestürzt worden sei. Der arbeitssame und nüchterne Mann sei offenbar durch das schändliche Verhalten der Frau in einen dumpfen Verzweiflungszustand geraten, in dem er sich über seine Handlungen überhaupt nicht mehr habe Rechenschaft ablegen können. Wenn man das Seelenleben eines solchen Menschen analysiere, so könne man, ohne gegen Gesetz und Recht zu verstoßen, sehr wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß hier die Tat eines Mannes vorliege, der nicht mehr Herr seiner Sinne sei. Wenn man dies annehme, so müsse man aber zu einer Freisprechung kommen.

Die Geschworenen **verneinten** nach 1½ stündiger Beratung **sämtliche Schuldfragen.**

Als vom Landgerichtsdirektor **Liebenow** das auf **Freisprechung** lautende Urteil verkündet wurde, wurden im Zuhörerraum unterdrückte Beifallskundgebungen laut.

Der Angeklagte wurde sofort **aus der Haft entlassen.**

Unzulässige Trauungen.

Ueber die durch einen Rabbiner in vier Einzelfällen vorgenommene Trauung durchreisender Russen hatte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel eine Entscheidung von allgemeinem Interesse zu fällen. Der Prediger Dr. **Hildesheimer** hatte Russen, die sich auf der Durchreise vorübergehend hier aufhielten, ohne vorhergegangene standesamtliche Eheschließung nach den Vorschriften seiner Religion getraut. Er ging dabei von der Erwägung aus, daß einerseits der Standesbeamte nach § 1320 des Bürgerlichen Gesetzbuches gar keine Eheschließung vornehmen konnte, da ja von den eheschließenden Parteien niemand in Deutschland seinen Wohnsitz hatte, andererseits aber auch für Russen eine standesamtliche Eheschließung belanglos ist. Die Parteien wurden also nach seiner Meinung vom deutschen Recht gar nicht erfaßt. Die Staatsanwaltschaft erblickte aber in dieser Vornahme von Trauungen einen Verstoß gegen § 67 des Personenstandsgesetzes vom 6. Mai 1875, welcher bestimmt, daß ein Geistlicher oder Religionsdiener, welcher zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschließung schreitet, bevor ihm nachgewiesen ist, daß die Ehe vor dem Standesbeamten geschlossen, zu bestrafen sei. Der Staatsanwalt war aber selbst der Ansicht, daß der Fall sehr milde

liege, und beantragte für jeden Fall des Verstoßes gegen das Gesetz 20 M., zusammen also 80 **Mark Geldstrafe.** — Rechtsanwalt **Michael Meyer** machte hiergegen geltend, daß diese gesetzliche Bestimmung hier nicht zutreffe, da die Brautleute ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß ihre Ehe im Deutschen Reiche nicht rechtsgültig sei. Durch die gesetzliche Bestimmung solle aber nur verhütet werden, daß die Brautleute in den Glauben versetzt werden, sie seien auch nach deutschem Recht vollgültige Eheleute. Eventuell liege aus subjektiven Gründen keine strafbare Handlung vor, da Dr. H. sich vorher bei maßgebenden Stellen erkundigt habe und ihm zugegeben worden sei, daß hier eine Lücke im Gesetze vorliege. — Das Gericht nahm an, daß Dr. H. in gutem Glauben gehandelt, **mußte aber zu einer Verurteilung gelangen, da es** im Gegensatz zum Verteidiger annahm, **daß § 67 des Personenstandsgesetzes unter allen Umständen verhüten wolle, daß in Deutschland irgendeine Ehe ohne Mitwirkung des Standesbeamten geschlossen** werde. Da Dr. H. vier Fälle selbst **angegeben hatte,** wurde auf je 10 M., im ganzen **40 M. Geldstrafe** erkannt.

Eine mißlungene Mansfelder Meineidsaktion.

Aus Halle a. S. **berichtet man uns** unterm 30. April: Der frühere Bergmann Robert **Hempel,** spätere Austräger der Bochumer „Bergarbeiterzeitung", sollte in einem Beleidigungsverfahren gegen den Redakteur Genossen **Wagner** von der „Bergarbeiterzeitung" vor dem Schöffengericht Eisleben am 5. August v. J. **einen Meineid geleistet und einen Bergmann Solf** zum Meineid verleitet haben. Hempel, ein Familienvater von vier Kindern und ein bisher unbestrafter Mann, stand deshalb heute vor dem Schwurgericht. Bekanntlich setzte nach dem großen Streik von 1909 in Mansfeld eine furchtbare Verfolgung der Bergarbeiter ein, an der sich auch die Steiger unter dem Drucke der Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft beteiligten. Die „Bergarbeiterzeitung" wehrte sich und veröffentlichte unter der Spitzmarke: „Mansfelder Beamtenwirtschaft" einen Artikel, in dem mehreren Steigern Unredlichkeiten im Dienste der Gewerkschaft nachgewiesen wurden. Die Steiger Brauer, Krone usw. klagten gegen den Redakteur Genossen Wagner wegen **Beleidigung.** Das **Schöffengericht** kam aber zu Wagners **Freisprechung,** da er im großen ganzen den Wahrheitsbeweis geführt und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. In diesem Prozeß war nun Hempel als Zeuge aufgetreten und sollte bekundet haben, Steiger Krone habe sich von den Bergleuten Solf und Weiß während der Dienstzeit eine Privatlaube bauen und dafür den beiden Schichtlöhne zugute kommen lassen. Und vor dem Prozeß war er bei Solf gewesen, um Erkundigungen einzuziehen, wie sich die Sache verhalte. **Aus dieser Erkundigungseinziehung folgerten Solf und Krone die Verleitung zum Meineide.** Tatsächlich sagte Solf auch aus, Hempel habe ihn veranlassen wollen, vor Gericht die Unwahrheit zu beschwören. Hempel bestritt dies in dem früheren wie auch in dem heutigen Verfahren mit aller Entschiedenheit. Und daß Hempel der festen Ueberzeugung war, die Sache mit Krone sei nicht ganz rein, ergab die Vernehmung des Bergarbeiters Weiß, der unter Zeugen erzählt hatte, er habe Schichten bezahlt erhalten, ohne dafür Dienste geleistet zu haben.

Interessant gestaltete sich in der Beweisaufnahme die Vernehmung des **Gemeindevorstehers von Ziegelrode.** Hempel, der dort lange Jahre seinen Wohnsitz gehabt hat, wurde von dem Gemeindevorsteher **als ein friedlicher, ruhiger, guter Mensch** bezeichnet.

Darauf der **Schwurgerichtsvorsitzende: Zeuge,** in **einer amtlichen Auskunft** haben Sie aber über den Angeklagten **ganz etwas anderes** gesagt. Da bezeichneten Sie ihn **als einen Aufwiegler, der zu Verhetzungen neige.**

Gemeindevorsteher: Ja, das mag schon richtig sein. **Das war** aber bei der letzten **Reichstagswahl, wo der Angeklagte agitierte.** Bei seinem Wegzuge von Ziegelrode am 1. Februar d. J. hat aber derselbe Gemeindevorsteher dem Angeklagten ein **sehr gutes Führungsattest** ausgestellt. — Daraus kann man ersehen, welcher Wert solchen **„Leumundsattesten"** zuweilen beizulegen ist. Der Staatsanwalt sprach in seinem Plaidoyer den wunderhübschen Satz aus: Der Angeklagte sei gewiß **ein ganz guter Mensch,** aber er sei einer Partei **„verfallen",** die zur Verhetzung führe. Die Schuldfragen seien zu bejahen. — Die Geschworenen verneinten **jedoch** die Schuldfragen, infolgedessen der Angeklagte **freigesprochen** werden mußte.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Kampf". Sozialdemokratische Monatsschrift (Wien). 5. Jahrgang. Heft 8. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Adolf Braun: Neue Bahnen. — Otto Bauer: Wahlkampf in Wien. — Max Adler: Der Sozialismus Fichtes. — Wilhelm Ellenbogen: Die Irrtümer des Irredentismus. — Wladimir Lewinski (Lemberg): Die Spaltung der ukrainischen Sozialdemokratie. — F. Topalovits: Die Agrarfrage in Bosnien und die österreichisch-ungarische Regierung. — Eduard Stojetz: Landarbeiterorganisation. — Emil Strauß (Prag): Der Klassencharakter der österreichischen Finanzpolitik im Mittelalter. — Josef Luitpold Stern: Der neue deutsche Maigesang. — Bücherschau.

Textbücher zu Studien über Wirtschaft und Staat. Herausgegeben von Dr. J. Jastrow. Bd. I, **Handelspolitik.** 3 M. G. Reimer, Berlin.

Ist Ihnen bekannt, was „Kornfranck" ist und was er für jede Familie bedeutet?

14

Den echten „Kornfranck" gibt es nur in den grünen Paketen.

Unserem lieben Genossen **Ernst Bulicke** nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Genossen des 164. Bezirks. IV. Kreis.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Bruno Strunk
am 30. April im Alter von 22 Jahren verstorben ist. 63/15
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 3. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes, Wilhelmsberg, aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer
Artur Potratz
am 28. April im Alter von 18 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Reinhold Fitzner
am 1. Mai an Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäuskirchhofes in Weißensee, Falkensteinstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/11 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer unvergeßlichen Tochter **Frida Nitz** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" unseren herzlichsten Dank. 1485b
Franz Nitz. Familie Ziemann.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 28. April verstarb ganz plötzlich unser Mitglied, der Hilfsarbeiter
Paul Schulz
im Alter von 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Pauls-Kirchhof in Plötzensee statt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuiller, Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Geschirrsattler
August Suchland
(früher im Offiziersverein beschäftigt) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Mai, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Lankwitz, Marienfelderstraße, aus statt.
157/6 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters
Eduard Schubert
sagen wir allen Freunden, Bekannten sowie den Kollegen der A. E. G., Voltastraße, dem Unterstützungsverein der Schmiede, dem 6. Wahlkreis und dem Transportarbeiterverband unseren innigsten Dank. 55
Witwe Mathilde Schubert nebst Kindern. Antonstraße 24.

Danksagung.
Für die überaus zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirts
August Gennat
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den werten Gästen, dem Verein der freien Gastwirte, den Wahlvereinen, den Genossen des 383. Bezirkes, insbesondere Herrn Stadtverordneten Manasse für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen unseren herzlichsten Dank. 76/2
Wilhelmine Gennat geb. Hennig nebst Kindern.
Berlin NO. 43, Friedenstr. 15.

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 1491b
Wilhelm John und Kinder.

Vom Obstgarten zum Eigenhaus
Gartenstadt Hoppegarten: Q.-R. 15 M.
Gartenstadt Hofjagdrevier: Q.-R. 15 M.
Birkenwerder: Fließparzellen im Hofjagdrevier: 500 M.
Kolonie Thyrow, Anhalter Bahn: 8 M.
Hohen-Neuendorf: Q.-R. 15 M.
Zehlendorf: Q.-R. 70 M.
Kaulsdorf: Q.-R. 15 M.
Königstal: Q.-R. 15 M.
50 M. Anzahlung – zehnjährige Restkaufgeldhypothek. –
Wir haben nahezu **10,000 Gärten,** viele Sommer- und Ferienhäuser und Eigenhäuser zu kulanten Bedingungen **in 12 Kolonien** geschaffen. Fordern Sie unsere Broschüre „Zinsen statt Miete".
Allgemeine Bau- und Ansiedelungs-Gesellschaft C. Winkler m. b. H.
Berlin C 25. Dirckenstr. 20.
Fernspr.: Königstadt 2624

Ziehung v. 13.–18. Mai 1912
Grosse Coburger
Geld-Lotterie
17353 Geldgewinne ohne Abzug – A
360000 100000 50000
Lose à M. **3.–**, Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme
Emil Stiller, Hamburg, Holzdamm 39

Ruhesitz! Landhäuschen, nahe Wald, 1½ Stunde Bahnfahrt von Berlin, 4 Stuben, Küche, Speisekammer, Küche, Obstgarten, ½ Morg. Pachtland. Preis 4700,–. Anzahlung nach Uebereinkunft. 1494b
Witwe Roß u. Sohn.
Manchnow, am Bahnhof Gorgast.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark.
Sonntag, den 5. Mai: Eröffnung.
Täglich Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Großes Gala-Parade-, Höhen- und Fronten-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art. Sensationelle Attraktionen, u. a. Negerdorf, Arabische Derwische etc. Eintritt 25 Pf., Elitetage 50 Pf., Saisonkartenhefte a 30 Blatt 1,50 M.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke **Kufeke** -Kindernahrung -Krankenkost Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Vom 9. bis 15. Mai 1912
werde ich in
Berlin, Hotel Mainzer Hof, Schadowstr. 3
(Ecke Dorotheenstraße) anwesend sein, um
:: künstliche Augen ::
direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen und einzupassen.
F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

Drei Tropfen Kaol
Kaol
flüssige Metall-Politur
putzen das schmutzigste Metall spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pf.
Ueberall zu haben.
Fabrik: **Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.**

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten
Herren-Sommerpaletots u. Ulster und Anzüge in neu sowie speziell erstklassige, auf Seide gearbeitete Garderobe, von 2141L
Kavalieren getragen,
fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
erstklassige Bezugsquelle für
Gardinen u. Teppiche
Wallstr. 13 (dreizehn)

Auch Teilzahlung!
Nur Wilh.
Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Abessinier-Pumpen
zum Selbstaufstellen für Gartenbesitzer u. Laubenkolonisten von **8 M. an**
Flügelpumpen, Gartenspritzen, Filter, Röhren, Schläuche usw. billigst.
Erdbohrer leihweise.
Karl Köchlin & Co.
Berlin SW.,
Alte Jakobstr. 20/22
(IV 1676.)

Vornehme Herren-Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate.
von **1 Mark** an
Rosenthaler Strasse 40 Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstrasse.
Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.

Stoffe
für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkostüme Mtr. 3,–, 4,–, 6,– M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis d. Petrikirche.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1289. — **Verwaltungsstelle Berlin** Charitéstraße 3. — Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Sonnabend, den 4. Mai, abends präzise 12 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der

Kino-Operateure Groß-Berlins

in **Julius Meyers Festsälen**, Oranienstraße 103.

Tagesordnung:

1. **Vortrag.** 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Da über äußerst wichtige Angelegenheiten unserer **Branche** verhandelt werden soll, darf kein Kollege fehlen. — Die Versammlung beginnt **pünktlich 12 Uhr** und ist ein rechtzeitiges Erscheinen unbedingt notwendig.

☞ **Beiträge und Neuaufnahmen werden in der Versammlung entgegengenommen.**

Sonntag, den 5. Mai 1912, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und -Arbeiterinnen

in den **Musiker-Festsälen**, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dr. Moses** über: **„Der Zug durch das rote Meer“.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten **Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer,** ferner die in den Betrieben der **Gelbmetallindustrie** beschäftigten **Schnittarbeiter, an Ziehpressen und Stoßwerken Beschäftigte,** ferner alle an **Maschinen tätigen Arbeiterinnen** freundlich eingeladen.

116/11 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 3:

Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. **Berichterstattung vom Verbandstage.**
2. Verbandsangelegenheiten. 51/9

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet **Der Vorstand.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, part. Fernspr.: Amt Moritzplatz, 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Rückerstr. 9 Fernspr.: Amt Norden, 6708

Sonnabend, den 4. Mai, abends präzise 8½ Uhr:

Versammlung

der in den

Wagenlackiereien der Kleinmeister beschäftigt. Lackierer

in Fritz Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über die weitere Verfolgung der Lohnbewegung.

Angesichts der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß die Kollegen vollzählig erscheinen. Die Sektionsleitung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Heute Freitag, den 3. Mai, abends 6 Uhr, gleich nach Feierabend, bei **Jannaschk, Inselstr. 10:**

Firmen-Versammlung

für alle bei der Firma

Wildhagen beschäftigten **Putzer, Träger und Spanner.**

Pflicht aller Kollegen ist es, zu erscheinen!

139/5 **Der Sektionsvorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Ohne Anzahlung

liefere an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

komplette Wohnungs-Einrichtungen

sowie einzelne

Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen

Portieren, Teppiche, **Gardinen,** Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung. Ferner

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder

Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN Weinmeisterstr. 9 Ecke Alte Schönhauser Strasse

Sonntags 8—10 Uhr geöffnet

Orts-Krankenkasse für den Amtsbezirk Blankenfelde.

Einladung zur Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder zu den Generalversammlungen für die Zeit bis zum 31. August 1914 am

Dienstag, den 14. Mai 1912, im Lokale von **W. Schneider** in Berlin-Rosenthal I, Prinzenstr. 1.

Wahlberechtigt und wählbar sind diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers vorzulegen.

1. Für die **Vertreter der Kassenmitglieder aus Fabrikbetrieben,** nachmittags 2—4 und 5—7 Uhr; zu wählen sind 16 Vertreter.
2. Für die Vertreter der Kassenmitglieder aus dem Baubetriebe, abends 7½ Uhr; zu wählen sind 2 Vertreter.
3. Für die Vertreter der Kassenmitglieder aus dem Handelsgewerbe, abends 7¾ Uhr; zu wählen ist 1 Vertreter.
4. Für die Vertreter der Kassenmitglieder aller Handwerke, abends 8 Uhr; 275/10 zu wählen sind 2 Vertreter.
5. Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber findet in einem Wahlgange statt und zwar abends 8½ Uhr; zu wählen sind 8 Arbeitgeber.

Der Vorstand.
J. V.: **Schneider.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 5. Mai:

1. Abt.: 1 Uhr: Buch (Heilanstalt.) Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 5 Uhr: Baruth. 12½ Uhr: Mittenwalde. Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 5 Uhr: Nauen (Roatwick). 12 Uhr: Müggelheim (Klein). Start: Lausitzer Platz 12.
4. Abt.: 5 Uhr: Wandlitz. 1 Uhr: Schönwalde. Start: Küstriner Platz.
5. Abt.: 1½ Uhr: Familientour nach Biesdorf-Süd (Gesellschaftshaus). Start: Elysium.
6. Abt.: 7 Uhr: Zwiebusch (Berliner Schweiz). 1½ Uhr: Mahlsdorf-Süd (Heidekrug). Start: Oderberger Straße 28.
7. Abt.: 7 Uhr: Lanke (Stockmann). 1 Uhr: Schönwalde (Schulz). Start: Schulstr. 29. — Heute: Abteilungsversammlung 8½ Uhr.
8. Abt.: 5 Uhr: Teupitz (Tornows Idyll). 12 Uhr: Mittenwalde (Zum Kronprinzen). Start: Levetzowstr. 21. — Heute: Abteilungsversammlung 8½ Uhr.

Reinickendorf.

1. Abt.: 1 Uhr: Pichelswerder. Start: Scharnweberstr. 37.
2. Abt.: 2 Uhr: Waidmannslust (Schweizerhäuschen) Start: Zum Senefelder. 11/7

Den **Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.**

Wundervoll gestickte abgepaßte Portièren

(Uebergardinen für Fenster und Türen)

in Qualität **M. pro Fenster:**

Filztuch . . .	3,35 bis 10,50
Naturleinen . .	3,85 bis 20,00
Velvetplüsch . .	8,85 bis 75,00
Persisch (doppelseitig)	8,75 bis 36,00
Kochelleinen . .	6,75 bis 60,00
Pa. reinw. Tuch	16,50 bis 150,00

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko.

Von der Reise zurück 73/10

Dr. Alfred Alexander

Kurfürstendamm 226 (4—6.)
Artilleriestraße 11 (12—1).

Millionen schätzen am
Kathreiners Malzkaffee
das unerreicht feine Aroma.

Der Inhalt macht's!

Knaben-Woche

Dauer bis 8. Mai – Sonntag nur von 8–10 Uhr geöffnet.

ca. **20,000 Wasch-Anzüge Blusen, Hosen** usw.

Enorm billige Preise!

Satin-Sport-Hosen waschecht für 3—8 Jahre M. 1.60 für 9—15 Jahre M. 1.95

Kieler Anzüge gestreift oder weißer Waschstoff, Kragen und Manschetten zum Abknöpfen für 3—8 Jahre M. 4.60 für 9—15 Jahre M. 5.30

Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff, für 3-8 Jahre M. 1.30 70 Pf.
Matrosen-Wasch-Anzüge gestreift, Kragen schön garniert, für 3—8 Jahre . . . . M. 2.25
Ledersatin-Anzüge hochgeschlossen und Matrosenform, für 3—8 Jahre . . . . M. 3.40
Kieler Anzüge gestreifter Kadettstoff für 3-8 Jahre . . . . M. 3.30 für 9—12 Jahre M. 3.95
Prinz-Heinrich-Wasch-Anzüge für 3-5 Jahre M. 4.50 3.10
Wasch-Anzüge aus Resten, für 3-8 Jahre . . . . M. 4.65
Kittel-Anzüge einzelne Modelle . . . . M. 5.00
Einzelne Waschblusen f. 3-9 Jahre M. 1.65 1.15 90, 45 Pf.
Einzelne Waschhosen für 3-8 Jahre . . M. 1.15 80, 45 Pf.
Sport-Hemden in den neuesten Mustern . . . . M. 1.75
Knaben-Strohhüte neueste Formen . . . . von 50 Pf. an

Sämtliche Angebote gelten solange Vorräte reichen. Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt

Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 — 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 — Schöneberg, Hauptstr. 10

Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Hauptkatalog Nr 44 (Letzte Moden) kostenfrei

Bilanz für das Geschäftsjahr 1911. Jahres- und Liquidations-Bilanz der **Möbelfabrik Einigkeit** (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Aktiva.

Kassakonto . . .	1 244,50 M.
Bankkonto . . .	24 330,37 „
Fabrikationskonto .	4 150,— „
Materialienkonto .	5 108,— „
Maschinenkonto .	2 223,— „
Werkzeugkonto . .	1 134,— „
Utensilienkonto . .	1 313,— „
Kontokorrentkonto	18 479,— „
	57 981,96 M.

Passiva.

Kreditorenkonto .	16 024,59 M.
Geschäftsanteilkonto	180,— „
Darlehnskonto . .	36 589,34 „
Delkrederekonto .	964,— „
Reservekonto .	340,— „
Gewinn- u. Verlustk.	—,— „
Gewinnvortrag .	3 884,03 „
	57 981,96 M.

Im Laufe des Geschäftsjahres ist 1 Genosse ausgeschieden, beigetreten keiner. Am Schlusse des Geschäftsjahres 1911 gehörten der Genossenschaft 6 Genossen mit einer Gesamthaftsumme von 180 M. an. Es haben sich das Geschäftsguthaben der Genossen und die Haftsumme um je 30 M. verringert. Unsere Genossenschaft ist durch Generalversammlungsbeschlüsse vom 5. und 19. März 1912 aufgelöst, die Gläubiger werden aufgefordert sich zu melden. 1486b

Die Liquidatoren.
J. Stephan. C. Finkbeiner.

Kautabak

Nur echt, wenn jedes Röllchen nebenstehenden Zettel enthält.

G. A. Hanewacker Nordhausen. Schutzmarke.

Hauptniederlage: **H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engelufer 5. Tabak-Großhdlg. Amt Moritzpl. 3014.

Reinhold Wankel

Inh.: **F. Haegermann**

Berlin N. 54, Brunnen-Straße 163.

Juwelen-, Uhren-, Gold-, Silber- und Alfenide-Waren.

Renoviert und neu eröffnet am 1. Mai 1912, daher vollständig neues und modernes Lager.

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Nur äußerst reelle, gut ausgebildete **fachmännische** und kulante Bedienung.

Eigene Werkstätten im Hause.

Reparaturen von Goldwaren und Uhren finden bei allerbilligster Berechnung prompte Erledigung. 3029L

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten!

Nach einem Beschluß der Preßkommission sind unsere Spediteure gehalten, am ersten Sonntag im Monat das Abonnementsgeld kassieren zu lassen, wenn derselbe nicht vor dem vierten Tag im Monat fällt.

Wir bitten, im Interesse des Geschäfts und um den Botenfrauen unnötige Wege zu ersparen, zu diesem Sonntag das Abonnementsgeld bereit zu halten.

Die Hauptexpedition.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern die Wahlen eines Stadtrats und eines Stadtkämmerers zu vollziehen. Sie wählte als Ersatz für den verstorbenen Stadtrat Bohm zum besoldeten Stadtrat den Beigeordneten Berndt aus Mainz, der in dem Schapiro-Prozeß eine Rolle gespielt hat. Als Nachfolger des Kämmerers Steiniger, des jetzigen Direktors im Verband Groß-Berlin, wurde zum Kämmerer der Stadtrat Böß aus Schöneberg gewählt. Bei beiden Wahlen stand das Ergebnis im voraus fest, weil Gegenkandidaten nicht aufgestellt worden waren. Der „Nachwuchs" aus den Magistratsbeamten Berlins, der bei solchen Gelegenheiten auf Berücksichtigung rechnet, ist diesmal leer ausgegangen. —

Die Sitzung bot sonst nicht viel Bewundernswertes. Eine Magistratsvorlage betraf die Nutzung des „Segens" der Reichsversicherungsordnung, der in einen Profit für den Stadtsäckel umgemünzt wird. Die Ausgaben für die von der Stadt gewährte Hinterbliebenenfürsorge werden dadurch ermäßigt, daß man sie um einen Teil des Betrages der nach der Reichsversicherungsordnung zu zahlenden Renten kürzt. Bei dem Witwengeld will der Magistrat großmütig auf den Vorteil verzichten, den er durch Anrechnung der aus Reichsmitteln gezahlten Witwenrenten sich verschaffen könnte. Dagegen hält er bei dem von der Stadt zu zahlenden Waisengeld es für geboten, von ihm den halben Betrag der aus Reichsmitteln fließenden Waisenrente abzuzwacken. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte, daß auch beim Waisengeld die Stadt auf diesen Vorteil verzichten solle. Genosse Ritter zeigte, wie kleinlich solche Profitmacherei ist, wie wenig sie für den Stadtsäckel bedeutet und wie schwer sie anderseits die Waisen und durch sie die Witwen trifft. Die allem sozialen Empfinden ins Gesicht schlagende Maßregel, zu der der Magistrat die Stadtverordneten um ihre Zustimmung ersuchte, wurde vom Stadtrat Fischbeck wie etwas ganz Selbstverständliches hingestellt. Er hatte den Mut, zu behaupten, daß ein anderer Beschluß gerade in Arbeiterkreisen „gar nicht verstanden" werden würde. Aus der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung meldete sich nur Herr Goldschmidt. Er erklärte, daß mit ihm seine Freunde für den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion stimmen würden. Als es dann aber zur Abstimmung kam, lösten nur wenige seiner Freunde sein Versprechen ein. Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Auf diesen Sieg kann der Stadtfreisinn wieder mal „stolz" sein.

Die Profitwut der Großen Berliner hat vor längerer Zeit zum Zweck möglichst sparsamer Verwendung der elektrischen Kraft ein System eingeführt, dessen strenge Befolgung von den Fahrern verlangt wird. Der Kernpunkt dieses Sparsystems ist der, daß der elektrische Strom für den Antrieb der Wagen möglichst kurze Zeit in Anspruch genommen wird. Das soll dadurch erreicht werden, daß der Fahrer den Strom für einige Sekunden auf seine volle Kraft einschaltet. Der Wagen bekommt dadurch einen energischen Antrieb und wenn er in schnellstem Tempo dahinrast, wird der Strom ausgeschaltet und der Wagen läuft einige Zeit stromlos. Sobald die Kraft des Antriebes erschöpft ist, beginnt das Spiel des Ein- und Ausschaltens von neuem. Wir hatten seinerzeit, als dies System eben eingeführt war, auf die Gefährlichkeit desselben hingewiesen. Einen Wagen, der, sei es auch nur für den Bruchteil einer Minute mit voller Schnelligkeit dahinrast, kann der Fahrer natürlich nicht so in der Gewalt haben, als wenn er in annähernd gleichmäßigem Tempo fährt. Ein gewissenhafter Fahrer würde deshalb das stromsparende System, das in belebten Straßen eine große Gefahr für das Publikum mit sich bringt, überhaupt nicht anwenden, aber die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn verlangt es bei Strafe der Entlassung. Durch Kontrollapparate, sogenannte Stromzeitzähler, sowie durch Aufsichtsbeamten in Zivilkleidung werden die Fahrer auf die Durchführung des Sparsystems streng überwacht. Es gibt natürlich eine Anzahl Fahrer, die es im Stromsparen zu einer gewissen Virtuosität gebracht haben. Ihnen gleichzukommen, wird jedem Fahrer zur Pflicht gemacht. Wer es mit Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs oder infolge ungünstiger Betriebsverhältnisse nicht kann, über dessen Kopf schwebt stets das Damoklesschwert der Entlassung. Da gibt es im ersten Falle eine mündliche und im zweiten Falle eine schriftliche Verwarnung, die für den Wiederholungsfall die Entlassung in Aussicht stellt. Es ist begreiflich, daß die Handhabung dieses Sparsystems für das Fahrpersonal eine unerschöpfliche Fülle von Widerwärtigkeiten mit sich bringt und zu großer Unzufriedenheit Veranlassung gibt, um so mehr, da es mit Vorliebe gegen solche Personen angewandt wird, deren außerdienstliches Verhalten nicht den Beifall der Vorgesetzten findet. So kann man leicht Angestellte, die zwar bei der Arbeit ihre Pflicht tun, sich aber nicht durch ein biegsames Rückgrat auszeichnen, unter dem Vorwande, sie hätten eine Betriebsvorschrift verletzt, maßregeln.

Abgesehen von den Wirkungen, die das Stromsparsystem für die Angestellten mit sich bringt, birgt es, wie gesagt, eine große Gefahr für das Publikum in sich. Von diesem Gesichtspunkt aus sollten einmal die Aufsichtsbehörden die Angelegenheit betrachten.

Die Bevölkerung Berlins, welche bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 2 071 257 betrug, hatte durch den Osterumzugstermin von 1911 eine erhebliche Einbuße erlitten. Während die Zahl Ende Februar 1911 sich auf 2 077 863 belief, stellte sie sich nach Ablauf des genannten Umzugstermins, Ende April, auf 2 067 779, womit sonach ein Bevölkerungsverlust von rund 10 000 herbeigeführt war. Anders aber verhielt es sich mit dem Oktoberumzug, der einen jenen Verlust mehr als ausgleichenden Bevölkerungsgewinn brachte. Hatte sich im Frühjahr wie im Sommer die Bevölkerungszahl nur in sehr geringfügiger Weise verändert, derart, daß sie Ende August nur um rund 2000 höher stand als Ende März, so war Ende Oktober ein Gewinn um rund 8000 gegenüber der Zahl von 2 068 428 für Ende August festzustellen. Für den 1. Januar des laufenden Jahres stellt sich die fortgeschriebene Bevölkerung auf 2 084 045. Die durchschnittliche Bevölkerungszahl, eine für die verschiedenartigsten Verhältnisberechnungen besonders beachtenswerte Größe, betrug im Jahre 1911 2 071 940. Sehr bedeutsame, auch für die gesamte wirtschaftliche Lage bezeichnende Veränderungen zeigt die Ziffer in den letzten Jahren. Zunahme wird von Abnahme und diese wiederum von Zunahme abgelöst. So brachte das Jahr 1906 ein Mehr um rund 45 000, 1907 um 14 000, dagegen 1908 sowohl wie 1909 je eine Abnahme um rund 10 000, 1910 und 1911 jedoch wiederum ein Mehr von rund 9300 bezw. 12 500, so daß die durchschnittliche Bevölkerung Berlins im Jahre 1911 mit der schon genannten Zahl von 2 071 940 wieder etwa auf den Stand von 1907 gelangt ist, indem es diesen nur um rund 1900 übersteigt.

Die Berliner Wach- und Schließgesellschaft dehnt ihre Tätigkeit in einer Weise aus, die manchen überraschen dürfte, der bisher annahm, daß diese Gesellschaft nur einen Sicherheitsdienst versieht. Die Wächter bewachen nicht nur ein Haus, sondern sie überwachen auch das Hauspersonal derjenigen Hausbewohner, die sich zu diesem Zweck an die Wach- und Schließgesellschaft wenden; sie leisten also Detektivdienste, wie dem Berliner Verband der Hausangestellten bekannt geworden ist. Zwei Meldezettel wurden dem Verbandsbureau vorgelegt. Der erste lautet:

„Berlin, den 4. April 1912.

Herrn Dr. S. . . ., Hochwohlgeboren,
Tiergartenstraße.

Der Wächter des Reviers meldet von der letzten Nacht:
„Das Hausmädchen (Vorname) kam um 11,50 Uhr nach Hause."

Hochachtungsvoll
Berliner Wach- und Schließgesellschaft.
(Unterschrift.)"

Der zweite Zettel lautet:

Berlin, den 13. April 1912.

Herrn Dr. S. . . ., Hochwohlgeboren,
Tiergartenstraße.

Der Wächter des Reviers meldet von der letzten Nacht:
„Um 1,40 Uhr kam das Wirtschaftsfräulein heim; bis zu dieser Zeit brannte in deren Zimmer Licht; ebenso waren die drei danebenliegenden Fenster erleuchtet."

Hochachtungsvoll
Berliner Wach- und Schließgesellschaft.
(Unterschrift.)"

Wie Leute, die irgendeiner Schandtat verdächtig sind, werden diese Dienstboten überwacht, was bei „großen Herrschaften" nicht gerade selten sein soll. Mit der Gewährung von freier Zeit sind diese Herrschaften aber in der Regel sehr sparsam. So wird von diesen Leuten, die ihre Dienstboten so genau überwachen lassen, berichtet, daß ein Diener von früh 7 Uhr bis nachts um 12 Uhr Dienst hat und seinen Herrn abends ohne Klingelzeichen zu erwarten hat. Muß der Herr erst klingeln, bekommt der Diener einen Verweis. Und die „gnädige Frau" ist gewöhnlich sehr ungnädig dem Dienstpersonal gegenüber. — Und da wundern sich so viele Leute noch über die Dienstbotennot! Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Fabrik haben mehr persönliche Freiheit, als solche Dienstboten in „hochherrschaftlichen Häusern".

Warum bezeichnet sich übrigens die Wach- und Schließgesellschaft nicht offen auch als Detektivinstitut? Dann wüßte doch jeder, woran er ist.

Schulzeugnis-Extravaganzen.

Am Mittwoch behandelten wir eine Prügelaffäre von der 52. Gemeindeschule (Fruchtstraße). Wir haben auch hier, wie in ähnlichen Fällen, das letzte Schulzeugnis des betreffenden Schülers in Augenschein genommen. Dabei erregte eine handschriftlich beigefügte Bemerkung unser Interesse, die sich auf den Zeugnissen der Berliner Gemeindeschulen gewöhnlich nicht vorzufinden pflegt. In einer Ecke stand eine Angabe über den — Klassenplatz des Schülers unter so und so vielen Mitschülern. Es ist nun bekanntlich schon dagewesen, daß die Halbjahrszensuren bei manchen Schülern auch andere als die beabsichtigten erziehlichen Folgen gezeitigt haben. Infolgedessen sehen viele Eltern dem Halbjahrsschluß mit seiner Prüferei und Zensiererei immer mit etwas gemischten Gefühlen entgegen; ist doch „die Zahl der nervösen Kinder in unseren Gemeindeschulen verhältnismäßig hoch". Man sollte darum durch willkürlich angefügte Bemerkungen in Gestalt von Gesamtnummern das Zeugnis wenigstens nicht noch verschärfen. Zu den Versicherungen von zuständiger Stelle, daß in Berlin alles getan werde, um gewissen traurigen Vorfällen vorzubeugen, paßt diese Praxis keinesfalls. In mehreren Vororten ist diese pädagogische Unsitte noch generell im Schwunge. Unserem Laienverstande würde es widerstreben, einen Schüler in seiner angeblichen geistigen Leistungsfähigkeit sozusagen auf einen Ziffernwert zu bringen. Der Schüler soll ja doch in den Augen seiner Lehrer mehr sein als ein Unterrichtsobjekt, das man mit einer Nummer versieht. Wir können natürlich nicht entscheiden, ob die hier gerügte Unsitte auf eine „Liebhaberei" des betreffenden Lehrers, des Rektors oder des Schulinspektors hinausläuft. Jedenfalls hat die Städtische Schuldeputation das Setzen nach den Leistungen erst vor wenig Jahren direkt verboten. Geht es der Berliner Schuldeputation mit vernünftigen Anordnungen etwa ebenso wie manchen leitenden Reichs- und Staatsbürgern: daß nämlich die nachgeordneten Stellen sich mitunter nicht daran kehren?

Die Mainummer des „Freien Arbeiter" ist polizeilich beschlagnahmt worden. Diese Mitteilung wurde in der Maiversammlung der Anarchisten gemacht, die bei Boeker stattfand. Die Maiversammlung der Anarchisten im Lokal von Boeker bestand in der Hauptsache aus einer fulminanten Schimpfepistel des Herrn Fritz Köster gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer.

Eine späte Beerdigung. Eine Frau Müller aus der Colberger Straße wurde auf dem Wege zum Johannes-Friedhof bei Plötzensee unerwartet vom Tode ereilt. Hinter dem Moabiter Schützenhaus brach sie zusammen, und sie starb dann noch auf dem Transport zum Virchow-Krankenhaus. Im Krankenhaus nahmen die Aerzte einen Herzschlag an, doch mußte die Leiche dem Schauhaus zugeführt werden. Hier wurde am anderen Tage dem Gatten, als er die Leiche besichtigte, im Bureau von einem Beamten etwas von einer Beschlagnahme gesagt. Es werde, fügte man hinzu, wohl vier bis fünf Tage dauern, ehe die Staatsanwaltschaft die Leiche zur Beerdigung freigeben könne. Die Familie brauche sich um nichts weiter zu kümmern, sondern nur zu warten, bis ihr der Bescheid in die Wohnung geschickt werde. Herr Müller richtete sich nach dieser Anweisung — und wartete. Er wartete in Geduld vier Tage, fünf Tage, sechs Tage, aber noch immer kam nicht der versprochene Bescheid. Am siebenten Tage nach dem Tode seiner Frau machte er sich auf, um persönlich im Schauhaus anzufragen, ob denn die Leiche noch nicht freigegeben sei. Hier wurde ihm geantwortet, die Leiche stehe noch da. Man habe sich selber schon gewundert, daß es so lange dauere. Nach weiteren zwei Tagen sprach Herr Müller nochmals im Schauhaus vor, und als ihm jetzt wieder keine befriedigende Auskunft gegeben werden konnte, begab er sich zur Staatsanwaltschaft Berlin III. Wie es ihm bei der Staatsanwaltschaft erging, darüber erzählt er sehr Sonderbares. Im Bureau bemühte sich ein Beamter, in einer Liste nach Frau Müller zu suchen. Herr Müller meinte, der Beamte habe schließlich erklärt, sie stehe gar nicht drin. Es begann jetzt ein Telephonieren nach dem Schauhaus, nach Plötzensee, auch nach Tegel. Aus den Reden des Beamten glaubt Herr Müller schließen zu sollen, daß die Staatsanwaltschaft gar keinen Bericht erhalten hatte. Wir müssen diese Angaben auf sich beruhen lassen. Das aber steht fest, daß erst am neunten Tage nach dem Tode der Frau durch das persönliche Eingreifen des Ehemannes die Erlaubnis zur Beerdigung erwirkt wurde. Er traf dann die nötigen Vorbereitungen, und schließlich wurde die Verstorbene erst am zwölften Tage zu Grabe getragen.

Die Verhaftung eines Rechtsanwalts erregt in weiten Kreisen großes Aufsehen. Es handelt sich um den Rechtsanwalt Dr. Fritz Ehrhardt, der eine bedeutende und umfassende Praxis hat und sein Bureau in der Friedrichstr. 114 mit zwei anderen Anwälten gemeinsam betrieb.

Ehrhardt führte seit etwa zwei Jahren einen erbitterten Kampf mit verschiedenen Leuten. Zu den Gegnern des Anwalts gehört unter anderem auch sein Stiefvater, der Verlagsbuchhändler Herlet aus der Potsdamer Straße 118. Mit ihm führt er einen Prozeß wegen des Nachlasses seiner Mutter. Vorgeworfen wird dem Anwalt von seinen Gegnern Verleitung zur Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen und Meineid; außerdem vollendeter und versuchter Betrug, versuchte Erpressung, unfaire Praxis, Ueberforderung bei Klienten. Schließlich entwickelte sich ein ganzer Rattenkönig von Prozessen und Verfahren; die Beschuldigungen gegen Ehrhardt häuften sich immer mehr und die Gegner traten mit solchem „Tatsachenmaterial" auf, daß schließlich der Untersuchungsrichter die Verhaftung des E. verfügte, da Fluchtverdacht vorliege. Die Anschuldigungen lagen auch bereits der Anwaltskammer vor, die aber die Sache zurücklegte, bis in einem von dem Hauptgegner des E., Anwalt Dr. König, gegen ihn anhängig gemachten Verfahren das endgültige Urteil gesprochen sei. Der Verhaftete bestreitet jede strafbare Verfehlung. Jedenfalls ist die Sache noch keineswegs geklärt. Gegen die Verhaftung ist bereits an zuständiger Stelle Beschwerde erhoben worden, die angeblich viele Aussicht auf Erfolg haben soll.

Das Gerücht von einem Morde durchlief wieder einmal unseren Nachbarort Plötzensee. Dort landete man ungefähr 400 Schritte von der neuen Schleuse entfernt aus dem Spandauer Schiffahrtskanal die Leiche eines Mannes, der mehrere Verletzungen am Kopfe aufwies. Weil auch die Hände zusammengebunden schienen, hieß es gleich, er sei gefesselt und mit Gewalt ins Wasser geworfen worden. Die Leiche wurde nach der Halle in Plötzensee gebracht, der Befund ergab, daß der Tote, dessen Persönlichkeit sich nicht mehr feststellen ließ, schon sehr lange im Wasser gelegen hat. Solange, daß ihm inzwischen die Kleider stückweise vom Leibe gefallen sind. Dabei hatten sich die Fetzen um seine Hände gewickelt, die er zufällig zusammengeschlagen hatte. Die Kopfverletzungen rühren sicher von Schiffsschrauben oder Bootshaken her, da sie nach dem Tode dem Manne beigebracht worden sind. Ein Verbrechen ist also ausgeschlossen. Der Tote hatte eine gewöhnliche Remontoiruhr und ein Bund Schlüssel bei sich. Mitteilungen über seine Persönlichkeit sind in der Plötzenseer Leichenhalle abzugeben.

Schrecklich zugerichtet wurde Dienstag nachmittag die Arbeiterin Hedwig Holzfuß aus Fr.-Buchholz, bei einem Unfalle, den sie in den Elektrizitätswerken der Bergmann-A.-G. erlitt. Als sie an einer Bohrmaschine beschäftigt war, kam sie dem Räderwerk so nahe, daß ihre Haare erfaßt wurden. Ehe sie noch zurücktreten konnte, war ihr am Vorderkopf das Haar vollständig ausgerissen worden. Die entsetzlich Zugerichtete fiel besinnungslos um und wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach der Charité gebracht.

An den Knabenmord im Grunewald, der vor etwa zwei Jahren großes Aufsehen erregte, erinnert ein Selbstmordversuch, den der Tischler Schmalle am Dienstag in der Wohnung seiner Ehefrau in der Lehderstr. 94 in Weißensee verübte. Wie bekannt hatte Schmalle in einem Anfalle geistiger Umnachtung seinen 5jährigen Sohn im Grunewald vergiftet. Er wollte sich dann selbst das Leben nehmen, irrte einige Tage planlos in der Umgebung Berlins umher und wurde schließlich verhaftet. Der unglückliche Mann, der durch mißliche Familienverhältnisse zu der Tat getrieben worden war, wurde seinerzeit zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung zog er zu seiner Mutter und fand auch bald Beschäftigung in einem Schöneberger Fabrikbetriebe. Er bemühte sich auch, eine Aussöhnung mit seiner Frau, die schon lange vor seiner Verurteilung von ihm getrennt lebte, herbeizuführen und zu diesem Zweck besuchte er seine Frau wiederholt in deren Wohnung in der Lehderstr. 94 in Weißensee. Als Frau Schmalle Dienstag früh nach Berlin fuhr, um im Geschäft Kleidungsstücke abzuliefern, öffnete der Tischler die Hähne der Gasleitung in der Küche, um, auf einem Stuhl neben der Kochmaschine sitzend, den Tod zu erwarten. Glücklicherweise kehrte Frau Sch. früher zurück. Sie fand ihren Mann bereits bewußtlos vor, doch gelang es einem sofort hinzugerufenen Arzt nach längeren Bemühungen, den Tischler wieder ins Leben zurückzurufen. Das Befinden des Lebensmüden war jedoch so bedenklich, daß er in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Aerzte hoffen den bedauernswerten Mann retten zu können.

Abgestürzt. Auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal stürzte Mittwoch abend der russische Flieger Gordian Hösli mit seinem Dixieindecker aus beträchtlicher Höhe ab und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, so daß er nach dem Kreiskrankenhaus in Britz gebracht werden mußte. Der Aufstieg erfolgte kurz nach 8 Uhr. Hösli wollte den Goedeckereindecker, den die Dixigesellschaft auf der „Ila" ausgestellt hatte, einfliegen. Der Flieger startete vom alten Startplatz und flog in einer Höhe von etwa 30 Metern. Er nahm den Kurs nach der Waldseite des Flugplatzes. Als Hösli die Kurve nehmen wollte, rutschte der Apparat nach der Seite ab. Er selbst fiel aus dem Aeroplan und schlug auf den Boden auf. Hösli blieb bewußtlos auf der Stelle liegen. Er hatte sich auch am Kopf und im Gesicht schwere Verletzungen zugezogen. Mit einem Automobil brachte man den Bewußtlosen in das Kreiskrankenhaus in Britz, wo eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt wurde. In der Nacht zum Donnerstag ist der Abgestürzte gestorben.

Das Siemens-Schuckert-Luftschiff war gestern vormittag 8 Uhr 30 Minuten vom Biesdorfer Gelände aufgestiegen mit der Absicht, auf dem Müggelsee eine Wasserlandung vorzunehmen. Diese gelang auch vorzüglich. Bei einem zweiten Versuch tauchten jedoch die Gondeln tiefer ins Wasser ein, so daß die laufenden seitlichen Propeller das Wasser berührten und verbogen wurden. Die Rückfahrt zur Halle wurde mit den unversehrten rückwärtigen Pro-

pellern angetroffen. Als zur Landung in Biesdorf das Fangseil abgeworfen werden sollte, stellte sich heraus, daß es bei der Wasserlandung unklar geworden war und nicht richtig abrollte und von den Hilfsmannschaften infolgedessen nicht rechtzeitig erfaßt werden konnte. Das Luftschiff ging infolgedessen mit den drei Gondeln in den Wald und zog eine Furche, wobei sämtliche Propeller verbogen wurden. Nachdem man vom Walde freigekommen war, stieg das Luftschiff zu etwa 400 Meter Höhe empor. Hier wurden in der Luft so gut wie möglich die Propeller gerade gerichtet und dann zur Landung auf den Feldern zwischen Kaulsdorf und der Ballonhalle geschritten, wo man wegen der Feldarbeit auf ausreichende Hilfe rechnen konnte. Von hier aus wurde das Luftschiff in die Halle geschleppt, wo es 11 Uhr 30 Minuten eintraf. Die Hülle ist vollkommen unverletzt, die Beschädigungen sind gering.

Die Oeffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Rungestr. 25/27, versendet ihren 17. Jahresbericht, dem wir die folgenden Daten entnehmen: Im Jahre 1911 hat die Lesehalle 92 586 (1910: 98 731) Besucher gezählt, von denen 12 540 (14 626) auf die Sonntage entfielen. Der Tagesdurchschnitt des Jahres war 259; die Höchstzahl brachte der März mit 370, die geringste der August mit 161 Lesern. Die bevorstehende Reichstagswahl beeinflußte den Besuch der Lesehalle schon in den letzten Monaten des Jahres ungünstig, da die Männer durch Versammlungen und Wahlarbeit in Anspruch genommen waren. Eine starke Anziehungskraft übte neben den Zeitungen und Zeitschriften der Broschürentisch aus. Zur Auslage gelangten, dem verstärkten politischen Interesse folgend, u. a. die vom Nationalverein überwiesenen Hefte, wie: „Die Vorkämpfer deutscher Freiheit", „Volksschriften", ferner Schriften der „Abeggstiftung" und des Dresdener „Volkswohl". Vor Weihnachten wurden billige Ausgaben guter Bücher ausgelegt. Trotzdem die Zeit nicht günstig für Bücherlesen war, hat die häusliche Entleihung ihre steigende Tendenz bewahrt. Verliehen wurden 38 732 Bände (1910: 37 651), von denen 27 Proz. wissenschaftlichen Inhalts waren. Dagegen wurden in der Lesehalle außer den von der Statistik nicht erfaßten Broschüren nur 6312 (8220) Bände gelesen. An der häuslichen Entleihung waren 29 090 (27 420) Besucher beteiligt. Neu eingeschrieben wurden 1100 (1183) Leser, darunter 32 Proz. aus kaufmännischen, 39 Proz. aus gewerblichen Berufen. Dem Bericht ist wieder ein Nachtrag mit den wichtigeren neu aufgenommenen Büchern angefügt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am Sonntag, den 28. April, wurde auf der Bodentreppe des Hauses Rotherstraße 1 ein etwa acht Tage altes Kind weiblichen Geschlechts ausgesetzt aufgefunden und nach dem Städtischen Waisenhause, Alte Jakobstr. 33, gebracht. Das Kind war bekleidet mit weißem Jäckchen und Hemdchen. Eingewickelt war es in eine Windel aus Bettzeug, ein Barchentiuch, ein graues und ein rotkariertes Tuch. Mitteilungen über die pflichtvergessene Mutter werden im Polizeipräsidium, Zimmer 321, oder zu den Akten 1739 IV/59. 12 entgegengenommen.

BERLINER NACHRICHTEN.

Vater, Tochter und Sohn verunglückt. Ein Zusammenstoß zwischen einem Geschäftswagen und einem Straßenbahnzuge, bei dem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich am Mittwochabend gegen 7 Uhr am Andreasplatz. Dort versuchte der Kutscher Albert Schenk aus der Friedenstr. 97 mit einem von ihm gelenkten Geschäftswagen unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnzuge der Linie 70 das Gleis zu kreuzen, wurde jedoch, obwohl der Führer des Motorwaggons sofort die Gefahrbremse anwendete, angefahren. Bei dem Zusammenprall wurden der Kutscher und seine beiden neben ihm sitzenden Kinder auf das Straßenpflaster geschleudert. Schwenk erlitt Quetschungen und Hautabschürfungen am ganzen Körper, seine neunjährige Tochter eine Quetschung des rechten Oberschenkels und der vierjährige Sohn eine Kopfwunde. Die drei Verunglückten erhielten auf der nahen Unfallstation am Grünen Weg die erste Hilfe und wurden dann nach ihrer Wohnung übergeführt. Bei dem Zusammenstoß wurde der Vorderperron des Eisenbahnwagens erheblich beschädigt; eine Störung entstand infolge des Unfalles nicht.

Vermißt wird seit 8 Tagen der 16½ Jahre alte Richard Roak. Der junge Mensch verließ am Donnerstag, den 25. April, das Geschäft, in dem er beschäftigt war und ist bis heute nicht zu den Eltern zurückgekehrt. Der Vermißte ist mittlerer Statur und trug einen dunkelkarierten Jackettanzug und einen Strohhut. Wer über Eltern des Roak, Stralauer Str. 13/14, vorn III, gelangen zu lassen

Am 1. Mai bei der Maifeier in den Pharussälen wurde gefunden ein Spazierstock, verloren zwei Portemonnaies mit Inhalt. Ferner erhielt ein Genosse beim Billettkauf statt 10 Pf. ein Zehnmarkstück zurück. Im Voigttheater ist ein Trauring gefunden worden. Abzuholen bezw. abzuliefern sind diese Gegenstände im Wahlvereinsbureau Neue Hochstraße 23.

Bei der Maifeier der Metallarbeiter in der Brauerei Friedrichshain ist eine Krawattennadel mit Photographie und Perlenrand gefunden worden. Abzuholen im Bureau, Charitéstr. 3, Zimmer 8, von 9—1, 4—7.

Bei der Maifeier in der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, sind gefunden worden: 1 Herrenschirm, 1 Damengürtel. Abzuholen bei Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, vorn parterre.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die endgültige Entscheidung.

Heute wird sich endgültig entscheiden, welche Zusammensetzung die nächste Stadtverordnetenversammlung haben wird. Seitens der Gegner wird mit Hochdruck gearbeitet. Ein ungeheurer Terrorismus wird gegen alle diejenigen geübt, die von der Stadt oder dem Bürgertum abhängig sind. Diejenigen, welche nicht genug über den Terrorismus der Sozialdemokratie, der doch nur Notwehr ist, zetern können, genieren sich gar nicht, denjenigen Wählern, welche durch Amt oder Tätigkeit von der Stadt abhängig sind, ziemlich unverblümt den Boykott anzudrohen. Wir werden daher am heutigen Tage aus Notwehr ebenfalls von der Boykottverhängung denselben Gebrauch machen.

Am gestrigen Tage haben die vereinigten Reaktionäre noch ein Flugblatt an die Wähler verteilt, das an Oberflächlichkeit noch die bisherigen übertrifft.

Kein Wort ist darin enthalten zur Verteidigung ihrer Tätigkeit, sie scheinen selbst einzusehen, wie wenig Ehre sie damit einlegen können.

In dem Flugblatt wird dann gewissenhaft der große Erfolg der Sozialdemokratie geschildert und auf die bald bevorstehende Mehrheit derselben hingewiesen.

Die Verbindung der rechten und der linken Reaktionäre rechtfertige sie mit den schönen Worten, daß sie sich im Gefühl der Solidarität gegen die internationale Sozialdemokratie die Hand gereicht haben zum Entscheidungskampf gegen Gewalt und Tyrannei.

Eine bodenlosere Unverschämtheit ist bei diesen Wahlkämpfen noch nicht vorgekommen. Ausgerechnet diese notorischen Rechtsverdreher kämpfen also gegen Gewalt und Tyrannei. Damit können sie doch nur ihre eigenen Gewaltstreiche meinen, denn die Sozialdemokratie ist doch immer in der Minderheit gewesen. Der Zweck der Uebung ist jedoch, die Wähler vor der sozialdemokratischen Mehrheit Angst zu machen und pathetisch stellen sie daher die Wahlparole auf:

„Bis hierher und nicht weiter!"

„Die Solidarität der Sozialdemokratie muß zerschellen an der Solidarität der Bürgerschaft."

Wir haben die feste Hoffnung, daß die Wählerschaft am heutigen Tage diese Wahlparole der Wahlrechtsräuber elend zuschanden machen und zur Ernüchterung derselben beitragen wird.

Endlich wird auch die von den Demokraten herausgegebene Stichwahlparole bekannt. In der Generalversammlung, welche am Dienstag stattfand, wurde folgende Resolution nach langer, eingehender Debatte angenommen:

„Der Demokratische Verein Neukölln vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß die an der Wahlrechtsverschlechterung mittelbar oder unmittelbar beteiligten Parteien aus dem Stadtparlament verschwinden müssen. Deshalb fordert er bei ausdrücklicher Betonung der Selbständigkeit der Demokratischen Vereinigung und prinzipiellen Unterschiede zwischen dieser Partei und der sozialdemokratischen, die Wähler der zweiten Abteilung im 2., 3. und 6. Bezirk auf, ihre Stimme bei der Stichwahl am 8. Mai den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben."

Soweit die Berichte der Neuköllner Zeitungen. Wie uns aber mitgeteilt wurde, ist in dieser Resolution der Schlußsatz unterschlagen worden. Wir können nicht feststellen, ob das mit oder ohne Absicht geschehen ist, und wer dieses veranlaßt hat.

Bei der Berücksichtigung des Schlußsatzes, der da lautet:

„und mit allen Kräften für die Wahl derselben einzutreten"

gewinnt die ganze Resolution einen bedeutend energischeren Charakter.

Wir können zunächst nicht annehmen, daß seitens der demokratischen Vereinsleitung eine derartige Abschwächung der Resolution vorgenommen wurde, sondern glauben noch, daß die Redaktionen der Neuköllner Lokalzeitungen diese Aenderung vorgenommen haben.

An unsere Parteigenossen möchten wir die Bitte knüpfen, am Tage sich recht zahlreich an den Wahlarbeiten zu beteiligen.

Die Stichwahlaussichten sind überaus günstige.

Im 2. Bezirk sind 45,8 Prozent der abgegebenen Stimmen
„ 3. „ „ 46,2 „ „ „ „
„ 6. „ „ 48 „ „ „ „
für die Sozialdemokratie abgegeben.

Von unseren Parteigenossen hoffen wir bestimmt, daß sie sich schon frühzeitig an der Wahlarbeit beteiligen und die äußerste Energie aufwenden, um die vereinigte Reaktion zu besiegen.

Die Stichwahlen finden heute

Freitag, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Jeder Wähler übt das Wahlrecht in dem Bezirk aus, wo er am 1. August v. J. seine Wohnung innehatte. Wer in der Wählerliste steht, kann wählen. Wir bitten die Wähler, vorsichtshalber Legitimationspapiere mitzunehmen. Die Parteigenossen, welche nicht im Bezirk bestimmte Funktionen ausüben, bitten wir, sich im Wahlbureau bei Gemmecker, Kaiser-Friedrich-Str. 232, zu melden. Ebenfalls brauchen wir noch Radfahrer, auch diese wollen sich dort von 11 Uhr vormittags an melden.

Gewählt wird in folgenden Bezirken:

2. Bezirk: Für den Abstimmungsbezirk a, umfassend: Bouchéstraße, Elbestraße, Fuldastr. 11—52, Harzerstr. 1—25 und 96—98, Kaiser-Friedrich-Str. 29—55 und 195—221, Kölnisches Ufer 50—74, Laubestraße, Lohmühlenplatz, Lohmühlenstraße, Ossastr. 9—16 und 34—42, Schandauer Straße, Weichselplatz, Weichselstr. 11—60, Weiganduser 1 bis 15/16, Weserstr. 32—58 und 164—188, Wiesenufer, **in der Turnhalle des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 209/210.**

Schlepplokal bei **Bernert,** Kaiser-Friedrich-Str. 202.

Für den Abstimmungsbezirk b, umfassend Anzengruberstraße, Berliner Str. 47/48—61, Berthelsdorfer Straße, Brockenstraße, Dammweg, Donaustr. 35—53 u. 86—98, Elsenstraße, Finowstraße, Harzerstraße 26—95, Heidelberger Straße, Herzbergplatz, Innstr. 1—23 und 31 bis 48, Kaiser-Friedrich-Str. 56—194, Kiefholzstraße, Kölnisches Ufer 1 bis 48/49, Richardstr. 1—8 und 108—120, Roseggerstr. 13—41, Straße 62 (Bienengartenallee), Stuttgarter Straße, Teupitzer Str. 15—97, Thiemannstraße 1—14 und 26—40, Treptower Str. 10—44 und 51—96, Weiganduser 17—49, Weserstr. 59—162/163, Wildenbruchplatz, Wildenbruchstraße, **in der Turnhalle der 19. und 20. Gemeindeschule, Stuttgarter Straße 35/38.**

Schlepplokal bei **Künzel,** Kaiser-Friedrich-Str. 171.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind:

Richard Felsch, Gastwirt, Kniesebeckstr. 48/49,

Friedrich Fleischer, Zimmermeister, Allerstr. 44.

3. Bezirk: Für den Abstimmungsbezirk a, umfassend Bergstr. 1—58 und 119—163, Donaustr. 54—85, Gärtnerstraße, Goethestraße, Herzbergstraße, Hohenzollernplatz, Innstr. 24—30, Kirchgasse, Kirchhofstr. 1—9 und 35—49, Richardplatz, Richardstr. 9—53 und 64—107, Roseggerstr. 1—12 und 42—55, Rosenstraße, Schönewelder Straße, Treptower Straße 1—9 und 97—106, **im Deutschen Wirtshause, Bergstr. 136 bis 137.**

Schlepplokal bei **Schenk,** Rosenstr. 24.

Für den Abstimmungsbezirk b, umfassend: Bergstr. 59 bis 118, Böhmische Straße, Brusendorfer Straße, Drorhstraße, Elsterstraße, Grenzallee, Johann Hutstraße, Kölnische Allee, Kanner Straße, Lahnstraße, Marschstraße, Mittelbuschweg, Naumburger Straße, Niemetzstraße, Richardstr. 54—62/63, Saalestraße, Schulzendorfstraße, Teupitzer Str. 1—14 und 98—111, Thiemannstr. 15—25, Thüringer Straße, Unstrutstraße, Walterstr. 27—42, Wipperstraße, Zeitzer Straße, **in der Turnhalle der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emserstr. 133—137.**

Schlepplokal bei **Kraft,** Kirchhofstr. 13.

Der sozialdemokratische Kandidat ist **Wilhelm Schuch,** Maurermeister, Okerstr. 3.

6. Bezirk. Für den Abstimmungsbezirk a, umfassend: Berliner Str. 1—46 und 62—107, Donaustr. 1—34 und 99—131, Erkstraße, Fuldastr. 1—10 und 53—61, Hobrechtstr. 1—10 und 75—84, Kaiser-Friedrichstraße 1—28 und 222—248, Pannierstr. 1—3 und 61—64, Reuterstr. 18—26 und 66—77, Schönstedtstraße, Weichselstr. 1—10 und 61—69 in dem **Martin Reuterschen Lokal, Reuterstr. 26.** Ecke Kaiser-Friedrichstraße.

Schlepplokal bei **Albert Schmidt,** Reuterstr. 23.

Für den Abstimmungsbezirk b, umfassend: Biebrichstraße, Boddinstraße, Erlangerstraße, Hasenheide, Hermannplatz, Hermannstr. 1—27 und 233—258, Ilsastr. 1—4 und 11—14, Mainzer Str. 1—26 und 37—60, Münchener Straße, Reuterstr. 1—17 und 78—98/99, Wissmannstraße in der **Neuen Welt, Hasenheide 108—114.**

Schlepplokal bei **Zehrndt,** Hasenheide 9.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind:

Hermann Wilke, Fabrikant, Fuldastr. 55/56.

Ernst Kohl, Eigentümer, Schillerpromenade 27.

Im Krankenhause gestorben ist der fünfjährige Sohn der Arbeiterin Knabe aus der Weisestraße 16. Der Kleine hatte sich, wie gemeldet, während der Abwesenheit der Mutter mit Streichhölzern zu schaffen gemacht und dabei schwere Brandwunden davongetragen. Vorgestern mittag ist das Kind unter entsetzlichen Schmerzen im Buckower Krankenhause den Brandwunden erlegen.

Steglitz.

Eine auffällige Steigerung der Klagen weist der vor kurzem erschienene Bericht des hiesigen Gewerbegerichts über das Jahr 1911 nach. Während im Vorjahre das Gericht nur in 216 Fällen in Anspruch genommen wurde, stieg im Berichtsjahre die Zahl der Klagen um 97, also auf 313. Wie stets entfällt auch diesmal der Hauptanteil wieder auf das Baugewerbe, das mit 162 Klagen vertreten ist. Innerhalb dieses Gewerbes rangieren Steinträger und Bauarbeiter mit 86 Klagen an erster Stelle, dann folgen die Putzer mit 30, die Töpfer mit 26, die Maurer mit 23, die Schlosser mit 10 Klagen; der Rest verteilt sich auf fast sämtliche Gruppen des Baugewerbes. Diese Zahlen beweisen aufs neue, daß der Bauschwindel trotz aller Bekämpfung immer noch blüht. Das Fabrikgewerbe war mit 24, sämtliche anderen Gewerbegruppen mit 127 Klagen beteiligt. Die Zunahme der weiblichen Kläger von 13 auf 34 läßt den Schluß zu, daß die Kenntnis von der Institution des Gewerbegerichts sich mehr und mehr auch unter den Gewerbegehilfen ausbreitet. Das Ungesunde der wirtschaftlichen Verhältnisse spiegelt sich in der Tatsache, daß nicht weniger als 236 Klagen auf Zahlung rückständigen Lohnes gerichtet waren. Eingeklagt wurden Beträge bis 20 M. in 102, 20 bis 50 M. in 85, 50—100 M. in 82 und über 100 M. in 45 Fällen. Die höchste Klagesumme war 968 M. Die Zahl der Kläger betrug 344. Die vermehrten Klagen stellten naturgemäß an das Gericht wesentlich erhöhte Anforderungen. So wurden von dem Vorsitzenden allein an 76 Terminstagen 332 Termine abgehalten. Das Spruchgericht mußte anstatt 14 Terminstage im Vorjahre deren 28 mit 109 (73) Terminen absolvieren. Der Gerichtsschreiber nahm 202 Klagen zu Protokoll gegen 164 des Vorjahres. Ein wesentlicher Vorzug der Gewerbegerichte, die Schnelligkeit des Verfahrens, trat auch im Berichtsjahre wieder klar zutage, denn rund 62 Proz. aller Klagen wurden in einer Woche, weitere 17 Proz. innerhalb zweier Wochen erledigt und nur ein kleiner Teil zog sich längere Zeit hin infolge umfänglicher Beweisaufnahmen. Daß trotz der Beschleunigung die Rechtsprechung nicht schlecht gewesen sein kann, geht daraus hervor, daß in keinem einzigen Falle Berufung gegen die Endurteile eingelegt wurde.

Wilmersdorf.

Großes Aufsehen verursachte am Mittwoch der Selbstmord des Ingenieurs Joseph Kurtz aus der Augustastraße 5/6. Kurtz, der im 45. Lebensjahre stand, war verheiratet und bewohnte seit etwa einem Jahre eine größere Wohnung in der zweiten Etage des genannten Hauses. Vorgestern nachmittag gegen 5 Uhr, als der Ingenieur von einem Geschäftsgange zurückgekehrt war, schloß er sich in seinem Arbeitszimmer ein, öffnete ein Fenster und stürzte sich kopfüber auf die Straße hinab. Er blieb mit schweren äußeren und inneren Verletzungen blutüberströmt auf dem Bürgersteige liegen und starb unter den Händen eines hinzugerufenen Arztes. Der Grund zu der Tat ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt worden, doch dürfte der Selbstmord auf nervöse Ueberreiztheit zurückzuführen sein.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst entspann sich über einen Antrag des Gemeindevorstandes um Bewilligung von 24 000 M. für die Umzäunung des neuen Friedhofsgeländes in Gütergotz eine lebhafte Debatte. Die große Mehrheit vertrat die Meinung, daß es vorläufig noch nicht nötig sei, das Gelände in Gütergotz in Benutzung zu nehmen. Genosse Richter wies auf die ungünstige Lage dieses Geländes hin und erklärte, daß, bevor nicht für genügende Verkehrsmittel gesorgt sei, man den Friedenauer Einwohnern nicht zumuten könne, ihre verstorbenen Angehörigen dort zu beerdigen. Das Gelände sei besonders im Winter fast gar nicht zu erreichen. Ein Begräbnis würde unter diesen Umständen ein kleines Vermögen kosten und dadurch wäre es nur den Reichen möglich, ihre verstorbenen Angehörigen dorthin zu bringen. Außerdem könnte man aber noch bequem sechs Jahre mit dem in Friedenau vorhandenen Gelände auskommen. Der Meinung waren auch die meisten bürgerlichen Vertreter und so wurde der Antrag vertagt bis die nachgesuchte Bestätigung des Ministers eingelaufen ist, daß das noch in Friedenau vorhandene Gelände zu Friedhofszwecken benutzt werden darf. Die Errichtung eines Friedhofes in Gütergotz kostet übrigens die Kleinigkeit von annähernd 800 000 M. Hierauf kam ein Antrag zur Beratung, der Fürsorgevereinigung für die Veteranen 200 M. zu bewilligen. Der Verordnete v. Wrochem bedauerte, daß von Reichs und Staats wegen bis jetzt noch nichts für die Veteranen getan worden sei, dadurch sei die Gründung dieser Vereinigung notwendig geworden. Genosse Richter beantragte, daß die Gemeinde Geld direkt an die Veteranen zahlen soll. Dem wurde zugestimmt; ebenso einem weiteren Antrag, die Summe auf 400 M. zu erhöhen.

Lichtenberg.

Ein schwerer Unfall, bei dem durch Feuer zwei Männer lebensgefährlich und ein dritter leichter zu Schaden kamen, ereignete sich vorgestern vormittag gegen 11 Uhr in der Kohlenstiftefabrik der Gebrüder Siemens in der Herzbergstraße. Als der 49 Jahre alte Heizer Julius Janeschek vom Bismarckplatz 2 zu Rummelsburg im Maschinenhause Teermassen in die Feuerung schippte, schlug plötzlich eine große Stichflamme aus dem Ofen und erfaßte nicht nur ihn, sondern auch den 40 Jahre alten Kohlenschlepper Karl Miereck aus der Kronprinzenstr. 5 und einen dritten Mann, der gerade an der Feueranlage vorbeikam. Janeschek und Miereck wurden so schwer getroffen, daß sie am ganzen Körper über und über mit Brandwunden bedeckt waren. Der dritte Mann erlitt Verletzungen am Gesicht. Alle drei wurden auf der Unfallstation des Betriebes verbunden. Der Heizer und der Schlepper mußten mit Künzelschen Wagen nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden. Der leichter Verletzte konnte seine Wohnung aufsuchen.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurden die neu-, resp. wiedergewählten Vertreter in ihr Amt eingeführt. Unsere Partei ist jetzt durch drei Genossen vertreten. Der gegenwärtige Pächter des Rieselguts, Herr von Treskow-Dahlwitz, nötigt die Gemeinde, gegen ihn klagbar vorzugehen. Die auf dem Gut bisher lagernden Ton- und Drainröhren werden in absehbarer Zeit nicht gebraucht, sie sind daher verkauft worden. Der Abfuhr dieser Röhren setzte sich der Genannte aber entgegen und reklamierte sie als sein Eigentum, obwohl er vorher in einem Schreiben der Gemeinde ein Kaufangebot gemacht hatte. Er hat sogar die Röhren, die einen Wert von zirka 3800 M. repräsentieren, zum Teil unter Verschluß genommen. Ziemlich ungünstig hat die Gemeinde in einem Rechtsstreit mit der Firma Held u. Francke abgeschnitten, weil sie es versäumte, seinerzeit, als Genosse Pinseler darauf hinwies und auch der Gemeindebaumeister es forderte, gegen diese Firma einzuschreiten. Sie hatte, entgegen den Vertragsbestimmungen, bei dem Neubau der IV. Volksschule in Karlshorst Mörtel verwendet, der nach Meinung von Sachverständigen weniger wertvoll ist; sie hat in Akkord mauern lassen, ungenügende Schutzeinrichtungen getroffen und sich sonst noch Verstöße zu schulden kommen lassen. Der Bauleiter der obengenannten Firma war zugleich auch Gemeindevertreter. Das verspätete Vorgehen der Gemeinde rächt sich jetzt dadurch, daß sie genötigt war, einen recht mageren Vergleich zu schließen. Es standen übrigens vier Vergleichsanträge auf der Tagesordnung, wovon einer der wichtigsten, nämlich der mit der Firma Bruch, in geheimer Sitzung verhandelt wurde.

Wie erinnerlich, sind vor wenigen Wochen erst die Anliegerbeiträge für die Regulierung der Schloßstraße festgesetzt worden. Hiergegen waren Einsprüche erhoben worden, so daß sich die Gemeindevertretung abermals mit der Materie beschäftigen mußte. Einige Bürgerliche boten dabei das Bild nacktester Interessenvertretung. Nicht genug damit, daß die Gemeinde die Baukosten der Straße und daneben die Hälfte der Grunderwerbskosten trägt, möchten diese Herren auch noch die andere Hälfte der Kosten, welche doch nur durch die geradezu unverschämten Forderungen einzelner Anlieger so hoch gewachsen sind, der Allgemeinheit aufbürden. Die das verlangten, bewirkten aber gerade das Gegenteil und erweckten bei der Mehrzahl der Vertreter eine Stimmung, die eher zu einer kräftigeren Heranziehung der Anlieger geneigt war. Man ließ es aber bei dem früheren Beschluß. Eine andere Sache betraf die Festsetzung einer Pflichtstundenanordnung für die Lehrpersonen an den Volksschulen. Die Lehrer sind verpflichtet 30, die Lehrerinnen 26 Stunden zu übernehmen. Lehrern von 45 Jahren soll die Zahl um 2, Lehrern von 50 Jahren um weitere 2 und den an der 1. und 2. Klasse unterrichtenden außerdem um 1 Stunde ermäßigt werden. Für wissenschaftliche Lehrerinnen gilt das gleiche, wohingegen die Vergünstigung wegfällt, wenn eine bezahlte Nebenbeschäftigung — außer dem Fortbildungsschulunterricht — ausgeübt wird. Unsere Genossen benutzten die Gelegenheit, auf die dringende Notwendigkeit der Schulerweiterung hinzuweisen, damit das System der „fliegenden" Klassen beseitigt werde. Das wurde zugesagt.

Tempelhof.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich mit dem Projekt des Rathausneubaus. Das Gebäude soll auf dem 13 533 Quadratmeter großen Grundstück an der Berliner Straße errichtet und diese Fläche zunächst nur zur Hälfte bebaut werden. Erst nach der Bebauung des Tempelhofer Feldes soll an die Ausführung des zweiten Bauteiles gedacht werden. Von dem Bau eines Ratskellers sowie einer Dienstwohnung des zukünftigen Bürgermeisters nahm man aus Gründen der Zweckmäßigkeit Abstand. Das Gebäude wird eine Front von 65 Metern einnehmen und von der Straße 30 Meter Abstand erhalten; auf diesem freien Platz sind vorläufig gärtnerische Anlagen vorgesehen. Die Kosten des ersten

Bauleites sind auf 1 800 000 M. veranschlagt. Mit der Ausschreibung des Wettbewerbes, zu dem etwa 25 000 M. hergegeben werden sollen, konnte sich die sozialdemokratische Fraktion nicht einverstanden erklären. Genosse Schmidt riet, mit dieser erheblichen Belastung noch zu warten, bis der neue Baumeister für Hochbauten angestellt sei. Schöffe Jung, der sonst den sozialdemokratischen Anträgen nicht gut gesonnen ist, unterstützte den Antrag. Beschlossen wurde, diese Angelegenheit erst dem neuen Baumeister zur Bearbeitung vorzulegen. Bei der Untersuchung der Kinder durch den Schularzt hat sich herausgestellt, daß recht viele unterernährt aussehen und die bereitgestellten Mittel zur Anschaffung von Zähnen, Milch usw. nicht ausreichen. Eine ganze Anzahl von Kindern leide an Blutarmut oder an Tuberkulose. Eine Gesundheitskommission bestehe zwar in Tempelhof, habe aber bis heute noch nichts geleistet. Sehr wichtig und zweckmäßig sei es, diese Kommission zu verstärken und größere Mittel für die Schulhygiene und Wohlfahrtspflege bereitzustellen! Diese Ratschläge wurden von dem Vertreter der zweiten Klasse, dem nationalliberalen Dr. med. Richter, demselben Herrn, der damals für die Freigabe der Schulaulen zur Abhaltung der hygienischen Vorträge für die Krankenkassen nicht ein Wort der Fürsprache fand, erteilt. Genosse Schmidt bedauerte, daß sich der Schularzt Dr. Magnussen an die Armenkommission wende, um einige Mittel flüssig zu machen; es sei dies um so sonderbarer, als die Vertretung einen halbjährlichen Bericht vom Schularzt erwartet habe, bis heute aber noch nicht im Besitze eines solchen sei. Vom Vorsteher unterbrochen, wies Schmidt auf die Unmöglichkeit hin, eine so große Masse Kinder von einem einzigen Schularzt untersuchen zu lassen. Bewilligt wurden 500 M. für Schulhygiene und weitere 500 M. für Ferienkolonien. — Von der amerikanischen Petroleumgesellschaft im Industrieviertel wird sich ein ganz großes Fabriketablissement niederlassen. Der Fiskus hat sich bereit erklärt, das Straßenland abzutreten und die Pflasterkosten der Saalburgstraße zu ersetzen. Die Kosten werden von der Terraingesellschaft verauslagt, sie leistet an die Gemeinde eine Kaution von 30 000 M.

Der Streit um die Dammbreite der Straßen auf dem Tempelhofer Felde führte zu Auseinandersetzungen, wie sie erregter bisher im Dorfparlament nicht stattfanden. Unter den Gegnern des Feldankaufs wurde eine Dammbreite von 7,50 Metern für Wohnstraßen als ungenügend erachtet, während ein anderer Teil diese Breite für breit genug hält. Auch vom sozialdemokratischen Vertreter wurde unter Hervorkehrung des hygienischen Moments für breite Straßen plädiert. Vom Vorstandstische wurde auf die erheblichen Unterhaltungskosten aufmerksam gemacht. Hierauf erklärte der Herr Syndikus die Rechtsverhältnisse, wonach die Gesellschaft nach § 5 ein klagbares Recht besitzt, wenn der Damm der Straße Nr. 11 breiter als 7,50 Meter wird. Der Vertreter der 1. Klasse, Dr. Schmidt, gab in drastischer Weise seiner Unzufriedenheit Ausdruck. Es hätte ja gar keinen Zweck, hier dann weiter zu verhandeln, wenn alles bereits vertraglich geregelt sei. Er brachte seine Mappe in Ordnung und schlug seinen Kollegen vor, nach Hause zu gehen. Die Unzufriedenheit mit den engen Straßen brach sich selbst bei den Herren durch, die damals im Eilmarschtempo dem Vertrage ihre Zustimmung gaben. Die Abstimmung ergab, daß sich einschließlich der vier Sozialdemokraten die Vertretung mit einer Stimme Majorität für eine breitere Straße erklärte. Aber schon bei der ersten nachfolgenden Abstimmung über weitere Straßen ging die Majorität durch den Umfall des Dr. med. Richter in die Brüche. Damit hat die Schenkung von 20 000 M. der Feldgesellschaft an die Gemeinde zum Ankauf einer Dampfspritze wenigstens einen Erfolg gehabt. Am Schlusse der Sitzung erklärte sich die Vertretung mit der Anlegung des Parkringes einverstanden; Genosse Schmidt wünschte hierbei die Anlegung einer Anzahl Spielplätze. Aus der nichtöffentlichen Sitzung sei die Errichtung eines Toreinganges zum Park an der Berliner Straße erwähnenswert.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Zur Wasserversorgung wird amtlich mitgeteilt, daß die Gemeinde Schöneiche an dem mit der Stadt Lichtenberg wegen Lieferung von Leitungswasser getroffenen Abkommen festhält. Die Konferenz der 15 Gemeinden, die auf Einladung des Landrats stattfand, hat auf den bereits in aller Form abgeschlossenen Vertrag keinen Einfluß.

Wir halten diese Stellungnahme für eine bedauerliche; das ist eine Politik, die nicht über die eigene Nasenspitze hinausgeht. Die Hoffnung, daß durch die Initiative des Landrates die umliegenden Gemeinden zusammengeführt werden, um ein erstes gemeinsames Werk zu schaffen und dadurch auch den kleinsten und ärmsten Gemeinden Gelegenheit zu einer hygienisch einwandfreien Wasserversorgung zu geben, ist — wenn nicht die übrigen Gemeinden eine verständigere Politik betreiben — etwas gesunken. Es hat den Anschein, als sei Schöneiche ängstlich bestrebt, jede Verbindung mit Nachbargemeinden zu meiden. Die bisherige Verkehrspolitik, der Bebauungsplan, die Gas- und jetzt die Wasserversorgung nötigen zu diesem Schluß. Augenblicklicher Vorteile willen betreibt die Gemeindevertretung eine Politik, die wohl den Beifall der Grund- und Bodenspekulanten finden wird, von der aufgeklärten Arbeiterschaft aber wie von jedem einsichtigen Kommunalpolitiker auf das entschiedenste bekämpft werden muß. Nur um mit den niedrigsten Steuern, der zurzeit billigsten Gas- und Wasserversorgung usw. Reklame betreiben zu können, werden Monopolverträge abgeschlossen, die auf Jahrzehnte hinaus nicht nur jede gesunde Kommunalpolitik unmöglich machen, sondern auch den benachbarten Gemeinden die Erfüllung wichtiger Kulturaufgaben erschweren. Eine derartige Kirchturmpolitik, die bereits die Aufsichtsbehörde zum Eingreifen genötigt hat, ist allerdings nur möglich, wenn die Gemeindeverwaltung frei von sozialdemokratischen Vertretern ist.

Pankow.

Für die Nachwahl, die sich durch den Gewaltstreich der bürgerlichen Mehrheit der Gemeindevertretung im ersten Bezirk notwendig gemacht hat, ist der Termin nunmehr auch amtlich bekanntgegeben. Die Wahlhandlung wird sich über drei Tage erstrecken. Gewählt wird am Sonntag, den 12. Mai, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends, am Montag, den 13., und Dienstag, den 14. Mai, von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends in der Turnhalle der II. Gemeindeschule (Grunowstraße). Nach Lage der Sache wird es zu einem heißen Ringen um die beiden Mandate zwischen den Bürgerlichen und unserer Partei kommen. In beiden Lagern sind denn auch bereits die Wahlvorbereitungen im vollen Gange. Die Bürgerlichen hoffen bestimmt, aus ihrem gewalttätigen Vorgehen gegen unseren Erfolg vom 8. März für sich Nutzen zu ziehen. Sie spekulieren vor allem auf den für sie günstigen Umstand, daß der mittlerweile stattgehabte Aprilumzug bei der naturgemäß sehr lebhaften Fluktuation der proletarischen Wählerschaft auf die Mobilisierung der letzteren nachteilig eingewirkt hat. Es wird daher eine Hauptaufgabe unserer Parteigenossen sein müssen, die verzogenen Wähler nach Möglichkeit zu ermitteln und — da diesen noch das Wahlrecht zusteht — erneut zur Stimmabgabe zu veranlassen. Dabei können die Genossen Groß-Berlins ein gut Teil behilflich sein, indem auf dem kommenden Zahlabend (am 8. Mai) sowie auf den Arbeitsstätten usw. etwa für uns in Frage kommende aus Pankow verzogene Wähler vom 3. März d. J. auf ihre unbedingte Wahlpflicht in Pankow am 12., 13. und 14. Mai hingewiesen werden. Die Ausübung ihres Wahlrechtes wird diesen Wählern um so leichter und ohne besondere Opfer möglich sein, als die Wahl sich bei einer günstigen Wahlzeit über drei Tage erstreckt und so die Auswahl eines passenden Tages und einer passenden Stunde gestattet. Es muß dafür gesorgt werden, daß den bürgerlichen Vergewaltigern die Rechnung auch nach dieser Richtung gründlich verdorben wird. Daß es bei der Wahl an dem obligaten „sanften Druck" auf die abhängige Wählerschaft von bürgerlicher Seite gerade diesmal nicht mangeln wird, dürfte nach den Erfahrungen dieser Wahlkampagne nicht zweifelhaft sein. Demgegenüber wird es an den organisierten Pankower Genossen liegen, daß sie durch rührige Beteiligung an den Wahlarbeiten, durch opferfreudige und tatkräftige Unterstützung des Wahlkomitees an den drei Wahltagen dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Mann an den Wahltisch gebracht und so den Bürgerlichen gezeigt wird, daß wie am 8. März auch bei der kommenden Nachwahl die dritte Abteilung auch im ersten Bezirk zum Besitzstand der Sozialdemokratie gehört.

Reinickendorf.

Nach dem vor kurzem erschienenen Jahresberichte des hiesigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts für das Jahr 1911 sind im Berichtsjahre 203 Streitsachen bei dem Gewerbegericht anhängig gemacht worden, das sind 38 Fälle mehr als im Vorjahre. Hinzu kommen noch aus dem vorigen Berichtsjahre 19 unerledigte Sachen, so daß im ganzen 222 Streitfälle zu erledigen waren. Zur Erledigung der anhängig gemachten Prozesse waren 316 Termine notwendig, die an 39 Gerichtstagen, davon 27 Tage ohne und an 12 Tagen mit Beisitzern abgehalten wurden. In 43 Fällen dauerte die Prozeßdauer bis zu drei Monaten und in 12 Fällen gar länger als drei Monate. Beweisaufnahme war in 35 Fällen notwendig, während 52 Zeugen bzw. Sachverständige vernommen wurden.

Die Gesamtzahl der Kläger betrug 275. In 31 Fällen wurde von mehreren Klägern durch gemeinschaftlichen Antrag Klage erhoben; die Höchstzahl der zu einer Streitgenossenschaft vereinigten Kläger betrug 13. Von den 222 erledigten Streitfällen kommen auf das Baugewerbe 71, Fabrikbetriebe 72, Fuhrwerksbetriebe 14, Handwerk 35, auf das Handelsgewerbe und sonstige Betriebe 30 Fälle.

Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 92 Fällen bis zu 20 M., in 47 Fällen bis zu 50 M., in 44 Fällen bis zu 100 Mk. und in 23 Fällen über 100 M. Das niedrigste Klageobjekt betrug 1 M., das höchste 906,25 M. Von den 222 Streitsachen sind erledigt durch Zurücknahme der Klage oder Nichterscheinen zur mündlichen Verhandlung 43 Fälle. Vergleiche wurden 71 abgeschlossen, rechtskräftige Versäumnisurteile gegen die Parteien in 32 Fällen verhängt und nur in 32 Fällen wurde ein kontradiktorisches Endurteil erzielt.

Die Kosten des Gewerbegerichts beliefen sich auf 528,45 M., demgegenüber steht eine Einnahme durch Gebühren von 106,92 M., so daß der Zuschuß der Gemeinde sich auf nur 420,53 M. beläuft. Das Gewerbegericht besteht aus dem Vorsitzenden nebst zwei Stellvertretern sowie aus 16 Beisitzern, von denen 11 Beisitzer aus den Reihen der Genossen besetzt sind.

Das Kaufmannsgericht erledigte im Berichtsjahre von den 30 anhängig gemachten Streitsachen 23 Fälle, 7 Fälle wurden unerledigt in das neue Jahr übernommen.

Der Wert des Streitgegenstandes betrug hier im niedrigsten Falle 12 Mk., während das höchste Klageobjekt 3573,85 Mk. betrug. Kontradiktorische Endurteile wurden auch hier nur in drei Fällen erzielt, während die anderen durch Vergleiche, Zurücknahme der Klagen oder Nichterscheinen der Parteien erledigt worden sind.

Das Kaufmannsgericht erforderte eine Ausgabe von 78,40 Mk., der eine Einnahme von 33,60 Mk. gegenübersteht.

Potsdam.

In einer Versammlung unter freiem Himmel referierte am Sonntag Reichstagsabgeordneter Peus über die neue Wehrvorlage und ihre Kostendeckung. Die Sozialdemokratie werde, so betonte der Referent, die bürgerlichen Parteien zwingen, offen Farbe zu bekennen, ob sie gewillt sind, Besitzsteuern für die neue Wehrvorlage zu beschließen. In der Diskussion sprach ein „weiter hergekommener" Radfahrer im Sinne des Reichsverbandes und der Alldeutschen. Der Vorsitzende Genosse Staab kennzeichnete das neueste Phantasieprodukt des konservativen Wahlkreisvorsitzenden Frhr. v. Stössel-Potsdam, nach welchem bereits vor der Wahl zwischen Freisinnigen und Sozialdemokratie ein „geheimes" Wahlbündnis für diesen Wahlkreis geschlossen worden sei.

Nowawes.

In der außerordentlich stark besuchten Generalversammlung des Konsumvereins teilte der Vorsitzende des Aufsichtsrats mit, daß die Verwaltung an Stelle des Ende März zurückgetretenen Geschäftsführers den Leiter der Potsdamer Konsumgenossenschaft, Genossen Paul Krüger, mit der Führung der Geschäfte bis auf weiteres betraut habe. Die Versammlung gab dieser Maßnahme die nachgesuchte Genehmigung. — Der wichtigste Punkt der Tagesordnung: „Verschmelzung mit der Potsdamer Konsumgenossenschaft „Hoffnung"" fand verhältnismäßig schnelle Erledigung. Nach der vom Aufsichtsrat gegebenen Darlegung der Gründe und Vorteile eines Zusammenschlusses fand eine Diskussion statt, in der alle Redner die Notwendigkeit dieses Schrittes anerkannten, so daß schließlich der Antrag der Verwaltung gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Der von den Verwaltungen der beiden Vereine gemeinsam ausgearbeitete Vertragsentwurf sagt: „Der Konsumverein „Hoffnung" ist verpflichtet, den Konsumverein für Nowawes und Umgegend mit Aktiven und Passiven nach dem jetzigen Stande zu übernehmen, außerdem sämtliche Angestellte nebst bestehenden Dienst- und Mietsverträgen. Ebenfalls wird die Konsumgenossenschaft „Hoffnung" gehalten, ein Vorstandsmitglied aus der Verwaltung des Nowaweser Vereins in ihren Vorstand zu wählen, außerdem bis zur Fertigstellung des neuen Statuts 2 bis 3 Aufsichtsratsmitglieder nach dem Vorschlage der Generalversammlung." — Demgemäß wählte die Versammlung zu Mitgliedern des Aufsichtsrates die Genossen Wittke und als Vorstandsmitglied den Kassierer Genossen Sabrowski. — Die der Generalversammlung vorgelegte Bilanz für die erste Hälfte des neuen Geschäftsjahres fand einstimmige Annahme. — Zum Schluß gab der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Hoffnung Ausdruck, daß sich der so bedeutungsvolle Beschluß für die Genossenschaftsbewegung an den beiden Orten als segensreich erweisen und bei der Arbeiterschaft das notwendige Verständnis finden möchte.

Aus aller Welt.

Ein Londoner Spiritistenprozeß.

London, 30. April 1912.

Medien, Wahrsager, Hellseher, kurzum die ganze Sippschaft der Geheimniskrämer, die von der Leichtgläubigkeit der Menschen leben, finden in den sich im Golde wälzenden oberen Gesellschaftsschichten der englischen Hauptstadt ein dankbares Wirkungsfeld. In den teuersten Vierteln des Westens haben sie zu Dutzenden ihre Salons eingerichtet, deren Ausstattung und Zahl Zeugnis davon ablegen, daß die Unsicherheit der Liebesaffären und des Börsenspiels wenigstens einer Menschenklasse sicheren Gewinn einbringt. Aber auch „unter den Professoren der esoterischen Wissenschaften gibt es Rangunterschiede. Wenigstens zwei Klassen sind zu unterscheiden: eine obere, die der öffentliche Ankläger nicht kennt, und eine untere, von der von Zeit zu Zeit ein Opferlamm gefordert wird.

In dem vorliegenden Falle handelt es sich um ein australisches Medium, das einem Rechtsanwalt eine große Summe Geldes zum Nutzen der Geister entlockt haben soll. Australische Medien sollen besonders tüchtig sein, wie der Rechtsanwalt vor Gericht aussagte; die Leistungen dieses Mediums (einer Frau) auf dem Gebiete der Entmaterialisierung von Fünfpfundnoten lassen darüber keinen Zweifel aufkommen. Der öffentliche Ankläger trat als Kläger auf. Er behauptet, das Medium und ihr Mann hätten von dem erwähnten Rechtsanwalt Geld unter falschen Vorspiegelungen erhalten. Unter den Geldern befand sich eine Summe von etwa 1000 Pfd. Sterling die einem Klienten des Anwalts gehörte und von diesem mißbraucht worden war. Der Rechtsanwalt, der im letzten Jahre Bankerott machte, erschien als Entlastungszeuge.

Es ist namentlich die grenzenlose Leichtgläubigkeit des Zeugen die den Prozeß bemerkenswert macht. Aus den Verhandlungen ist zu entnehmen, daß der Zeuge zuerst mit dem Medium Bekanntschaft machte, um mit dem Geiste seiner verstorbenen Geliebten in Verbindung zu treten. Er schrieb Briefe an die Geliebte, die dann von einem anderen Geiste, den er den Briefträger nannte, entmaterialisiert und befördert wurden.

„Warum nannten Sie ‚ihn Briefträger?" fragte der Staatsanwalt.

„Ich erfuhr, daß er als verstorbener Chemiker fähig sei, Briefe zu entmaterialisieren und den Adressaten zu übermitteln." Bald scheint der Zeuge die Bekanntschaft eines anderen Geistes gemacht zu haben, der eine sonderbare Vorliebe für Fünfpfundnoten hatte. Mit dem Gelde, das der Rechtsanwalt stets zur Stelle schaffte, sollte von der Geisterwelt aus auf dem Gummimarkt operiert werden, auf dem damals eine wilde Hausse einsetzte. Ein Brief des Zeugen an den geldhungrigen Geist lautete: „Ihr Geistervolk scheint die Blauen ebenso gut benützen zu können als wir — vielleicht noch besser. Wir aber bekommen wenigstens noch etwas für unser Geld. Was bekommt Ihr dafür? Das ist wohl ein Staatsgeheimnis und wird mit der Zeit erklärt werden, aber zum Teufel! Ihr laßt einen schrecklich lange auf der Folterbank. Man nimmt hier gewöhnlich an, daß das Bargeld an der anderen Seite des Styx keinen Wert hat, aber wir finden, daß Ihr unersättlich seid."

In einem anderen Briefe heißt es: „Ihr Geistervolk seid drollige Leute. Ihr könnt stets den Goldvogel aufspüren. Ihr müßt ihn früher singen hören als wir. Mir ist es ein unbegreifliches Geheimnis, wie Ihr in der Hausse operieren könnt."

In einem Antwortschreiben des Geistes schreibt dieser: „Erbettle, borge oder stehle 50 Pfd. Sterl. für mich. Laß den Mut nicht sinken, alter Junge, unsere Anstrengungen werden gute Früchte tragen und die Götter sind auf unserer Seite."

Eine ganze Reihe ähnlicher Briefe kamen im Gerichtssaale zur Verlesung. Der Zeuge bestand darauf, daß alles ehrlich und mit rechten Dingen zugegangen sei. Selbst als ihm der Vertreter des öffentlichen Anklägers nachwies, daß seine Banknoten zur Bezahlung der Wirtschaftsrechnungen des Mediums verwendet worden waren, wurde sein Glaube nicht erschüttert; er meinte, die Geister würden diese Verwendung angeordnet haben. Aus persönlicher Erfahrung wisse er, daß man Goldstücke entmaterialisieren könne.

Der Fall scheint nicht so sehr in das Gebiet des Psychologen oder des Psychiaters zu gehören als in das des Soziologen, der daran den Pulsschlag einer senilen, der zweiten Kindheit entgegengehenden Gesellschaftsform studieren kann.

Einsturzkatastrophe in Mannheim.

Die in Reparatur befindliche Aufbereitungsbrücke des Kohlen-, Koks- und Holzkohlengeschäfts M. Strohmeyer im Rheinauhafen ist in Mannheim Donnerstagnachmittag zusammengestürzt. Dabei wurden vier Arbeiter 12 bis 15 Meter in die Tiefe gerissen. Ein Arbeiter, ein Monteur aus Mannheim blieb sofort tot am Platze liegen, zwei andere Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport nach dem Krankenhause verstarben, der vierte Arbeiter erlitt ebenfalls so schwere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Soldaten. In der Gleiwitzer Ulanenkaserne wurde der Ulan Hirsch in seinem Bette vergiftet aufgefunden. Hirsch hat sich aus Furcht vor Strafe das Leben genommen.

In Petersdorf brannte Mittwoch nacht das Haus des Invaliden Julius Anton nieder, wobei die achtjährige Tochter des Besitzers in den Flammen umkam. Der Brandstiftung verdächtig ist die Schwester Antons, die als Leiche aus dem Dorfteich gezogen wurde.

Schwerer Unfall eines Fliegers. Gestern früh ist in Frankfurt a. M. der Aviatiker Robert Sommer aus Rebstock, der mit einem Eindecker einen Aufstieg unternommen hatte, infolge Versagens der Seitensteuer aus einer Höhe von zehn Metern abgestürzt. Er erlitt schwere innere Verletzungen und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 31. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Selbstmord im deutschen Heer. Ein Beitrag zu den Wehrvorlagen. Von S. Drucker. — Der große Streik und seine Lehren. Von Th. Rothstein. (Schluß.) — Die Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. Von Fritz Kummer. (Schluß.) — Teuerung, Gewerkschaftserfolge und gewerkschaftlicher Ausblick. Von August Bringmann. (Hamburg.) — Katholizismus und Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl. Von K. Bl.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 16 des 22. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unsere Maifeier. — Frauenwahlrecht und Achtstundentag. Von Luise Zietz. — Der erste Mai und die Arbeiterinnen. Von Mathilde Wurm. — Redende Zahlen. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. II. Von m. — Zur Frauenagitation des Zentrums. Von W. S. — Aus der Bewegung.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom **„Wahren Jacob"** ist soeben die 10. Nummer des 29. Jahrganges, 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalte erwähnen wir folgende Beiträge:

Bilder: Die dauernde bayerische Sonnenfinsternis. Von H. G. Jentzsch. — Auf der Luftschiffausstellung. Von P. Frauenstein. — Klerus und Maifeier. Von Rich. Rost. — Der Ausgleich. Von Emil Erk. — Das „Dämpfen". — Maizauber. Von W. Lehmann. — Bavaria und die Jesuiten. Von Rich. Rost. — Der Zensurenfanatiker. Von B. Thesing. — Schreckliche Aussichten. Von P. Müller. — Pariser Polizei. Von B. Thesing.

Text: Das homogene Ministerium. Von Tobias. — Titanic. Von H. F. — Von der „Ala". — Die Wandlung. — Porzelt. Von Tobias. — Armer Dallwitz. — Lieber Jacob! Von Jotthilf Naute. — Katzbalgerei. Von P. E.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Lese- und Diskutierklub „Paul Singer". Freitag, den 3. Mai abends 8½ Uhr, bei Genossen Beck, Samariterstraße 17: Vortrag. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 5. Mai: 1. Mototour der photographischen Abteilung Potsdam—Caputh—Werder. Abfahrt: Potsdamer Hauptbahnhof 7[30] vormittags. 2. Melchow—Nonnenfließ—Schwärze-Melchow. Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof 6[00] vormittags. 3. Bernau—Liepnitzsee—Hellsee—Bernau. Abfahrt: Stettiner Vorortbahn 6[10] vormittags. 4. Wustermark—Ribbeck—Pessin—Paulinenaue. Abfahrt: Lehrter Fernbahnhof 6[44] vormittags. 5. Hermsdorf—Tegel. Abfahrt: Stettiner Vorortbahnhof 1[30] nachmittags. Gäste willkommen.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Reelle Möbel — Billige Möbel

Sofas 52 bis 480 M. — Wohnzimmer v. 235—625 M. — Schlafzimmer 295—800 M. — Küchen 48—180 M. — Büfetts 125-550 M — Kompl. Einrichtungen v. 230 M. an — Speisezimmer 320—900 M.

Möbel-Magazin **Otto Piehl** Brunnenstrasse 120

Garnituren 110—350 M. — Kein Kredithaus — Trumeaux 32—110 M. — Chaiselongues 21—65 M. — Keine sogenannte Bazarware — Kleiderschränke 33—72 M.

Bei Teilzahlung keinen Aufschlag — Möbel Riesen-Auswahl

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

Kein Laden — Kein Kautzwang!

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf **nur** im **Fabrikgebäude** — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Maurer Moritz Feilenberger wird gebeten, seine Adresse unter G. 3 an die Hauptexped. d. „Vorw." anzugeb.

Laden mit Wohnung passend Beföhlanstalt, solche fehlt. Köpenick, Berlinerstraße, Ecke Flemmingstraße (beste Lage) bill. z. verm. 203/19

Jeder **Arbeiter,** jeder **Handwerker,** jeder praktisch arbeitende **Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Nähe Alexanderplatz. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66 Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Rixdorf) am Ringbahnh.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Prüfm, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe, sämtliche Größen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1400R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntag nur von 8—10 geöffnet. 1288R*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Räumungspreise sind bis zu 50 Prozent herabgesetzt Rosenthalerstr. 54.

Neubau Oranienstr. 126 ist eröffnet.

Teppich-Thomas Rosenthalerstraße 54 u. Oranienstr. 126. 1414*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3,25, 3.85, 4.50, 5.75, 6.85, 7.50, 9.25, 12.50.

Salonplüsch-Teppiche 13.50, 16.50, 19.50, 22.50, 27.50, 35—38 usw. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.65, 7.50, 8.50 usw.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.33, 12.85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4.25, 5.50, 6.75, 7.85, 9.35, 11.50 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1421R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12.00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren, Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14. *

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tülldecken, Uebergardinen, Sofakoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9 Flureingang. Vorwärtsleser zehn Prozent. Sonntags geöffnet. 2438R*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67.

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Fischers Teppichhaus, gegr. 1884, Potsdamerstraße 109. Spottbillige Riesenposten Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tüllstores, Läuferstoffe. Vorwärtsleser Extrarabatt. 905R*

Ohne Anzahlung. Woche 0,50. Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen liefert billigst Weber. Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1014R*

Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34 I, im Leihhaus, kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, enorm billig, nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe. 1483R*

Fast neuer Kinderwagen mit Gummirädern billigst zu verkaufen Wasserstorstraße 71, vorn II rechts.

Neu! Neu! Kolonie Schützental, Station Zepernick (Stettiner Vorortbahn). Billige Land- und Waldparzellen, Quadratrute von 6 bis 12 Mark, verkauft Krause, Zepernick, Stettiner Bahn. 1492b*

Weißbierflaschen, 180 (große), verkauft billig Lichtenberg, Bürgerheimstraße 9. 1490b

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Beinkleider. Prinzenstraße 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 1481R*

Geschäftsverkäufe.

Buttergeschäft, Delikatessen (wird angelernt), Wohnung, eventuell mit Mobiliar, für Damen oder junges Ehepaar passend, billig zu verkaufen. Billige Miete. Offerten unter „Günstig" Postamt 68. 1383b

Restauration, altes gutes Geschäft, umständehalber sofort verkäuflich Köpenickerstraße 147. Trompell.

Existenz. Kohlen, Produkten, 1600,—, Miete 65,—. „Kohlen", Postamt 25. 221/17

2900,—. Seifengeschäft mit Rolle, Spandau, billige Miete, Kasse 25,—. „2900", Postamt 25. 231/16

Milchgeschäft. Neukölln, Münchenerstraße 19. 75/12

Restauration sofort zu verkaufen. Brauerei hilft. Offerten „548" Rudolf Mosse, Bornholmerstraße 9.

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 392R*

Plüschsofa, hochelegant, 35,—, Englischbetten, Säulentrumeau, Chaiselongue, Ausziehtisch. Lützowstraße 74, I. Pensionat. 221/14

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Lager. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ackerstraße.

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Lieferung auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 8—10 geöffnet. 964R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Riesenauswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Bequeme An- und Abzahlung. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8—10 Uhr geöffnet. Liefere auch nach Auswärts. 1317R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stuhl 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1485R*

Nußbaummöbel, Stube und Küche, passend für Brautleute, sofort billig verkäuflich Weinmeisterstraße 9, beim Verwalter. 76/7

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1486R*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195.00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Tischlermeister Rejewske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 75/11

Garnitur, Sofa, zwei Sessel 25, Kleiderspind, Vertiko, Plüschsofa, Chaiselongue, Bettstellen, Matratze 10, Ausziehtisch, Obstgeschäft Christburgerstraße 20. †57

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1487R*

Verkaufe sämtliche fast neue Nußbaummöbel. Frankfurter Allee 127, II.

Möbel-Diskret auf Kredit liefert besseres Möbelhaus auf bequeme Abzahlung. Liefere auch nach auswärts. Anfragen Postamt 54, P. A. *

Altmahagoni-Salon, herrlich ausgeführt, enorm billig! Fabrik Stallstraße 25, an der Hochbahn!

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenlager. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Teilzahlung Woche 0,50 an. Möbel, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bilder, liefert Messing, Dresdenerstraße 124, am Kottbuserstor. Möbelkunden 5 Mark Vergütung. Besuch oder Postkarte. Sonntags 8—10 geöffnet. 1482R*

Musikinstrumente.

Pianinos, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Material. Kulante Teilzahlungen. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31. *

Pianino, hohes, goldgraviert 110,00. Zander, Turmstraße 8. (Vorwärtsleser Rabatt.) 76/3

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Brennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, Opelrad und Damenfahrrad, Garantieschein, billig, sofort, Weberstraße 42, Quergebäude parterre. 1426b*

Herrenfahrrad, gutes, „Opelmarke" 30,00, Damenfahrrad, wunderschönes, billig. Witwe Ludwig, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel 1 Treppe. 74/9*

Freilauffahrrad, Herrenrad, nagelneu mit Gummi 38,—, Damenfahrrad, spottbillig. Kraus, Andreasstraße 54, II. *

Fahrrad 20,—. Grünerweg 15, parterre. 74/9*

Halbrenner, sehenswertes Herrenfahrrad, jeder Preis. Grosser, Frankfurter Allee 104. 74/19

Teilzahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Henke, Danzigerstraße 95.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1432R*

Reste.

Fränkels Resterhandlung, Kottbuserstraße 2, unter Fabrikpreis: Herrenstoffe, Damenstoffe, Seide, Besatzartikel, Futterstoffe. 1484R*

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelze, Dresdenerstraße 132, nahe Oranienplatz. 76/9

Kupfer, Messing, Platinaabfälle, Silberabfälle. Goldschmelze Nieper Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 206R*

Goldsachen, Silbersachen, Platinaabfälle, Zahngebisse, höchstzahlend Goldschmied Jügner, Kastanienallee 11.

Zahngebisse, Zahn bis 1,20 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 221/12*

Schmelzmetalle kauft höchstzahlend Meyer, Elisabethstraße 56. 75/20

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Platin, Goldsachen, Silbersachen, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelzerei, Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke).

Kanarienvögel kaufe. Preisangabe: Lagerkarte 250, Postamt 43.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Tischler, Drechsler, Tapezierer usw. erhalten Unterricht im Fachzeichnen und Kalkulation ohne Berufsstörung nach den Lehrheften der 20-Pfennig-Fachbibliothek für die gesamte Holzindustrie. Programm kostenlos durch Norddeutsche Tischlerfachschule, Berlin N. 65, Malplaquestraße 14—16. *

Verschiedenes.

Flötist empfiehlt sich für Sonntags. Ernst, bei Neubert, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 26. †29*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokoski Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Genosse, Tischler, etwas Kapital, wird als Teilhaber gutgehender Kundentischlerei gesucht, eventuell spätere Uebernahme. Schnell entschlossene Reflektanten wollen sich melden Strelitzerstraße 5, III links.

Aufpolsterung, Matratzen 4,—, Sofa 5,—, im, außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 76/11

Vermietungen.

Wohnungen.

Wohnung, 2 Zimmer und Küche, 25 Mark, Weberstraße 53. Erzabta, abends 7 Uhr. †140

Zimmer.

Freundliches, möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren billig zu vermieten. Wenzel, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 65 I. 1495b*

Kleines, möbliertes Zimmer. Annenstraße 2, Quergebäude III rechts.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Suche Portierstelle, habe Kinder. Michalski, Hausburgstraße 7. †78

Stellenangebote.

Granitschrifthauer Krause, Ackerstraße 38. †18

Nutzeinsetzer und Fertigmacher. Pianomechanikfabrik, Blumenstraße 96.

Lehrling mit nur guten Schulkenntnissen sucht sofort Emil Preuß, Turmstraße 58. 1488R

Gewbte Wicklerinnen für Organzinseiden sofort gesucht. R. Brandt, Dresdenerstraße 50/51. 75/14

Näherinnen, geübte, auf Batistkleider verlangt Sawady, Winsstraße 16. 14885

Blusenstepperinnen, Zusammensetzerinnen in außerm Hause, große Posten. Müller, Neukölln, Oderstraße 38. †26

Zeitungsfrauen für die Tour Kochstraße sofort verlangt. Meldungen Zimmerstraße 60, Laden („Berliner Tageblatt"). 74/18*

Rockarbeiter
(Lohn über I. Tarif) sucht
Fritz Decker,
Wiesbaden, Webergasse 7.

Achtung, Wagenbauer!

In den nachfolgenden **Wagen- und Karosseriefabriken** befinden sich die **Arbeiter im Streik** und sind alle **Arbeitsangebote** dieser Firmen **strikte zurückzuweisen.**

Gesperrt sind:
Erdmann u. Rossi, Linienstraße 139/140.
Rudolf Franke, Inselstr. 11 und Courbièrestr. 14.
Hofschulte, Luisenstr. 21.
Kellner, Kaiserin-Augusta-Allee 101.
Kliemt, Neue Königstr. 74.
Lange u. Gutzeit, Frankfurter Allee 92/93.
Max Sasse, Charlottenburg, Fritschestr. 27/28.
Schebera, Wilhelmstr. 130/132.
Schen, Belfortstr. 21.
Ustermühle, Große Frankfurter Straße 137.
Wienicke, Paukow, Breite Str. 17.
In Frage kommen: Stellmacher, Schmiede, Schlosser, Lackierer und Sattler.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
176/8* Die Streikleitung.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Tischlerei Schuster, Kopernikusstraße 23.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Für Hartgummi-Arbeiter die die Firma Matthaey, Schlesische Str. 32.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.